



Sozialbericht 2023

Soziale Entwicklungen in der Einwanderungsstadt Hannover

Teilhabe, Zugangschancen & kommunale Handlungsspielräume

LANDESHAUPTSTADT HANNOVER

HAN
NOV
ER

Impressum

LANDESHAUPTSTADT HANNOVER

DER OBERBÜRGERMEISTER

Dezernat für Soziales und Integration

Koordinationsstelle Sozialplanung

Trammplatz 2

30159 Hannover

Telefon

0511 168-46459 / 46966 / 30799

E-Mail

D3_Sozialplanung@hannover-stadt.de

Text, Analyse, Redaktion und Abbildungen

Dr. Silke Mardorf, Elke Saueremann, Antonia Schepers

Unter Mitwirkung von

Landeshauptstadt Hannover: Fachbereich Personal und Organisation, Fachbereich Schule, Fachbereich Kultur, Fachbereich Soziales, Fachbereich Jugend und Familie, Fachbereich Gesellschaftliche Teilhabe, Fachbereich Senioren, Fachbereich Planen und Stadtentwicklung, Fachbereich Umwelt und Stadtgrün, Nachhaltigkeitsbüro, Beauftragter für Menschen mit Behinderung, Koordinationsstelle Inklusion

Illustration und Vorlagengestaltung

Sarah Kölbl, www.sarahkoelbel.de

Stand

April 2024

Zitationshinweis

Landeshauptstadt Hannover, Dezernat für Soziales und Integration (2024): Sozialbericht 2023. Soziale Entwicklungen in der Einwanderungsstadt Hannover. Teilhabe, Zugangschancen & kommunale Handlungsspielräume. Hannover

Verantwortlich

Landeshauptstadt Hannover, Dezernat für Soziales und Integration

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
1. Einführung	2
1.1 Globale Krisen mit sozialen Auswirkungen in Hannover	2
1.2 Begrifflichkeiten und Methodisches	3
1.2.1 Differenzierung der Ergebnisse nach Geschlechtern	3
1.2.2 Eingewanderte und ihre Nachkommen / Menschen mit Migrationshintergrund	3
1.2.3 Private Haushalte	4
1.3 Leichte Sprache für mehr Teilhabe	5
2. Bevölkerung & Zusammenleben	6
2.1 Eckdaten zur Bevölkerung(sentwicklung)	6
2.2 Sieben Kernaussagen zur Bevölkerungsentwicklung	8
2.2.1 Hannover wächst	8
2.2.2 Hannover altert - Ausblick ins Jahr 2042	9
2.2.3 Auf und ab bei Geburten	12
2.2.4 Weniger Kleinkinder, mehr Grundschul Kinder und Jugendliche	13
2.2.5 Der Frauenanteil steigt – aber nicht überall	15
2.2.6 Mehr Vielfalt durch Internationalisierung	16
2.2.7 Künftig mehr Menschen mit Schwerbehinderung und Pflegebedarf	17
2.3 Eckdaten zur Haushaltsstruktur	20
2.4 Drei Kernaussagen zum hannoverschen Zusammenleben und zur Entwicklung	21
2.4.1 Hannover - Stadt der Alleinwohnenden?	21
2.4.2 Familien: Mehr kinderreiche Paare, mehr Allein- und Getrennterziehende	24
2.4.3 Senior*innenhaushalte: Jeder dritte Haushalt in Hannover	29
3. Hannover ist eine Einwanderungsstadt	32
3.1 Eckdaten zum Zusammenleben in Vielfalt	32
3.2 Eingebürgerte und Einbürgerungen in Hannover	34
3.3 Lebenslage Geflüchteter aus der Ukraine	37
3.4 Einwanderung nach Hannover im Zeitraum 2016-2021	38
3.4.1 Auslandszuzüge: der zählbare Teil der Einwanderung	38
3.4.2 Fakten zur Einwanderungsentwicklung	39
3.4.3 Häufigste Herkunftsländer	40
3.4.4 Eingewanderte senken Altersdurchschnitt	42
3.4.5 Wanderungsmotive: Mehr als Fluchtmigration	43
3.4.6 Bildungsmigration – ein Leitmotiv in Hannover	44
3.4.7 Ankommen in Hannover	45
4. Arbeitsmarkt & Teilhabe	48
4.1 Teilhabe und Nicht-Teilhabe am Arbeitsmarkt	48
4.1.1 Eckdaten sozialversicherungspflichtig Beschäftigter	48
4.1.2 Offene Stellen: der (nicht) zählbare Teil des Fachkräftemangels	50
4.1.3 Arbeitslosigkeit: Eckdaten, Entwicklungen, Verteilung im Stadtgebiet	52
4.1.4 Unterbeschäftigung: Mehr als Arbeitslosigkeit	57
4.1.5 (Nicht-)Teilhabe Asylsuchender und Geflüchteter am Arbeitsmarkt	58
4.2 Ermöglicht Erwerbsarbeit Teilhabe?	60
4.2.1 Teilzeitarbeit	61
4.2.2 Geringfügig Beschäftigte / Minijobbende	62
4.2.3 Working Poor	64
4.2.4 Erwerbstätige im Rentenalter	65
4.3 Kommunale Handlungsspielräume	67

5. Armut & Teilhabe	69
5.1 Eckdaten hannoverscher Armutsstruktur und Entwicklung	69
5.2 Ausgewählte Armutsrisiken	70
5.2.1 Alleinerziehend sein, Kind sein, heranwachsend sein, viele Geschwister haben	70
5.2.2 Atypisch beschäftigt sein, arbeitslos werden, Rente beziehen	73
5.2.3 Eine (Schwer-)Behinderung haben	75
5.2.4 Pflegebedürftig werden	76
5.2.5 Nahestehende pflegen	78
5.3 Soziale Segregation und Entwicklung in Hannover	78
5.4 Ermöglichten Transferleistungen soziokulturelle Teilhabe?	79
5.5 „Sozialleistungsdschungel“ im Überblick	82
5.6 Kommunale Handlungsspielräume	83
6. Wohnen & Teilhabe	85
6.1 Aktuelle und zukünftige Herausforderungen	85
6.1.1 Hoher und steigender Bedarf an Wohnungen	85
6.1.2 Bevölkerungsstrukturen verändern Wohnraumstrukturen und umgekehrt	86
6.1.3 Rahmenbedingungen für das Wohnen einer älter werdenden Bevölkerung	87
6.1.4 Hoher und steigender Bedarf an preiswerten Wohnungen	87
6.1.5 Bedarf an barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnungen ist hoch und steigend	90
6.1.6 Wohnen sichern – Hilfe bei Wohnungsversorgung und Wohnungserhalt	93
6.1.7 Wohnungen und Wohnumfeld im sozialen und inklusiven Quartier	96
6.2 Wohnungsnotfälle	97
6.2.1 Nicht zählbares sichtbar machen	97
6.2.2 Wohnungslos in Hannover – Befragung Betroffener	100
6.3 Kommunale Handlungsspielräume	101
7. Gesundheitliche Teilhabe	102
7.1 Zugangsbarrieren zum Gesundheitswesen	102
7.2 Gesundheit & Klima- und Umwelteinflüsse	104
7.2.1 Hitzeereignisse	104
7.2.2 Lärmbelastungen	106
7.3 Gesundheitliche Teilhabe von Kindern	107
7.4 Kommunale Handlungsspielräume	110
8. Bildungsteilhabe	111
8.1 Bildung von Anfang an – Kindertagesstätten	111
8.1.1 Vorschulische Bildungsteilhabe nicht für alle Kinder	112
8.1.2 Inklusion in Kindertagesstätten	114
8.2 Schule – Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit?	115
8.3 Bildungserfolge - Schulabschlüsse	119
8.4 Kommunale Handlungsspielräume	122
9. Demokratische Teilhabe	124
9.1 Wahlbeteiligung	124
9.2 Wählende, Nichtwählende, Nichtwahlberechtigte – ein Perspektivwechsel	126
9.3 Wie könnte sich der Anteil an Wählenden und damit die demokratische Teilhabe erhöhen?	129
9.3.1 Spielräume der Wahlgesetzgebung	129
9.3.2 Kommunale Handlungsspielräume	130
9.4 Mehr politische Teilhabe durch die Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten?	131

Vorwort

Liebe Leser*innen
des hannoverschen Sozialberichts 2023,

in einem Turnus von fünf Jahren legt das Dezernat für Soziales und Integration den Ratsgremien und der interessierten (Fach-) Öffentlichkeit einen Sozialbericht vor. Ziel der hannoverschen Sozialberichterstattung ist es, soziale Lagen und Entwicklungen faktenbasiert zu bilanzieren, einzuordnen und mittelfristige Herausforderungen zu skizzieren.

Die zurückliegenden fünf Jahre waren geprägt von **globalen Herausforderungen**, die überall auf der Welt, auch in Hannover, **soziale Auswirkungen** haben. Die Corona-Pandemie, der Angriffskrieg auf die Ukraine, die sichtbarer werdenden Folgen der Klimakrise und die Inflation beeinflussen nachhaltig unser aller Leben. Was bedeutet das für die sozialen Entwicklungen und den sozialen Zusammenhalt in Hannover?

Die hier zusammengetragenen Fakten sind Basiswissen zur Bevölkerungsentwicklung und zum Zusammenleben in der Einwanderungsstadt Hannover. Im Mittelpunkt stehen dabei soziale Kernthemen, die viele von uns tagtäglich bewegen: Die Auswirkungen der demografischen Alterung für den Arbeitsmarkt und für die Quartiersentwicklung, die Teilhabe am soziokulturellen Existenzminimum, an Gesundheit, Bildung, Erwerbsarbeit und Wohnen und nicht zuletzt an unserer Demokratie. Entlang dieser Lebenslagen gilt es, die **lokalen Handlungs- und Gestaltungsspielräume** zu identifizieren und zu nutzen, um die **Zugänge und Teilhabe für alle** in Hannover zu verbessern.

Nutzen Sie den Sozialbericht für Ihre Arbeit in den Gremien, Vereinen, Verbänden und Stadtteilerunden, damit wir gemeinsam auf dieser Grundlage die sozialpolitischen Weichen für die künftigen Entwicklungen in Hannover stellen können.

Ich wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre!



SYLVIA BRUNS

Dezernentin für Soziales und Integration der Landeshauptstadt Hannover



1. Einführung

1.1 Globale Krisen mit sozialen Auswirkungen in Hannover

Klimakrise, Pandemie, Kriege und Inflation sind Beispiele für globale Herausforderungen, die überall auf der Welt, auch in Hannover, soziale Auswirkungen haben. Soziale Entwicklungen in Hannover (s Stadtteilen) sind daher nie nur lokal, sondern zunehmend überregional beeinflusst.

Der demografische Wandel macht nicht halt vor dem regionalen Arbeitsmarkt: Die Aufgaben im Gesundheits-, Pflege- und Bildungssystem werden größer, die Anzahl der dafür benötigten Fachkräfte zugleich kleiner.

Eine alternde Bevölkerung führt darüber hinaus nicht nur zu steigendem Bedarf an bezahlbarem und alter(n)sgerichtetem Wohnraum, sondern auch zu einer sozialen und inklusiven Weiterentwicklung des Wohnumfelds. Preissteigerungen bei Energie und Baumaterial, steigende Zinsen und Handwerker*innenmangel machen jedoch auch nicht vor dem hannoverschen Wohnungsmarkt halt. Hitze-, Sturm- und Hochwasserereignisse unterstreichen die Notwendigkeit eines klimaresilienten und zugleich smarten Mobilitäts- und Stadumbaues außerdem noch offensichtlicher.

Steigende Altersarmut und die hohe Armutsbetroffenheit speziell von Kindern, von Familien, insbesondere Allein- und Getrennterziehenden, sind ein strukturelles Problem in ganz Deutschland und somit auch in Hannover ein zentrales Thema. Armutsstrukturen und Entwicklungen sind hierzulande überall ähnlich, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau, und bestehen seit Jahrzehnten.

Einwanderung ist im Kontext überregionaler Entwicklungen Chance und Herausforderung zugleich: Die Unterbringung Schutzbedürftiger und Geflüchteter aus Kriegs- und Krisenländern trifft auf einen angespannten Wohnungsmarkt. Gleichzeitig ist Einwanderung eine Chance, die es bestmöglich zu nutzen und zu befördern gilt, um demografische Herausforderungen abzufedern.

Die Herausforderung, einen kommunalen Sozialbericht vorzulegen war - vor dem Hintergrund all dieser Entwicklungen - nie größer. Aufgabe des Sozialberichts ist es, soziale Lagen und Entwicklungen faktenbasiert zu bilanzieren, einzuordnen und mittelfristige Herausforderungen zu skizzieren. Optimalerweise basiert dies auf (kleinräumigen) Sozialdaten und fokussiert auf Themenfelder, die lokal steuerbar und beeinflussbar sind. Der hannoversche Sozialbericht setzt – wie in den fünf Sozialberichten zuvor – auf die Analyse und Einordnung sozialer Lageunterschiede.

Die Kapitel 2 und 3 liefern datenhinterlegtes **Basiswissen zur Bevölkerungsentwicklung** und zum **Zusammenleben** in Hannover (2) sowie zur **Einwanderungsstadt Hannover** (3). Die Kapitel 4 bis 9 stellen die Teilhabe der hannoverschen Bevölkerung in den Mittelpunkt: Die **Teilhabe am Arbeitsmarkt** (4) und **am soziokulturellen Existenzminimum** (5), **Teilhabe am Wohnen** (6), **Gesundheits- und Bildungsteilhabe** (7 und 8) sowie **demokratische Teilhabe** (9).

Globale oder strukturell verursachte Probleme auf lokaler Ebene lösen zu wollen, ist nicht leistbar. Zentraler, lokaler Handlungs- und Gestaltungsspielraum ist die Verbesserung von Zugängen und Teilhabe in allen Lebenslagen. Ausgehend von dem Ziel, dass alle Einwohner*innen gleichermaßen teilhaben können, stellt sich die Frage, welche Bevölkerungsgruppen **nicht** teilhaben können -



globale Herausforderungen & soziale Auswirkungen im Zentrum des Sozialberichts 2023:

Fachkräftemangel, Einwanderung, demografischer Wandel, Armut als strukturelles Problem



roter Faden: Identifikation von (Nicht-)Teilhabe

und woran. Die Identifikation von (Nicht-) Teilhabe ist daher der rote Faden, der sich durch den Sozialbericht zieht.

Kommunale Handlungsspielräume
identifizieren & nutzen

Auch in Hannover gewinnt menschen- und demokratiefeindlicher Rechtspopulismus an Bedeutung. Dieser arbeitet mit Feindbildern und Falschbehauptungen und hat simple Scheinantworten parat. Zentrales Ideal der Demokratie aber ist der Pluralismus und das Ringen um bestmögliche Entscheidungen auf Faktenbasis. Der Sozialbericht leistet hierzu mit seinen faktenbasierten Analysen einen Beitrag.

Fakten statt Falschbehauptungen

1.2 Begrifflichkeiten und Methodisches

1.2.1 Differenzierung der Ergebnisse nach Geschlechtern

Wann immer es handlungsrelevante Unterschiede bei der Analyse von und Aussagen über Geschlechter gibt, werden diese im Sozialbericht hervorgehoben. Das deutsche Personenstandsgesetz ermöglicht seit 2018 als Geschlechtsangaben die Ausprägungen: männlich, weiblich, ohne Angabe und divers. In der Einwohnermeldestatistik werden Menschen diversen Geschlechts prinzipiell und per Zufallsprinzip entweder den Männern oder den Frauen zugeordnet. Ähnlich verfahren die meisten amtlichen Statistiken, zum Beispiel die Arbeitsmarktstatistiken. Dies geschieht aus Gründen statistischer Geheimhaltung, da es sich oft um sehr kleine Fallzahlen handelt, insbesondere bei regionaler oder fachlicher Gliederung. Wenn in diesem Sozialbericht von Männer oder Frauen die Rede ist, geschieht dies nicht aus Gender-Ignoranz, sondern hängt mit verfügbaren Datenbasen zusammen.

männlich, weiblich, divers

1.2.2 Eingewanderte und ihre Nachkommen / Menschen mit Migrationshintergrund

Die Differenzierung der Einwohner*innen nach „Migrationshintergrund“ ist eine wichtige Kategorie in Statistik und Sozialberichterstattung, zum Beispiel, wenn es um Teilhabe an Bildung oder Gesundheit geht. Begrifflich steht der „Migrationshintergrund“ seit Jahren in der Kritik. Zum einen, weil er als stigmatisierend wirken und wahrgenommen werden kann und zum anderen, weil er Menschen zu einer Kategorie zusammenfasst, die in ihrer Lebensrealität keinerlei Gemeinsamkeiten haben.

„Migrationshintergrund“ steht begrifflich in der Kritik

In diesem Sozialbericht wird die Verwendung des Begriffs „mit Migrationshintergrund“ auf ein Minimum reduziert. In den Fällen, wo der Begriff genutzt wird, dient er als „statistisches Werkzeug“, um Zugangsbarrieren und Teilhabechancen zu überprüfen. Siehe hierzu auch die Leitlinien des 2022 beschlossenen Strategiepapiers zu Migration und Teilhabe in Hannover, hervorgegangen aus dem Wir 2.0 Prozess.¹

Begriff „Migrationshintergrund“ wird auf Minimum reduziert

Wenn in diesem Bericht Aussagen zur Anzahl der Bevölkerung mit Migrationshintergrund getroffen werden, basiert dies auf einem von der „Städtestatistik in Deutschland“ entwickelten und in der Landeshauptstadt Hannover 2020 eingeführten Programms namens „MigraPro“, das Anwender*innen eine einheitliche und interkommunal vergleichbare Ableitung des Migrationshintergrunds ermöglicht. MigraPro leitet den Migrationshintergrund einer Person aus der Kombination

¹ Landeshauptstadt Hannover (2022) Verwaltungsentwurf „Wir 2.0 Migration und Teilhabe. Strategien, Ziele und Maßnahmen [SIM – DS 1941/2022](#) // Stand: 29.2.2024

der Merkmale „erste und zweite Staatsangehörigkeit“, „Zugsherkunft“ oder „Lage des Geburtstortes“ ab.² Hierbei werden folgende Personen zu Menschen mit Migrationshintergrund:

- **Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit**, auch wenn sie in dritter Generation in Deutschland leben und hier geboren wurden,
- **Deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund**, darunter unter anderem Eingebürgerte, (Spät-) Aussiedler*innen, Optionseinbürgerungen und Personen, die nach dem 2000 geänderten Staatsangehörigkeitsgesetz die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem Geburtsortsprinzip erhielten sowie
- Kinder und Jugendliche mit „**familiärem Migrationshintergrund**“³.

Jegliche Aussagen zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund lassen grundsätzlich keine Rückschlüsse auf einzelne Personengruppen oder Individuen zu. Für Zeitreihenvergleiche zur Entwicklung der Anzahl von Personen mit Migrationshintergrund können nur die Jahre 2020 bis 2022 herangezogen werden.

Zahlreiche Datenbasen unterscheiden ohnehin nicht nach „Migrationshintergrund“, sondern ausschließlich nach deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit, darunter auch Arbeitsmarkt- und Bildungsstatistiken. Ende 2022 hatten aber nur 52 Prozent der (wie oben definierten) Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Hannover eine ausländische Staatsangehörigkeit (siehe Kapitel 3). Das bedeutet im Umkehrschluss, dass fast die Hälfte der Bevölkerung mit Migrationshintergrund eine deutsche Staatsangehörigkeit hat. Bei Aussagen über Personen mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit (Ausländer*innen) muss daher immer bedacht werden, dass nur ein Teil - und zwar 52 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund - in den Blick genommen wird. In allen Fällen, wo nicht explizit datenbasierte Aussagen zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund getroffen werden, werden die Begriffe „Eingewanderte“ oder „Eingewanderte und ihre Nachkommen“ oder „Menschen aus Einwanderungsfamilien“ verwendet.

1.2.3 Private Haushalte

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Hannovers lebt in privaten Haushalten, zum Beispiel als Paar, als Familie, als Wohngemeinschaft oder alleinlebend. Menschen in stationären Pflegeeinrichtungen oder Flüchtlingseinrichtungen leben in sogenannten Gemeinschaftseinrichtungen. Aussagen zu privaten Haushalten fußen auf einer qualifizierten Schätzung auf Basis des Einwohnermelderegisters (Haushaltgenerierungsverfahren), durchgeführt durch das Sachgebiet Wahlen und Statistik der Landeshauptstadt Hannover. Die Personen in Privathaushalten umfassen Personen am Ort der Hauptwohnung und Personen am Ort der Nebenwohnung, sofern diese mit Personen am Ort der Hauptwohnung gemeldet sind. Näheres zur Methodik der Haushaltgenerierung siehe in den Strukturdaten der Stadtteile und Stadtbezirke.⁴

Merkmale zur Ableitung des „Migrationshintergrunds“

Zeitreihenvergleiche ab 2020 ff.

rund die Hälfte der Bevölkerung „mit Migrationshintergrund“ hat deutsche Staatsangehörigkeit

bevorzugter Begriff: Eingewanderte und ihre Nachkommen

die Allermeisten leben in privaten Haushalten

² Städtestatistiker in Deutschland (2024): MigraPro – Migrationshintergrund ableiten. [Link](#) // Stand: 29.2.2024

³ Hier werden zusätzlich zu persönlichen Merkmalen auch Merkmale von im Kernhaushalt lebenden Elternteilen / erwachsenen Bezugspersonen zur Ableitung verwendet. Wenn Eltern(teile) einen Migrationshintergrund haben, wird dieser auf die (minderjährigen) Kinder übertragen. Quelle: Landeshauptstadt Hannover (2020): Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Hannover, Hintergrund und Neudefinition, S. 3.

⁴ Landeshauptstadt Hannover (2024): Strukturdaten der Stadtteile und Stadtbezirke 2023, Kapitel „Privathaushalte“ [Link](#) // Stand: 29.2.2024

1.3 Leichte Sprache für mehr Teilhabe

Der Sozialbericht richtet sich an ganz unterschiedliche Adressat*innen innerhalb und außerhalb Hannovers. An den Ergebnissen des Sozialberichts sollen möglichst viele Menschen teilhaben können. Um die Kernaussagen des Sozialberichts auch der Leichte-Sprache-Leser*innenschaft zugänglich zu machen, gibt es erneut eine Zusammenfassung in Leichter Sprache. Für diese galt es abzuwägen zwischen dem Informationsbedürfnis und dem Möglichkeitsraum einer Leser*innenschaft mit eingeschränkter Lesefähigkeit. Da dies erhebliche Expertise und ein verantwortungsbewusstes Vorgehen erfordert, wird die Übertragung in Leichte Sprache von einem erfahrenen Übersetzungsbüro durchgeführt. Anders als im Sozialbericht 2018, in dem die zusammenfassenden Kapitel in Leichter Sprache im normalsprachigen Sozialbericht „inkludiert“ waren, erscheinen die Zusammenfassungen diesmal in einem eigenen, digitalen Format. Rückmeldungen zum letzten Sozialbericht zeigten, dass die Zusammenfassungen zwar ausreichend leichtsprachig, aber schwer auffindbar waren innerhalb des normalsprachigen Sozialberichts. Wir freuen uns, wenn die Kernaussagen des Sozialberichts in Leichter Sprache große Verbreitung finden und von vielen Menschen gelesen werden. Die Kernaussagen dieses Sozialberichts 2023 in Leichter Sprache finden Sie zum Beispiel hier: **Beschluss- und Informationsdrucksachen der Stadt Hannover** ([Link](#)) oder unter **Koordinationsstelle Sozialplanung** ([Link](#)).

Sozialbericht in Leichter Sprache

Hoffnung: Verbreitung durch interessierte Leser*innenschaft

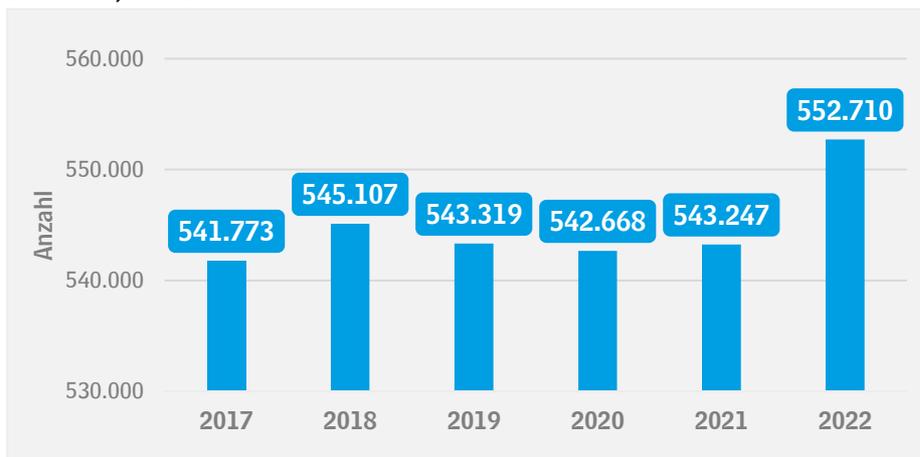
2. Bevölkerung & Zusammenleben

2.1 Eckdaten zur Bevölkerung(sentwicklung)

Zum Jahresende 2022 leben 552.710 Einwohner*innen am Ort der Hauptwohnung in der Landeshauptstadt. Weitere 11.583 Menschen haben ihren Nebenwohnsitz im Stadtgebiet.

Hauptwohnsitze: In den Jahren 2010 bis 2019 gab es – wie in allen deutschen Großstädten – mehr Zuzüge als Fortzüge. Weil die Corona-Pandemie die Wanderungsbewegungen insgesamt deutlich verringerte, waren die Jahre 2020 und 2021 von einem geringen Wanderungsverlust, beziehungsweise von „Stillstand“ geprägt. Die Entwicklung im Jahr 2022 wird dominiert von hoher Zuwanderung, primär ausgelöst durch den Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022. Hannovers Bevölkerung wuchs daraufhin innerhalb weniger Monate um fast 9.500 Personen an, während die Einwohner*innenzahl innerhalb der vier Jahre zuvor (2017 bis 2021) um insgesamt nicht mal 1.500 Personen wuchs (Abb. 2-1). Fast drei Viertel des Bevölkerungsanstiegs 2022 entfiel dabei auf die erste Jahreshälfte und hier insbesondere auf die ersten drei Monate nach dem Angriff, von März bis Mai 2022. Näheres mit Fokus „Geflüchtete aus der Ukraine“ siehe Kapitel 3.

Abb. 2-1: Bevölkerungsentwicklung am Ort der Hauptwohnung, 2017–2022, jeweils am 31.12., Hannover



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

Nebenwohnsitze: Weil Menschen mit Nebenwohnsitz vergleichsweise mobil und arbeitsbedingt oft nur „temporär“ in Hannover sind, gelten sie als weniger lokal verwurzelt. Wichtig zu wissen ist: Menschen mit Nebenwohnsitz in Hannover sind häufiger mittleren Alters, männlich (55 Prozent) und ledig (62 Prozent). Ihre Anzahl, immerhin rund 11.600, sinkt seit Jahrzehnten, vor allem seit Einführung der Zweitwohnsitzsteuer im Jahr 1994. 1993 waren es noch rund 31.000 Menschen mit Nebenwohnsitz. Sozialplanerisch ist die Gruppe weniger relevant, weil Rechtsansprüche auf Bürgergeld, Grundsicherung im Alter oder Krippenplätze für Menschen an ihrem Ort der Hauptwohnung gelten. Dies gilt es im Hinterkopf zu behalten, wenn es um (innenstadtnahe) Beteiligungs- oder Quartiersentwicklungsprozesse geht, weil Menschen mit Nebenwohnsitz dort vergleichsweise häufig wohnen. Im Folgenden liegt der **Fokus** ausschließlich auf der **Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung**.

552.710 Einwohner*innen mit Hauptwohnsitz

2010-2019:
Mehr Zuzüge als Fortzüge

2020-2021:
Stillstand bis Wanderungsverlust

2022: + 9.500 Einwohner*innen
 $\frac{3}{4}$ des Bevölkerungsanstiegs entfiel auf die erste Jahreshälfte

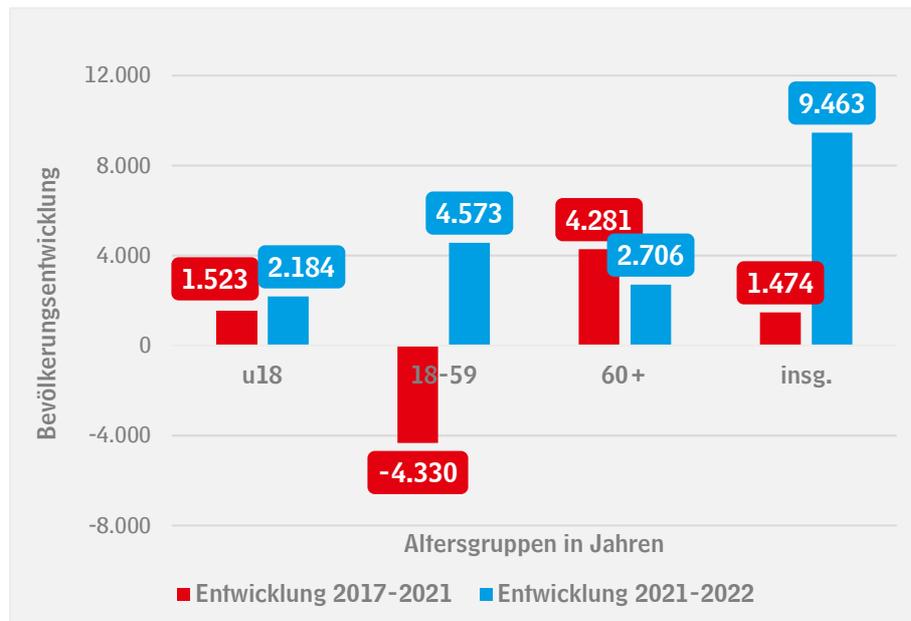
Menschen mit Nebenwohnsitz:
innenstadtnah, mittleren Alters,
ledig und mobil

sozialplanerisch relevanter:
Menschen mit Hauptwohnsitz

Entwicklung 2017 bis 2022: In den Jahren 2017 bis 2022 wuchs die hannoversche Bevölkerung um fast 11.000 Menschen. Dabei stieg die Einwohner*innenzahl im Jahr 2022 sechsmal so stark, wie in den Jahren 2017 bis 2021 zusammengenommen. Wie unterschiedlich die Bevölkerungsdynamik und deren Einflüsse innerhalb des Zeitraums 2017 bis 2022 waren, wird erst erkennbar, wenn man die Entwicklung in die beiden Zeiträume „bis Ende 2021“ und „im Jahr 2022“ zerlegt (Abb. 2-2).

2017-2022: +11.000
Einwohner*innen

Abb. 2-2: Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen 2017-2021 und 2021-2022, jeweils am 31.12., Hannover



2017-2022:
+ 3.700 Kinder und Jugendliche
+ 7.000 60-Jährige und Ältere

18- bis 59-Jährige:
Bevölkerungsrückgang 2017-2021
wurde 2022 kompensiert durch
Zuzug und Einwanderung

Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

Demografische Alterung führte zu deutlicher Strukturverschiebung in der hannoverschen Bevölkerung. Die Anzahl der **60-Jährigen und Älteren** stieg von rund 131.000 im Jahr 2017 auf etwa 138.000 im Jahr 2022. Ein Plus von fast 4.300 Personen entfiel dabei auf die vier Jahre bis Ende 2021 und ein weiteres Plus von über 2.700 Personen auf das eine Jahr 2022. Mit einem Anstieg von fast 7.000 60-Jährigen und Älteren im Gesamtzeitraum 2017 bis 2022 ist dies die bedeutendste Verschiebung in der Altersstruktur (Abb. 2-2).

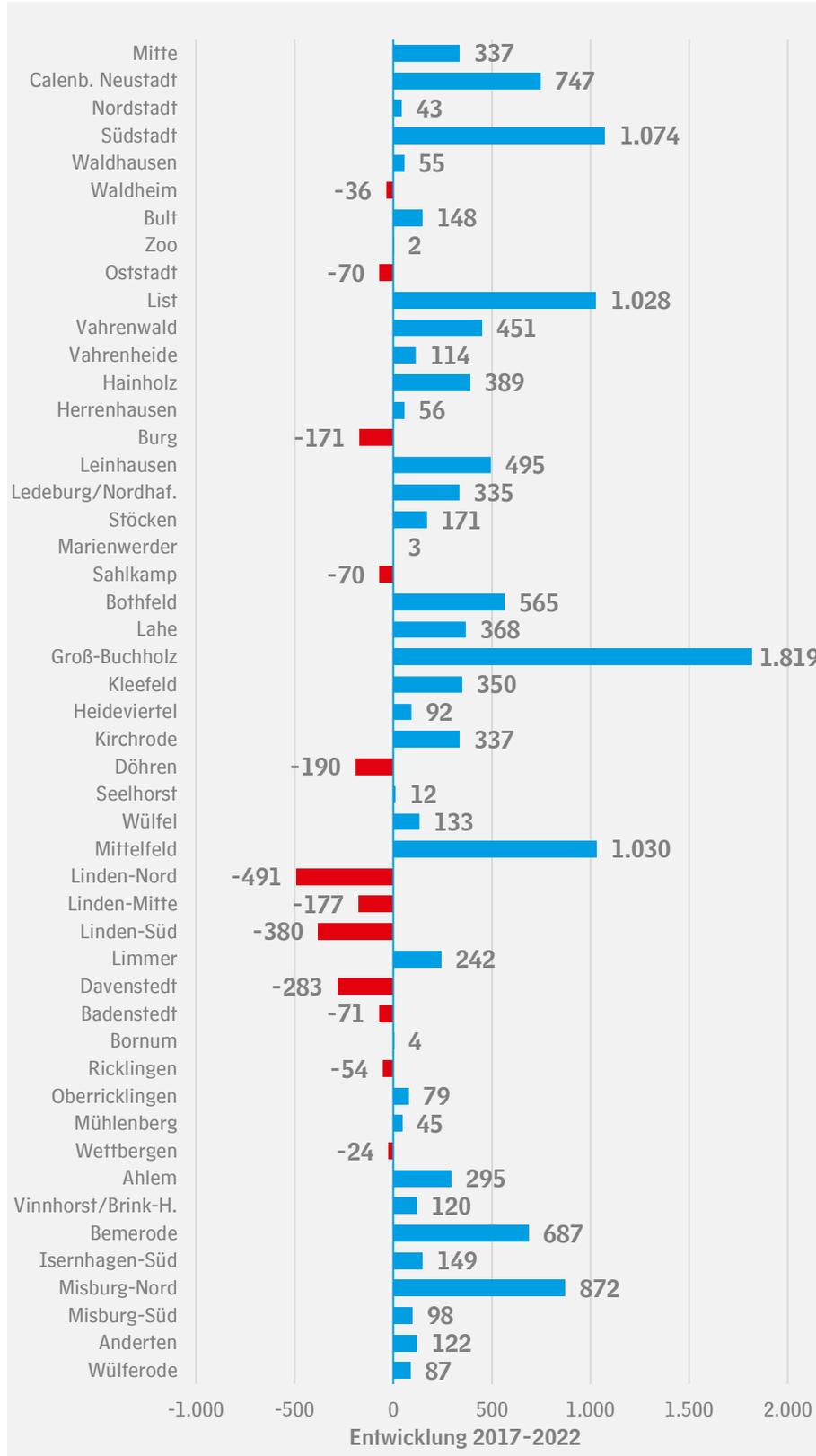
Ein Gesamtplus von rund 3.700 entfiel auf die Altersgruppe der **0- bis 17-Jährigen**, darunter ein Anstieg von über 1.500 Kindern und Jugendlichen in den vier Jahren Ende 2017 bis Ende 2021 und ein Anstieg von fast 2.200 Kindern und Jugendlichen allein im Jahr 2022. Am meisten Dynamik, aber am wenigsten Gesamtverschiebung, gab es bei den mittleren Altersgruppen (**18- bis 59-Jährige**) (Abb. 2-2). Sie schlugen mit einem kleinen Plus von insgesamt 243 Personen zu Buche, bezogen auf den Gesamtzeitraum. Dieses Plus ist das Resultat eines Bevölkerungsrückgangs bis Ende 2021 (etwa - 4.300). Dieser Rückgang wurde im Jahr 2022 durch ein Plus von fast 4.600 Personen kompensiert. Insgesamt lässt sich schlussfolgern: Ohne das einwanderungsstarke Jahr 2022 wäre Hannover demografisch etwas schneller gealtert, vor allem infolge des „Durchaltens“ mittlerer in höhere Altersgruppen.



2.2 Sieben Kernaussagen zur Bevölkerungsentwicklung

2.2.1 Hannover wächst

Abb. 2-3: Bevölkerungsentwicklung 2017-2022, Stadtteile Hannovers



37 von 49 (zusammengefassten) Stadtteilen gewannen an Bevölkerung hinzu

jeweils plus über 1.000 Einwohner*innen: Südstadt, List, Groß-Buchholz und Mittelfeld

Entwicklung in Groß-Buchholz: Anteil von fast 17 % am gesamtstädtischen Wachstum

Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

Zur Abbildung 2-3: Im Zeitraum **2017 bis 2022** gewannen 37 von 49 (zusammengefassten) Stadtteilen an Bevölkerung hinzu, darunter jeweils plus über 1.000 Einwohner*innen in der Südstadt, List, Groß-Buchholz und Mittelfeld. Groß-Buchholz wuchs mit über 1.800 Einwohner*innen absolut am stärksten und hatte einen Anteil von fast 17 Prozent am gesamtstädtischen Wachstum in diesem Zeitraum. 12 Stadtteile verloren Einwohner*innen, darunter jeweils minus 200 Einwohner*innen und mehr in Linden-Nord, Linden-Süd und Davenstedt.

Im Zeitraum **2017 bis 2021** fand in 25 Stadtteilen ein Bevölkerungsrückgang statt, der nur durch den starken Zuzug im Jahr 2022 ...

- ... gebremst (zum Beispiel Ricklingen, Wettbergen, Linden-Mitte und Linden-Süd, Badenstedt)
- ... kompensiert (zum Beispiel Bornum, Zoo)
- ... überkompensiert (zum Beispiel Mitte, Nordstadt und Oststadt)

werden konnte.

Im Jahr 2022 gewannen alle Stadtteile an Einwohner*innen hinzu, mit vier Ausnahmen: Herrenhausen, Waldheim, Linden-Nord und Vinnhorst/Brink-Hafen.

2.2.2 Hannover altert - Ausblick ins Jahr 2042

Ende 2022 **leben 138.149 Menschen** im Alter von 60 Jahren und älter in Hannover. Das sind rund 2.700 mehr als ein Jahr zuvor und rund 7.000 mehr als fünf Jahre zuvor. Das Bevölkerungsplus bei den Älteren ist in erster Linie eine Folge demografischer Alterung. Kennzeichnend für demografische Alterung sind

- der steigende Anteil von Menschen im Alter von 60 Jahren und älter: Der **Senior*innenanteil** an der Gesamtbevölkerung stieg innerhalb von 5 Jahren von 24,2 auf 25,0 Prozent (+ 0,8 Prozentpunkte),
- der steigende Altenquotient, der die ältere Bevölkerung (60+) ins Verhältnis zur mittleren Bevölkerung (18 bis 59 Jahre) setzt: Der **Altenquotient** stieg von 40,1 (2017) auf 42,2 (2022) und
- das, wenn auch langsam, steigende **Durchschnittsalter**: 2022 liegt das hannoversche Durchschnittsalter bei 42,5 Jahren, 2017 lag es bei 42,4 Jahren.⁵

Ferner gibt es mehr und mehr Hochaltrige: Ende 2022 sind nahezu 17.000 Hannoveraner*innen 85 Jahre alt oder älter, 2017 waren es fast 15.000. Die **Hochaltrigkeitsdichte** drückt den Anteil der 85-Jährigen und Älteren je 1.000 Einwohner*innen aus. Sie liegt 2022 bei 30,7 und ist damit ebenfalls höher als 2017 (27,1). Über 11.000 der fast 17.000 Hochaltrigen in Hannover sind weiblich (67 Prozent) oder alleinlebend (56 Prozent der Hochaltrigen in Privathaushalten).

2022 gewannen fast alle Stadtteile an Einwohner*innen hinzu



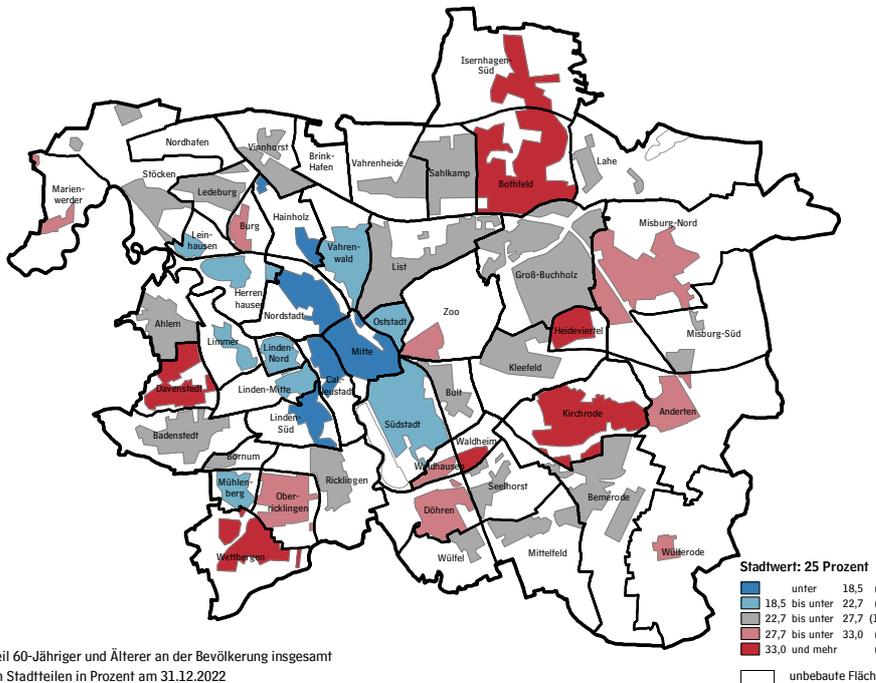
Hannover altert:
Senior*innenanteil, Altenquotient,
Durchschnittsalter und Hochaltrigkeitsdichte steigen

Hochaltrige 85+ :
oft weiblich und alleinlebend

⁵ Landeshauptstadt Hannover (2024): Strukturdaten der Stadtteile und Stadtbezirke. Statistische Berichte der Landeshauptstadt Hannover. [Link](#) // Stand 29.2.2024

Stadtteile mit den Ende 2022 stadtweit höchsten Senior*innenanteilen an der Gesamtbevölkerung (33 Prozent und mehr) befinden sich primär außerhalb von Innenstadtlagen, in Waldheim, Heideviertel, Kirchrode, Bothfeld, Wettbergen, Davenstedt und Isernhagen-Süd (LHH: 25 Prozent) (siehe Karte „Senior*innen“).

Karte: Senior*innen



Anteil 60-Jähriger und Älterer an der Bevölkerung insgesamt nach Stadtteilen in Prozent am 31.12.2022
Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

hohe Anteile 60-Jähriger und Älterer häufiger in den Außenbezirken

Entwicklungen auf Stadtteilebene

- 2017 bis 2022 von der demografischen Alterung am meisten betroffen waren folgende Stadtteile: Waldheim, Zoo, Lahe, Seelhorst, Linden-Nord und Linden-Süd. Hier stieg der Senior*innenanteil um zwei Prozentpunkte und mehr (LHH: 0,8 Prozentpunkte).
- In absoluten Zahlen ausgedrückt, erlebten im selben Zeitraum diese Stadtteile den größten Zuwachs an 60-Jährigen und Älteren: List (+ 779), Misburg-Nord (+ 496), Bemerode (+ 490) und Südstadt (+ 405).
- Stadtteile mit den höchsten Hochaltrigkeitsdichten (50 und mehr 85-Jährige je 1.000 Einwohner*innen) sind Heideviertel (85,8), Kirchrode (57,6), Bult (56,1) und Isernhagen-Süd (50,2), jeweils auf 1.000 Einwohner*innen im Mittel der Jahre 2020 bis 2022.⁶

Stadtteile mit höchsten Hochaltrigkeitsdichten: Heideviertel, Isernhagen-Süd und Bult

Demografische Alterung - Ausblick ins Jahr 2042

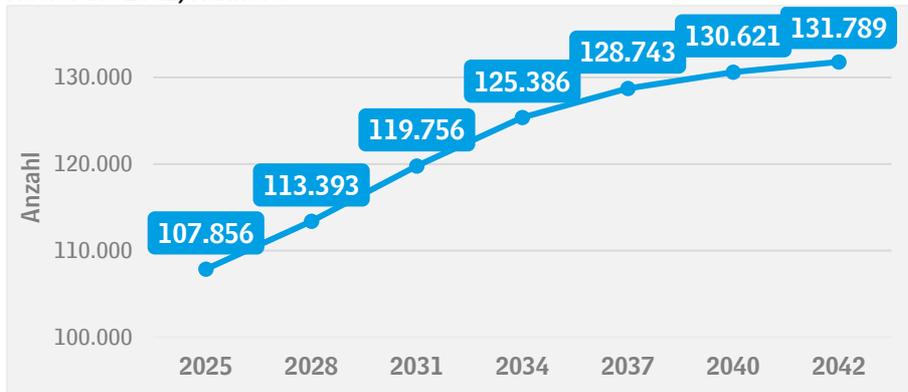
Schaut man 20 Jahre in die Zukunft Hannovers, beginnend ab Ende 2022, wird deutlich, dass dem starken Anstieg 65-Jähriger und Älterer ein deutlicher Rückgang der Erwerbsbevölkerung gegenübersteht, primär ausgelöst durch die stark besetzte „Babyboomer-Generation“, die sukzessive das Rentenalter erreicht. Nachfolgende Bevölkerungsvorausschätzung für das Stadtgebiet Hannover wurde vom Landesamt für Statistik mit Basisjahr Ende 2022 durchgeführt. Demnach steigt die

Ausblick ins Jahr 2042

⁶ Landeshauptstadt Hannover (2024): Strukturdaten der Stadtteile und Stadtbezirke 2023. Statistische Berichte der Landeshauptstadt Hannover. [Link](#) // Stand 1.3.2014

Anzahl der 65-Jährigen und Älteren von 2022 bis 2042 um über 28.000 an (Abb. 2-4a), während die Anzahl der 18- bis 64-Jährigen um rund 15.000 Menschen abnehmen wird (Abb. 2-4b). Der sich seit Jahrzehnten abzeichnende Alterungsprozess wird in Hannover auch dann fortschreiten, wenn man – wie in dieser Vorausschätzung angenommen – von einer **relativ starken Zuwanderung** ausgeht.

Abb. 2-4a: Bevölkerungsvorausschätzung: Entwicklung der Anzahl 65-Jähriger und Älterer bis 2042, Hannover

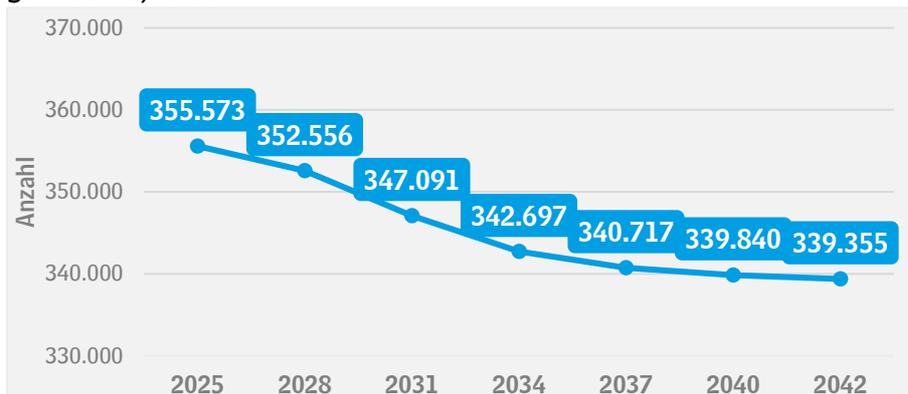


Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen: 15. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante W3 (relativ starke Zuwanderung)

Vorausschätzung 2042:
die Erwerbsbevölkerung schrumpft
die Bevölkerung im Rentenalter
wächst

2022-2042:
+ 28.000 Menschen 65+

Abb. 2-4b: Bevölkerungsvorausschätzung: Entwicklung der Anzahl 18- bis 64-Jähriger bis 2042, Hannover



Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen: 15. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante W3 (relativ starke Zuwanderung)

2022-2042:
- 15.000 Menschen 18-64

Der schon heute deutlich spürbare Arbeits- und Fachkräftemangel wird sich infolge demografischer Alterung erheblich verschärfen (Kapitel 4). Erkennbar wird dies auch an der Anzahl der Menschen, die jedes Jahr das Renteneintrittsalter (hier angenommen: 65 Jahre⁷) erreichen:

- Im Jahr 2022 erreichen **rund 6.000** Menschen das 65. Lebensjahr.
- Im Durchschnitt der Jahre 2023 bis 2042 werden es jährlich **über 6.600** Menschen sein.
- Zum Vergleich 2007 bis 2022 waren es durchschnittlich **5.200** Menschen pro Jahr.

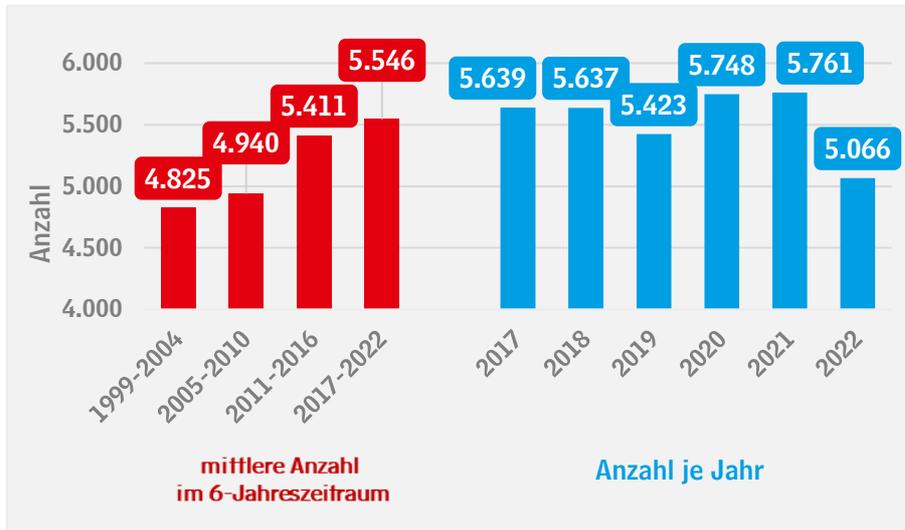
⁷ Das tatsächliche Durchschnittsalter bei Renteneintritt* in Deutschland lag 2022 bei 62,7 Jahren. [Link](#) // Stand: 23.2.2024
(* wegen verminderter Erwerbsfähigkeit oder wegen Alters)

2.2.3 Auf und ab bei Geburten

Die Jahre 2017 bis 2022 waren (im Mittel) geburtenstarke Jahre in Hannover. In diesen sechs Jahren wurden durchschnittlich 5.546 Kinder pro Jahr in Hannover geboren und damit rund 100 Kinder mehr pro Jahr, als in dem **Sechsjahresmittel** (2011 bis 2016) ($\bar{\varnothing}$ 5.411) zuvor (Abb. 2-5).

geburtenstarke Jahre

Abb. 2-5: Geburtenentwicklung 1999-2022, Hannover



Geburtenentwicklung im Zeichen der Pandemie

2021: geburtenstark

2022: geburtenschwach

Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen: Geburtenstatistik

Die Geburtenentwicklung der Jahre 2021 und 2022 stand bundesweit – nicht nur in Hannover – im Zeichen der Pandemie: Dem mit 5.761 Geburten im Jahr 2021 geburtenstärksten Jahr seit 2016, folgte das mit 5.066 Geburten im Jahr 2022 geburtenschwächste Jahr seit 2012.⁸ Das geburtenstarke Jahr 2021 war unter anderem eine Folge des ersten Lockdowns 2020, was zunächst zu steigenden Geburtenzahlen 2021 führte. 2022 gingen die Geburtenzahlen, nicht nur in Hannover⁹, deutlich zurück, denn:

- Späte Impfpfehlungen der Ständigen Impfkommission für Schwangere und Stillende sowie allgemein späte Impfmöglichkeiten für jüngere Menschen trugen zu Verunsicherung bei. Kinderwunschlpläne wurden zunächst zurückgestellt.
- Ein starker Rückgang auch bei zweiten und weiteren Geburten wird auf hohe Belastungen während der Pandemie – vor allem für Familien – zurückgeführt.¹⁰



⁸ Landesamt für Statistik Niedersachsen: Geburtenstatistik

⁹ Sobotka, T. (2023): Aufschwung, Abschwung, aber kein nachhaltiger Geburtenrückgang: In: Demografische Forschung aus erster Hand, Jg. 20, 3. Quartal 2023, [Link](#) // Stand: 11.10.2023

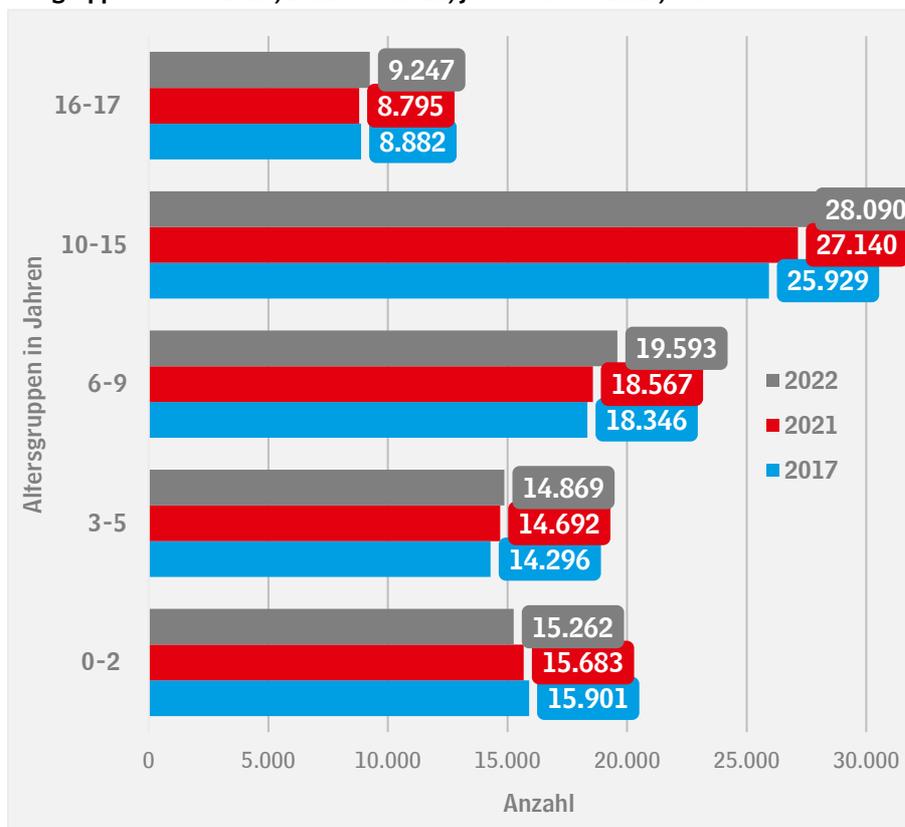
¹⁰ Statistisches Bundesamt (2023): 15. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. [Link](#) // Stand: 11.10.2023

2.2.4 Weniger Kleinkinder, mehr Grundschul Kinder und Jugendliche

Ende 2022 leben 87.061 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Hannover. Das sind rund 2.200 mehr als ein Jahr zuvor und rund 3.700 mehr als fünf Jahre zuvor. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung stieg um 0,4 Prozentpunkte, von 15,4 Prozent (2017) auf 15,8 Prozent (2022). Der Jugendquotient, der die jüngere Bevölkerung (u 18 Jahre) ins Verhältnis zur mittleren Bevölkerung (18 bis 59 Jahre) setzt, stieg von 25,5 (2017) auf 26,6 (2022). Trotz dieser steigende Kinder- und Jugendzahl und steigendem Jugendquotienten konnte die demografische Alterung (s. o.) nicht aufgehalten, sondern nur leicht gebremst werden.

Zu dem **Gesamtanstieg der Minderjährigen** trugen – abgesehen von Geburten – vor allem Zuzug und Einwanderung bei. Maßgeblich für die Jahre 2017 bis 2022 war hierbei vor allem 2022: In jenem (geburtenschwachen) Jahr stieg die Anzahl der unter 18-Jährigen um fast 2.200, während sie in den vier Jahren davor, Ende 2017 bis Ende 2021, um insgesamt rund 1.500 anstieg. Besonders starke Zuwächse gab es 2022 bei den Kindern im Grundschulalter (+ 1.026) und bei den 10- bis 15-Jährigen (+ 960), überwiegend ausgelöst durch den Zuzug der vor dem Krieg geflüchteten Kinder aus der Ukraine. Deutliche Rückgänge zeigen sich bei der Anzahl der unter 3-Jährigen: Minus 639 Kinder im Zeitraum 2017 bis 2022. Darunter entfiel allein auf das Jahr 2022 ein Rückgang von 421 unter 3-Jährigen. Das deutet darauf hin, dass 2017 bis 2022 in Summe mehr Familien mit Kindern im Krippenalter abwanderten, als durch Geburten (dieser vergleichsweise geburtenstarken Jahre) oder Zuzug ausgeglichen werden konnte.

Abb. 2-6: Bevölkerungsentwicklung unter 18-Jähriger nach planerisch relevanten Altersgruppen. Jahre 2017, 2021 und 2022, jeweils zum 31.12., Hannover



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

trotz steigender Kinderzahl:
demografische Alterung

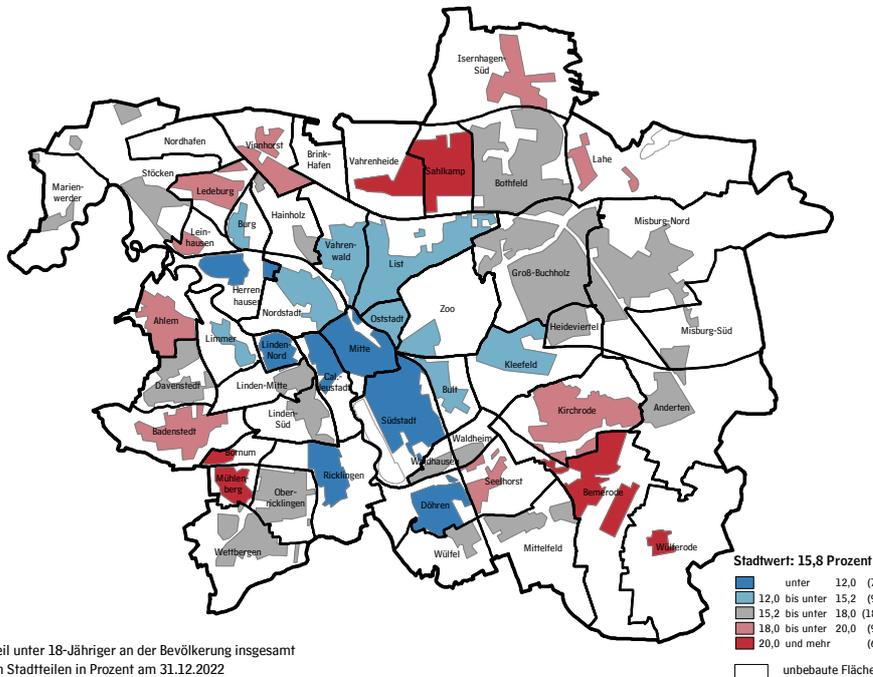
2017-2022:
mehr Minderjährige durch Geburten
und Einwanderung

starke Abwanderung von Familien mit
Kindern im Krippenalter

besonders starke Zuwächse:
Kinder im Grundschulalter &
Jugendliche

Stadtteile mit den Ende 2022 **stadtwweit höchsten Kinder- und Jugendlichen-Anteilen** an der Gesamtbevölkerung (20 Prozent und mehr) sind Vahrenheide, Sahlkamp, Bornum, Mühlenberg, Wülferode und Bemerode (LHH: 15,8 Prozent) (Karte „Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren“).

Karte: Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren



Anteil unter 18-Jähriger an der Bevölkerung insgesamt nach Stadtteilen in Prozent am 31.12.2022

Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

hohe Kinder- und Jugendanteile:
Vahrenheide, Sahlkamp, Bornum,
Mühlenberg, Wülferode und Bemerode

Entwicklungen auf Stadtteilebene:

- 2017 bis 2022 **stieg der Kinder- und Jugendanteil** in folgenden Stadtteilen am Stärksten (+ zwei Prozentpunkte und mehr): In Wülferode, Bornum, Stöcken und Leinhausen (LHH: 0,4 Prozentpunkte).
- In absoluten Zahlen ausgedrückt, erlebten im selben Zeitraum diese Stadtteile den **größten Zuwachs an Kinder und Jugendlichen** unter 18 Jahren: Südstadt (+234) Bothfeld (+225), Groß-Buchholz (+648) und Misburg-Nord (+280).
- Stadtteile mit den höchsten **Säuglingsdichten** 2022 mit je 12 Säuglingen oder mehr je 1.000 Einwohner*innen sind Leinhausen, Mühlenberg und Marienwerder (jeweils bezogen auf 1.000 Einwohner*innen im Mittel der Jahre 2020 bis 2022) (LHH: 9,5 Prozent).¹¹
- **Den höchsten Anteil von Kindern im Krippen- und Kindergartenalter** haben Calenberger-Neustadt, Südstadt, Leinhausen und Marienwerder mit einem Anteil von 40 Prozent und mehr an allen unter 18-Jährigen (LHH 2022: 35 Prozent).

u 18:

überproportional starke Anstiege in Wülferode, Bornum, Stöcken, Leinhausen

hohe Säuglingsdichten in Leinhausen, Marienwerder und Mühlenberg

¹¹ Landeshauptstadt Hannover (2024): Strukturdaten der Stadtteile und Stadtbezirke 2023. Statistische Berichte der Landeshauptstadt Hannover. [Link](#) // Stand: 29.2.2024

- Die **höchsten Anteile von Kindern im Grundschulalter** (6- bis 9-Jährige), gemessen an allen Minderjährigen, weisen die Stadtteile Heideviertel, Isernhagen-Süd und Wülferode auf, mit einem Anteil von je 25 Prozent und mehr (LHH 2022: 23 Prozent).
- Einen Anteil von 36 Prozent und mehr haben die **10- bis 15-Jährigen** an allen unter 18-Jährigen in den Stadtteilen Waldheim, Kirchrode, Seelhorst, Sahlkamp und Isernhagen-Süd (LHH 2022: 32 Prozent).
- **Jugendliche im Alter von 16 bis 17-Jahren** haben 2022 ihre höchsten Anteile (12 Prozent und mehr an allen Minderjährigen) in der Nordstadt, Waldheim, Seelhorst und Hainholz (LHH 2022: 11 Prozent).

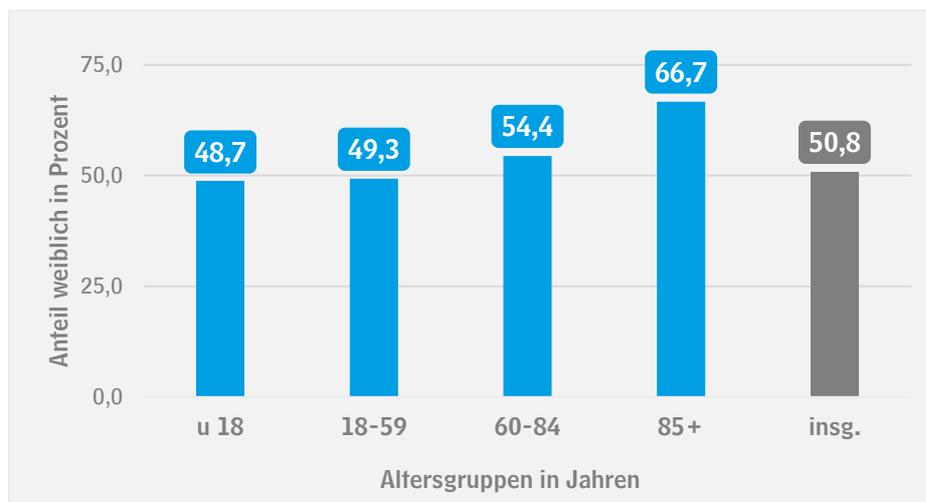


2.2.5 Der Frauenanteil steigt – aber nicht überall

In Hannover leben rund 281.100 Menschen weiblichen und 271.700 männlichen Geschlechts.¹² Der Überschuss des weiblichen Geschlechts (50,8 Prozent) resultiert vor allem aus dem deutlichen Überschuss in den höheren Altersgruppen ab 60 Jahren und älter (55,9 Prozent) (Abb. 2-7). Dieser ist primär eine Folge der Lebenserwartungsunterschiede. Infolge demografischer Alterung steigt absehbar der Frauenanteil in Hannover (siehe Kap. 2.2.2).

Frauenüberschuss in Hannover:
vor allem ab 60+

Abb. 2-7: Anteil von Menschen weiblichen Geschlechts an der jeweiligen Altersgruppe, 31.12.2022, Hannover



Frauenanteil steigt infolge
demografischer Alterung

Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

Im Jahr 2022, innerhalb eines Jahres, erhöhte sich die Anzahl der Menschen weiblichen Geschlechts um 2,0 Prozent und die des männlichen Geschlechts um 1,5 Prozent. Was zunächst nach wenig Unterschied klingt, ist aber – anders als in den Jahren zuvor – weniger ein Ergebnis demografischer Alterung, sondern Resultat der steigenden Anzahl von Frauen mittleren Alters. Der Anstieg fällt in der Altersgruppe 18 bis 59 Jahren besonders deutlich aus: etwa plus 3.000 Frauen (+ 1,9 Prozent) im Vergleich zu plus 1.600 Männern (+ 1,0 Prozent). Der überproportionale Frauenanstieg kann auf die kriegsbedingte Flucht aus der Ukraine zurückgeführt werden. Zwischen dem 1.3. und dem 31.12.2022 zogen fast 6.800 Menschen aus der Ukraine nach Hannover, darunter

2022: Überproportionaler Frauenanstieg durch Geflüchtete



¹² In der Einwohnermeldestatistik werden Menschen diversen Geschlechts per Zufallsprinzip entweder den Männern oder den Frauen zugeordnet. Näheres siehe Kapitel 1.

hatten die 18- bis 59-Jährigen einen Anteil von über 55 Prozent. Fast drei Viertel dieser Altersgruppen waren Frauen (72 Prozent). Näheres zu Geflüchteten aus der Ukraine siehe Kapitel 3.

72% der Geflüchteten mittleren Alters aus der Ukraine sind Frauen

Entwicklungen auf Stadtteilebene: Überproportionale Steigerungen von 6 Prozent und mehr (LHH: 2,3 Prozent) bei den 27- bis 44-jährigen Frauen, hier nicht differenziert nach deren Herkunft, verzeichneten im Jahr 2022 folgende Stadtteile: Mitte (+10 Prozent, bzw. + 152 Frauen), Hainholz (+7 Prozent, bzw. + 70 Frauen), Heideviertel (+12 Prozent, bzw. +61 Frauen), Kleefeld (+7 Prozent, bzw. +113 Frauen), Wülfel (+9 Prozent) und Limmer (+6 Prozent mit je +52 Frauen dieses Alters absolut).

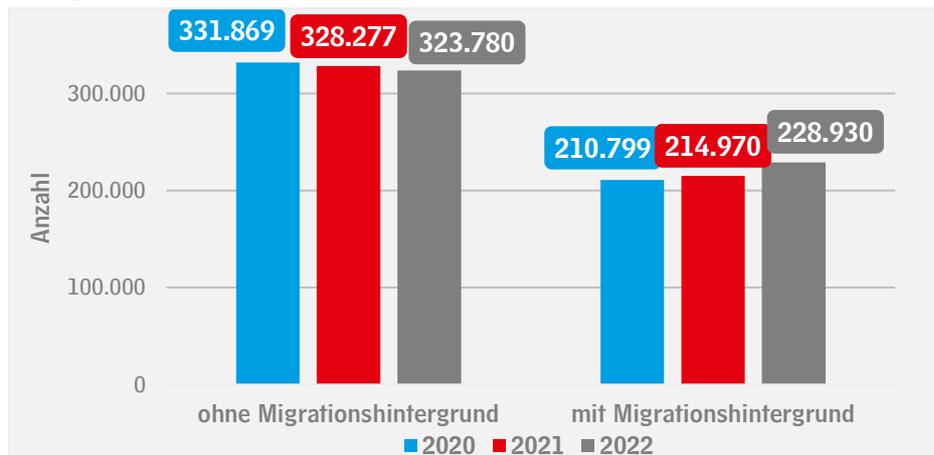
überproportionale Steigerungen 27- bis 44-jähriger Frauen in Mitte und Hainholz

2.2.6 Mehr Vielfalt durch Internationalisierung

Ende 2022 leben fast 229.000 Menschen mit Migrationshintergrund in Hannover, das entspricht einem Anteil von 41,4 Prozent (zur Definition siehe Kapitel 1). Die Anzahl 2022 entspricht einem Plus von über 18.000 Personen gegenüber 2020. Im gleichen Zeitraum sank die Anzahl von Hannoveraner*innen ohne (statistisch erkennbaren) Migrationshintergrund um rund 8.000 auf etwa 324.000 Menschen. Zum Bevölkerungswachstum in Hannover trugen somit ausschließlich Eingewanderte und ihre Nachkommen bei (Abb. 2-8).

Hannover wird internationaler

Abb. 2-8: Bevölkerung ohne und mit Migrationshintergrund* 2020-2022, jeweils am 31.12., Hannover



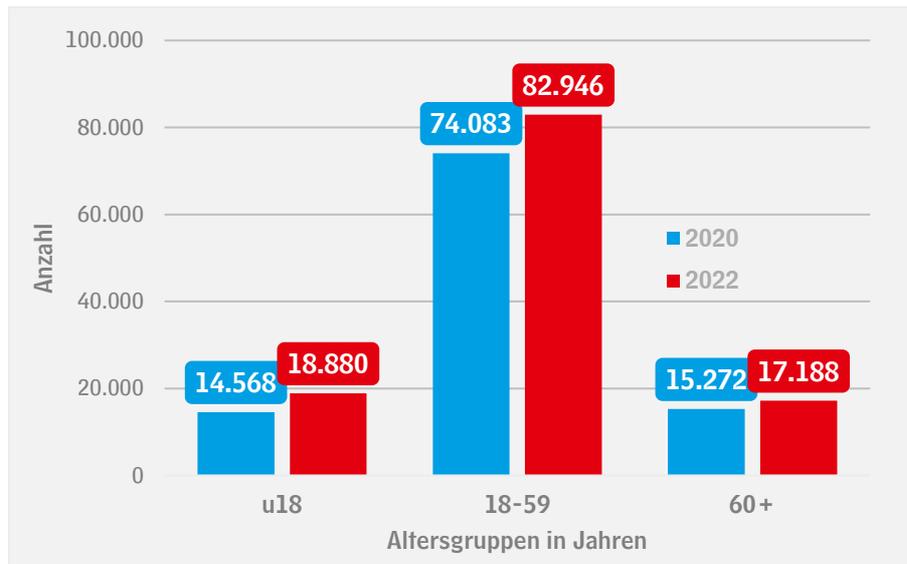
zum Bevölkerungswachstum tragen ausschließlich Eingewanderte und ihre Nachkommen bei

Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund stieg um 8,6 % (2020-2022)

* Ausländer*innen, Eingebürgerte, (Spät-) Aussiedler*innen, Kinder und Jugendliche mit „familiärem Migrationshintergrund“
Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

Die Bevölkerung mit **ausländischer Staatsangehörigkeit** hat hierbei den größten Anteil (+ 15.091) am Gesamtanstieg der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (+ 18.131) im Zeitraum 2020 bis 2022. Abbildung 2-9 zeigt die Entwicklung der Anzahl der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit nach Altersgruppen. Insbesondere die Anzahl der jungen (+ 4.312) und mittleren Altersgruppen (+ 8.863) unter den ausländischen Staatsangehörigen ist innerhalb dieser zwei Jahre deutlich angestiegen.

Abb. 2-9: Anzahl der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit nach Altersgruppen Ende 2020 und Ende 2022, Hannover



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

Entwicklungen auf Stadtteilebene: 2020 bis 2022 stieg der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung stadtweit um 8,6 Prozent. Über drei Viertel des gesamten Anstiegs entfiel dabei auf das Jahr 2022. In folgenden Stadtteilen war der Anstieg im Zeitraum 2020 bis 2022 am Stärksten (+ 20 Prozent und mehr): In Mitte, Waldheim, Heideviertel, Isernhagen-Süd, Misburg-Süd und Wülferode. In absoluten Zahlen ausgedrückt, erlebten im selben Zeitraum diese Stadtteile den größten Zuwachs an Bevölkerung mit Migrationshintergrund: List (+ 1.470), Groß-Buchholz (+ 1.243), Südstadt (+ 1.137), Mitte (+ 975), Vahrenwald (+ 818), und Misburg-Nord (+ 710).

Weitere Eckdaten zum Zusammenleben in Vielfalt sowie Fakten zur Einwanderungsstadt Hannover siehe Kapitel 3.

2.2.7 Künftig mehr Menschen mit Schwerbehinderung und Pflegebedarf

In Hannover wird – ebenso wie deutschlandweit – in den kommenden beiden Jahrzehnten die Zahl der Pflegebedürftigen sowie der Menschen mit Behinderung zunehmen, denn die Anzahl der 60-Jährigen und Älteren steigt deutlich, primär aufgrund der Alterung der geburtenstarken Jahrgänge (siehe Kapitel 2.2.2) und die Schwerbehinderten- und die Pflegequote steigt mit zunehmendem Alter (Abb. 2-11).

Menschen mit Schwerbehinderungen: In der Landeshauptstadt Hannover leben rund 46.000 Menschen mit einer Schwerbehinderung. Das sind 8,4 Prozent der hannoverschen Bevölkerung (Stand 31.12.2021). 66 Prozent der Menschen mit Schwerbehinderung in Hannover sind im Alter von 60 Jahren und älter. Bei den unter 60-Jährigen in Hannover liegt der Anteil bei unter 4 Prozent. Mit Beginn des Renteneintrittsalters steigt die Quote auf rund 18 Prozent, bei den 80-Jährigen und Älteren auf rund 31 Prozent, darunter sind 63 Prozent weiblich (Abb. 2-10).

Pflegebedürftigkeit: Über 30.300 Menschen sind Ende 2021 im Stadtgebiet Hannover pflegebedürftig, haben also mindestens einen Pflegegrad 1 als Ergebnis einer Pflegebegutachtung. Das sind

ausländische Staatsangehörige:
haben größten Anteil (+ 15.091) am
Gesamtanstieg der Bevölkerung mit
Migrationshintergrund

überproportional starke Anstiege unter
anderem in Mitte (+ 20,4 %)

weitere Fakten zur Einwanderungs-
stadt Hannover siehe Kapitel 3

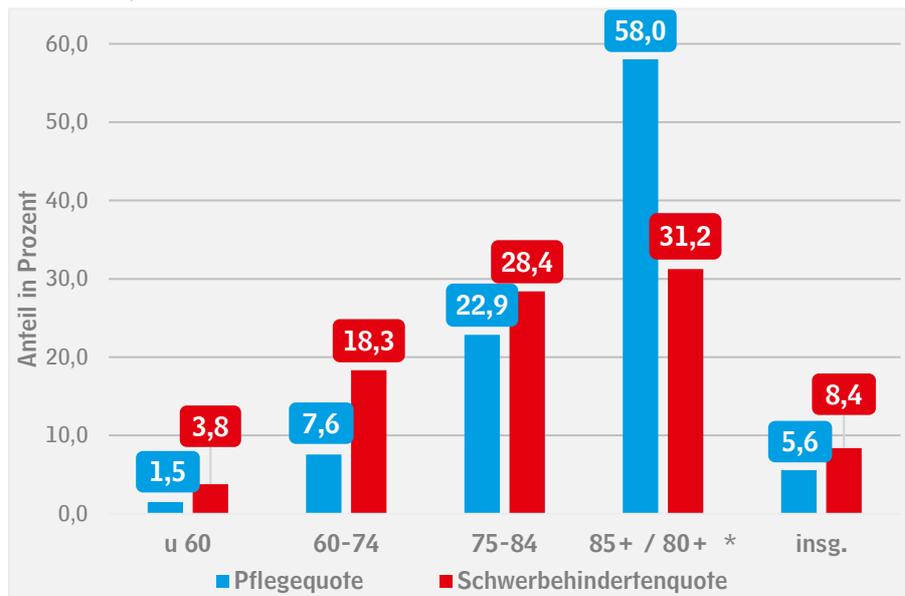
künftig mehr Menschen mit
Schwerbehinderung und
Pflegebedarf

2021:
8,4 % der Bevölkerung haben eine
Schwerbehinderung

31 % der Bevölkerung 80+ mit
Schwerbehinderung

5,6 Prozent der Bevölkerung beziehungsweise 17,9 Prozent der 60-Jährigen und Älteren in Hannover. 80 Prozent der pflegebedürftigen Menschen sind 60 Jahre oder älter, insgesamt rund 24.200 im Stadtgebiet. Mit Beginn des Renteneintrittsalters sind rund 8 Prozent der Bevölkerung pflegebedürftig. Ab dem 85. Lebensjahr betrifft Pflegebedürftigkeit mehr als die Hälfte (58 Prozent) der Menschen, darunter sind drei Viertel weiblich. Pflegebedürftigkeit trifft auch jüngere Menschen: Im Alter von unter 60 Jahren sind 1,5 Prozent der hannoverschen Bevölkerung pflegebedürftig, insgesamt rund 6.100 Menschen (Abb. 2-10).

Abb. 2-10: Pflegequote und Schwerbehindertenquote* nach Altersgruppen, 31.12.2021, Hannover



* Schnittmenge innerhalb dieser beiden Gruppen ist vorhanden, unklar in welchem Umfang.

Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen, Schwerbehindertenstatistik und Pflegestatistik 2021.

Zur Vorausschätzung der alterungsbedingten Entwicklung bei der Anzahl von Menschen mit Schwerbehinderung oder Pflegebedürftigkeit werden zwei separate Prognosen vorgenommen, denn erstens sind die Grundlagen von Schwerbehindertenausweisen und Pflegegraden in verschiedenen Gesetzbüchern geregelt – und damit auch in verschiedenen Statistiken und zweitens erhalten Menschen mit Schwerbehindertenausweis nicht automatisch einen Pflegegrad und umgekehrt. Auch wenn in einigen Fällen der Schwerbehinderung eine intensive Pflege notwendig ist, kann nicht genau ermittelt werden, wie groß die Schnittmenge dieser beiden Gruppen ist.¹³

Abb. 2-11 zeigt die bis 2044 vorausgeschätzte Anzahl von Menschen mit Schwerbehinderung und die der pflegebedürftigen Menschen im Alter von 60 Jahren und älter. Angenommen wird dabei jeweils, dass die gegenwärtigen alters- und geschlechtsspezifischen Pflege- und Behindertenquoten von 2021 bis 2044 stabil bleiben. Trendfortschreibungen bleiben hierbei unberücksichtigt, obwohl es sehr wahrscheinlich ist, dass die Pflegequoten auch künftig und weiterhin steigen. Die Vorausschätzung soll hier nur den **demografisch bedingten Mindestanstieg** demonstrieren, der sich allein infolge der Durchalterung der hannoverschen Bevölkerung ergibt.

2021:

5,6 % der Bevölkerung sind pflegebedürftig

58 % der Bevölkerung 85+ sind pflegebedürftig

Schwerbehinderung oder Pflegebedürftigkeit trifft auch jüngere Menschen, aber seltener

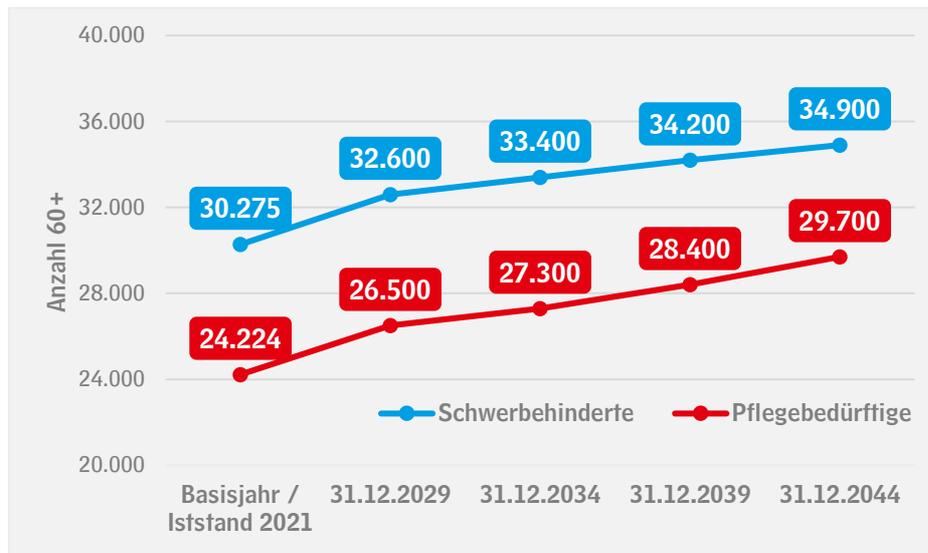
Pflegebedürftigkeit & Schwerbehinderung: Unterschiedliche Gesetzbücher unterschiedliche Statistiken

Vorausschätzung bis 2044

¹³Rosenberg, Martina (2024): Schwerbehindertenausweis beantragen. [Link](#) // Stand: 26.2.2024

Abb. 2-11: Demografisch bedingter Mindestanstieg: Menschen mit Schwerbehinderung und pflegebedürftige Menschen im Alter von 60 +

Basisjahr 2021 bis 2044, Hannover



Quellen: Landesamt für Statistik Niedersachsen, Schwerbehindertenstatistik und Pflegestatistik 2021, Landeshauptstadt Hannover, Bereich Stadtentwicklung und Mobilitätsplanung. (Verwaltungsinterne) gesamtstädtische Prognose basierend auf dem Bestand vom 31.12.2021 bis zum 31.12.2044 und eigene Berechnungen der Koordinationsstelle Sozialplanung

Demnach leben Ende 2044 in Hannover mindestens 34.900 60-jährige und ältere Menschen mit einer Schwerbehinderung (+4.600 gegenüber 2021) und mindestens 29.700 60-jährige und ältere pflegebedürftige Menschen (+ 5.500 gegenüber 2021) (Abb. 2-11).

Folgen für die Stadt Hannover: Die Pflegekrise spitzt sich infolge der demografischen Alterung gleich aus zwei Richtungen zu: Einer gesichert steigenden Anzahl Pflegebedürftiger und einer absehbar sinkenden Anzahl von Pflegefachkräften und informell Pflegenden (siehe Kapitel 5.2.5). Die Prognosezahlen machen zudem deutlich, dass bei gleichbleibender Heimquote die gesteigerte Nachfrage nach Pflegeheimplätzen zu den bereits erwähnten Engpässen in der Versorgung führen wird. Ein alleiniger Ausbau stationärer Pflegeplätze würde aber weder dem schon bestehenden und künftig wachsenden Fachkräftemangel in der Pflege entsprechen oder finanzierbar sein, noch dem Wunsch der Menschen entsprechen, auch bei Pflege- und Unterstützungsbedarf möglichst weiter selbständig in den eigenen vier Wänden, im angestammten Quartier, zu leben.

Um die Versorgung der pflegebedürftigen Menschen auch zukünftig zu sichern, wird es notwendig sein, neue Versorgungssettings zu implementieren, die die häusliche Versorgung stärken und die bislang strikte Abgrenzung von ambulanter und stationärer Pflege überwinden. Ziel ist, dass Pflegebedürftige länger in der eigenen Häuslichkeit wohnen bleiben und dort auch versorgt oder unterstützt werden können. Benötigt werden auch vermehrt quartiersorientierte, generationenverbindende und barrierefreie Wohnformen, die soziale Teilhabe ermöglichen und bedarfs- und bedürfnisgerechte Betreuungs- und Versorgungsangebote umfassen. Dies kann nicht allein durch Neubautätigkeit erfolgen, sondern erfordert auch erhebliche Anpassungen im Wohnungsbestand.

Im Sinne der Inklusion und Teilhabe steigt gleichermaßen der Bedarf an barrierefreien und alter(n)sgerechten Rahmenbedingungen im Wohnumfeld, unter anderem an rollstuhl- und rollatorgerechter Infrastruktur sowie an E-Mobilität (siehe Kapitel 6).

demografisch bedingter
Mindestanstieg 2021-2044:

plus 4.600 Menschen mit
Schwerbehinderung 60 +
plus 5.500 Pflegebedürftige 60 +

Pflegekrise spitzt sich doppelt zu:
mehr Pflegebedürftige,
weniger Pflegefachkräfte

alleiniger Ausbau stationärer Pflege:
weder finanzierbar,
noch personell leistbar

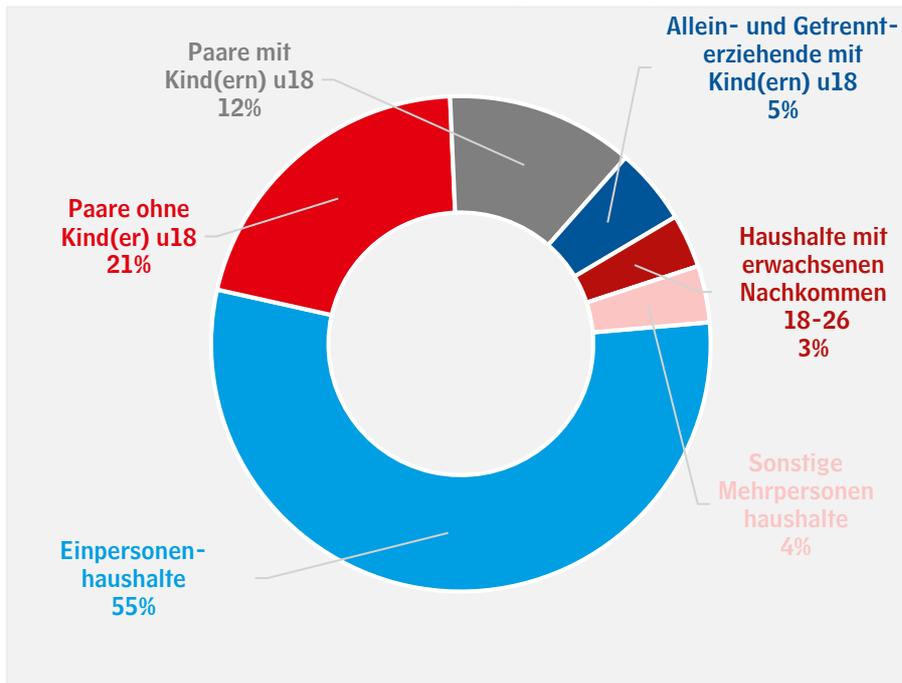
notwendig:
neue Versorgungssettings

quartiersnah,
generationenverbindend, barrierefrei,
alter(n)sgerecht

2.3 Eckdaten zur Haushaltsstruktur

Die allermeisten Hannoveraner*innen leben in Privathaushalten und nur sehr wenige in Gemeinschaftsunterkünften, wie zum Beispiel in Flüchtlingseinrichtungen oder Pflegeheimen. Am 31.12.2022 leben 545.423 Hannoveraner*innen in 306.140 privaten Haushalten¹⁴, das sind durchschnittlich 1,8 Personen je hannoverscher Privathaushalt. Abbildung 2-12 zeigt, wie sich das Zusammenleben in Privathaushalten Ende 2022 gestaltet:

Abb. 2-12: Zusammenleben in Privathaushalten, 31.12.2022, Hannover



Quelle: Landeshauptstadt Hannover: Sachgebiet Wahlen und Statistik

Wie in den Jahrzehnten zuvor, ist der „**Einpersonenhaushalt**“ mit einem Anteil von 55 Prozent an allen Privathaushalten der meistverbreitete Haushaltstyp in Hannover. In 168.965 Haushalten lebt nur eine Person, wobei „alleinlebend“ nicht gleichbedeutend mit „Singlesein“ ist.

Paare ohne minderjährige Kind(er) oder Nachkommen unter 27 Jahren sind auf Platz 2 unter den Haushaltstypen (63.988 insgesamt oder 21 Prozent aller Haushalte). Auch gleichgeschlechtliche Paare fallen darunter, sofern sie verheiratet sind oder in einer eingetragenen, gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft leben. Fakt ist, dass zum Stichtag keinerlei Kinder und Jugendliche oder Nachkommen im Alter von unter 27 Jahren im Haushalt leben. Insofern müssen Paarhaushalte nicht „kinderlos“ sein, sondern diese können als Erwachsene in anderen Haushalten leben.

Familien (mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt) haben einen Anteil von fast 17 Prozent an allen Haushalten. 12 Prozent aller Haushalte sind Paare mit Kind(ern). Allein- und Getrennterziehende haben einen Anteil von 5 Prozent an allen Haushalten oder 27 Prozent an allen hannoverschen Familien. Die Frage des Familienstands oder der (eigenen) Elternschaft spielt hierbei keine Rolle. Statistisch gesehen ist Familie dort, wo (minderjährige) Kinder im Haushalt leben.

2022:

545.423 Hannoveraner*innen leben in 306.140 privaten Haushalten

Einpersonenhaushalte:
dominierender Haushaltstyp

in 4/5 aller Haushalte leben keine Kinder und Jugendlichen u 18

17% aller Haushalte sind Familien, darunter 27% allein- und getrennterziehend



¹⁴ Näheres zur Definition „privater Haushalt“ siehe Kapitel 1.2

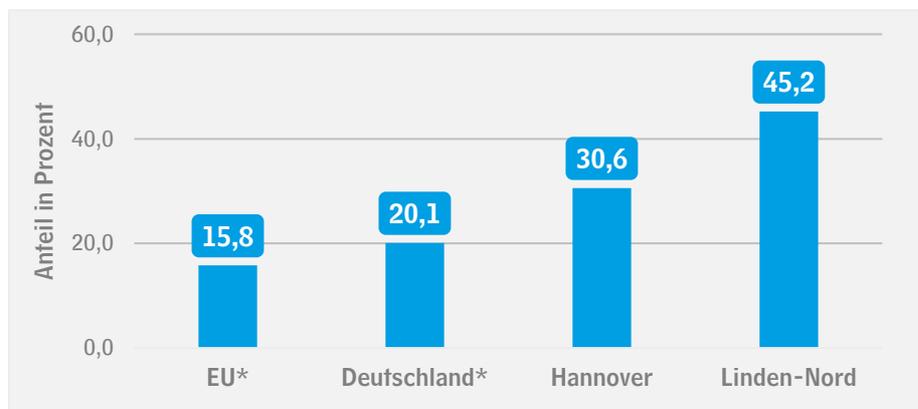
In **Haushalten mit erwachsenen Nachkommen** lebt mindestens ein Nachkomme im Alter von 18 bis unter 27 Jahren, aber nicht gleichzeitig ein minderjähriges Kind. Das betrifft 4 Prozent aller Haushalte. Die „**Sonstigen**“ 4 Prozent sind Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder oder Nachkommen im Haushalt, also zum Beispiel Wohngemeinschaften oder Alleinstehende mit Nachkommen im Alter von 27 Jahren oder älter (Abb. 2-12).

2.4 Drei Kernaussagen zum hannoverschen Zusammenleben und zur Entwicklung

2.4.1 Hannover - Stadt der Alleinwohnenden?

In Deutschland leben Ende 2022 anteilig deutlich mehr Menschen allein, als in den meisten anderen Staaten der Europäischen Union. Im Jahr 2022 betrug der Anteil Alleinlebender an der Bevölkerung in Deutschland 20,1 Prozent. Deutschland lag damit deutlich über dem EU-Durchschnitt von 15,8 Prozent.¹⁵ Innerhalb Deutschlands wurde Hannover viele Jahre als die „Single-Hauptstadt“ Deutschlands bezeichnet. Im bundesweiten Großstadtvergleich der Städte mit 500.000 und mehr Einwohner*innen lag Hannover Ende 2021 im Ranking auf Platz 4, nach Nürnberg, Leipzig und Düsseldorf.¹⁶ Gemessen an der Gesamtbevölkerung haben Alleinlebende in Hannover 2022 einen Anteil von fast 31 Prozent. Innerhalb Hannovers ist Linden-Nord der Stadtteil, mit dem höchsten Anteil Alleinlebender (über 45 Prozent), gemessen an der Bevölkerung im Stadtteil (Abb. 2-13).

Abb. 2-13: Anteil Alleinlebender an der jeweiligen Gesamtbevölkerung Ende 2022 in EU, Deutschland, Hannover insgesamt sowie Linden-Nord**



* Anteil bezieht sich auf das Jahr 2021

** hier beispielhaft der Stadtteil Linden-Nord, der beim Anteil Alleinlebender Spitzenreiter innerhalb Hannovers ist

Quellen: Landeshauptstadt Hannover: Sachgebiet Wahlen und Statistik und Statistisches Bundesamt, PM Nr. N040/23

Im Falle von Einpersonenhaushalten ist die Anzahl der darin lebenden Personen identisch mit der Anzahl der Einpersonenhaushalte insgesamt. Gemessen **an allen Privathaushalten** Hannovers haben Einpersonenhaushalte einen Anteil von **55 Prozent**. Damit sind sie der meist verbreitete Haushaltstyp in Hannover. **Gemessen an der Bevölkerung** haben Alleinlebende einen Anteil von rund **31 Prozent**. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, rund zwei Drittel, mit mindestens einer weiteren Person zusammenlebt.

2021:

Hannover beim Anteil Alleinlebender auf Platz 4 im Großstadtvergleich

Ende 2022:

Hannover: 31 % der Bevölkerung alleinlebend

Linden-Nord: 45 % der Bevölkerung alleinlebend

55 % der Haushalte sind Einpersonenhaushalte

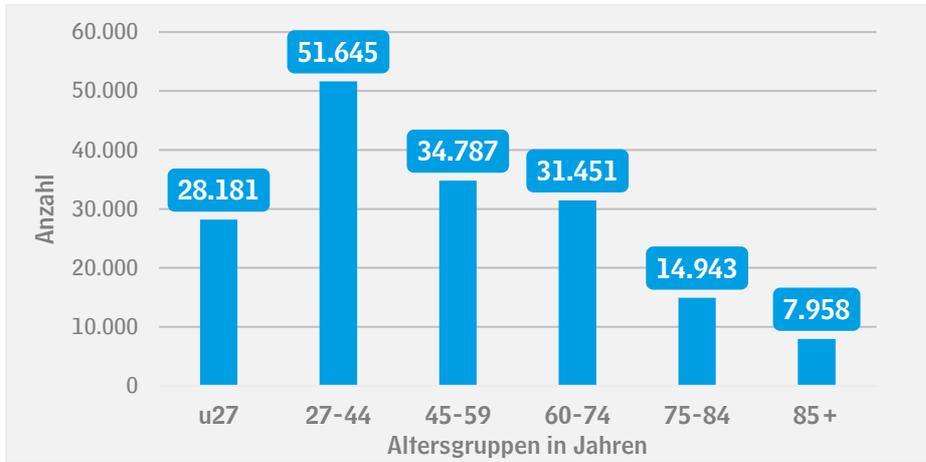
aber: 69 % der Bevölkerung lebt mit mindestens einer weiteren Person im Haushalt

¹⁵ Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes (DESTATIS) (2023): Pressemitteilung Nr. N040. [Link](#) // Stand: 6.3.2024

¹⁶ Bertelsmann Stiftung (2024): Wegweiser Kommune. [Link](#) // Stand: 30.11.2023

Alleinwohnende gibt es in allen Altersgruppen. Fast ein Drittel aller Alleinlebenden (etwa 52.000 der rund 169.000 Einpersonenhaushalte) entfällt auf die 27- bis 44-Jährigen, ein knappes weiteres Drittel entfällt auf Menschen im Alter von 60 Jahren und älter (Abb. 2-14).

Abb. 2-14: Anzahl Alleinlebender nach Altersgruppen, Ende 2022, Hannover



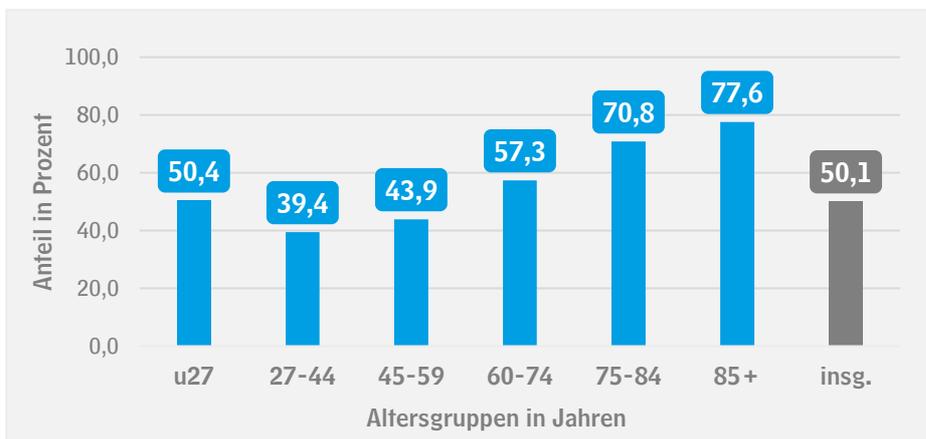
Quelle: Landeshauptstadt Hannover: Sachgebiet Wahlen und Statistik

Alleinlebende gibt es in allen Altersgruppen:

31 % sind 27-44 Jahre alt
32 % sind 60+

Über alle Altersgruppen hinweg sind Einpersonenhaushalte etwa hälftig weiblichen (50,1 Prozent) oder männlichen (49,9 Prozent) Geschlechts. Innerhalb der Altersgruppen Alleinlebender variieren die Geschlechteranteile erheblich: Unter den unter 27-Jährigen Einpersonenhaushalten sind Frauen leicht in der Überzahl, in den Altersgruppen bis 59 Jahre dominieren sehr deutlich die Männer. Ab dem 60. Lebensjahr sind Einpersonenhaushalte wieder mehrheitlich weiblich, ab dem 85. Lebensjahr sind mehr als drei Viertel der Alleinlebenden weiblichen Geschlechts (Abb. 2-15).

Abb. 2-15: Anteil Alleinlebender weiblichen Geschlechts je Altersgruppe, Ende 2022, Hannover



Quelle: Landeshauptstadt Hannover: Sachgebiet Wahlen und Statistik

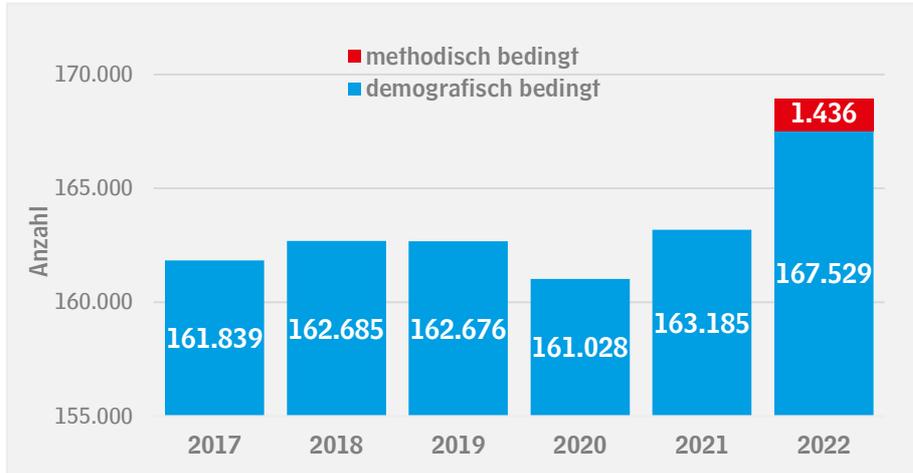
Alleinlebende:
u 27: etwas häufiger weiblich
27-59: deutlich häufiger männlich
60+ : deutlich häufiger weiblich

Im Zeitraum 2017 bis 2022 stieg die Anzahl der Einpersonenhaushalte um über 7.100 auf insgesamt 168.965 an. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass ein Teil des Anstiegs im Jahr 2022 **methodisch**¹⁷ und **nicht demografisch bedingt** ist. Abbildung 2-16 zeigt die Entwicklung 2017 bis 2022

¹⁷ Seit Ende 2022 werden, anders als zuvor, Bewohner*innen in Flüchtlingsunterkünften oder Altenwohnanlagen als Privathaushalt gezählt, sofern sie sich dort selbst verpflegen und ein eigenständiges Leben im Haushaltsverband führen können. Das bewirkt, dass rund ein Drittel des Zuwachses an Haushalten im Jahr 2022 im Vergleich zum Jahresende 2021 auf diesen Methodenwechsel zurückzuführen und nicht demografisch bedingt ist. Dies wirkt sich insbesondere auf die Zunahme der Einpersonenhaushalte aus (methodenbedingt zusätzlich +1.436 oder 24,8 Prozent des gesamten Zuwachses). Quelle: Landeshauptstadt Hannover (2024): Strukturdaten der Stadtteile und Stadtbezirke 2023. Statistische Berichte der Landeshauptstadt Hannover, S. 39 ff. [Link](#) // Stand: 26.2.2024

und hebt den **methodisch bedingten Anstieg in rot** hervor. Der Anteil der Einpersonenhaushalte – im Folgenden **an allen Haushalten** – stieg um insgesamt 0,9 Prozentpunkte: Von 54,3 Prozent Ende 2017 auf 55,2 Prozent Ende 2022. Insgesamt wuchs die Anzahl der Einpersonenhaushalte deutlich stärker (+ 4,4 Prozent), als die Anzahl der Privathaushalte insgesamt (+ 2,6 Prozent).

Abb. 2-16: Entwicklung der Anzahl von Einpersonenhaushalten 2017-2022, jeweils am 31.12., Hannover

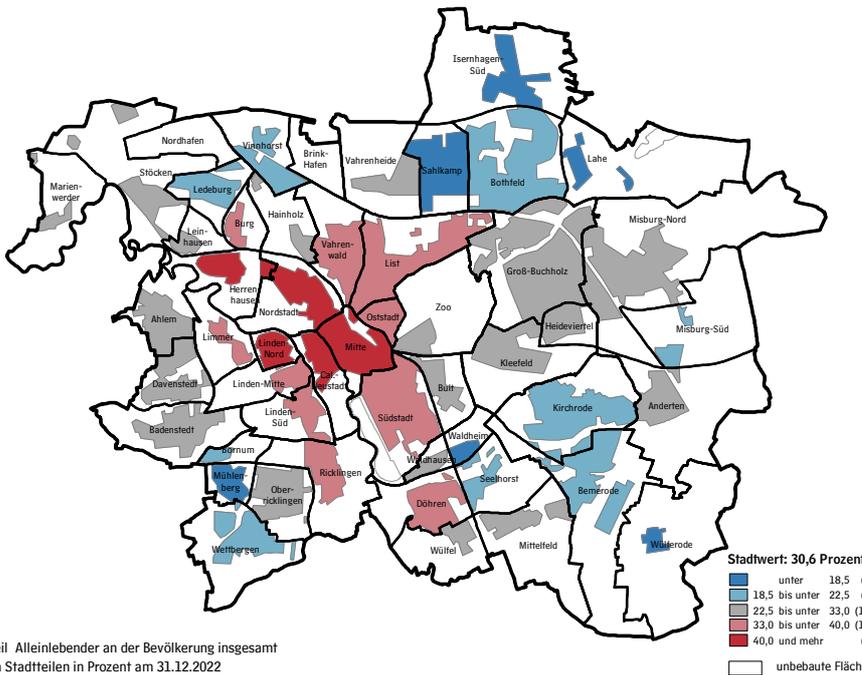


Quelle: Landeshauptstadt Hannover: Sachgebiet Wahlen und Statistik

Seit 2021: Starker Anstieg von Einpersonenhaushalte

2022: ein Teil des Anstiegs von Einpersonenhaushalten ist methodisch bedingt

Karte: Einpersonenhaushalte



Anteil Alleinlebender an der Bevölkerung insgesamt nach Stadtteilen in Prozent am 31.12.2022
Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

Alleinlebende häufiger in Innenstadt-lagen

Die Karte „Einpersonenhaushalte“ zeigt die jeweiligen Anteile der Einpersonenhaushalte an den Haushalten insgesamt. Die Anteilsspanne zeigt eine Streuung von 29,5 Prozent in Lahe bis 69,4 Prozent in Mitte. In Innenstadt-lagen sind Alleinlebende weitaus häufiger anzutreffen, als in familiengeprägten Stadtrandlagen.

2.4.2 Familien: Mehr kinderreiche Paare, mehr Allein- und Getrennterziehende

Ende 2022 leben 51.097 Familien in Hannover, also mit mindestens einem minderjährigen Kind im Haushalt.

Entwicklung im Zeitraum 2017 bis 2022: Die Anzahl der Familien insgesamt ist im Zeitraum 2017 bis 2022 nahezu konstant geblieben: Plus 783 Familien insgesamt, darunter sind plus 546 Familien auf den Methodenwechsel 2021/2021 zurückzuführen.¹⁸ Verschiebungen gab es vor allem bei den Familientypen: Die Anzahl der Paare mit Kindern sank von 2017 bis 2022 nur leicht, um insgesamt 192 insgesamt. Ohne den Methodenwechsel 2021/2022 wäre dieser Rückgang deutlich stärker ausgefallen. Die Anzahl der Allein- und Getrennterziehenden stieg im selben Zeitraum um insgesamt 975. Der Anstieg bei den Allein- und Getrennterziehenden entfiel – nach einem kontinuierlichen Rückgang bis 2021 auf 12.307 Haushalte – ausschließlich auf das Jahr 2022. Dieser Anstieg war primär die Folge des starken Zuzugs Geflüchteter, oft ukrainische Frauen mit Kind(ern) (Abb. 2-17). Der Methodenwechsel hatte beim Anstieg Allein- und Getrennterziehender weniger Einfluss und ist daher nicht Gegenstand der Abbildung.¹⁹

Abb. 2-17: Entwicklung der Anzahl von Paaren mit Minderjährigen und Allein- und Getrennterziehenden, 2017-2022, jeweils am 31.12., Hannover



Quelle: Landeshauptstadt Hannover: Sachgebiet Wahlen und Statistik

2022:

Nahezu 51.100 Familien in Hannover

2017-2022: Zahl der Familien nahezu konstant geblieben

leicht sinkende Anzahl von Paaren mit Kind(ern)

steigende Anzahl Allein- und Getrennterziehender

Zur Entwicklung nach Kinderzahl: Ende 2022 lag der Anteil kinderreicher Familien an allen Familien bei 13,2 Prozent. Seit einigen Jahren steigt kontinuierlich der Anteil kinderreicher Familien, während es umgekehrt einen Rückgang von Einkindfamilien gibt. Um diesen langfristigen Trend aufzuzeigen, wird an dieser Stelle bis ins Jahr 2013 zurückgeschaut:

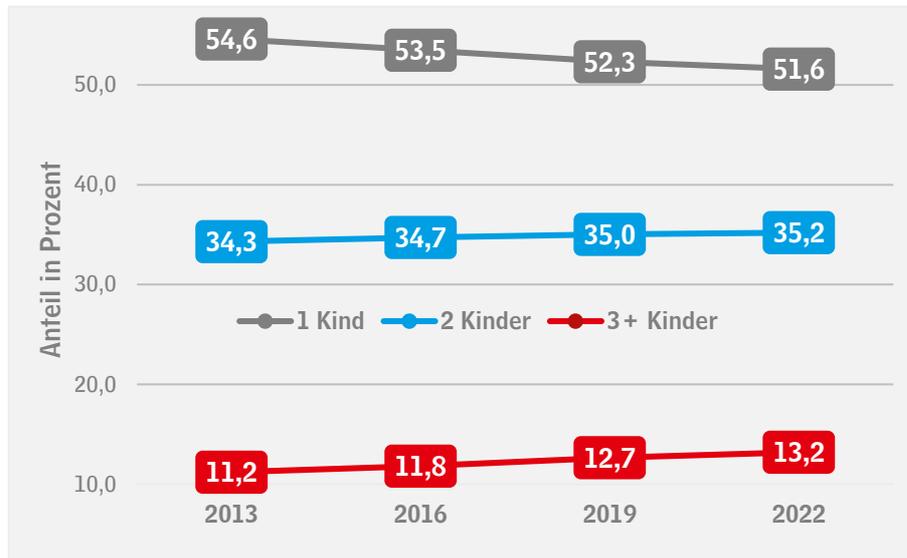
- Der Anteil der kinderreichen Familien stieg sukzessive um zwei Prozentpunkte an, von 11,2 Prozent (2013) auf 13,2 Prozent (2022).
- Im Gegenzug sank der Anteil mit nur einem minderjährigen Kind im Haushalt um drei Prozentpunkte von 54,6 Prozent (2013) auf 51,6 Prozent (2022).

¹⁸ Landeshauptstadt Hannover (2024): Strukturdaten der Stadtteile und Stadtbezirke 2023. Statistische Berichte der Landeshauptstadt Hannover, S. 39ff. [Link](#) // Stand: 26.2.2024

¹⁹ Die Entwicklung war vor allem demografisch bedingt (797 Allein- und Getrennterziehende, methodisch bedingt: + 178). Zusammen + 975, bezogen auf den Gesamtzeitraum 2017 bis 2022.

- Der Anteil der Zweikindfamilien ist nur leicht gestiegen, von 34,3 Prozent (2013) auf 35,2 Prozent (2022), (Abb. 2-18).

Abb. 2-18: Familien mit 1 Kind, 2 Kindern und 3 und mehr Kindern. Anteile an Familien insgesamt. Entwicklung 2013-2022, Hannover



Quelle: Landeshauptstadt Hannover: Sachgebiet Wahlen und Statistik

Rückgang der Einkindfamilie & Anstieg kinderreicher Familien

Auf den nachfolgenden Seiten werden nacheinander vier Stadtteilkarten zum Thema Familien gezeigt:

Karte „Familien“: Die 51.097 Familien in Hannover haben einen Anteil von 16,7 Prozent an allen Haushalten (Ende 2022). Familien leben bevorzugt in zentrumsfernen Stadtteilen. Überdurchschnittlich hohe Familienanteile mit 24,8 Prozent und mehr an allen Haushalten liegen in den Stadtteilen Mühlenberg, Seelhorst, Bemerode, Wülferode und Lahe. In den innenstadtnahen Stadtteilen Mitte, Linden-Nord, Nordstadt und Calenberger-Neustadt, aber auch in Herrenhausen und in Ricklingen liegt der Familienanteil bei unterdurchschnittlichen unter 12 Prozent.

Karte „Paare mit Kind(ern)“: Fast 37.400 oder rund 73 Prozent der etwa 51.100 Familien in Hannover sind Haushalte von Paaren mit Kind(ern). Minderjährige wachsen folglich mehrheitlich mit beiden Elternteilen oder mit zwei erwachsenen Bezugspersonen auf. Die Karte zeigt den Anteil der Paare mit Minderjährigen an allen Familien im Stadtteil. Als Familientyp sind Paare mit Kind(ern) häufiger in den östlich gelegenen Stadtteilen mit hohen Einfamilienhaus- und Wohneigentumsdichten anzutreffen. In folgenden Stadtteilen liegt der Anteil von Paaren mit Kind(ern) an den Familienhaushalten insgesamt bei 82 Prozent und höher: Waldheim, Kirchrode, Seelhorst, Isernhagen-Süd und Wülferode.

fast $\frac{3}{4}$ aller Familien:
Paare mit Kind(ern)
2 erwachsene Bezugspersonen mit Minderjährigen

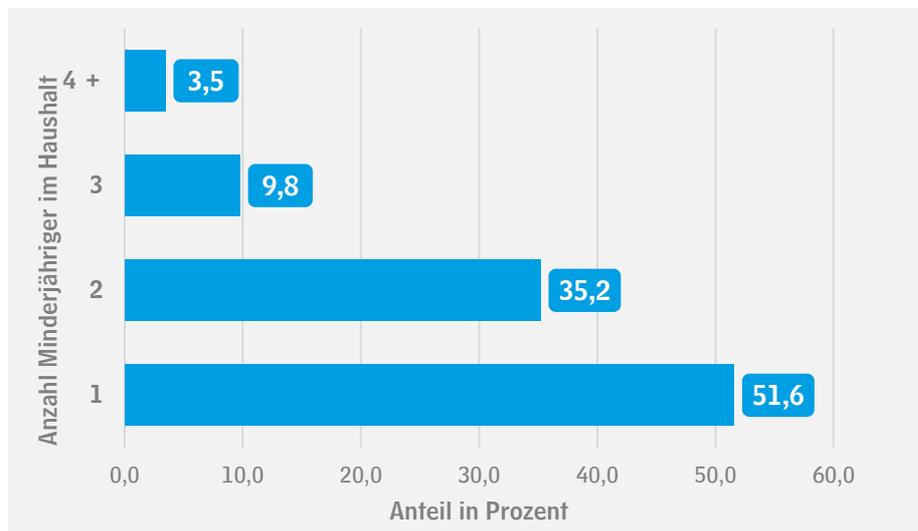
Karte „Allein- und Getrennterziehende“: Rund 13.700 oder 27 Prozent der nahezu 51.100 Familien sind Haushalte von Allein- und Getrennterziehenden. Das bedeutet, in mehr als jeder vierten hannoverschen Familie leben Minderjährige mit einem Elternteil oder einer erwachsenen Bezugsperson im Haushalt, im Folgenden Allein- oder Getrennterziehende genannt. In 90 Prozent sind Allein- und Getrennterziehende weiblichen Geschlechts, meistens sind es die Mütter. Die Karte „Allein- und Getrennterziehende“ zeigt den Anteil der Allein- und Getrennterziehenden an allen Familien

27 % der Familien sind Allein- und Getrennterziehende, davon sind 90 % weiblichen Geschlechts

im Stadtteil. Sie sind häufiger in den westlich gelegenen Stadtteilen mit höheren Anteilen an kleineren Wohnungen anzutreffen. Diese liegen beispielsweise in Hainholz, Ricklingen, Linden-Nord oder Limmer. Sehr viel seltener leben Allein- und Getrennterziehende in den östlich gelegenen Stadtteilen mit hoher Einfamilienhausdichte.

Karte „Kinderreiche Familien“. Zur Einordnung der Stadtteilunterschiede zeigt Abbildung 2-19 zunächst die hannoverschen Familien nach Kinderzahl. Ab drei und mehr Kindern gelten Familien als „kinderreich“. Kinderreich sind demnach 13,2 Prozent aller Familien. Die Karte „kinderreiche Familien“ zeigt den Anteil kinderreicher Familien an allen Familien im Stadtteil. In Vahrenheide, Sahlkamp, Mühlberg, Bornum und Ledeburg ist der Anteil kinderreicher Familien mit 18 Prozent und mehr überdurchschnittlich hoch, in Südstadt, Oststadt, Döhren, Zoo und Limmer mit unter 9 Prozent unterdurchschnittlich hoch.

Abb. 2-19: Familien nach Kinderzahl. Anteile an Familien insgesamt, Ende 2022, Hannover



Quelle: Landeshauptstadt Hannover: Sachgebiet Wahlen und Statistik

Rund 80 Prozent oder 5.429 der insgesamt 6.752 Familien mit drei und mehr Kindern entfallen auf Paare mit Kindern, rund 20 Prozent oder 1.323 entfallen auf Allein- und Getrennterziehende.

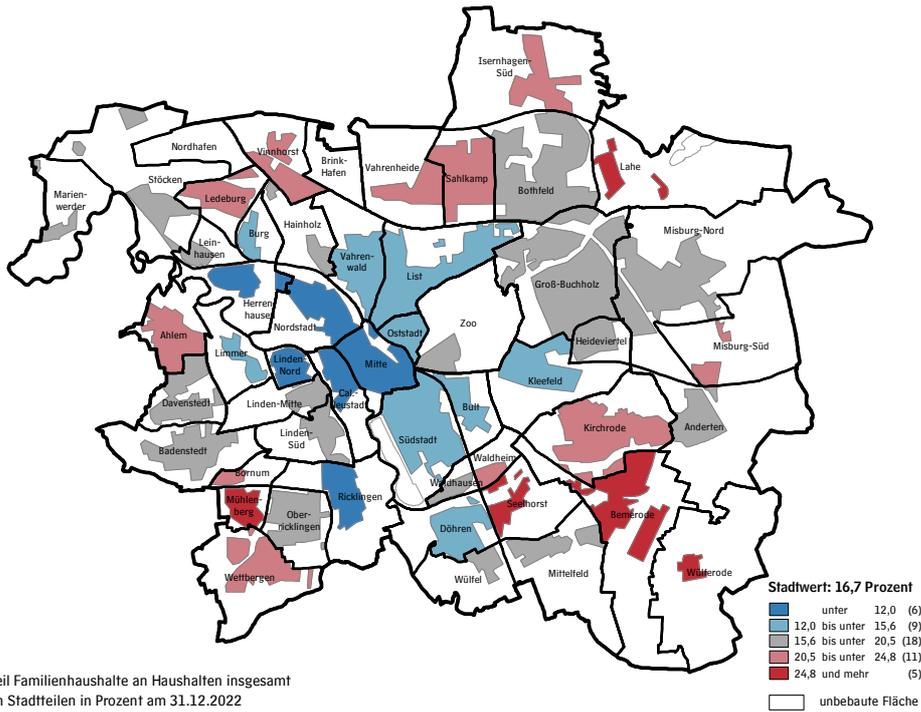
kinderreich ab drei und mehr Kindern

in fast 52 % der Familien lebt (nur) ein minderjähriges Kind

13,2 % aller Familien sind kinderreich (3+ mehr Kinder)

kinderreiche Familien sind meist Paare mit Kindern

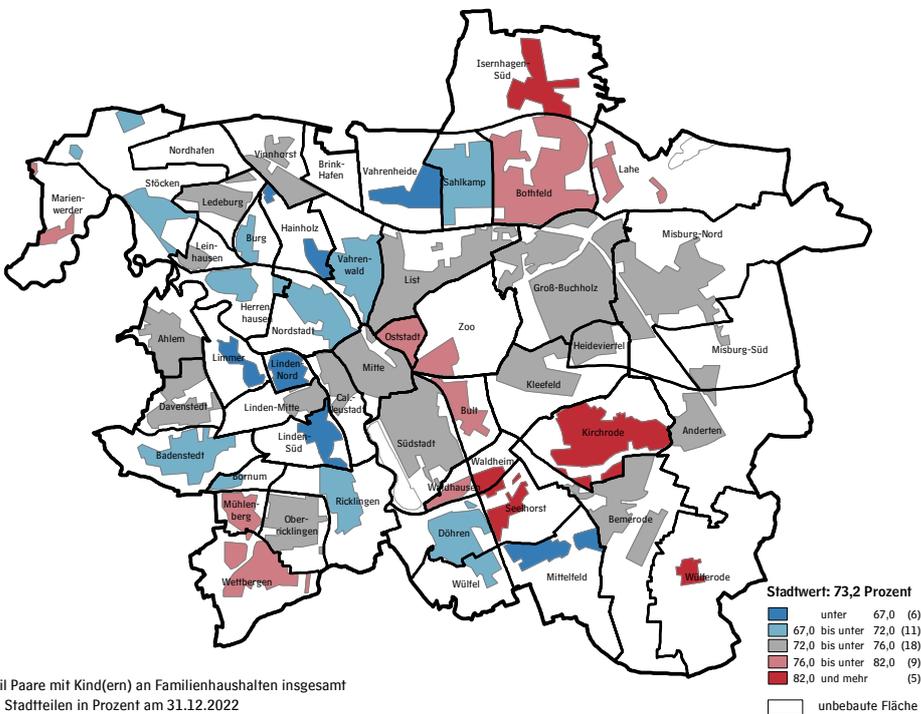
Karte: Familien



Anteil Familienhaushalte an Haushalten insgesamt nach Stadtteilen in Prozent am 31.12.2022
Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

überdurchschnittliche hohe Familienanteile in:
Mühlenberg, Seelhorst, Bemerode, Wülferode und Lahe

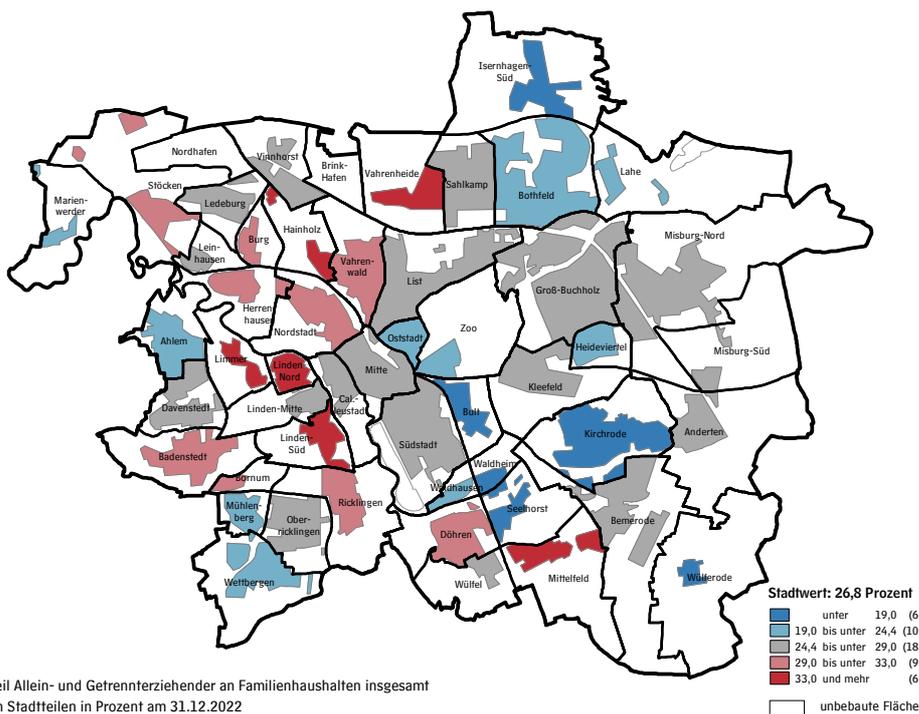
Karte: Paare mit Kind(ern)



Anteil Paare mit Kind(ern) an Familienhaushalten insgesamt nach Stadtteilen in Prozent am 31.12.2022
Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

Paare mit Kind(ern):
häufiger in östlichen Stadtteilen

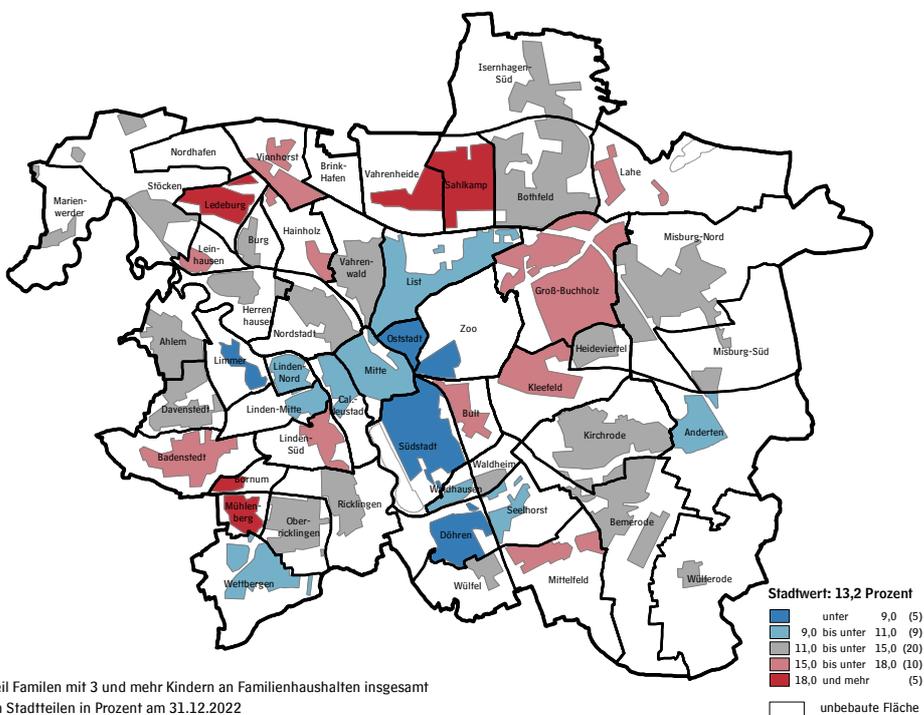
Karte: Allein- und Getrennterziehende



Allein- und Getrennterziehende:
häufiger in westlichen Stadtteilen

Anteil Allein- und Getrennterziehender an Familienhaushalten insgesamt nach Stadtteilen in Prozent am 31.12.2022
Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

Karte: Kinderreiche Familien



überdurchschnittlich viele kinderreiche Familien in:
Vahrenheide, Sahlkamp, Mühlenberg, Bornum und Ledeburg

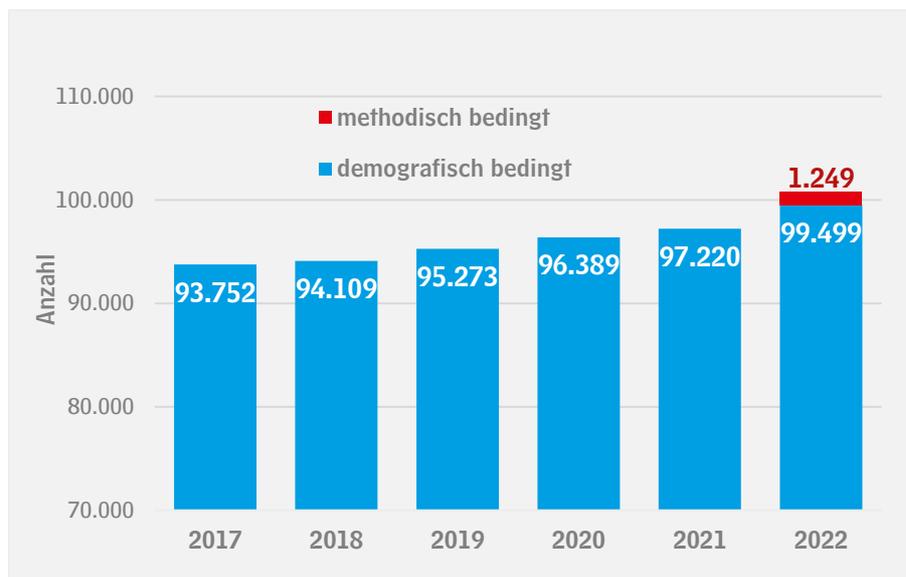
Anteil Familien mit 3 und mehr Kindern an Familienhaushalten insgesamt nach Stadtteilen in Prozent am 31.12.2022
Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

2.4.3 Senior*innenhaushalte: Jeder dritte Haushalt in Hannover

In jedem dritten Haushalt Hannovers lebt Ende 2022 mindestens eine Person im Alter von 60 Jahren und älter. Anders ausgedrückt: 100.748 Haushalte sind Senior*innenhaushalte, das sind 32,9 Prozent aller Haushalte (Ende 2017: 31,4 Prozent). Die Anzahl der Senior*innenhaushalte stieg im Zeitraum 2017 bis 2022 um rund 7.000 oder um 7,5 Prozent. Ein Teil des Anstiegs ist durch den Methodenwechsel 2021/2022 bedingt und umfasst in Summe 1.249 Haushalte. Abbildung 2-20 zeigt die Entwicklung im Zeitraum 2017 bis 2022 und hebt den **methodisch bedingten** Anstieg in rot hervor. Doch auch ohne den Methodenwechsel hätte der Anstieg bei 6,1 Prozent im Zeitraum 2017 bis 2022 gelegen. Somit sind Senior*innenhaushalte der am stärksten wachsende Haushaltstyp (LHH: + 2,6 Prozent), noch vor dem Anstieg von Einpersonenhaushalten (+ 4,4 Prozent).

in jedem dritten Haushalt lebt mindestens eine Person 60 +

Abb. 2-20: Entwicklung der Anzahl von Senior*innenhaushalten, 2017-2022, Hannover



Quelle: Landeshauptstadt Hannover: Sachgebiet Wahlen und Statistik

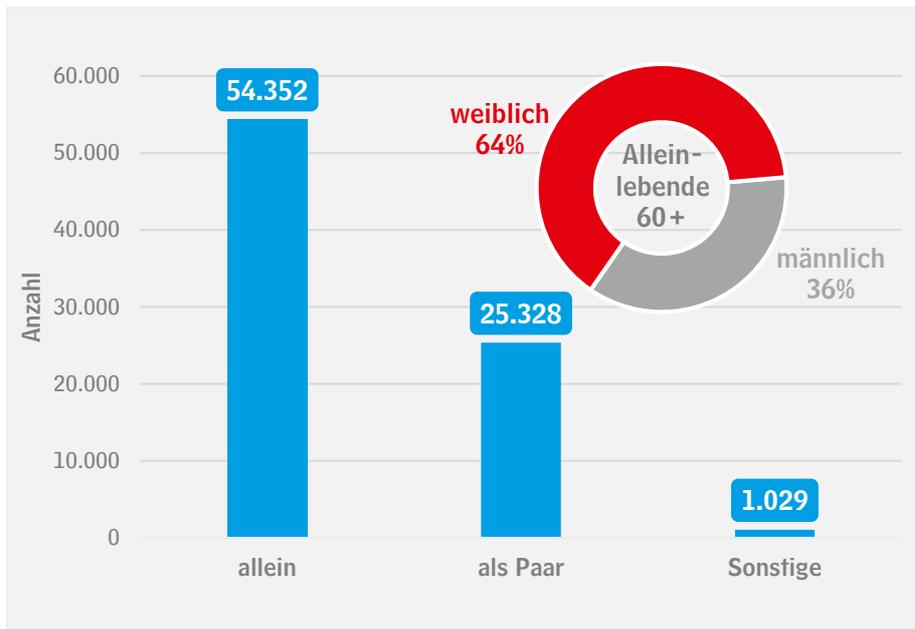
Senior*innenhaushalte: Der am stärksten wachsende Haushaltstyp

Unter den über 100.000 Senior*innenhaushalten sind 80.709 Haushalte (80 Prozent), in denen ausschließlich 60-Jährige und Ältere leben. Von diesen wiederum sind über 54.350 alleinlebend (67,3 Prozent), rund 25.330 (31,4 Prozent) leben als Paar zusammen im Haushalt und fast 1.030 Haushalte (1,3 Prozent) entfallen auf sonstige Mehrpersonenhaushalte, in denen alle Personen 60 Jahre und älter sind (zum Beispiel Senior*innen-WGs oder Hochbetagte, die mit ihren 60-Jährigen und älteren „Kindern“ zusammenwohnen). Unter den alleinlebenden 60-Jährigen und Älteren sind Frauen mit einem Anteil von rund 64 Prozent in der Überzahl (Abb. 2-21).

in 4 von 5 Senior*innenhaushalten leben ausschließlich 60 +



Abb. 2-21: Haushalte nach Haushaltstyp, in denen ausschließlich 60-Jährige und Ältere leben, Hannover



Quelle: Landeshauptstadt Hannover: Sachgebiet Wahlen und Statistik

Schaut man allein auf die insgesamt fast 8.000 alleinlebenden Hochaltrigen in Hannover, sind darunter etwa 6.200 Frauen (78 Prozent aller alleinlebenden 85+) und 1.800 Männer (22 Prozent aller Alleinlebenden 85+).

Neben den über 80.700 Haushalten, in denen ausschließlich 60-Jährige und ältere zusammenleben gibt es noch die Senior*innenhaushalte in denen 60-Jährige und Ältere mit Personen im Alter von unter 60 Jahren zusammenleben:

- 13.079 Haushalte, in denen Personen im Alter von 60 Jahren oder älter mit jüngeren Personen aus verschiedenen Generationen zusammenleben (zum Beispiel das betagte Elternpaar, das bei seinen erwachsenen Kindern oder Enkelkindern lebt).
- 6.960 Haushalte, in denen Senior*innen mit jüngeren Personen derselben Generation zusammenleben zum Beispiel Paare (5.814 insgesamt) oder sonstige Mehrpersonenhaushalte, in denen zwar alle Personen 60 Jahre oder älter sind, aber derselben Generation angehören (zum Beispiel Geschwister, Wohngemeinschaften).

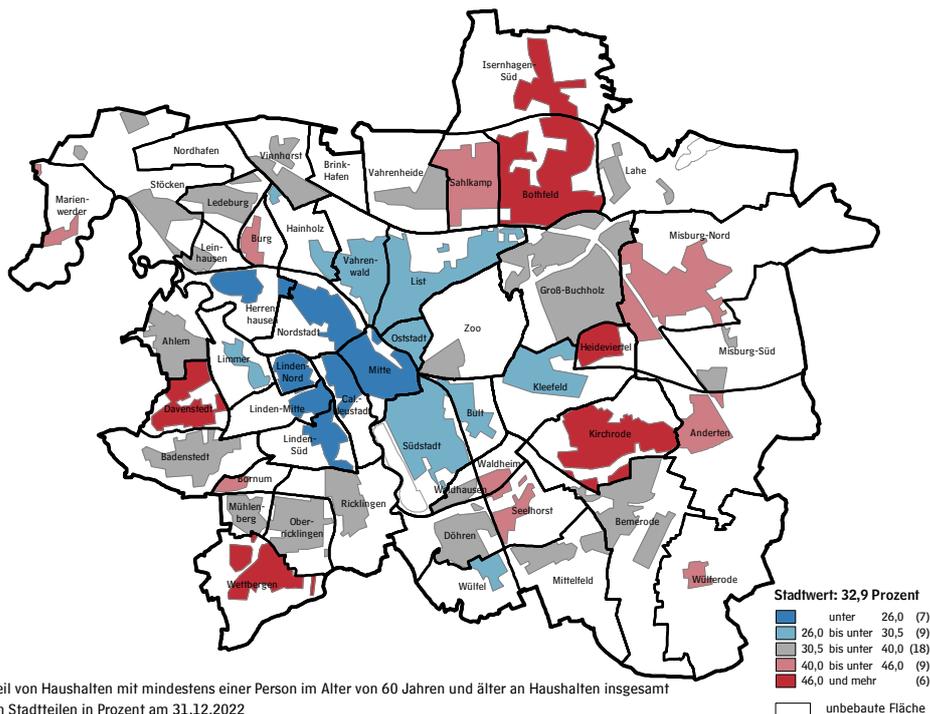
Stadtteilunterschiede: Stadtteile, in denen überdurchschnittlich viele 60-Jährige und ältere wohnen (Karte „Senior*innen“), sind nicht deckungsgleich mit Stadtteilen mit hohen Anteilen von Senior*innenhaushalten (Karte „Senior*innenhaushalte“). Die Menschen in Pflegeeinrichtungen – stadtweit etwa 6.100 (Ende 2021) – machen hierbei den Unterschied, weil sie nicht in privaten Haushalten, sondern in Gemeinschaftseinrichtungen leben (siehe Kapitel 1.2.3 und 2.2.7). Überdurchschnittlich hohe Anteile von Senior*innenhaushalten (46 Prozent und mehr an allen Haushalten) weisen die Stadtteile Bothfeld, Heideviertel, Kirchrode, Davenstedt und Wettbergen auf. Spitzenreiter mit 51,3 Prozent ist Isernhagen-Süd (LHH: 32,9 Prozent).

zwei Drittel der Senior*innenhaushalte (ausschließlich 60+) sind Alleinlebende

fast zwei Drittel der Alleinlebenden 60+ sind Frauen

hochaltrig und alleinlebend:
rund 8.000 Alleinlebende 85+ in Hannover, darunter 6.200 Frauen

Karte: Senior*innenhaushalte



in diesen Stadtteilen leben in rund jedem zweiten Haushalt 60-Jährige und Ältere:

Kirchrode, Heideviertel, Davenstedt, Isernhagen-Süd, Bothfeld

Anteil von Haushalten mit mindestens einer Person im Alter von 60 Jahren und älter an Haushalten insgesamt nach Stadtteilen in Prozent am 31.12.2022

Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

3. Hannover ist eine Einwanderungsstadt

Großstädte waren schon immer Zielorte Einwandernder. Migrationserfahrungen und migrationsbedingte Vielfalt sind daher Alltag in der Landeshauptstadt Hannover. Zum heutigen Vielfaltsprofil Hannovers tragen nicht nur gegenwärtige, sondern vor allem zurückliegende Migrationsbewegungen bei. Fest steht: Hannover war, ist und bleibt eine Einwanderungsstadt.

Die gesellschaftliche Teilhabe aller und den sozialen Zusammenhalt untereinander zu stärken, sind erklärte Ziele des WIR 2.0-Prozesses: „Vom Ihr zum WIR“.²⁰ Der Sozialbericht 2023 knüpft an diese Zielsetzung an, trägt Fakten zur Einwanderungsstadt Hannover zusammen und versucht Antworten auf folgende Fragen zu geben:

- Was sind die wichtigsten Fakten zur Einwanderungsstadt Hannover? Wie international sind Hannovers Stadtteile?
- Wie entwickeln sich die Einbürgerungszahlen? Für welche Gruppen und warum ist Einbürgerung (k)eine Option?
- Mit Blick auf das einwanderungsstarke Jahr 2022: Was sind die wichtigsten Fakten zu Geflüchteten aus der Ukraine in Hannover?
- Bezogen auf den Zeitraum 2016 bis 2021: Aus welchen Ländern wandern Menschen aus und konkret nach Hannover ein? Wie häufig handelt es sich um Kinder, junge Erwachsene, um Männer und Frauen oder um Senior*innen? Was sind klassische Einwanderungsmotive? Welches sind die (Erst-)Ankunftsorte in Hannover?

3.1 Eckdaten zum Zusammenleben in Vielfalt

41,4 Prozent der hannoverschen Bevölkerung sind zum Stichtag Ende 2022 entweder selbst eingewandert oder kommen aus einer Einwanderungsfamilie (zur Entwicklung siehe Kapitel 2). Anders ausgedrückt: 41,4 Prozent der Bevölkerung haben einen „statistisch erkennbaren Migrationshintergrund“²¹.

Dabei gilt: Je jünger die hannoversche Bevölkerung, desto höher ist der Anteil mit Migrationshintergrund: Rund 62 Prozent der unter 18-Jährigen, 43 Prozent der mittleren Altersgruppen und fast 25 Prozent der 60-Jährigen und Älteren haben einen Migrationshintergrund (Abb. 3-1).

Hannover war, ist und bleibt eine Einwanderungsstadt

WIR 2.0-Prozess:
„Vom Ihr zum WIR“

Leitfragen des Kapitels 3

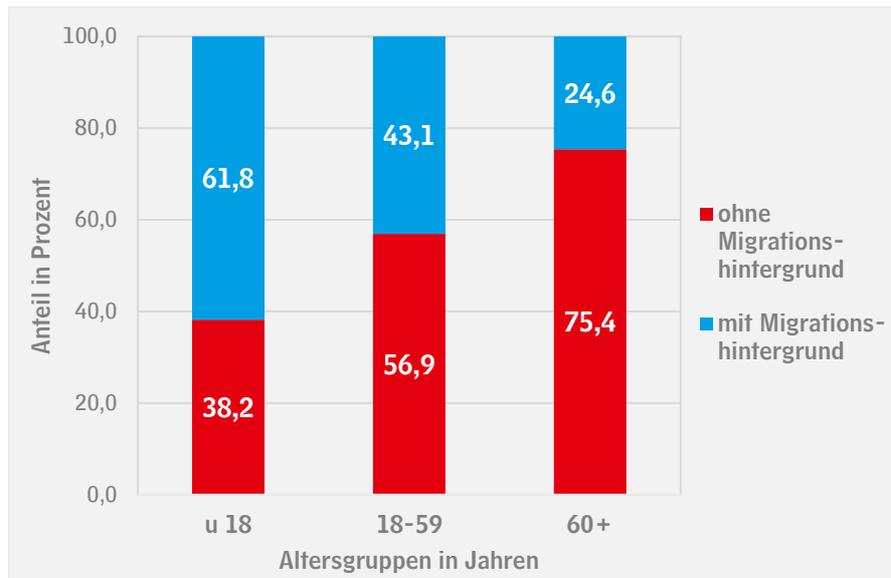
Eingewanderte und ihre Nachkommen: Über 41 % der hannoverschen Bevölkerung

je jünger die Bevölkerung, desto mehr migrationsbedingte Vielfalt

²⁰ Landeshauptstadt Hannover (2022): Verwaltungsentwurf „WIR 2.0 Migration und Teilhabe. Strategien, Ziele und Maßnahmen“. [SIM_DS 1941/2022](#) // Stand 28.2.2024

²¹ Grundlegendes zum Begriff und zur Definition von Migrationshintergrund siehe Kapitel 1.2.2.

Abb. 3-1: Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund, Anteil an jeweiliger Altersgruppe, 31.12.2022, Hannover



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

Staatsangehörigkeiten und Bezugsländer²²: Schaut man allein auf **Staatsangehörigkeiten**, zeigen sich 178 verschiedene Nationalitäten (Stand Ende 2022). Die fünf häufigsten Staatsangehörigkeiten in Hannover nach Deutsch sind Türkisch (15.100 Staatsangehörige), Ukrainisch (10.400), Syrisch (8.400), Polnisch (7.200) und Irakisch (6.100). Bezieht man neben der aktuellen Staatsangehörigkeit auch frühere Staatsangehörigkeiten, Geburts- oder Zuzugsländer und weiteres mit ein, werden sogenannte Bezugsländer erkennbar. Auch dann bleibt die Türkei das häufigste Bezugsland. Mit großem Abstand folgen in absteigender Reihenfolge: Polen, Ukraine (seit 2022 auf Platz 2), Russische Föderation und Syrien. Bis Ende 2021 war die Ukraine als Bezugsland nicht unter den top Five, dafür lag der Irak als Bezugsland auf Platz 5.

Eingewanderte und ihre Nachkommen im Stadtgebiet: Stadtteile mit den Ende 2022 stadtweit höchsten Anteilen Eingewanderter oder ihrer Nachkommen (57 Prozent und mehr) sind Stöcken, Bornum, Vahrenheide, Hainholz, Sahlkamp und Mühlenberg. Schlusslicht bilden Waldheim, Seelhorst, Südstadt, Kirchrode und Wülferode mit einem Anteil von unter 26 Prozent (LHH: 41,4 Prozent), (Karte „Eingewanderte und ihre Nachkommen“).

fast zwei von drei Minderjährigen mit Migrationshintergrund



eine/r von vier Senior*innen mit Migrationshintergrund



178 Nationalitäten

die Türkei ist das häufigste „Bezugsland“

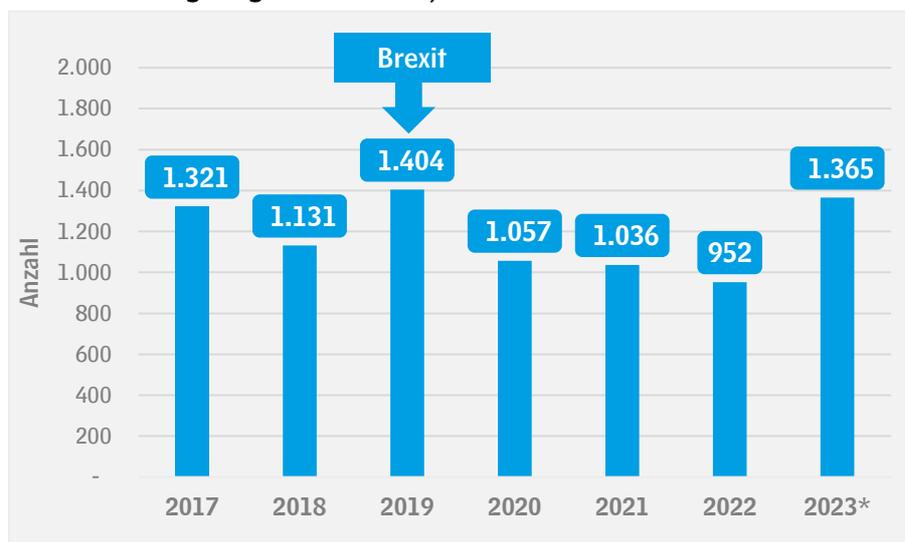
internationale Stadtteile

²² Das Bezugsland wird aus (früherer) Staatsangehörigkeit oder dem Geburts- bzw. Zuzugsland abgeleitet. Minderjährige Deutsche ohne Migrationshintergrund bekommen das Bezugsland der in Haushalt lebenden Mutter zugewiesen. Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik: Strukturdaten der Stadtteile und Stadtbezirke 2023, [Link](#) // Stand: 25.1.2024

Wenn nicht alle Voraussetzungen erfüllt sind, gibt es Ermessensspielräume durch die Einbürgerungsbehörde.

Im Zeitraum 2000 bis 2022 ließen sich in Hannover fast 34.000 Menschen einbürgern, im Schnitt fast 1.500 Menschen pro Jahr. Seit Anfang/ Mitte der 2000er Jahre sank die Anzahl der Einbürgerungen zunächst. Einer der Gründe dafür ist²⁵: Viele Eingewanderte fühlen sich zwar Deutschland zugehörig, wollen aber ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit neben der Deutschen behalten, um den Bezug zum Herkunftsland und damit verbundene Rechte zu behalten. Personen, bei denen eine Mehrstaatigkeit möglich ist, zeigen eher Bereitschaft, sich einbürgern zu lassen (zum Beispiel EU-Staatsangehörige), als Menschen, bei denen das gar nicht oder nur erschwert möglich ist. Bei türkischen Staatsangehörigen beispielsweise gingen die Einbürgerungen bundesweit und auch in Hannover bis zuletzt stark zurück, weil nur in bestimmten Fällen beide Staatsangehörigkeiten behalten werden konnten. Abbildung 3-2 zeigt die jüngsten Entwicklungen zur Anzahl der Einbürgerungen im Zeitraum 2017 bis 2023.

Abb. 3-2: Einbürgerungen 2017-2023*, Hannover



* Anzahl 2023 noch vorläufig, Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Bereich Standesamt und Staatsangehörigkeit
Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen, Einbürgerungsstatistik für die Daten 2017-2022

Der deutliche Anstieg im Jahr 2023 ist auf die hohe Zahl an Einbürgerungen von Syrer*innen zurückzuführen. Mit 428 Einbürgerungen hatten Syrer*innen einen Anteil von 31 Prozent an allen Einbürgerungen 2023. Es folgten in absteigender Reihenfolge Einbürgerungen von Iraker*innen und Iraner*innen (jeweils rund 10 Prozent), von Ukrainer*innen (6 Prozent) sowie aus der Türkei und Afghanistan (jeweils rund 5 Prozent) sowie Polen und Tunesien (weniger als 3 Prozent).²⁶

Das Geschlechterverhältnis in der Gruppe der Eingebürgerten ist nahezu gleich zwischen männlichen und weiblichen Personen verteilt. Eingebürgerte sind zum Zeitpunkt ihrer Einbürgerung vergleichsweise jung: Rund 57 Prozent sind jünger als 35 Jahre. Fast 13 Prozent sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (Abb. 3-3).

für eine Einbürgerung müssen sehr viele Voraussetzungen erfüllt sein

Möglichkeit der Mehrstaatigkeit macht Einbürgerungen attraktiver

2023: fast ein Drittel der Einbürgerungen entfällt auf Syrer*innen

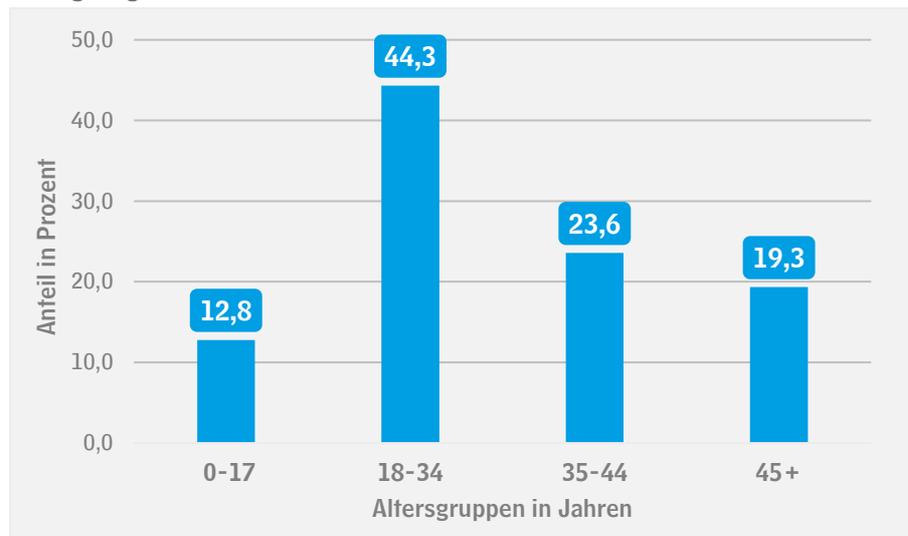
etwa gleich viele Frauen und Männer lassen sich einbürgern

²⁵ MEDIENDIENST INTEGRATION (2024): Wie weit ist der Weg zum deutschen Pass? [Link](#) // Stand: 27.2.2024

²⁶ Landeshauptstadt Hannover, Bereich Standesamt und Staatsangehörigkeit

Abb. 3-3: Durchschnittliche Altersstruktur zum Zeitpunkt der Einbürgerung in Hannover

Einbürgerungen im Zeitraum 2011-2022

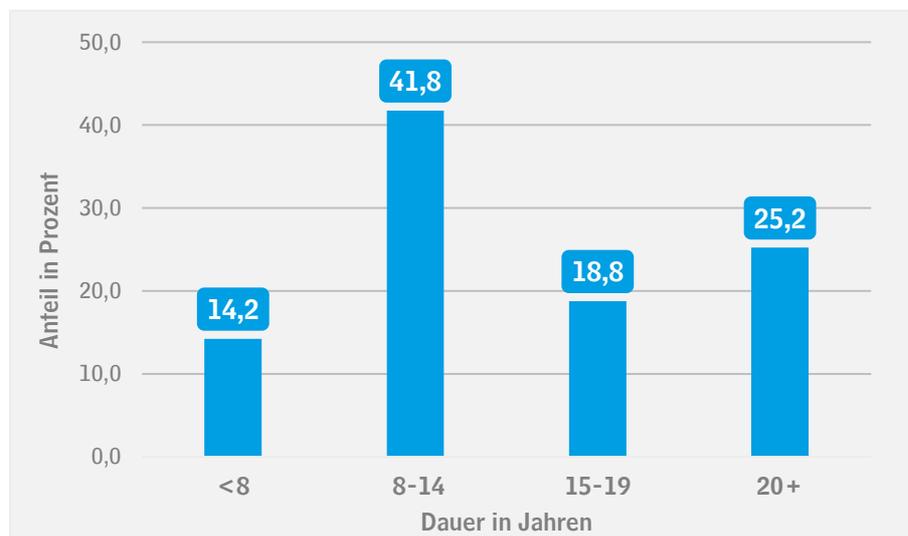


Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen, Einbürgerungsstatistik

Zum Zeitpunkt ihrer Einbürgerungen leben rund 14 Prozent seit maximal acht Jahren in Deutschland und rund 42 Prozent seit 8 bis 14 Jahren. Etwa 44 Prozent sind bereits seit 15 Jahren und länger in Deutschland (Abb. 3-4).

Abb. 3-4: Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Deutschland zum Zeitpunkt der Einbürgerung in Hannover

Einbürgerungen im Zeitraum 2011-2022



Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen, Einbürgerungsstatistik

Mit der aktuellen **Reform des Staatsbürgerschaftsrechts** sollen Einbürgerungen in Deutschland künftig schneller möglich werden und die doppelte Staatsbürgerschaft grundsätzlich erlaubt sein. Dazu gehört, dass die für die Einbürgerung erforderliche Aufenthaltsdauer von derzeit acht auf fünf Jahre verkürzt wird. Bei „besonderen Integrationsleistungen“ soll eine Einbürgerung schon nach drei Jahren möglich sein. Wer sich in Deutschland einbürgern lässt, muss die bisherige Staatsangehörigkeit künftig nicht mehr aufgeben.²⁷

²⁷ Die Bundesregierung (2024): Für mehr gesellschaftliche Teilhabe. [Link](#) // Stand: 28.1.2024

57 % der Eingebürgerten sind jünger als 35 Jahre



viele Jahr(zehnt)e Aufenthalt in Deutschland bis zur Einbürgerung

Reform des Staatsbürgerschaftsrechts soll Einbürgerung erleichtern

3.3 Lebenslage Geflüchteter aus der Ukraine

Die russische Invasion in die Ukraine im Frühjahr 2022 hatte Folgen, die weltweit spürbar waren. Seither sind Millionen Menschen aus der Ukraine auf der Flucht. Rund 1,1 Millionen Geflüchtete sind bis Anfang 2024 nach Deutschland gekommen, darunter etwa 120.000 nach Niedersachsen.²⁸ Zu den Folgen, die der Krieg für die Bevölkerungsentwicklung in Hannover hatte, siehe Kapitel 2. Kapitel 3.3. skizziert hannoversche Eckdaten zur aktuellen Lebenslage Geflüchteter aus der Ukraine.

Ende September 2023 leben 7.209 Geflüchtete aus der Ukraine in Hannover, darunter haben 6.962 eine ukrainische Staatsangehörigkeit (97 Prozent).

Frauen, Familie und Kinder aus der Ukraine:

- Kinder und Jugendliche haben einen Anteil von rund einem Viertel an allen Geflüchteten.
- Fast 28 Prozent sind 27 bis 44 Jahre alt, darunter sind über zwei Drittel Frauen.
- Weitere 17 Prozent sind 45 bis 59 Jahre alt, darunter sind 70 Prozent Frauen.
- Im Alter von 60 Jahren und älter sind rund 18 Prozent der Geflüchteten.
- Über alle Erwachsenen hinweg haben Frauen einen Anteil von 68 Prozent.
- Die meisten Geflüchteten sind Familien, meist Frauen mit (ihren) Kindern, die statistisch gesehen den „Alleinerziehenden“ zugeordnet werden (siehe Kapitel 2).

Zur **Wohnsituation**: Von den 7.209 Geflüchteten aus der Ukraine sind zum selben Zeitpunkt (9/2023) 1.256 Menschen – also rund ein Sechstel – in städtischen Unterkünften untergebracht. Das bedeutet, dass die allermeisten Geflüchteten entweder selbstorganisiert oder mit großer Unterstützung Dritter wohnen. Zum Beispiel, weil die Bevölkerung Ukrainer*innen privat aufgenommen hat, weil ihnen Wohnungen angeboten wurden oder weil Stiftungen (temporäres) Wohnen an unterschiedlichen Orten ermöglichten. Allein für den Antragszeitraum des Jahres 2022 wurden im Rahmen des Hannover Solidaritätsschecks²⁹ Prämien für 821 Personen, denen von Vermietenden Wohnraum zur Verfügung gestellt wurde, bewilligt.³⁰

In **Kita und Schule**: In der Zeit vom 24.02.22 bis zum 30.09.23 wurden insgesamt 313 Kinder aus der Ukraine erfasst, denen in Hannover eine Kindertagesstätte oder eine Kindertagespflegestelle vermittelt wurde. Die Entwicklung ist insgesamt sehr dynamisch. Wie viele von den vermittelten Kindern tatsächlich aktuell eine Kindertagesstätte oder Kindertagespflegestelle nutzen, ist nicht bekannt.³¹ Nach Auskunft der Schulverwaltung ist davon auszugehen, dass mittlerweile alle schulpflichtigen Kinder aus der Ukraine in den hannoverschen Schulen angekommen sind.

Ukrainische Geflüchtete auf dem **Arbeitsmarkt**: Bundesweit war jede fünfte zugewanderte Person aus der Ukraine im Alter von 25 bis 59 Jahren im 1. Halbjahr 2023 erwerbstätig.³² Ende Dezember 2023 hatten Ukrainer*innen regionsweit einen Anteil von 9,5 Prozent an allen 37.000 Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II, das sind rund 3.500 insgesamt.³³

seit russischer Invasion:
rund 7.200 Geflüchtete aus Ukraine in
Hannover



ein Viertel sind Kinder & Jugendliche
u 18

zwei Drittel der Erwachsenen sind
Frauen, oft Mütter

5 von 6 Geflüchteten sind „privat“
oder außerhalb städtischer Unter-
künfte untergekommen

die meisten geflüchteten Kinder sind
in Kita und Schule angekommen



jede/r fünfte geflüchtete Ukrainer*in
ist erwerbstätig

²⁸ Statista (2024): Anzahl der registrierten Flüchtlinge aus der Ukraine in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. [Link](#) // Stand: 27.1.2024

²⁹ Landeshauptstadt Hannover (o.D.): Hannover Solidaritätsscheck. [Link](#) // Stand: 9.2.2024

³⁰ Landeshauptstadt Hannover: Bereich Wohnen und Leben in Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungen

³¹ Landeshauptstadt Hannover: Sachgebiet Familienservicebüro und Kindertagespflege

³² Statistisches Bundesamt (2023): Pressemitteilung Nr. 476 vom 13. Dezember 2023, [Link](#) // Stand: 27.1.2024

³³ Statistiken der Agentur für Arbeit: Ukrainer/-innen im Rechtskreis SGB II, [Link](#) // Stand: 27.1.2024

Bleibeabsichten: Basierend auf den Ergebnissen einer bundesweiten Befragung ukrainischer Geflüchteter im Frühjahr 2023 möchten rund 44 Prozent der Geflüchteten längerfristig – also einige Jahre – in Deutschland bleiben, darunter einige für immer.³⁴

44 % möchten längerfristig bleiben

3.4 Einwanderung nach Hannover im Zeitraum 2016-2021

In der aktuellen Diskussion zur Migrationspolitik steht häufig die Fluchtmigration im Vordergrund. Übersehen wird dabei, dass ein großer Teil der stattfindenden Migration keine Fluchtmigration ist – mit Ausnahme der Jahre 2015 oder 2022 – sondern Arbeits- und Bildungsmigration, oft aus Ländern innerhalb der Europäischen Union.³⁵ Dies gilt auch und erst recht für den (Aus-)Bildungs- und Wissenschaftsstandort Hannover.

Großteil der Migration:
keine Fluchtmigration

Das Kapitel 3.4. geht daher folgenden Fragen nach: Wie viele Menschen welchen Alters und Geschlechts wandern nach Hannover ein und was sind mögliche **Einwanderungsmotive**? Aus welchen Ländern kommen Einwandernde und was sind die Orte ihrer Erstankunft in Hannover? Die nachfolgenden Antwortversuche basieren auf Wanderungsdaten der Jahre 2016 bis 2021. Die Entscheidung für diesen Analysezeitraum hat pragmatische, methodische und inhaltliche Gründe:

Auslandszuzüge 2016-2021:
Basis für Kapitel 3.4

- Pragmatisch: Zum Zeitpunkt der Erstellung des Sozialberichts lagen Wanderungsdaten bis einschließlich 2021 vor.
- Methodisch: Um zu vermeiden, dass generalisierte Aussagen auf Besonderheiten einzelner Jahre basieren, werden in Summe sechs Jahre in den Blick genommen.
- Inhaltlich: 2022 war geprägt von den kriegsbedingten Zuzügen aus der Ukraine. Als „statistisches Ausreißerjahr“ fließt es in der folgenden Auswertung nicht mit ein.

Grenzen & Chancen von
Wanderungsdaten für Aussagen über
Einwanderung

3.4.1 Auslandszuzüge: der zählbare Teil der Einwanderung

Die Nutzung von Wanderungsdaten für Aussagen über Einwanderungen weist sowohl Grenzen, aber auch erhebliche Chancen auf:

Grenzen: Zuzüge aus dem Ausland sind in ihrer Aussage über das Einwanderungsausmaß begrenzt, weil sie nur einen (zählbaren) Ausschnitt der gesamten Einwanderung beleuchten. Geflüchtete, die über eine Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Niedersachsen nach Hannover zugewiesen werden, werden in der Regel als Zugezogene aus Niedersachsen erfasst, weil sie dort zuletzt gemeldet waren. Bei der Eingrenzung auf Auslandzugezogene bleiben prinzipiell alle unberücksichtigt, die kurzzeitig an einem anderen Ort Deutschlands ihren Hauptwohnsitz hatten, bevor sie nach Hannover zogen. Bei der nachfolgenden Analyse ist daher mindestens die Gruppe der Geflüchteten unterrepräsentiert.³⁶ Begrenzt sind Wanderungsdaten auch, weil Herkunftsland, Alter, Staatsangehörigkeit(en) oder Geschlecht grundsätzlich nichts über Wanderungsmotive aussagen.

Auslandszuzüge: die zählbare
Einwanderung

Geflüchtete sind bei nachfolgender
Analyse unterrepräsentiert

³⁴ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2023): Pressemitteilung vom 12.7.2023, [Link](#) // Stand: 27.1.2024

³⁵ Tagesschau (2022): Pull-Faktoren werden deutlich überschätzt. [Link](#) // Stand: 2.2.2024

³⁶ Nach Auskunft von Landeshauptstadt Hannover, Bereich Einwohnerangelegenheiten

Chancen: Wanderungsdaten sind ein kommunaler Datenschatz, der – anders als zum Beispiel das Ausländerzentralregister – Hinweise auf hannoversche Ankunftsorte Zugezogener aus dem Ausland gibt. Für einen Fokus auf nicht primär fluchtbedingte Zuzüge aus dem Ausland sind Wanderungsdaten die ideale Datenbasis, auch weil ein großer Teil der stattfindenden Migration keine Fluchtmigration ist (siehe Kapitel 3.4.5).

Chancen von Wanderungsdaten für Aussagen über Einwanderung

Daten zum Umfang der Fluchtmigration hingegen speisen sich aus anderen Quellen. Hierzu zählen neben dem Ausländerzentralregister unter anderem die Anzahl zugewiesener Geflüchteter, die Anzahl von Menschen im Asylbewerberleistungsbezug oder Fakten zur kommunalen Unterbringung Geflüchteter. Anfragen der Ratsgremien zum Thema Geflüchtete werden regelmäßig von der Stadtverwaltung beantwortet und sind nicht Gegenstand dieses Kapitels.

kommunaler „Datenschatz“

Hinweise:

1) Für die nachfolgende Analyse spielt es keine Rolle, ob und wann Eingewanderte die Landeshauptstadt Hannover wieder verlassen, wohin auch immer. Fakt ist, dass im Zeitraum 2016 bis 2021 in Summe eine Anzahl von 46.524 Auslandszuzügen 19.510 Auslandsfortzügen gegenüberstanden, jeweils von und nach Hannover, hier einschließlich deutscher Staatsangehöriger.

2) Ausländische Auslandszugezogene werden im Folgenden auch Eingewanderte genannt, wohl wissend, dass sie eine Teilmenge aller Einwandernden darstellen; dies vor allem deshalb, um Formulierungen, wie „Fakten zur Entwicklung ausländischer Auslandszugezogener“ zu vermeiden.

3.4.2 Fakten zur Einwanderungsentwicklung

Im Zeitraum 2016 bis 2021 sind über 46.500 Menschen aus dem Ausland nach Hannover gezogen, darunter über 42.200, die zugleich eine ausländische Staatsangehörigkeit³⁷ hatten. Das entspricht einem jährlichen Auslandszuzug von durchschnittlich 7.000 Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Auslandszuzüge (von Ausländer*innen und Deutschen) haben einen Anteil von fast 23 Prozent an allen Zuzugsquellen, neben Zuzügen aus anderen Bundesländern, Niedersachsen oder anderen Regionalkommunen. Auslandszuzüge von ausschließlich ausländischen Staatangehörigen, im Folgenden Einwandernden, haben einen Anteil von fast 21 Prozent an allen Zuzügen nach Hannover.

Auslandszuwanderung übersteigt Abwanderung ins Ausland

Abbildung 3-5 zeigt die jährlichen Zuzüge aus dem Ausland nach Hannover. In den Jahren vor der Pandemie lagen diese teils bei über 8.000 Menschen jährlich. In den Jahren 2020 und 2021 gab es insgesamt deutlich weniger Wanderungsbewegungen, primär als Folge der Pandemie.

Auslandszuzüge mit ausländischer Staatsangehörigkeit: Basis für Aussagen über Einwanderung

³⁷ Rund neun Prozent aller Zugezogenen aus dem Ausland sind deutsche Staatsangehörige, oft Familien, aus Herkunftsländern wie den USA, der Türkei, Spanien oder der Schweiz. Darunter lassen sich deutsche Berufs- oder Studienrückkehrer*innen nach Auslandsaufenthalten vermuten. Um den Blick auf Einwanderung zu lenken, bleiben deutsche Staatsangehörige unberücksichtigt.

Abb. 3-5: Zuzüge* aus dem Ausland nach Hannover, 2016-2021

*ohne deutsche Staatsangehörige. Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

2016-2021:
über 42.000 Auslandszuzüge
(ohne deutsche Staatsangehörige)

Ø 7.000 Zuzüge aus dem
Ausland / Jahr

2020/2021:
Pandemie bedingt weniger Zuzug

3.4.3 Häufigste Herkunftsländer

Die in Summe etwas über 42.000 Auslandszugezogenen (mit ausländischer Staatsangehörigkeit) im Zeitraum 2016 bis 2021 kamen aus 163 Staaten und damit aus allen Regionen der Welt. Folgende elf Herkunftsländer haben zusammengenommen einen Anteil von 54 Prozent an allen Auslandszuzügen: Rumänien, Polen, Bulgarien, Italien, China, Indien, Griechenland, Türkei, Spanien, Islamische Republik Iran und Arabische Republik Syrien. Abb. 3-6 zeigt die Herkunftsländer mit in Summe mehr als 1.000 Zuzügen im Betrachtungszeitraum 2016 bis 2021. Dargestellt wird der jeweilige Anteil des Herkunftslands an Auslandszuzügen. Dabei wird deutlich, wie breit gestreut das Herkunftsspektrum ist. Auch wenn die Herkunftsländer Polen, Rumänien und Bulgarien im Betrachtungszeitraum stabil auf den ersten Plätzen aller Herkunftsländer³⁸ liegen, so haben sie jeweils maximal einen Anteil von 8,7 Prozent an allen Auslandszuzügen.

Insgesamt 152 Herkunftsländer werden hierbei zu den „weiteren“ zusammengefasst.

163 Herkunftsländer

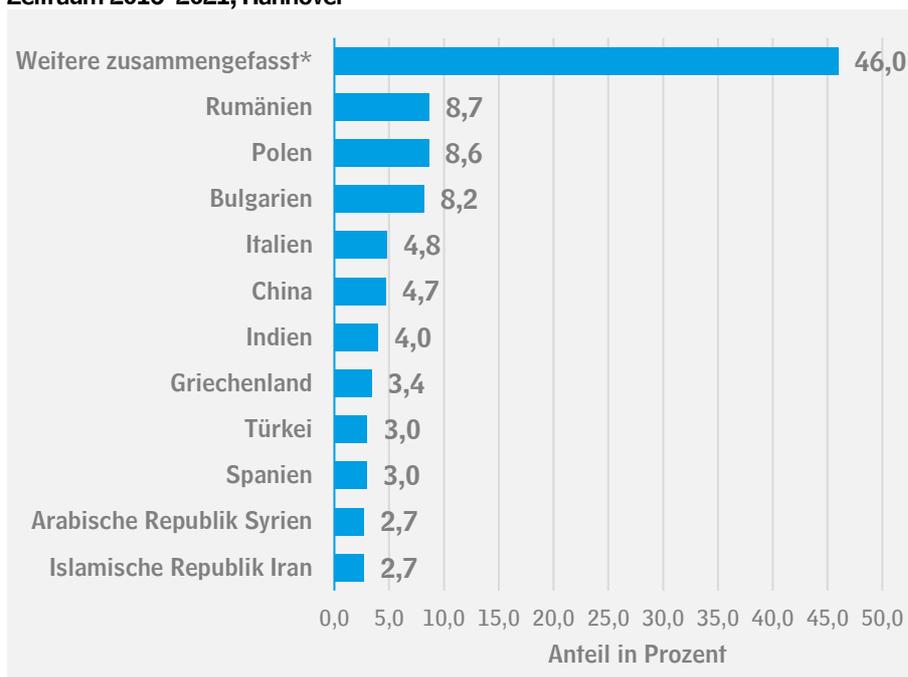
51 % aller Auslandszugezogenen kommen aus zehn Herkunftsländern

stabil unter den Top 3:

Rumänien, Polen, Bulgarien

³⁸ Polen lag in den Jahren 2016, 2017 und 2019 auf Platz 1. Im Jahr 2018 stand Rumänien auf Platz 1 und wurde 2021 und 2022 von Bulgarien abgelöst.

Abb. 3-6: Herkunftsländer Auslandszugezogener*, Anteil an allen Auslandszuzügen im Zeitraum 2016-2021, Hannover



* ohne deutsche Staatsangehörige.

Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

Die Top 25 der Herkunftsländer Auslandszugezogener sind über die Jahre relativ stabil. Sie variieren nur leicht in ihrer Anzahl und ihrer Reihenfolge: Polen, Rumänien und Bulgarien liegen stabil auf den Plätzen 1 bis 3. Das Herkunftsland Polen lag in den Jahren 2016, 2017 und 2019 auf Platz 1. Im Jahr 2018 stand Rumänien auf Platz 1 und wurde 2020 und 2021 von Bulgarien abgelöst. Die Herkunftsländer Italien, China, Indien, Griechenland, Türkei, Spanien und Syrien wechseln jährlich innerhalb der Plätze 4 bis 12. Einwanderungen aus China, Syrien und dem Irak nehmen in den Jahren 2020 und 2021 teils deutlich ab, während die Herkunftsländer Iran und Türkei (erneut) an Bedeutung gewinnen.

Zur Einordnung, um wie viele Eingewanderte es sich in Summe jeweils handelt: Aus Polen, Rumänien und Bulgarien wandern im Betrachtungszeitraum jährlich jeweils etwa 600 Menschen ein. Aus Italien, China und Indien jährlich durchschnittlich 318 Menschen. Aus Griechenland, Türkei, Spanien, Iran und Syrien lagen die Auslandszuzüge bei rund 210 Menschen pro Jahr.

Die jeweilige Staatsangehörigkeit stimmt – bezogen auf die „Top 25“ der häufigsten Herkunftsländer – in **91,4 Prozent mit dem jeweiligen Herkunftsland überein**. Ausreißer nach oben und nach unten sind hierbei Vietnam (100 Prozent Übereinstimmung zwischen Herkunftsland und Staatsangehörigkeit) und die Republik Moldau (38 Prozent Übereinstimmung). Im Falle des Vereinigten Königreichs (UK) liegt die Übereinstimmung bei knapp über 68 Prozent. Gründe für Unterschiede zwischen Herkunftsland und Staatsangehörigkeit reichen von lokalen Wanderungsverflechtungen über Brexit-Folgen (Auswandernde unterschiedlichster Nationen aus UK) bis hin zu Fluchtrouten Geflüchteter.

breites Herkunftsspektrum Auslandszugezogener

Einwanderung vor allem aus EU-Ländern



Top 25 der Herkunftsländer 2016-2021 sind über die Jahre relativ stabil

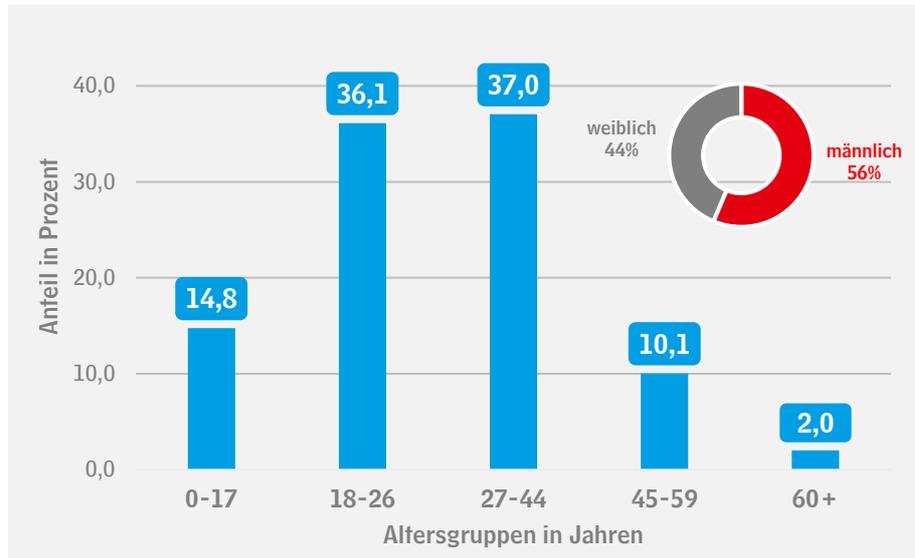


Staatsangehörigkeit stimmt nicht immer mit Herkunftsland überein

3.4.4 Eingewanderte senken Altersdurchschnitt

15 Prozent der Auslandszugezogenen im Betrachtungszeitraum 2016 bis 2021 sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, 73 Prozent sind im Alter von 18 bis 44 Jahren, 10 Prozent sind 45 bis 59 Jahre alt und 2 Prozent sind 60 Jahre und älter (Abb. 3-7).

Abb. 3-7: Auslandszugezogene* nach Altersgruppen im Zeitraum 2016-2021, Hannover



* ohne deutsche Staatsangehörige

Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

36 % sind 18-26 Jahre

37 % sind 27-44 Jahre

Männer dominieren in allen Altersgruppen

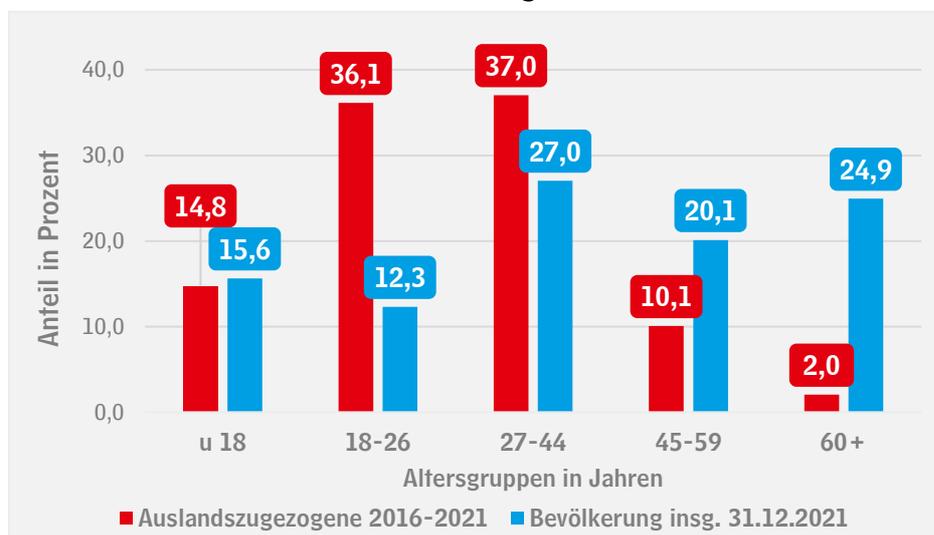
56 Prozent der Eingewanderten sind männlichen Geschlechts (Abb. 3-7), (Bevölkerung LHH insg.: 49 Prozent). In allen Altersgruppen sind Männer in der Überzahl.

Das Durchschnittsalter Auslandszugezogener liegt im Betrachtungszeitraum bei 29 Jahren. Damit sind Eingewanderte deutlich jünger als der hannoversche Bevölkerungsdurchschnitt (42,1 Jahre Ende 2021). Der Unterschied beim Altersaufbau eingewanderter Erwachsener im Vergleich zum Altersaufbau der hannoverschen Bevölkerung ist erheblich. Abb. 3-8 zeigt die Unterschiede anhand von Altersgruppen.

Ø-Alder Auslandszugezogener:
29 Jahre

Ø-Alder Bevölkerung Hannover:
42,1 Jahre

Abb. 3-8: Altersaufbau Auslandszugezogener zum Zeitpunkt des Zuzugs nach Hannover und Altersaufbau hannoverscher Bevölkerung



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

Altersaufbau 18+ :
Eingewanderte sind deutlich jünger als hannoversche Bevölkerung

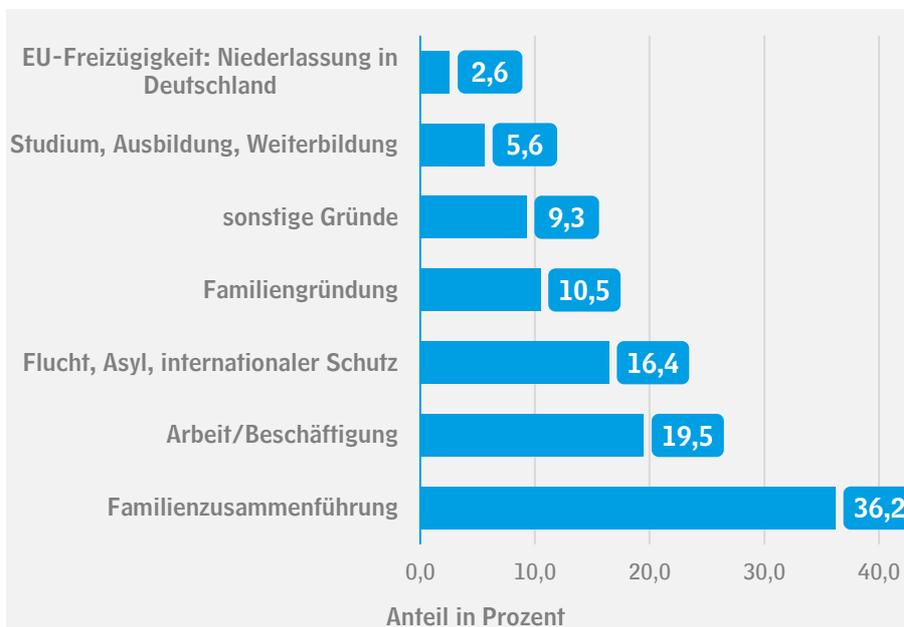
ähnlicher Altersaufbau u 18

In der jungen Altersstruktur Auslandszugezogener zeigt sich die darin liegende Chance, die demografische Alterung leicht abbremsen, aber keineswegs stoppen zu können. Zur demografischen Alterung siehe Kapitel 2.2.2, zu den Chancen am Beispiel Arbeitsmarkt Kapitel 4.

3.4.5 Wanderungsmotive: Mehr als Fluchtmigration

Migrationsentscheidungen sind höchst individuell, äußerst komplex und unterliegen stetigem Wandel. Abb. 3-9 zeigt die Befragungsergebnisse des Mikrozensus 2021. Nach Ergebnissen des Mikrozensus lebten 2021 in Deutschland 14,2 Millionen Menschen, die seit 1950 selbst eingewandert sind. Die nachfolgenden Ergebnisse beziehen sich auf Deutschland insgesamt und sind repräsentativ für alle Eingewanderten Deutschlands, die 2021 in einem Privathaushalt lebten. Geflüchtete, die in einer Unterkunft leben, sind hierbei nicht befragt worden.

Abb. 3-9: Hauptmotiv* für Einwanderung von Eingewanderten nach Deutschland 2021, Deutschland insgesamt



* Für die Benennung des Motivs spielte der Einwanderungszeitpunkt keine Rolle.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2022): Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2021, Ergebnisse des Mikrozensus 2021. Fachserie 1 Reihe 2.2, eigene Darstellung

Häufig beeinflussen mehrere Faktoren die individuelle Migrationsentscheidung. Befragt nach dem **Hauptmotiv** der Einwanderung zeigt sich, dass die Familienzusammenführung mit 36 Prozent das mit Abstand wichtigste Leitmotiv war. Arbeit und Beschäftigung war bundesweit das am zweithäufigsten genannte Motiv und für rund 20 Prozent der Befragten das Hauptmotiv. Betrachtet man Eingewanderte allein aus Mitgliedsländern der Europäischen Union (EU 27), war Arbeit und Beschäftigung für rund 32 Prozent das Hauptmotiv (nicht Gegenstand der Abb. 3-9). Die Gruppe der insgesamt befragten Eingewanderten mit dem Hauptmotiv „Arbeit und Beschäftigung“ lässt sich nochmals in zwei Gruppen unterteilen: 70 Prozent hatten bereits vor der Einreise eine Stellenzusage, 30 Prozent hatten zuvor keine Zusage. „Flucht, Asyl, Schutz“ steht mit einem Anteil von rund 16 Prozent auf Platz 3 der Hauptmotive, gefolgt von „Familiengründung“ mit rund 11 Prozent. Studium, Ausbildung und Weiterbildung war deutschlandweit für rund 6 Prozent das Hauptmotiv.

Einwanderung kann demografische Alterung bremsen, nicht stoppen

Wanderungsmotive unterliegen stetigem Wandel

Familienzusammenführung und Arbeit/Beschäftigung: für 56 % das Einwanderungsmotiv Nr. 1 & 2 in Deutschland



bundesweite Einwanderungsmotive: nicht 1:1 auf Hannover übertragbar

Rund 3 Prozent gaben EU-Freizügigkeit /Niederlassung in Deutschland als Hauptmotiv an. Diese Einwanderungsmotive bundesweit Befragter lassen sich keineswegs 1:1 auf Hannover übertragen, was am Beispiel „Bildungsmigration“ im Folgenden verdeutlicht werden soll.

3.4.6 Bildungsmigration – ein Leitmotiv in Hannover

Tatsache ist, dass Hannover als internationaler Bildungs-, Hochschul- und Wissenschaftsstandort überdurchschnittlich viele (junge) Studierende, Promovierende und Wissenschaftler*innen aus dem Ausland anzieht. Studium, Promotion, Aus- und Weiterbildung sowie der berufliche Start in Hannover zählen im Stadtgebiet Hannovers zu den bedeutendsten Einwanderungsmotiven. Allein an der Leibniz Universität Hannover (LUH), die mit rund 29.000 Studierenden (WS 2021/22) die größte Universität Niedersachsens ist, nahmen im Zeitraum 2016 bis 2021 jedes Jahr im Schnitt 1.200³⁹ Studierende aus dem Ausland ihr Studium auf. Etwa zwei Drittel der Studienanfänger*innen aus dem Ausland sind männlichen Geschlechts.⁴⁰

Die mit Abstand größte Gruppe dieser Studierenden kommt aus dem asiatischen Raum (66 Prozent), gefolgt von Studierenden aus Afrika und Europa (jeweils rund 15 Prozent). Nach einzelnen Herkunftsländern differenziert zeigt sich: Die in diesem Zeitraum stabil größte Anzahl der Studierenden aus dem Ausland kommt aus China (Ø 300 Studienanfänger*innen/Jahr), die zweitgrößte Gruppe sind Studierende aus Indien (Ø 120/Jahr). Gemeinsam mit Studierenden aus Syrien und dem Iran (je Ø 80 pro Jahr) machen diese bereits rund 50 Prozent aller Auslandsstudierenden an der LUH aus. Neben weiteren Studierenden aus Asien (darunter primär Vietnam und Indonesien) spielen Studierende aus nordafrikanischen Ländern (Tunesien, Algerien, Ägypten) eine bedeutende Rolle, ebenso wie Brasilien. Studierende aus Europa kommen überwiegend aus mittel- und osteuropäischen Ländern (darunter häufiger aus der Ukraine, seltener aus Polen) und seltener aus süd-europäischen Ländern.⁴¹

Die Leibniz Universität hat regelmäßig den zweithöchsten Anteil an Studierenden aus dem Ausland (über 17 Prozent, nach der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover (HMTMH) mit regelmäßig über 30 Prozent).⁴² Angenommen, die jährlich rund 1.200 Studierenden aus dem Ausland an der LUH stellen rund zwei Drittel aller Studienanfänger*innen aus dem Ausland (pro Jahr in Hannover), und man berücksichtigt außerdem noch Austauschstudierende (allein an der LUH rund 350/Jahr) sowie Promovierende, kann man von **mindestens 2.300** Studierenden / Promovierenden aus dem Ausland ausgehen, die jedes Jahr neu nach Hannover kommen. Das allein entspräche bereits einem Anteil von rund 29 Prozent aller Auslandszuzüge nach Hannover im Zeitraum 2016 bis 2021. Hinzu käme Bildungsmigration zum Zwecke der Aus- und Weiterbildung, die hier gänzlich unberücksichtigt bleibt. Unterstellt man 2.300 Bildungsmigrant*innen pro Jahr, entspräche dies fast einem Drittel aller Ø 7.000 Auslandszuzüge.

Dass ein solch hoher Anteil von Bildungseinwanderung realistisch ist, unterstreicht auch die Analyse aus dem Ausland Zugezogener 18- bis 26-Jähriger im Zeitraum 2016 bis 2021: In diesem

Hannover:
internationaler Bildungs-,
Hochschul-, &
Wissenschaftsstandort

überdurchschnittlich viele Studie-
rende aus China, Indien, Syrien und
Iran



17 % der Studierenden an LUH kom-
men aus Ausland

Bildungsmigration: ein Drittel der Aus-
landszuzüge nach Hannover (Schät-
zung)

³⁹ Die Corona-bedingten Rückgänge Studierender aus dem Ausland in den Jahren 2020 und 2021 sind hier berücksichtigt.

⁴⁰ Der jeweilige Geschlechteranteil variiert stark, je nach Semester, Fakultät, Herkunftsland.

⁴¹ Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Leibniz University Hannover: International Office, Studierendenstatistik

⁴² Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen: Hochschulstatistik

Zeitraum sind insgesamt 15.252 Menschen im Alter von 18 bis 26 Jahren nach Hannover eingewandert, durchschnittlich 2.542⁴³ pro Jahr, darunter 53 Prozent männlichen Geschlechts. Das Hauptherkunftsland Eingewanderter dieser Altersgruppe ist China, mit durchschnittlich 242 Einwanderungen pro Jahr. 73 Prozent der Einwandernden aus China sind im Alter von 18 bis 26 Jahren. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese Gruppe nahezu ausschließlich zu den Bildungseinwandernden zählt, ist sehr hoch. Ähnliches gilt für Indien, das in der Altersgruppe 18 bis 26 Jahren das Herkunftsland Nr. 5 ist (Ø 125 Einwanderungen pro Jahr), was in etwa der durchschnittlichen jährlichen Anzahl von indischen Studienanfänger*innen an der LUH entspricht. Auch bei dieser Gruppe ist ein sehr hoher Anteil Bildungseinwandernder mehr als wahrscheinlich.

Diese Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen und zeigen die Bedeutung der Bildungszuwanderung junger Erwachsener als zentrales Motiv vieler Auslandszüge nach Hannover, wie die Studierendenstatistik am Beispiel der Leibniz Universität Hannover eindrücklich zeigt.

Internationale Studierende und Verbleib in Deutschland: Mehr als ein Drittel der internationalen Studierenden aus Nicht-EU-Staaten sind nach zehn Jahren weiterhin in Deutschland, darunter die meisten zu Erwerbszwecken oder eingebürgert. „Vor dem Hintergrund von Fachkräftemangel und demografischem Wandel stellen Studierende aus Nicht-EU-Staaten somit eine wichtige Ressource für den deutschen Arbeitsmarkt dar“⁴⁴, so das Statistische Bundesamt. Deutlich wird, dass der Bildungs-, Hochschul- und Wissenschaftsstandort Hannover nicht nur eine Durchgangsstation für Bildungsmigrant*innen ist, sondern ein enormes Potential für einen dauerhaften Verbleib in Hannover bietet. Das **Netzwerk Initiative Wissenschaft**, in dem sich seit 2007 alle hannoverschen Hochschulen, viele wissenschaftsnahe Einrichtungen, das Studentenwerk, Hannoverimpuls GmbH sowie die Landeshauptstadt Hannover engagieren, zielt daher auf die Stärkung der Attraktivität und Internationalisierung des Hochschul- und Wissenschaftsstandortes Hannovers.⁴⁵

3.4.7 Ankommen in Hannover

Die Karte „Erstankunft in Hannover nach Auslandszuzug“ zeigt die Stadtteile, in denen Eingewanderte aus dem Ausland ihre erste Meldeadresse in Hannover haben. In Summe sind dies über 42.000 Auslandszugezogene im Zeitraum 2016 bis 2021. Der Anteil bezieht sich auf je 100 Einwohner*innen.⁴⁶ Ausdrücklich unberücksichtigt bleiben Auslandszugezogene, die zunächst an einem anderen Ort in Deutschland eingewandert und anschließend nach Hannover gezogen sind. Darunter sind auch zugewiesene Geflüchtete aus den Landesaufnahmebehörden (siehe Kapitel 3.4.1). Die Spanne reicht von durchschnittlich 4,3 Auslandszuzügen je 100 Einwohner*innen im Stadtteil Mitte bis durchschnittlich 0,3 Auslandszuzügen in Wülferode. Deutlich wird:

- Ganz Hannover ist eine Einwanderungsstadt, weil alle Stadtteile Hannovers auch Orte der Erstankunft sind, wenn auch in sehr unterschiedlichem Umfang.
- Sowohl innenstadtnahe Stadtteile (zum Beispiel Mitte, Nordstadt, Linden-Süd, Calenberger Neustadt und Bult) als auch eher am Stadtrand oder etwas außerhalb gelegene Stadtteile,

Bildungsmigration: zentrales Einwanderungsmotiv in Hannover

internationale Studierende: enormes Potenzial für dauerhaftes Bleiben in Hannover

Stärkung des Hochschul- und Wissenschaftsstandortes



⁴³ In den Jahren 2016 bis 2019 sind jährlich durchschnittlich 2.933 ausländische Personen im Alter von 18 bis 26 Jahren aus dem Ausland nach Hannover zugezogen. 2020 waren es pandemisch bedingt nur 1.532 und im Folgejahr 1.988 Personen dieses Alters.

⁴⁴ Statistisches Bundesamtes (DESTATIS) (2022): Pressemitteilung Nr. 435 vom 12.10.2022. [Link](#) // Stand: 7.2.2024

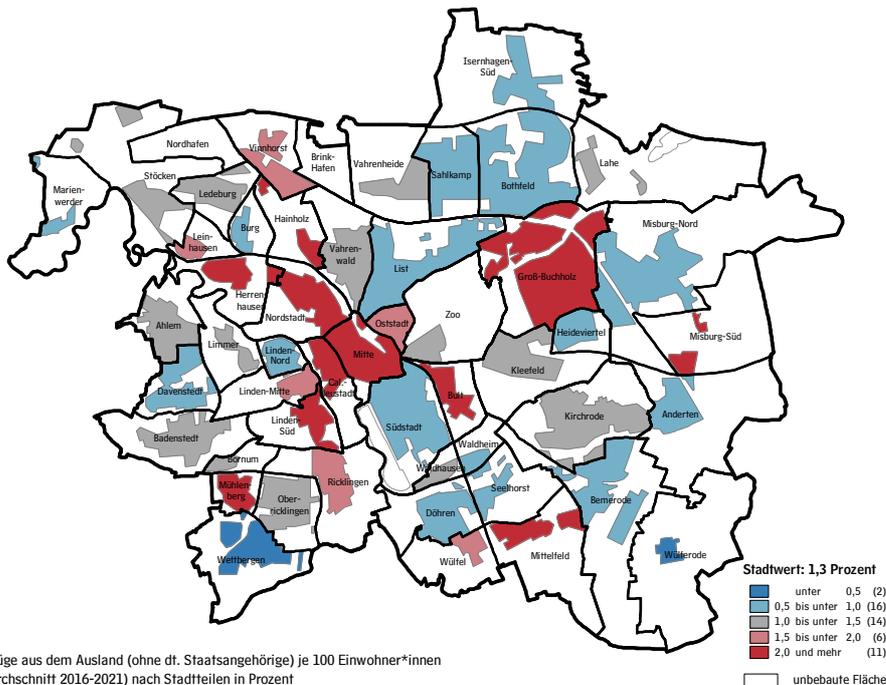
⁴⁵ Nähere Informationen zur Initiative Wissenschaft Hannover: [Link](#) //; zum Handlungsprogramm für Willkommenskultur für internationale Studierende in Hannover: [Link](#) // jeweils Stand: 7.2.2024

⁴⁶ Bezogen auf mittlere Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung 2016 bis 2021.

wie zum Beispiel Misburg-Süd, Mühlenberg, Mittelfeld, Hainholz, Groß-Buchholz oder Herrenhausen sind höher frequentierte Erstankunftsorte.

- Orte der Erstankunft sind nicht 1:1 deckungsgleich mit Stadtteilen, in denen überdurchschnittlich viele Eingewanderte und ihre Nachkommen leben. Wenn dem so wäre, stünden auch Sahlkamp, Vahrenheide, Bomum oder Stöcken im Vordergrund (siehe Kapitel 3.1).

Karte: Erstankunft in Hannover nach Auslandszuzug 2016-2021



Zuzüge aus dem Ausland (ohne dt. Staatsangehörige) je 100 Einwohner*innen (Durchschnitt 2016-2021) nach Stadtteilen in Prozent
Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

Stadtteile der Erstankunft: breit gestreut über das Stadtgebiet

Nach dem Stadtteil Mitte (\varnothing 4,3) folgen mit großem Abstand die Stadtteile Bult (\varnothing 3,1), Misburg-Süd (\varnothing 2,9), Linden-Süd (\varnothing 2,6), Hainholz (\varnothing 2,5) und Nordstadt (\varnothing 2,3) mit den meisten Auslandszuzügen je 100 Einwohner*innen im Betrachtungszeitraum. Oft sind es einzelne Mikrobezirke, die den Stadteildurchschnitt als Ganzes prägen. Zentral gelegene Mikrobezirke innerhalb des Stadtteils Mitte haben eine hohe Attraktivität für Einwandernde aus aller Welt. Im Stadtteil Bult beeinflussen Studierendenwohnheime im Umfeld der Tierärztliche Hochschule und der Hochschule für Musik, Theater und Medien den hohen Auslandszuzug, ebenso wie Studierendenwohnheime in der Nordstadt.

Nicht immer kann abgeleitet werden, was genau hohe Auslandszuzüge in einem Quartier auslöst: Netzwerke, (soziale) Infrastruktur, Wahl(un)freiheit auf dem Wohnungsmarkt oder Zufall? Auch die Annahme, dass Einwandernde Stadtteile bevorzugen, wo sie Netzwerke ihres Herkunftslands vorfinden, bestätigt sich nicht immer: Der Anteil ansässiger Menschen mit Bezugsland X und den Auslandszugezogenen mit entsprechender Staatsangehörigkeit X in Mikrobezirken bei Erstankunft

Orte der Erstankunft: nicht identisch mit Stadtteilen mit hohem Anteil Eingewanderte und ihrer Nachkommen

korrelieren mal mehr oder weniger stark, je nach Bezugsland beziehungsweise Staatsangehörigkeit.⁴⁷ Anzunehmen ist, dass Ankunftsorte nicht dauerhafte Wohnstandorte bleiben und die Bedeutung des Wohnens in räumlicher Nähe zu Netzwerken des Herkunftslandes im Laufe der Jahr(zehnt)e abnimmt.

Was ein Ankunftsort ist, ist weder abschließend noch einheitlich definiert. Auch eine Definition des Deutschen Instituts für Urbanistik (difu) lässt viele Fragen offen und bleibt im Detail vieldeutig: Ankunftsquartiere sind „Gebiete, die im städtischen Vergleich in besonderer Weise von internationaler Zuwanderung und hoher Bevölkerungsfluktuation geprägt sind. Ankunftsquartiere können je nach Ausstattung mit (sozialen) Infrastrukturen und informellen Begegnungsmöglichkeiten und ihrer Einbindung in die Gesamtstadt wichtige gesamtstädtische Integrationsleistungen übernehmen.“⁴⁸ Das difu unterscheidet zwischen **alten und neuen Ankunftsquartieren**:

Alte Ankunftsquartiere: „Quartiere, die bereits in den 2000er Jahren und früher durch Zuwanderung geprägt waren und im Laufe der Jahre Förderprogramme genutzt, Infrastrukturen auf- und Erfahrungswissen ausgebaut haben.“⁴⁹ Hierzu könnten in Hannover Quartiere innerhalb der Stadtteile Mühlenberg, Sahlkamp, Hainholz, Vahrenheide, Linden-Süd und Mittelfeld zählen.

Neue Ankunftsquartiere „entwickeln sich seit fünf bis zehn Jahren zunehmend (...) in größeren und kleineren Städten. Sie verfügen bislang nicht über gewachsene Unterstützungsnetzwerke und haben wenige ankunftsbezogene Infrastrukturen und vergleichsweise wenig Erfahrungen im Umgang mit Diversität.“⁵⁰

Ankunftsquartiere in Hannover: Für die Landeshauptstadt Hannover gilt es, erstens eine Verständigung beim Begriff/Definition für Ankunftsort zu erzielen, zweitens auf dieser Basis Ankunftsorte zu identifizieren und in einem dritten Schritt Empfehlungen für Ankunftsquartiere zu erarbeiten. Die obige Karte „Erstankunft in Hannover nach Auslandszuzug 2016-2021“ versteht sich hierbei als erster Diskussionsaufschlag, an dem angeknüpft aber bei dem keineswegs stehengeblieben werden kann. Leitfragen sind: Wie lange sind Eingewanderte Ankommende? Sind Unterkünfte für Geflüchtete oder Studierendenwohnheime ausdrücklich ein- oder auszuschließen? Wie dynamisch / stabil sind Orte des Ankommens in Hannover? Nehmen wir ganze Stadtteile oder Quartiere in den Blick? Was brauchen Eingewanderte, um „gut ankommen“ zu können? Welchen Beitrag können/sollen Ankunftsorte leisten, damit das Ankommen gelingt?

Stadtteile der Erstankunft: Beeinflusst durch Netzwerke, Infrastruktur und Wahlmöglichkeiten?

alte und neue Ankunftsquartiere

Ankunftsorte:
identifizierbar für Hannover?

notwendig: Definition & Identifikation von Ankunftsquartieren

was brauchen Eingewanderte, um gut ankommen zu können?

⁴⁷ Eine hohe Korrelation ($r > 0,7$) zeigt sich beispielsweise bei China oder Bulgarien. Eine niedrige bei Polen und Griechenland ($r < 0,3$), jeweils auf Ebene der Mikrobezirke.

⁴⁸ Deutsches Institut für Urbanistik (difu): Kommunalbefragung: Bedeutung und Situation von Ankunftsquartieren in deutschen Kommunen. [Link](#) // Stand: 25.1.2024

⁴⁹ ebd.

⁵⁰ ebd.

4. Arbeitsmarkt & Teilhabe

Teilhabe am Erwerbsleben ist die Grundlage zur Sicherung des Lebensunterhaltes und ein wesentlicher Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe. Nicht Teil zu haben kann neben finanziellen Schwierigkeiten den Ausschluss aus sozialen Räumen und gesellschaftlichen Kontexten bedeuten.⁵¹

Teilhabe am Erwerbsleben ist die Basis zur Existenzsicherung und ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe

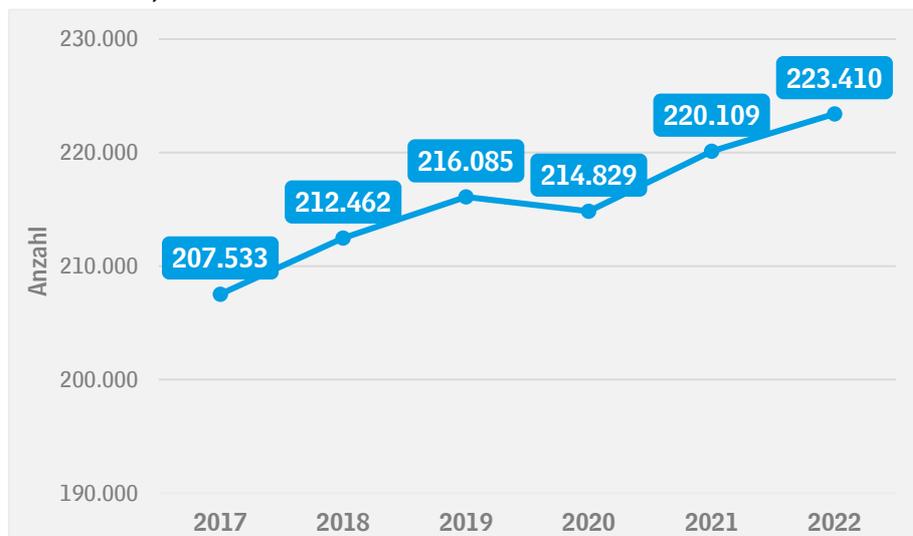
4.1 Teilhabe und Nicht-Teilhabe am Arbeitsmarkt

4.1.1 Eckdaten sozialversicherungspflichtig Beschäftigter

Ende 2022 wohnen 223.410 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Hannover. Davon sind 46,8 Prozent Frauen und 53,2 Prozent Männer, 81,0 Prozent haben eine deutsche und 19,0 Prozent eine ausländische Staatsangehörigkeit. Zum Vergleich: unter den Einwohner*innen im erwerbsfähigen Alter (von 18 bis 64 Jahren) sind zum gleichen Zeitpunkt 49,4 Prozent Frauen, 50,6 Prozent Männer, 75,7 Prozent haben eine deutsche und 24,3 Prozent eine ausländische Staatsangehörigkeit.

2020 kam es zu einem pandemiebedingten Rückgang (Abb. 4-1), jedoch wurde bereits 2021 das vorpandemische Niveau von Ende 2019 überschritten.

Abb. 4-1: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort, 2017-2022, jeweils im Dezember, Hannover



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Landeshauptstadt Hannover: Sachgebiet Wahlen und Statistik

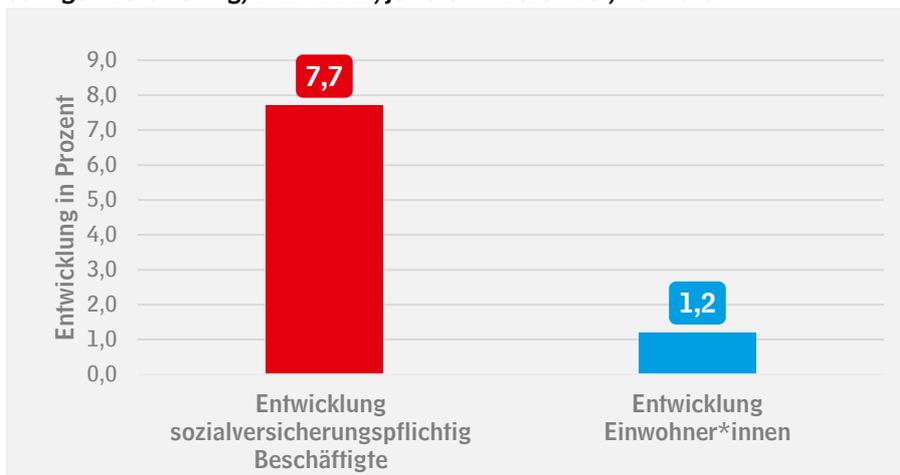
Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist von 2017 bis 2022 um 15.877 Beschäftigte gestiegen, was einem prozentualen Anstieg von 7,7 Prozent entspricht. Im gleichen Zeitraum ist die Einwohner*innenzahl im erwerbsfähigen Alter (18 bis 64 Jahren) in Hannover lediglich um 1,2 Prozent gestiegen. Somit liegt im Verhältnis zur Bevölkerungsentwicklung ein überproportionales Beschäftigtenwachstum vor.

223.410 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Hannover Ende 2022
Seit 2017: + 15.877 Beschäftigte

überproportionales Beschäftigtenwachstum im Vergleich zur Bevölkerung von 18-64 Jahren.

⁵¹ Die Betrachtung der Personen, die am Arbeitsmarkt teilhaben, beschränkt sich aus statistischen/ methodischen Gründen auf sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie geringfügig entlohnte Beschäftigte (umgangssprachlich „Minijobbende“). Über die Gruppe der Selbstständigen sowie Beamt*innen liegen keine Daten für Hannover vor, weshalb sie nicht betrachtet werden können.

Abb. 4-2: Entwicklung sozialversicherungspflichtig Beschäftigter und der 18-64-Jährigen Bevölkerung, 2017-2022, jeweils im Dezember, Hannover



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Landeshauptstadt Hannover: Sachgebiet Wahlen und Statistik

Entwicklung 2017-2022:

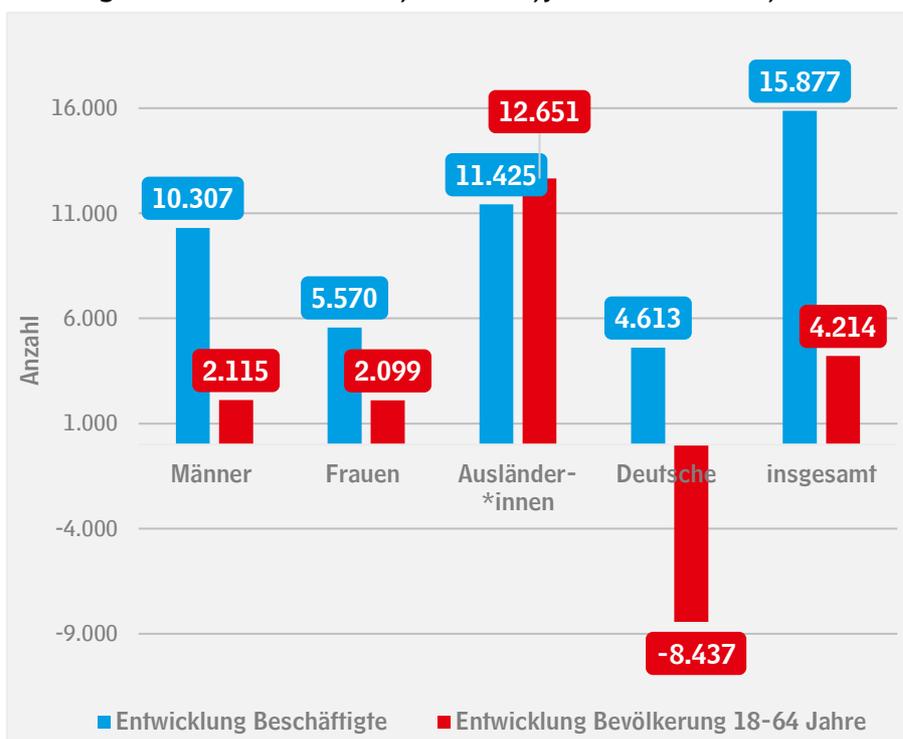
+ 7,7 % sozialversicherungspflichtig Beschäftigte;
+ 1,2 % Einwohner*innen 18-64 Jahre

Beschäftigtenwachstum nach Personengruppen

Abbildung 4-3 zeigt die Entwicklung der Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter und der Anzahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (18 bis 64 Jahre) am Wohnort Hannover von 2017 bis 2022. Das Beschäftigtenwachstum gilt für Männer und Frauen gleichermaßen und sowohl für Beschäftigte mit ausländischer als auch deutscher Staatsangehörigkeit. Aber: Obwohl die Anzahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter mit deutscher Staatsangehörigkeit infolge demografischer Alterung deutlich gesunken ist (- 8.437 Personen; - 3 Prozent), ist die Anzahl der Beschäftigten mit deutscher Staatsangehörigkeit im gleichen Zeitraum gestiegen (+ 4.613 Personen; + 2,6 Prozent).

weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter mit deutscher Staatsangehörigkeit

Abb. 4-3: Entwicklung sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Wohnort und Bevölkerung im Alter von 18-64 Jahren, 2017-2022, jeweils im Dezember, Hannover



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Landeshauptstadt Hannover: Sachgebiet Wahlen und Statistik

Entwicklung 2017-2022:

Bevölkerung 18-64 Jahre mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit: + 12.651
Bevölkerung 18-64 Jahre mit einer deutschen Staatsangehörigkeit: - 8.437

Der Anstieg bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit (+ 11.425 Personen, + 36,9 Prozent) fiel etwa in gleichem Umfang aus, wie der Anstieg der Bevölkerung (18 bis 64 Jahre) mit ausländischer Staatsangehörigkeit (+ 12.651 Personen; + 16,9 Prozent).

Selbst in dem von der Corona-Pandemie geprägten Jahr 2020 stieg die Zahl der Beschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit um 460 Personen, während die Zahl der Beschäftigten mit deutscher Staatsangehörigkeit um 1.734 Personen gesunken ist.

Somit tragen in Summe maßgeblich Beschäftigte mit ausländischer Staatsangehörigkeit zum überproportionalen Beschäftigtenwachstum bei, wodurch das Potential von Einwanderung für den (lokalen) Arbeitsmarkt unterstrichen wird (Kapitel 3).

Babyboomer gehen in den Ruhestand

Das Schrumpfen der Erwerbsbevölkerung aufgrund der gesellschaftlichen Alterung wird sich in den nächsten Jahren insbesondere durch den Eintritt der „Babyboomer“ in den Ruhestand fortsetzen (Kapitel 2).⁵² Um eine Chance zu haben, den Auswirkungen der demografischen Alterung bundesweit entgegenwirken zu können, sind nach Einschätzungen des Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) folgende Ansätze möglich, um das Erwerbspersonenpotenzial, wenn auch nicht zu steigern, so doch wenigstens konstant zu halten:⁵³

- Ausweitung der Erwerbsbeteiligung von Frauen, älteren Menschen sowie Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten,
- Zuzüge aus dem Ausland in Höhe der Einwanderung aus den Jahren 2015 und 2022,
- eine offenere Einwanderungspolitik, um die Bleibebereitschaft Eingewanderter zu erhöhen.

Menschen mit Behinderung

Von dem Beschäftigtenwachstum profitieren auch Menschen mit Schwerbehinderung: 2021 waren im Jahresdurchschnitt 16.570 Menschen mit Schwerbehinderung in Hannover beschäftigt. Die Anzahl stieg von 2016 bis 2021 um 666 Personen (+ 4,2 Prozent). Das Wachstum ist maßgeblich durch die Gruppe der Frauen mit Schwerbehinderung (+ 556; 6,6 Prozent) bedingt. Die Zahl der Männer mit Schwerbehinderung in Beschäftigung ist im gleichen Zeitraum um + 109 Personen (+ 1,4 Prozent) gestiegen.

4.1.2 Offene Stellen: der (nicht) zählbare Teil des Fachkräftemangels

In Hannover sind im Dezember 2023 5.464 offene sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet. Demgegenüber stehen 2023 durchschnittlich 27.720 gemeldete Arbeitslose. Die ausgewiesenen offenen Stellen erlauben allerdings kein realistisches Bild über die Nachfrage an (Fach-)Kräften auf dem Arbeitsmarkt, da das Ausmaß an (zählbaren) freien Stellen aufgrund von verschiedenen Faktoren massiv unterschätzt wird. Bei den oben genannten offenen Arbeitsstellen werden folgende offene Stellen **nicht** mitgezählt:⁵⁴

Beschäftigtenwachstum maßgeblich durch Beschäftigte mit ausländischer Staatsangehörigkeit bedingt

Auswirkungen des Renteneintritts der „Babyboomer“ in den Ruhestand



vom Beschäftigtenwachstum profitieren auch Menschen mit Schwerbehinderung

ausgewiesene offene Stellen unterschätzen den Fachkräftemangel massiv

⁵² Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2019): Von individuellen und institutionellen Hürden. Der lange Weg zur Arbeitsmarktintegration Geflüchteter. [Link](#) // Stand: 30.1.2024

⁵³ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2022): Wie sich eine demografisch bedingte Schrumpfung des Arbeitsmarkts noch abwenden lässt. [Link](#) // Stand: 1.2.2024

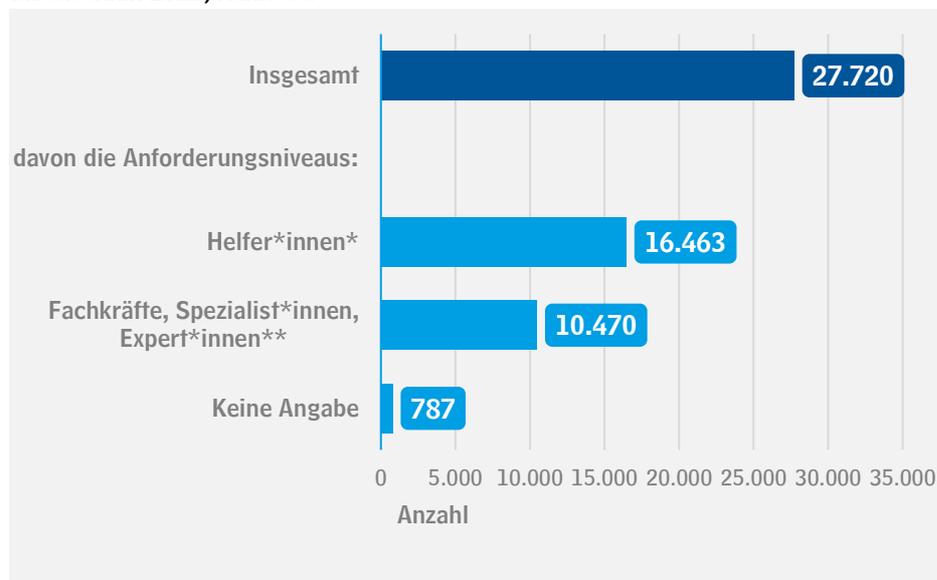
⁵⁴ Wingerter, Christian (2021): Registrierte Arbeitslose und gemeldete Arbeitsstellen. Datenreport 2021. Bundeszentrale für politische Bildung. [Link](#) // Stand: 18.1.2024

- offene Stellen, die von der/dem Arbeitgeber*in nicht an die Bundesagentur für Arbeit weitergeleitet werden und für die kein Vermittlungsauftrag erteilt wird,
- offene Stellen ohne Sozialversicherungspflicht, beispielweise geringfügig entlohnte Beschäftigungen,
- Stellen auf dem zweiten Arbeitsmarkt.

Laut Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) liegt die Anzahl an Arbeitslosen je tatsächlicher offener Stelle 2023 bundesweit bei 1,5. Das heißt, dass auf 100 offene Stellen (auf dem ersten Arbeitsmarkt) 150 Arbeitslose kommen.⁵⁵

Nun könnte angenommen werden, dass der Arbeits- und Fachkräftemangel sich allein durch Vermittlung von Arbeitslosen beheben ließe. Das ist jedoch ein Trugschluss, da die gesuchten Anforderungsniveaus auf dem Arbeitsmarkt nicht mit den angestrebten Zielberufen der Arbeitslosen übereinstimmen (Abbildung 4-4).

Abb. 4-4: Arbeitslose nach Anforderungsniveau der angestrebten Zielberufe, Jahresdurchschnitt 2023, Hannover



* Helfer*innen- und Anlernertätigkeiten

** Fachlich ausgerichtete Tätigkeiten, komplexe Spezialist*innentätigkeiten, hoch komplexe Tätigkeiten

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung für Arbeitslose nach Anforderungsniveau des Zielberufs

In Hannover suchen von den 27.720 Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2023 deutlich mehr als die Hälfte (59,4 Prozent) einen Zielberuf mit dem Anforderungsniveau einer Hilfstätigkeit. 37,8 Prozent suchen einen Zielberuf mit einem Anforderungsniveau der Fachkraft, Spezialist*in oder Expert*in. Der größte Anteil der offenen Stellen richtet sich jedoch an Bewerber*innen mit Berufsabschluss. Die Suche nach ungelerten Arbeitskräften ohne Berufsabschluss bezieht sich Ende 2022 bundesweit auf lediglich 22,7 Prozent der offenen Stellen.⁵⁶

⁵⁵ Laut Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) die Meldequote der offenen Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt an die Bundesagentur für Arbeit im dritten Quartal 2023 bundesweit bei lediglich 40,4 Prozent (Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, IAB-Stellenerhebung). Um der aufgeführten methodischen Schwächen entgegenzuwirken, führt das IAB quartalsweise eine Stellenerhebung unter verschiedenen Arbeitgeber*innen aller Wirtschaftsbereiche durch. Dabei liegt die Anzahl an Arbeitslosen je offener Stelle 2023 bundesweit bei 1,5. Das heißt, dass auf 100 offene Stellen (auf dem ersten Arbeitsmarkt) 150 Arbeitslose kommen (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB-Stellenerhebung; Bundesagentur für Arbeit)

⁵⁶ Es handelt sich um eine vorläufige Angabe des IAB. Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB-Stellenerhebung, online abrufbar unter: [Link](#) // Stand: 26.2.24



das Anforderungsniveau der offenen Stellen passt nicht zu den angestrebten Zielberufen der Arbeitslosen

insgesamt 27.720 Arbeitslose im Jahresdurchschnitt 2023, davon:
16.463 Helfer*innen
10.470 Fachkräfte
787 keine Angabe

59,4 % der Arbeitslosen suchen eine Hilfstätigkeit

Fest steht, dass sich auch in Hannover der Fachkräftemangel in den letzten Jahren manifestiert hat. Die Suche nach Fachkräften im Ausland gewinnt dabei zunehmend an Bedeutung, da die Verfügbarkeit von ausgebildetem Personal bundesweit der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt nicht ausreicht.⁵⁷ Dies schlägt sich in dem Hoch an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit nieder (Kapitel 4.1.1).

Bei stabil bleibenden Arbeitslosenzahlen (Kapitel 4.1.3) kommt es zunehmend zu einem geteilten Arbeitsmarkt: Auf der einen Seite steht ein Großteil der Arbeitslosen, die nach Hilfstätigkeiten suchen. Auf der anderen Seite die Nachfrage nach gut ausgebildeten Fachkräften, die unter den arbeitslos Gemeldeten nicht zu finden sind. Dieses sogenannte „Mismatch“ zwischen gesuchten Fachkräften und Arbeitslosen deutet darauf hin, wie groß die Gruppe derer ist, die nicht teilhaben können und sich in (verfestigter) Arbeitslosigkeit befinden (siehe Kapitel 4.1.3).

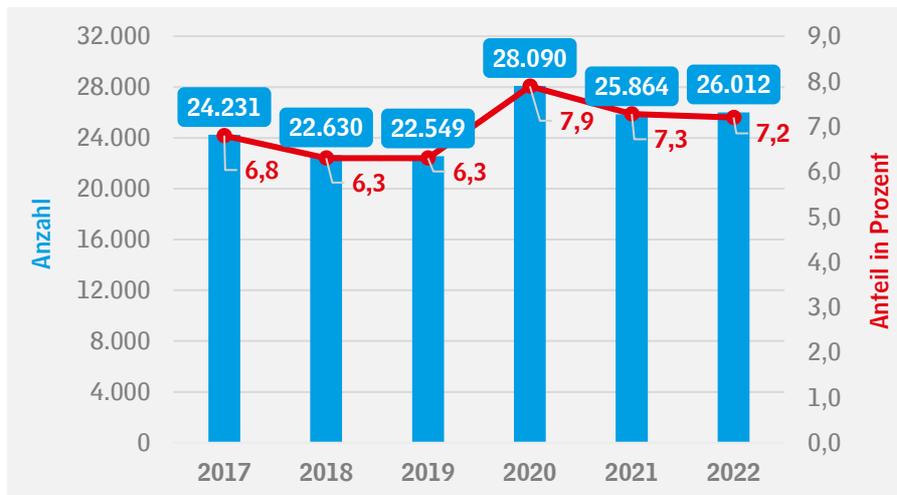
geteilter Arbeitsmarkt:
stabil bleibende Arbeitslosenzahlen &
steigender Bedarf an Fachkräften

4.1.3 Arbeitslosigkeit: Eckdaten, Entwicklungen, Verteilung im Stadtgebiet

Ende 2022 waren stadtweit 26.012 Personen arbeitslos registriert. Der Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung im Alter von 18 bis 64 Jahren lag bei 7,2 Prozent. Die Anzahl der Arbeitslosen in Hannover ist seit 2017 leicht gestiegen (Abb. 4-5). 2020 gab es einen pandemiebedingten Anstieg um 5.541 Arbeitslose im Vergleich zum Vorjahr.

pandemiebedingter Anstieg der Arbeitslosen

Abb. 4-5: Entwicklung: Anzahl und Anteil* der Arbeitslosen, jeweils im Dezember, Hannover



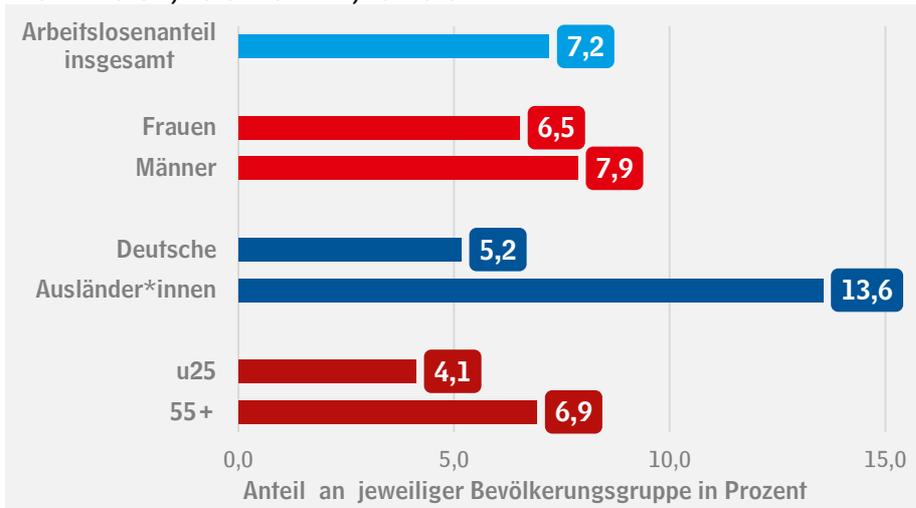
Ende 2022 lag der Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung (18-64 Jahre) in Hannover bei 7,2 %

* Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung im Alter 18-64 Jahren
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Landeshauptstadt Hannover: Sachgebiet Wahlen und Statistik

Abbildung 4-6 zeigt, dass in der Gruppe der Männer (im Alter von 18 bis 64 Jahren) der Anteil der Arbeitslosen mit 7,9 Prozent etwas höher liegt, als in der Gruppe der Frauen (6,5 Prozent). Der Anteil der Arbeitslosen unter der Bevölkerung im Alter von 18 bis 64 Jahren mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit liegt mit 13,6 Prozent deutlich höher, als bei Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit (5,2 Prozent). Bei den unter 25-Jährigen ist der Anteil der Arbeitslosen mit 4,1 Prozent vergleichsweise niedrig.

⁵⁷ Kubis, Alexander (2023): IAB-Stellenerhebung 1/2023: 1,75 Millionen offene Stellen am Arbeitsmarkt. In: IAB-Forum, 11.05.2023, [Link](#) // Stand: 18.1.2024

Abb. 4-6: Anteil der Arbeitslosen an jeweiliger Bevölkerungsgruppe im erwerbsfähigen Alter in Prozent, Dezember 2022, Hannover



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Landeshauptstadt Hannover: Sachgebiet Wahlen und Statistik

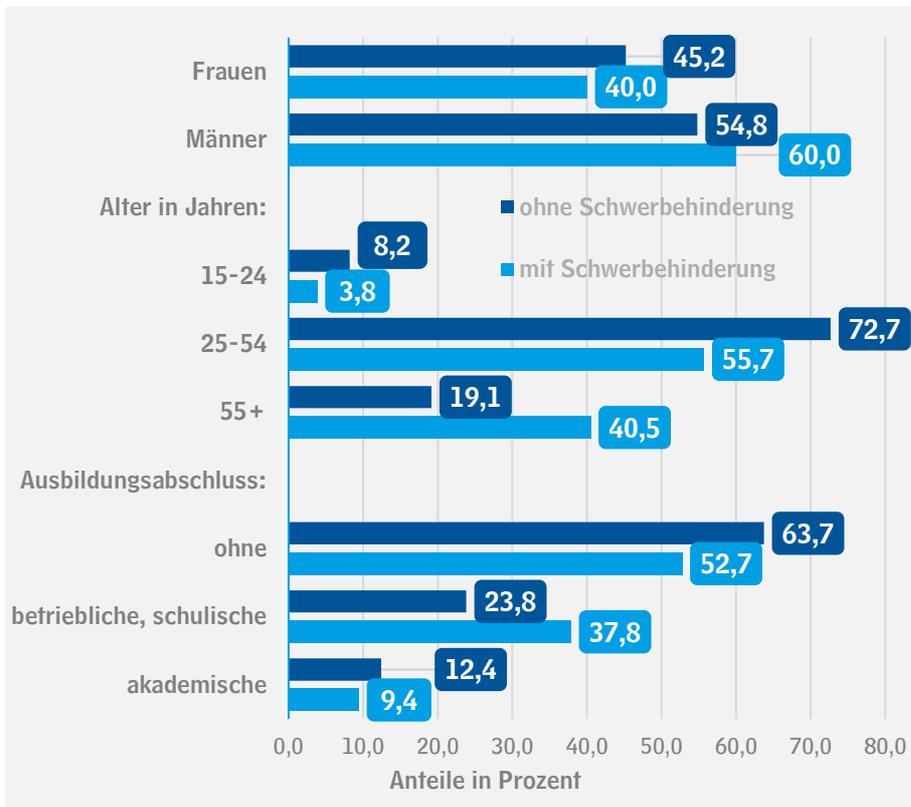
erhebliche Unterschiede bei Arbeitslosigkeit, je nach Staatsangehörigkeit

Menschen mit Schwerbehinderung

Im Dezember 2023 sind in der Stadt Hannover 1.255 Arbeitslose mit einer Schwerbehinderung registriert. Die Zahl hat sich seit Ende 2017 um 45 Personen und somit um lediglich 3,7 Prozent erhöht. Im Vergleich dazu ist die Gruppe der Arbeitslosen ohne eine Schwerbehinderung im gleichen Zeitraum um 15,1 Prozent gewachsen. Abbildung 4-7 zeigt die Anteile an Arbeitslosen mit und ohne Schwerbehinderung nach Geschlecht, Altersgruppen und Ausbildungsabschluss:

unterdurchschnittlicher Anstieg des Anteils an Arbeitslosen mit Schwerbehinderung

Abb. 4-7: Profil Arbeitsloser mit und ohne Schwerbehinderung, Dezember 2023, Hannover



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung zum Bestand an Arbeitslosen nach ausgewählten Personenmerkmalen

unter den Arbeitslosen mit Schwerbehinderung sind:
 40 % Frauen
 60 % Männer
 40,5 % über 55 Jahre
 37,8 % haben eine betriebliche oder schulische Ausbildung

Profil Arbeitsloser mit Schwerbehinderung:
 häufiger männlich, höheren Alters und besser qualifiziert im Vergleich zu Arbeitslosen ohne Schwerbehinderung

Arbeitslose mit Schwerbehinderung sind häufiger ...

- ... männlich, als Arbeitslose ohne Schwerbehinderung
- ... höheren Alters als Menschen ohne Schwerbehinderung
- ... mit betrieblicher und schulischer Ausbildung, als Arbeitslose ohne Schwerbehinderung

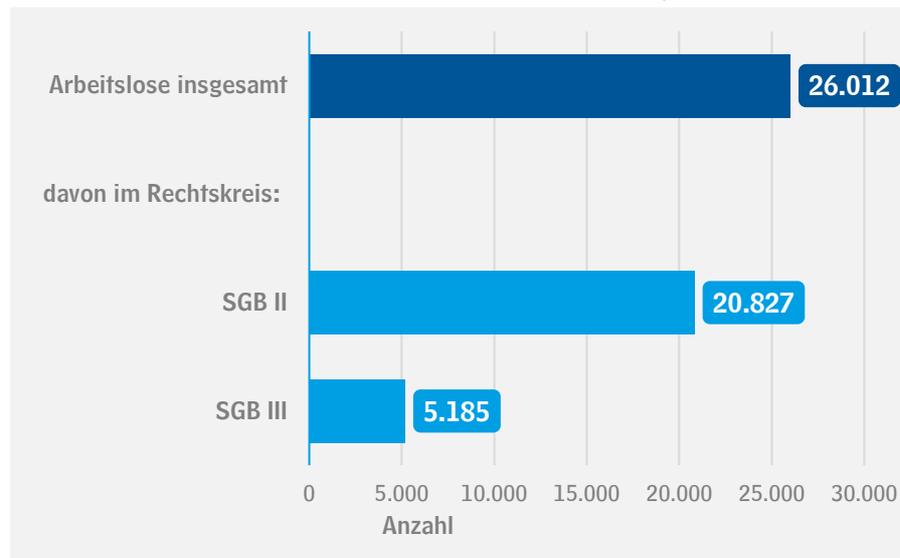
(Abb. 4-7).

Unterscheidung nach Rechtskreisen

Die Arbeitslosigkeit wird nach Rechtskreisen unterschieden. Wer in den letzten 30 Monaten mindestens zwölf Monate in der Arbeitslosenversicherung versichert war, in der Regel durch sozialversicherungspflichtige Tätigkeit, erhält eine Versicherungsleistung: das Arbeitslosengeld I (SGB III). Wer diese Voraussetzung nicht erfüllt oder wer trotz Arbeitslosengeld I oder trotz Erwerbsarbeit nicht ausreichend Geld zur Existenzsicherung hat, erhält Bürgergeld – ehemals Arbeitslosengeld II (SGB II). Hierbei handelt es sich um eine staatlich finanzierte Grundsicherung für Arbeitssuchende und ihre Angehörigen.

Abbildung 4-8 zeigt, dass von den 26.012 arbeitslos gemeldeten Personen in Hannover 80,1 Prozent zum Rechtskreis SGB II gehören und 19,9 Prozent zum Rechtskreis SGB III.

Abb. 4-8: Arbeitslose nach Rechtskreisen im Dezember 2022, Hannover



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Landeshauptstadt Hannover: Sachgebiet Wahlen und Statistik

Unterscheidung von Arbeitslosigkeit nach den Rechtskreisen SGB II & III:

80,1 % SGB II-Leistungen

19,9 % SGB III-Leistungen

insgesamt 26.012 Arbeitslose in Hannover Ende 2022, davon:
20.827 SGB II
5.185 SGB III

Personen, die einen Anspruch auf SGB III-Leistungen haben, aber diese nicht zur Sicherung des Lebensunterhaltes reichen, beziehen parallel SGB II-Leistungen und werden „Aufstocker“ genannt. Dies trifft in Hannover auf 513 (2,5 Prozent) der arbeitslos gemeldeten Personen im SGB II-Leistungsbezug (Ende 2022) zu.

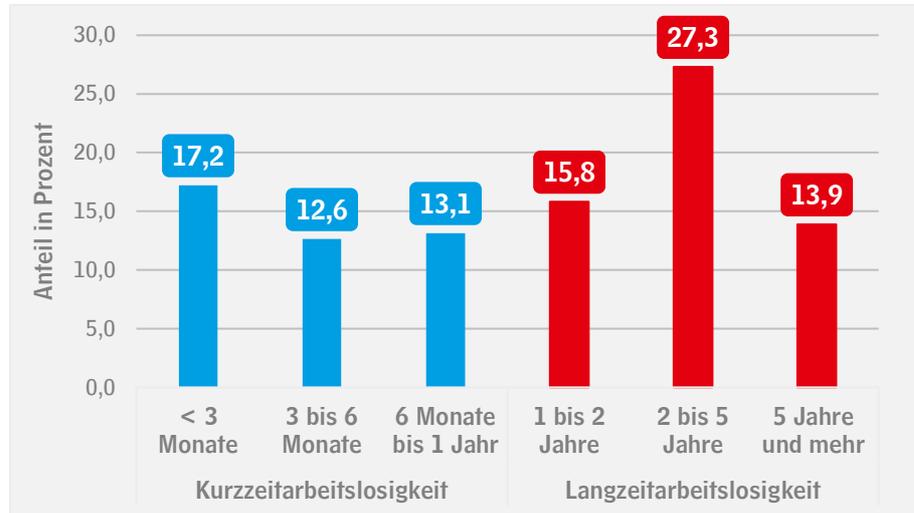
2,5 % der Arbeitslosen in Hannover (513 Personen) beziehen parallel Leistungen nach SGB II & SGB III

Dauer der Arbeitslosigkeit

Die Gruppe der arbeitslos gemeldeten Personen im SGB II-Leistungsbezug (80,1 Prozent der Arbeitslosen in Hannover) lässt sich nach der Dauer der Arbeitslosigkeit auswerten (Abb. 4-9). Insgesamt sind 43 Prozent „kurzzeitarbeitslos“ (weniger als ein Jahr). Im Umkehrschluss sind 57

Prozent der Arbeitslosen seit mindestens einem Jahr arbeitslos registriert und zählen zu den „Langzeitarbeitslosen“.

Abb. 4-9: Dauer der Arbeitslosigkeit bei SGB II-Leistungsbezug, Dezember 2022, Hannover



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Landeshauptstadt Hannover: Sachgebiet Wahlen und Statistik

Dauer der Arbeitslosigkeit im SGB II
Bezug:

43 % sind „kurzzeitarbeitslos“

57 % sind „langzeitarbeitslos“

Seit 2017 ist der Anteil Langzeitarbeitsloser mit SGB II-Bezug um 5,1 Prozentpunkte gestiegen.

Qualifikationen der Arbeitslosen

Eine abgeschlossene Berufsausbildung schützt am besten vor Arbeitslosigkeit, so das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB).⁵⁸ Dies zeigt sich auch anhand der hannoverschen Zahlen: Beim höchsten (schulischen) Bildungsgrad zeigen sich keine großen Unterschiede, bei den beruflichen Abschlüssen hingegen schon:

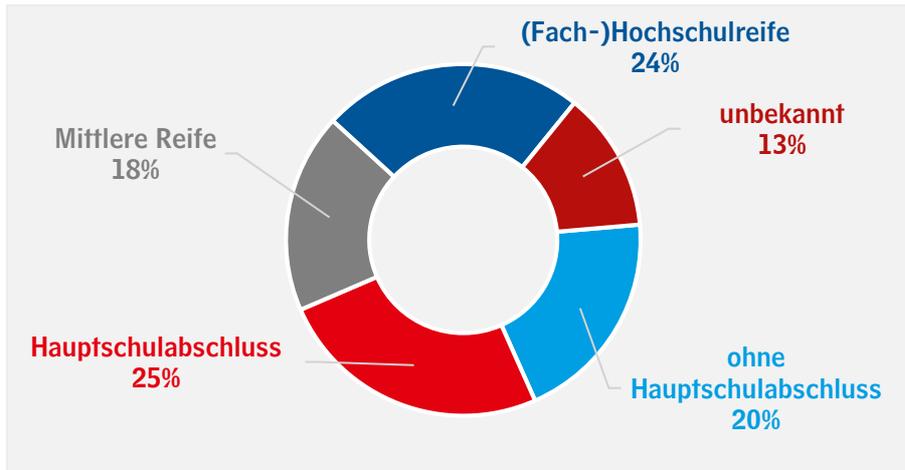
abgeschlossene Berufsausbildung
schützt am besten vor Arbeitslosigkeit

Unter den arbeitslos registrierten Personen Ende 2022 sind die schulischen Bildungsgrade wie folgt verteilt (Abb. 4-10): Ein Viertel hat einen Hauptschulabschluss und ebenfalls ein Viertel hat eine (Fach-)Hochschulreife erfolgreich absolviert. Außerdem haben 20 Prozent keinen Hauptschulabschluss, 18 Prozent haben eine mittlerer Reife. Bei 13 Prozent ist der höchste schulische Bildungsgrad unbekannt.



⁵⁸ Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) (2020): Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten. [Link](#) // Stand: 8.2.2024

Abb. 4-10: Arbeitslose nach Schulabschluss in Prozent, Dezember 2022, Hannover



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Landeshauptstadt Hannover: Sachgebiet Wahlen und Statistik

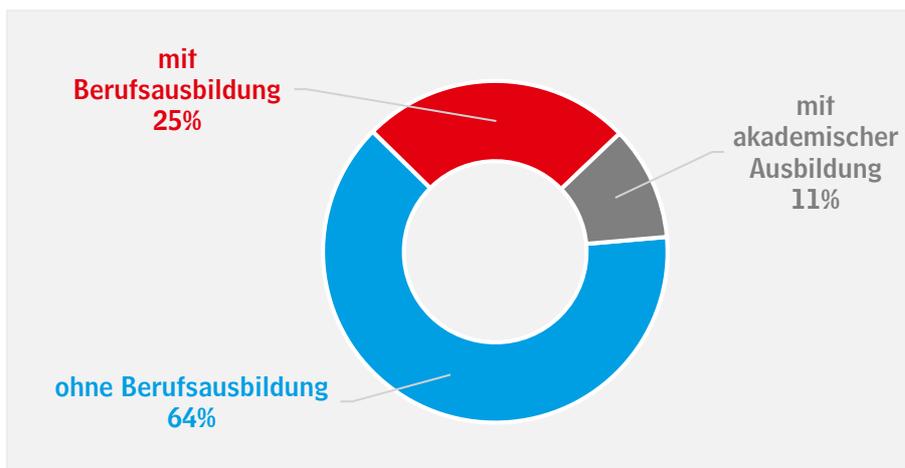
Arbeitslose nach Schulabschluss:

25 % Hauptschulabschluss
24 % (Fach-)Hochschulreife
20 % ohne Hauptschulabschluss
18 % Mittlere Reife
13 % unbekannt

Bei der Berufsausbildung ergibt sich hingegen ein anderes Bild: Die überwiegende Mehrheit der 26.012 Ende 2022 in Hannover arbeitslos registrierten Personen hat **keine abgeschlossene Berufsausbildung (64 Prozent)**. Ein Viertel verfügt über eine abgeschlossene Berufsausbildung und 11 Prozent haben eine akademische Ausbildung (Abb. 4-11).

64 % der Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung

Abb. 4-11: Arbeitslose nach Berufsabschluss in Prozent, Dezember 2022, Hannover



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Landeshauptstadt Hannover: Sachgebiet Wahlen und Statistik

Arbeitslose nach Berufsabschluss:

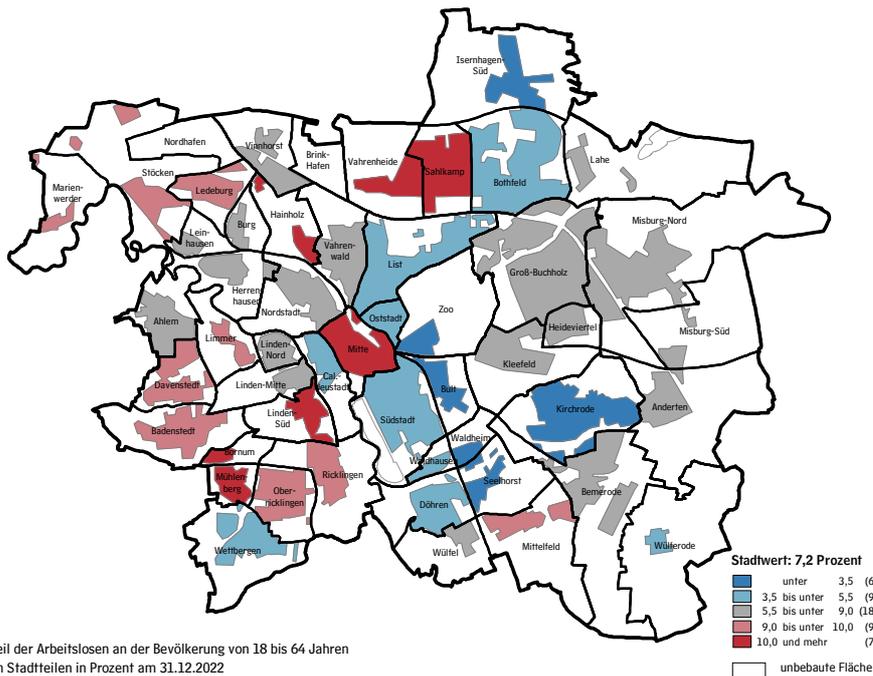
64 % ohne Berufsausbildung
25 % mit Berufsausbildung
11 % mit akademischer Ausbildung

Verteilung im Stadtgebiet

Die Karte Arbeitslosigkeit zeigt die räumliche Verteilung der Arbeitslosenanteile in Hannovers Stadtteilen im Dezember 2022 (stadtweiter Durchschnitt: 7,2 Prozent). Niedrigste Arbeitslosenanteile unter 3,5 Prozent weisen die Stadtteile Isernhagen-Süd, Zoo, Bult, Waldheim, Seelhorst und Kirchrode auf. Überdurchschnittlich hoch (über 10 Prozent) sind die Arbeitslosenanteile in Vahrenheide, Sahlkamp, Hainholz, Mitte, Linden-Süd, Bornum und Mühlenberg.

Es wird deutlich, dass Arbeitslosigkeit (ähnlich wie Armut) ungleich im Stadtgebiet verteilt ist. Die Verteilung von Arbeitslosigkeit über das Stadtgebiet bleibt seit Jahrzehnten relativ stabil.

Karte: Arbeitslosigkeit



Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung von 18 bis 64 Jahren nach Stadtteilen in Prozent am 31.12.2022

Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik und Statistiken der Bundesagentur für Arbeit

ungleiche Verteilung von
Arbeitslosigkeit im Stadtgebiet

4.1.4 Unterbeschäftigung: Mehr als Arbeitslosigkeit

Als arbeitslos gelten ausschließlich Menschen, die nach § 16 SGB III, als solche registriert und statistisch ausgewiesen werden. In der Arbeitslosenstatistik **nicht inbegriffen** sind unter anderem:

- Teilnehmende an einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik, zum Beispiel „Aktivierung und berufliche Eingliederung“,
- Arbeitslose, die kurzfristig arbeitsunfähig sind („Krankmeldung“),
- 58-Jährige und Ältere, die nach einem Jahr des Leistungsbezuges ohne Stellenangebot nicht mehr als arbeitslos erfasst werden. Diese sogenannte „Sonderregelung für Ältere“ wurde mit der Einführung des Bürgergelds zum 1.1.2024 aufgehoben,⁵⁹
- Beschäftigte in Kurzarbeit.

Unterbeschäftigung: Mehr als
Arbeitslosigkeit

Die **Statistik zur Unterbeschäftigung** umfasst **zusätzlich zu den Arbeitslosen** die oben genannten Gruppen, mit dem Ziel, ein umfassenderes Bild vom Defizit an regulärer Beschäftigung zu ermöglichen. **Mitte 2023** lebten – zusätzlich zu 27.339 Arbeitslosen – 8.646 Menschen in Hannover, die unterbeschäftigt waren. Arbeitslose haben einen Anteil von 76 Prozent an allen Unterbeschäftigten.

Anders ausgedrückt: Über 8.600 Menschen waren Mitte 2023 im engeren oder weiteren Sinne arbeitslos, erschienen aber in keiner Arbeitslosenstatistik. In Summe umfasst die Anzahl der Unterbeschäftigten 35.985 Menschen (Juni 2023). Kurzarbeiter*innen sind darin aus methodischen Gründen nicht inbegriffen.⁶⁰

fast 36.000 Unterbeschäftigte

⁵⁹ BMAS (o.D.): Ältere Menschen. Für Lebensleistung – und berufliche Neuanfänge. [Link](#) // Stand: 7.2.2024

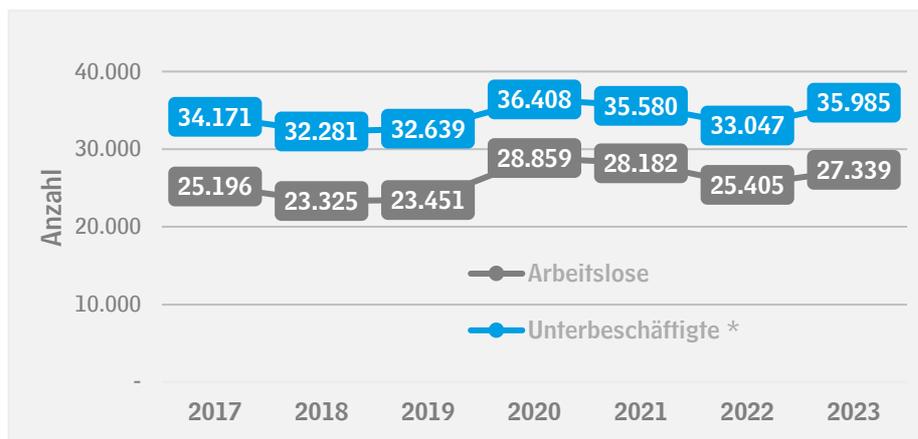
⁶⁰ Die Komponente „Kurzarbeiter“ wird nur bis auf Ebene der Bundesländer, nicht aber in tiefer gegliederten Gebietseinheiten in die Unterbeschäftigung einbezogen. Quelle: Bundesagentur für Arbeit: <https://statistik.arbeitsagentur.de> // Stand 7.2.2024

Die Unterbeschäftigtenquote lag Mitte 2023 bei 11,5 Prozent, die Arbeitslosenquote bei 8,7 Prozent. Die Arbeitslosenquote lag im Mittel 2,7 Prozentpunkte unter der Unterbeschäftigtenquote (Zeitraum 2017 bis 2023).

Arbeitslosenquote: 8,7 %
Unterbeschäftigtenquote: 11,5 %

Abbildung 4-12 zeigt die Entwicklung der Unterbeschäftigung im Stadtgebiet Hannover, darunter die der Arbeitslosigkeit, im Zeitraum 2017 bis 2023. Der nahezu synchrone Entwicklungsverlauf täuscht darüber hinweg, dass die Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum etwas stärker angestiegen ist (+ 8,5 Prozent), als die Unterbeschäftigung (+ 5,3 Prozent).

Abb. 4-12: Entwicklung der Unterbeschäftigten und Arbeitslosen, 2017-2023, jeweils im Juni, Hannover



Unterbeschäftigung überschreitet
Arbeitslosigkeit um Ø 33 %

* ohne Kurzarbeit

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Unterbeschäftigte Männer und Frauen

Die Zahl der unterbeschäftigten Männer überschreitet – ebenso wie unter den Arbeitslosen – systematisch die der unterbeschäftigten Frauen: 53 Prozent der Unterbeschäftigten sind männlichen und 46 Prozent sind weiblichen Geschlechts (Juni 2023). Etwa 44 Prozent der Männer und 55 Prozent der Frauen haben eine ausländische Staatsangehörigkeit. Rund die Hälfte aller Unterbeschäftigten ist im Alter von 25 bis 44 Jahren.

4.1.5 (Nicht-)Teilhabe Asylsuchender und Geflüchteter am Arbeitsmarkt

Arbeitsmarktzugang ermöglicht Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, finanzielle Unabhängigkeit und Sicherheit. Besonders für Geflüchtete ist Arbeit mitunter essentiell beim Ankommen in einem neuen Land, in das sie unter anderem vor Krieg, Verfolgung und Gewalt fliehen **mussten**.⁶¹ Gesetzgebung und auch bürokratische Hürden in Deutschland verhindern jedoch häufig ein schnelles Ankommen, insbesondere in den Arbeitsmarkt: „Die Zuständigkeiten sind über zu viele Akteure verteilt, die Gesetzeslage zu komplex und die Anforderungen an die Geflüchteten sind zu restriktiv“⁶² so das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung in einer Studie zur Arbeitsmarktintegration Geflüchteter. Je nach Aufenthaltsstatus, familiärer Situation (mit minderjährigen Kindern oder ohne), Wohnsituation (in einer Aufnahmeeinrichtung oder anderweitig untergebracht) und Herkunftsland, unterscheidet sich die Dauer und das Prozedere für den Arbeitsmarktzugang deutlich.

Gesetzgebungen und bürokratische
Hürden verhindern schnelles Ankommen

⁶¹ PRO ASYL (2023): Der steinige Weg in den Arbeitsmarkt für geflüchtete Menschen. [Link](#) // Stand 30.01.2024

⁶² Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2019): Von individuellen und institutionellen Hürden. Der lange Weg zur Arbeitsmarktintegration Geflüchteter. [Link](#) // Stand: 30.01.2024

Ein **Beschäftigungsverbot** erhalten jedoch **alle** Geflüchteten für **die ersten drei Monate** nach Ankunft.⁶³

Einige Beispiele für Zugangshürden (Stand Februar 2024):⁶⁴

- Geflüchtete, die verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, erhalten regulär erst **nach neun Monaten** einen Arbeitsmarktzugang – gehören minderjährige Kinder zu ihnen, ist dies bereits nach **sechs Monaten** möglich.
- Für Menschen aus einem so genannten „sicheren Herkunftsstaat“⁶⁵, die nach dem 31. August 2015 einen Asylantrag gestellt haben, ist ein Arbeitsmarktzugang **nicht** möglich.
- Darüber hinaus muss Geflüchteten grundsätzlich eine Arbeitserlaubnis durch die örtliche Ausländerbehörde erteilt werden und die Bundesagentur für Arbeit muss der Beschäftigung nach Prüfung in der Regel explizit zustimmen. **Nach 48 Monaten/ 4 Jahren** ist keine Zustimmung mehr nötig.



Neben den gesetzlichen Regelungen sind Geflüchtete mit zahlreichen individuellen Herausforderungen konfrontiert: Sprachbarrieren, Wohnungssuche, eventuelle Diskriminierungserfahrungen, Angst um Angehörige in Kriegs- und Krisengebieten und eine unsichere Bleibeperspektive sowie insbesondere psychischen Belastungen und Traumatisierungen als Folge der Flucht- und Kriegserfahrungen: „Somit ist es nicht überraschend, dass Geflüchtete im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt über ein geringeres psychisches Wohlbefinden berichten.“⁶⁶

Trotz dieser enormen Herausforderungen sind 54 Prozent der 2015 nach Deutschland Geflüchteten im Jahr 2021 erwerbstätig, so das IAB, Tendenz steigend:⁶⁷

- Mehr als ein Drittel der geflüchteten Erwachsenen absolvierte innerhalb dieses Zeitraums eine Aus- oder Weiterbildung oder besuchte eine Schule oder Hochschule.
- Die Quote der Vollzeitbeschäftigten unter den erwerbstätigen Geflüchteten liegt höher als die Quote der Vollzeitbeschäftigten unter allen Erwerbstätigen insgesamt.
- Große Unterschiede zeigen sich jedoch zwischen den Geschlechtern: Die Erwerbstätigenquote geflüchteter Männer liegt nach sechs Jahren drei Mal höher, als die der geflüchteten Frauen.

Es zeigt sich, dass Beschäftigte, die als Geflüchtete nach Deutschland kamen, sehr häufig prekär beschäftigt sind: Vielfach handelt es sich um Hilfstätigkeiten in Branchen mit einer hohen Fluktuation (zum Beispiel in der Gastronomie und Gebäudereinigung) sowie Leiharbeitsverhältnissen. 41 Prozent üben eine Tätigkeit unter dem Anforderungsniveau ihrer Tätigkeit vor der Flucht aus. Dies liegt häufig an der (Nicht-)Anerkennung von Abschlüssen und Berufserfahrung aus dem Herkunftsland der Geflüchteten, so die Autor*innen der Studie zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten.⁶⁸

Deutschland 2021 insgesamt:
54 % der 2015 nach Deutschland
Geflüchteten waren 2021
erwerbstätig

Vollzeitquote unter erwerbstätigen
Geflüchteten höher als Vollzeitquote
unter allen Erwerbstätigen

geflüchtete Menschen sind häufiger
prekär beschäftigt

⁶³ Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2024): Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete. [Link](#) // Stand: 30.1.2024

⁶⁴ ebd.

⁶⁵ „Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ghana, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro, Senegal und Serbien“ (ebd.)

⁶⁶ Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2019): Von individuellen und institutionellen Hürden. Der lange Weg zur Arbeitsmarktintegration Geflüchteter. [Link](#) // Stand: 30.1.2024

⁶⁷ Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) (2023): IAB-Kurzbericht. Erwerbstätigkeit und Löhne von Geflüchteten steigen deutlich. [Link](#) // Stand: 6.2.2024

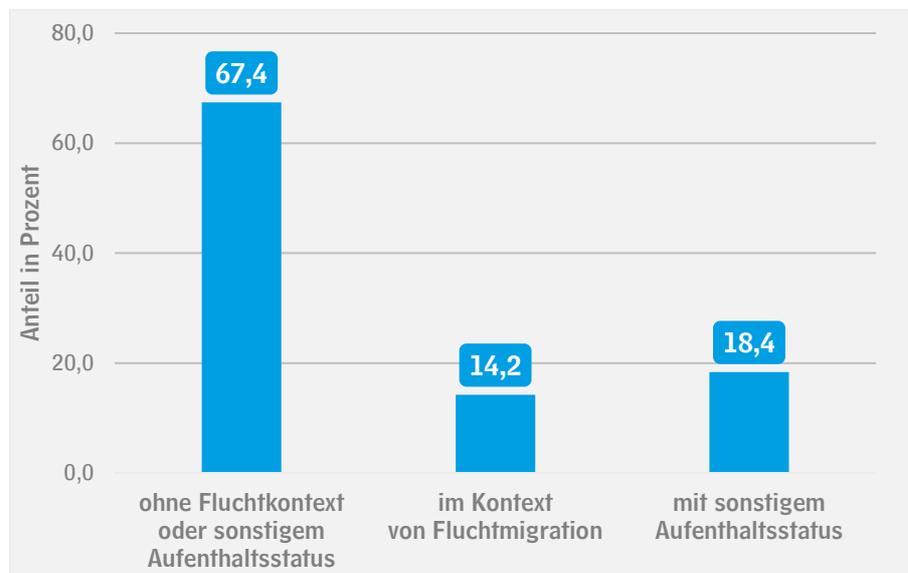
⁶⁸ Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2019): Von individuellen und institutionellen Hürden. Der lange Weg zur Arbeitsmarktintegration Geflüchteter. [Link](#) // Stand: 30.1.2024

Für Hannover liegen keine Zahlen zur Beschäftigungsquote der hier lebenden Geflüchteten vor. Allerdings stehen die Daten der Arbeitslosen im SGB II-Leistungsbezug im Kontext von Fluchtmigration⁶⁹ sowie mit sonstigem Aufenthaltsstatus⁷⁰ zur Verfügung.

Abbildung 4-13 zeigt den Anteil der „Personen im Kontext von Fluchtmigration“ an allen Arbeitslosen mit SGB II-Leistungsbezug in Hannover für die Jahre 2017 und 2022. In absoluten Zahlen für das Jahr 2022 ausgedrückt, haben 2.864 der 20.117 Leistungsbeziehenden insgesamt (14,2 Prozent) einen Fluchthintergrund sowie 3.694 einen sonstigen Aufenthaltsstatus⁷⁰ (18,4 Prozent).



Abb. 4-13: Arbeitslose im „Kontext von Fluchtmigration und sonstigem Aufenthaltsstatus“. Anteil an allen Arbeitslosen mit SGB II-Leistungsbezug, Dezember 2022, Hannover



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit und Landeshauptstadt Hannover: Sachgebiet Wahlen und Statistik

14,2 % der Arbeitslosen insgesamt im SGB II-Bezug stehen im Kontext von Fluchtmigration
18,4 % mit sonstigem Aufenthaltsstatus

Bei 32,6 Prozent der Arbeitslosen im SGB II-Leistungsbezug besteht der Kontext „Fluchtmigration“ oder ein sonstiger Aufenthaltsstatus.

4.2 Ermöglicht Erwerbsarbeit Teilhabe?

Erwerbsarbeit gilt als Schlüssel zur finanziellen und sozialen Teilhabe und ist im besten Fall zugleich sinnstiftend und tagesstrukturierend. Erwerbsarbeit ist aber nicht immer der Schlüssel zu finanzieller Unabhängigkeit oder für ein Leben oberhalb des Existenzminimums. Verschiedene Formen (atypischer) Beschäftigung gelten als Armutsrisiko.

Erwerbsarbeit ist nicht immer existenzsichernd:
atypische Beschäftigung ist ein Armutsrisiko

⁶⁹ „Personen im Kontext von Fluchtmigration“ umfassen Ausländer*innen mit einer Aufenthaltsgestattung, einer Aufenthaltserlaubnis Flucht und einer Duldung. Sie entsprechen nicht juristischen Abgrenzungen oder landläufigen Definitionen von Geflüchteten. Quelle: Brücker et al. 2017: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016: Studiendesign, Feldergebnisse sowie Analysen zu schulischer wie beruflicher Qualifikation, Sprachkenntnissen sowie kognitiven Potenzialen. Forschungsbericht 30, Nürnberg: BAMF [Link](#) // Stand: 06.02.2024

⁷⁰ „Personen mit sonstigem Aufenthaltsstatus“ umfassen Drittstaatenangehörige mit anderem Aufenthaltsstatus. Dazu zählen Personen mit Niederlassungserlaubnis, Blauer Karte EU, sonstiger Aufenthaltserlaubnis und Visum und Personen, die im Rahmen eines Familiennachzugs (§§ 29 ff AufenthG) zu geflüchteten Menschen nach Deutschland migrieren. Quelle: ebd.

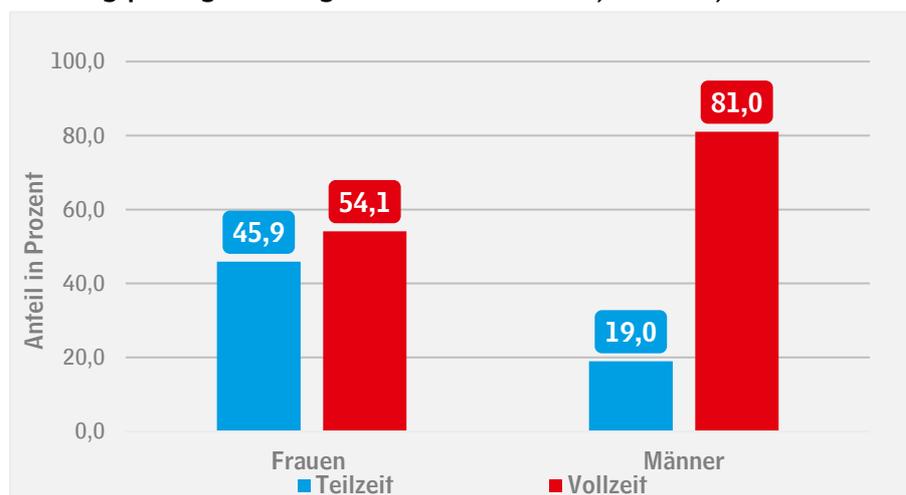
4.2.1 Teilzeitarbeit

Teilzeitarbeit⁷¹ nimmt zu. 31,6 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind 2022 in Teilzeit tätig (2017: 29,4 Prozent). Das Beschäftigtenwachstum schlägt sich überproportional in der Gruppe der Teilzeitbeschäftigten nieder: Diese ist von 2017 bis 2022 um 12,2 Prozent gewachsen. Vollzeitbeschäftigung ist im gleichen Zeitraum um 4,9 Prozent gestiegen.

Die Gründe für eine Teilzeitbeschäftigung sind vielfältig, individuell und für Hannover statistisch nicht erfasst. Fest steht jedoch, ob freiwillig gewählt oder durch private oder berufliche Gründe erzwungen: Eine dauerhafte Teilzeitarbeit geht langfristig mit einem geringeren Einkommen sowie niedrigeren Rentenansprüchen einher und birgt damit das Risiko für aktuelle oder spätere Armutsgefährdung.

Der Trend zu mehr Teilzeit- und weniger Vollzeitbeschäftigung zeigt sich in bei Frauen und Männern in ähnlichem Ausmaß, allerdings bewegen sich die Anteile an Frauen und Männern in Teil- oder Vollzeitarbeit auf einem sehr unterschiedlichen Niveau.

Abb. 4-14: Teilzeit⁷¹- und Vollzeitquoten von Männern und Frauen. Anteil an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Männern und Frauen, Juni 2022, Hannover



Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Abgerufen unter: Landesamt für Statistik Niedersachsen: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort in LHH

45,9 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Frauen sind in Teilzeit beschäftigt, aber nur 19 Prozent der Männer. In Vollzeit beschäftigt sind 2022 hingegen 81 Prozent der erwerbstätigen Männer, allerdings nur 54,1 Prozent der Frauen.

Somit ist fast jede zweite (sozialversicherungspflichtig beschäftigte) Frau in Teilzeit tätig, aber nur jeder fünfte Mann. Auch deshalb sind Frauen stärker von (Alters-)Armut bedroht als Männer. Der eklatante Geschlechterunterschied im Ausmaß an Teilzeitarbeit liegt in der Ungleichverteilung von Care-Arbeit. Frauen begründen Teilzeittätigkeit dreimal so häufig wie Männer mit Angehörigenpflege oder Kinderbetreuung.⁷² Dies fällt in Hannover besonders bei der Betrachtung der Teilzeitarbeit nach Altersgruppen auf, da unter Frauen die Erwerbsarbeit in reduziertem Umfang ab 35

Trend zu mehr Teilzeitarbeit

dauerhafte Teilzeitarbeit birgt Risiko für Armutsgefährdung



Geschlechterunterschied bei Teilzeitarbeit:

45,9% der Frauen sind in Teilzeit tätig, jedoch nur 19,0% der Männer

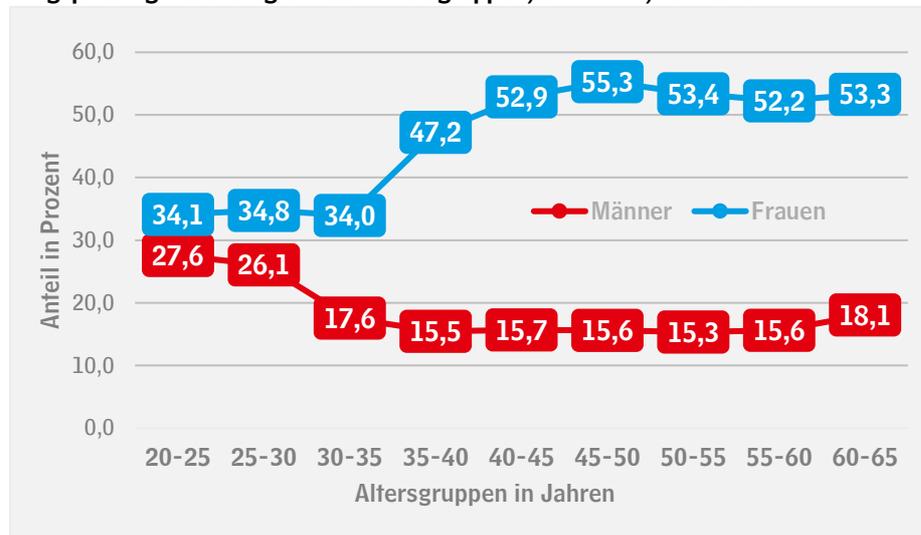
fast jede zweite erwerbstätige Frau ist in Teilzeit tätig, jedoch nur jeder fünfte Mann

⁷¹ Teilzeitarbeit beschreibt aus methodischen Gründen jegliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die keine Vollzeitbeschäftigung darstellt. Welchen Stundenumfang eine Teil- oder Vollzeitbeschäftigung jeweils umfasst, kann nicht näher definiert werden, da dies neben tariflichen Regelungen von den Arbeitgeber*innen selbst gewählt und nicht detailliert von der Bundesagentur für Arbeit erhoben wird (Bundesagentur für Arbeit 2024: Glossar. Teilzeit. [Link](#) // 29.1.2024).

⁷² Statistisches Bundesamt (Destatis) (2024): Arbeitskräfteerhebung. [Link](#) // Stand: 29.1.2024

Jahren deutlich zunimmt, während bei Männern die Teilzeitarbeit zu diesem Zeitpunkt abfällt und Vollzeitarbeit zunimmt:

Abb. 4-15: Teilzeitbeschäftigte Männer und Frauen. Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Altersgruppen, Juni 2022, Hannover



Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Abgerufen unter: Landesamt für Statistik Niedersachsen: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort in Hannover

4.2.2 Geringfügig Beschäftigte / Minijobbende

Die monatliche Arbeitsentgeltgrenze in einer geringfügig entlohnten Beschäftigung (Minijob) liegt seit dem 01.01.2024 bei 538 Euro monatlich. Durch die fehlenden Beiträge zur Sozialversicherung besteht jedoch in der Zukunft nur ein eingeschränkter Anspruch auf gesetzliche Altersrente, Arbeitslosengeld sowie Kranken- und Pflegeversicherung, weshalb ein Minijob nicht sozial absichert.⁷³ Wer sich dauerhaft in einer ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigung befindet, ist mindestens stark von (Alters-)Armut bedroht oder armutsbetroffen.

In Hannover ist die Anzahl von Personen, die einen Minijob ausübten, seit 2017 leicht gesunken: Im Jahr 2022 waren es 48.320 in Hannover wohnende Personen mit einem Minijob und somit 149 Personen weniger als 2017 (- 0,3 Prozent). In Abbildung 4-16 wird deutlich, dass es sich bei der Abnahme durch einen pandemiebedingten Wegfall von Jobmöglichkeiten 2020 handelt. Seit 2021 steigt die Anzahl an Personen mit einem Minijob in Hannover wieder:

Ungleichverteilung von Care-Arbeit ausschlaggebend für Geschlechterunterschied bei Teilzeitarbeit

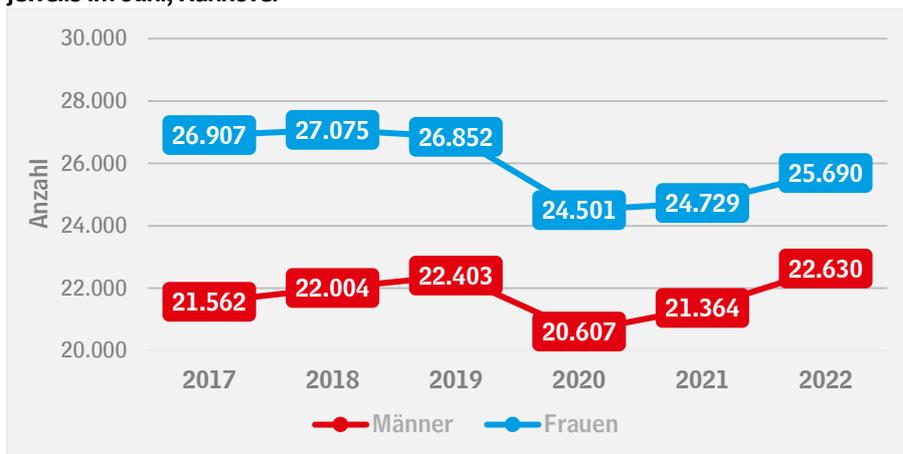


ab dem Alter von 35 Jahren nimmt Teilzeitarbeit bei Frauen deutlich zu und bei Männern deutlich ab

geringfügige Beschäftigung: auf Dauer ein Armutsrisiko

⁷³ Bundesagentur für Arbeit (2024): Lexikon. Minijob. [Link](#) // Stand: 25.1.24

Abb. 4-16: Geringfügig beschäftigte Frauen und Männer (Minijobende), 2017-2022, jeweils im Juni, Hannover



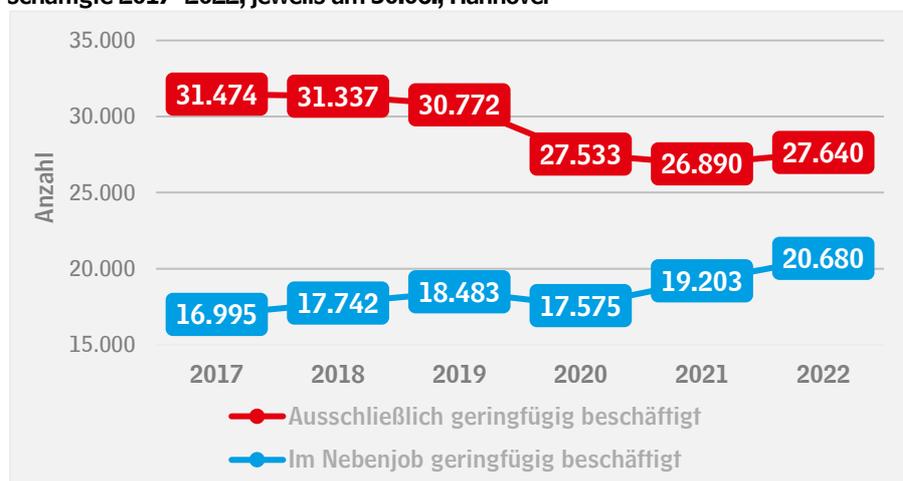
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Der pandemiebedingte Rückgang im Jahr 2020 zeigt sich bei beiden Geschlechtern. Nach wie vor gibt es mehr Frauen, die einen Minijob haben, als Männer: 53,2 Prozent der geringfügig entlohnten Beschäftigten sind 2022 Frauen und 46,8 Prozent sind Männer. Die Gruppe der Frauen mit einem Minijob ist von 2017 bis 2022 um minus 4,5 Prozent gesunken (- 1.217 Frauen), während die Anzahl von Männern mit einem Minijob im gleichen Zeitraum um 5,0 Prozent (+ 1.068 Männer) gestiegen ist.

76,3 Prozent der geringfügig entlohnten Beschäftigten im Jahr 2022 haben eine deutsche Staatsangehörigkeit, Tendenz abnehmend (-4,0 Prozent). Der Anteil an Personen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit unter den Minijobenden liegt bei 23,7 Prozent, Tendenz steigend (+ 4,0 Prozent).

Minijobende können diesen im Nebenjob oder als alleinige entlohnte Beschäftigung ausüben. Abbildung 4-17 zeigt, dass der Anteil an Personen, die im Nebenjob einer geringfügig entlohnten Beschäftigung nachgehen, zunimmt. Seit 2017 ist dieser Anteil auf 42,8 Prozent gestiegen (+ 7,7 Prozent). Personen, die ausschließlich einer geringfügig entlohnten Beschäftigung nachgehen, sind im gleichen Zeitraum auf 57,2 Prozent gesunken (- 7,7 Prozent).

Abb. 4-17: Ausschließlich geringfügig Beschäftigte und im Nebenjob geringfügig Beschäftigte 2017-2022, jeweils am 30.06., Hannover



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

es gibt mehr Frauen mit einem Minijob als Männer

Entwicklung 2017-2022:

Frauen mit Minijob: - 4,5 %

Männer mit Minijob: + 5 %

Minijob als Nebentätigkeit: + 7,7 %

in Hannover waren Ende 2022:

27.640 ausschließlich geringfügig beschäftigt und

20.680 im Nebenjob geringfügig beschäftigt

Besonders stark ist ein Anstieg unter den im Nebenjob geringfügig entlohnten Beschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit zu beobachten (+ 76,1 Prozent).

Der Trend zur geringfügig entlohnten Beschäftigung im Nebenjob passt zum bundesweit steigenden Anteil von Menschen in Mehrfachbeschäftigung: Insbesondere im Zuge der inflationsbedingten Preissteigerungen sind Lebensunterhaltskosten stark gestiegen und der Anteil von Menschen, die (in Beschäftigung) von Armut bedroht sind steigt (Kapitel 5). Der Trend zur Mehrfachbeschäftigung ist in allen Bildungsschichten zu beobachten und bezieht sich nicht (mehr) nur auf den Niedriglohnsektor.⁷⁴

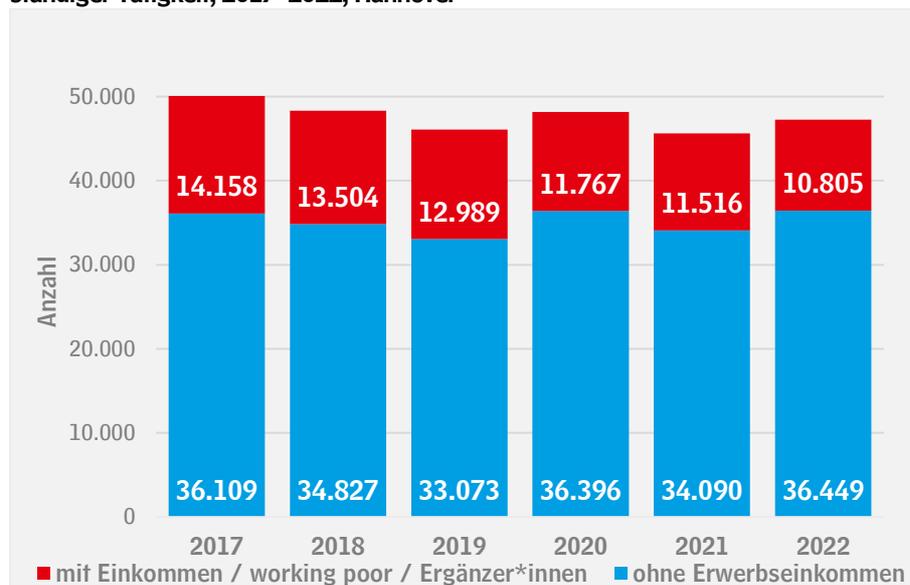
4.2.3 Working Poor

Wer von seiner Erwerbsarbeit nicht leben kann und ergänzend Bürgergeld beziehen muss, gilt als „working poor“ oder als „arm trotz Arbeit“. „Working poor“ erzielen ein nicht auskömmliches Einkommen aus Erwerbstätigkeit, aus selbstständiger Tätigkeit oder aus einer Kombination aus beidem. Ende 2022 betraf dies 10.805 Menschen in Hannover. Diese Gruppe wird auch „Ergänzer*innen“ genannt, weil sie **ergänzend** zu einem nicht existenzsichernden Einkommen SGB II-Leistungen beziehen müssen, um ihren Lebensunterhalt sichern zu können. Rund 23 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsbeziehenden sind faktisch nicht arbeitslos, sondern einkommensarm.

Abbildung 4-18 zeigt die Entwicklung der Anzahl der Erwerbsfähigen im SGB II-Leistungsbezug im Zeitraum 2017 bis 2022, jeweils unterschieden nach Erwerbsfähigen **ohne** eigenem Erwerbseinkommen und **mit** eigenem Erwerbseinkommen („working poor“). Deutlich wird:

Von 2017 bis 2022 hat die Anzahl der Erwerbsfähigen im ALG-II (SGB II)-Bezug insgesamt abgenommen (- 3.013; - 6 Prozent). In diesem Zeitraum hat auch die Anzahl der „working poor“ erheblich abgenommen (- 3.353; - 23,7 Prozent), während die Anzahl der Personen ohne jegliches Erwerbseinkommen, im SGB-II-Leistungsbezug leicht zugenommen hat (+ 340; + 0,9 Prozent).

Abb. 4-18: Personen nach verfügbarem Einkommen aus Erwerbstätigkeit oder selbstständiger Tätigkeit, 2017-2022, Hannover



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit und Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

steigende Anzahl der Minijobs als Nebentätigkeit

„working-poor“ : arm trotz Erwerbsarbeit

Ende 2022:

Rund 10.800 „Ergänzer*innen“

sinkende Anzahl „working poor“ - steigende Anzahl Leistungsbeziehender ohne Erwerbseinkommen

⁷⁴ Tagesschau (2023): Hintergrund. Immer mehr Multijobber. Wenn selbst zwei Jobs nicht zum Leben reichen. [Link](#) // Stand: 27.01.2024

„Working poor“:

- Gehören häufiger dem Bedarfsgemeinschaftstyp „Familie“ an (rund 45 Prozent der Erwerbsfähigen). Es handelt sich also häufiger – so ist zu vermuten – um Väter und Mütter.
- 14 Prozent aller „working poor“ sind Alleinerziehende, meist Frauen.
- Männer gehören etwas häufiger dem Bedarfsgemeinschaftstyp „Single-BG“ an (42 Prozent), als Frauen (36 Prozent).
- In Summe sind etwas mehr als die Hälfte der „working poor“ Männer (55 Prozent) und 45 Prozent sind Frauen.
- Überdurchschnittlich häufig sind Alleinstehende und alleinerziehende Personen unter den „working poor“. Sie sind häufiger in Teilzeit beschäftigt und / oder haben derart niedrige Stundenlöhne, was ergänzende Sozialleistungen erforderlich macht.

„working poor“ sind:
häufiger Familien, vor allem alleinerziehende Frauen und häufiger alleinstehende Männer

4.2.4 Erwerbstätige im Rentenalter

Das durchschnittliche Renteneintrittsalter lag 2022 bundesweit bei 62,7 Jahren (Frauen 62,7, Männer 62,8).⁷⁵ Die Gruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Alter von 65 Jahren und älter ist in Hannover von 2017 (1.867 Personen) bis 2022 (3.273 Personen) um 1.406 Personen gestiegen. Dies entspricht einem Anstieg von 75,3 Prozent. In keiner anderen Altersgruppe ist der Anstieg an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten derart hoch. Die Zunahme an Beschäftigung von Frauen im Alter von 65 Jahren und älter liegt mit 83,3 Prozent deutlich über der Zunahme von Männern im gleichen Alter mit 69,9 Prozent.

durchschnittliches Renteneintrittsalter lag 2022 bundesweit bei 62,7 Jahren

Dabei gibt es verschiedene Gründe, warum Menschen bereits vor der gesetzlichen Regelaltersgrenze in den Ruhestand eintreten. Diese reichen von einer verminderten Erwerbsfähigkeit bis hin zu (freiwillig) vorgezogener Altersrente. Es kann allerdings davon ausgegangen werden, dass ein Großteil der Bevölkerung mit 65 Jahren in Rente/ Pension ist (Stand 2022).

immer mehr 65- Jährige und Ältere erwerbstätig:
2017-2022: + 75,3 %

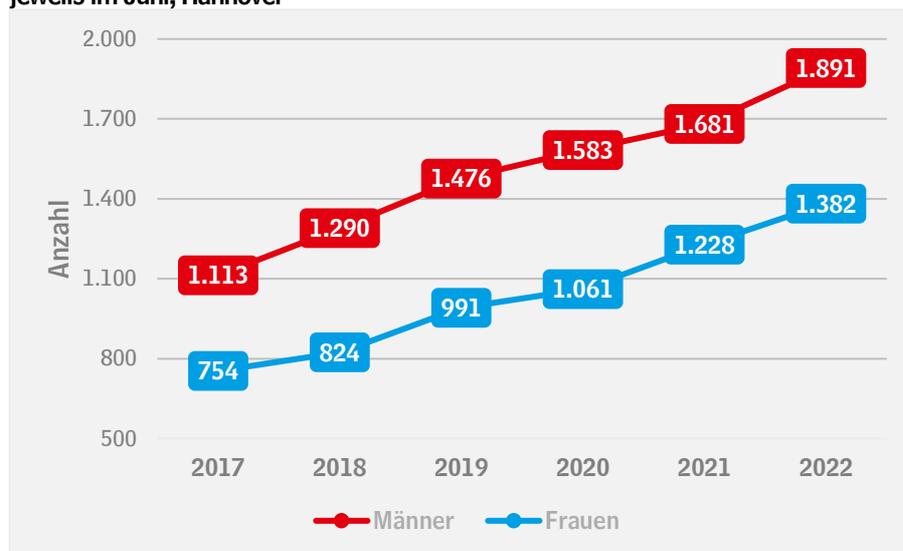
Gleichzeitig gibt es immer mehr Menschen, die über das 65. Lebensjahr hinaus erwerbstätig sind. Die Gründe für eine Erwerbstätigkeit im Rentenalter sind vielfältig und gehen weit über monetäre Anreize hinaus: Die meisten Rentenbeziehenden geben nach wie vor nichtmonetäre Gründe für das Ausüben einer bezahlten Beschäftigung, wie „Freude an der Arbeit“ oder die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben an. Bei knapp der Hälfte (43,0 Prozent) sind finanzielle Gründe unter anderem ein Motiv zur weiteren Berufstätigkeit im Rentenalter.⁷⁶



⁷⁵ Deutsche Rentenversicherung (2023): Rentenversicherung in Zahlen 2023. [Link](#) // Stand: 24.1.2024

⁷⁶ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2022): IAB-Kurzbericht. Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. 8/2022. [Link](#) // Stand: 24.1.2024

Abb. 4-19: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen und Männer ab 65 Jahren, jeweils im Juni, Hannover



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Abgerufen unter: Landesamt für Statistik Niedersachsen: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort in LHH

mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigte Männer im Alter von 65 Jahren und älter als Frauen

Selbstständig arbeitende Rentner*innen bleiben hier unberücksichtigt. In dieser Gruppe ist eine verlängerte Erwerbsphase teils weit in den Ruhestand verbreitet. Außerdem unberücksichtigt bleibt die Gruppe der Rentner*innen in geringfügig entlohnter Beschäftigung (Minijob), da hierzu keine Daten **für Hannover** vorliegen. Bundesweit liegt der Anteil an Rentner*innen mit einem Minijob deutlich über dem Anteil an Personen ab 65 Jahren mit einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Im Jahr 2023 waren bundesweit lediglich 22,4 Prozent der erwerbstätigen Rentner*innen (über 67 Jahren) in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung tätig. Die überwiegende Mehrheit (77,6 Prozent) der Erwerbstätigen in diesem Alter waren geringfügig beschäftigt.⁷⁷

viele Rentner*innen haben einen Minijob

Fazit

Erwerbsarbeit ermöglicht Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Ein Beispiel dafür sind Rentner*innen, die überwiegend aus nicht monetären Gründen einer entlohnten Beschäftigung nachgehen. Erwerbsarbeit kann jedoch auch Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verhindern, wenn mehrere Jobs zur Existenzsicherung nötig sind und keine Freizeit mehr bleibt. Insbesondere eine dauerhafte Beschäftigung in Teilzeit oder Minijob birgt ein erhöhtes Armutsrisiko: Dies trifft besonders häufig auf Frauen und Beschäftigte mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit zu. Erwerbsarbeit schützt auch dann nicht vor Armut, wenn ergänzend Sozialleistungen bezogen werden müssen („working poor“).



⁷⁷ Tagesschau (2023): Zahlen des Bundesarbeitsministeriums. Immer mehr Menschen arbeiten im Rentenalter. [Link](#) // 24.1.2024

4.3 Kommunale Handlungsspielräume

Deutlich wurde, dass nicht allen Erwerbsfähigen eine Teilhabe am Arbeitsmarkt gelingt oder ermöglicht wird. Gleichzeitig haben nahezu alle Arbeitgeber*innen Probleme, freie Stellen zu besetzen. Dazu sind auch komplizierte Gesetzeslagen ein Problem für Arbeitgeber*innen, beispielsweise bei der Einstellung von Menschen mit einem Fluchthintergrund (Kapitel 4.1.5): der hohe bürokratische Aufwand ist laut einer repräsentativen Umfrage für zwei Drittel der Betriebe ein Grund zur Nicht-Einstellung.⁷⁸

Angesichts der strukturellen Auswirkungen einer alternden Gesellschaft für den Arbeitsmarkt sind **kommunale Handlungsspielräume** begrenzt, aber vorhanden.

Folgende (gesetzliche) Rahmenbedingungen sind kommunal nicht beeinflussbar:

- monetäre Rahmenbedingungen zur Ermöglichung geschlechtergerechter Care-Arbeit (zum Beispiel Kindergrundsicherung, Elterngeld, Pflegegeld),
- die (Nicht-) Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, Führerscheine, Berufserfahrung,
- die Hürden beim Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete (siehe Kap. 4.1.5) oder rund um Fachkräfteeinwanderung, Visafragen oder Einbürgerungsvoraussetzungen.

Beispielhafte, kommunale Handlungsspielräume:

Bildungszugänge und Bildungsteilhabe: Allen Kindern, auch und gerade aus Einwanderungsfamilien, muss sich die Chance bieten, gleichermaßen am Kita-, Schul- und (Aus-)Bildungssystem teilzuhaben, um später regulär in den Arbeitsmarkt einsteigen zu können (Kapitel 8). Kinder und Jugendliche aus Einwanderungsfamilien sind ein enormes Potenzial in einer stark alternden Stadt.⁷⁹

Berufsorientierung junger Menschen, Übergang Schule / Beruf: Maßnahmen und Angebote wie die Jugendberufsagentur ([Link](#)) oder die Lange Nacht der Berufe ([Link](#)) sowie Ausbildungsprojekte können maßgeblich zum Berufseinstieg beitragen.

Vereinbarkeit von Care-Arbeit und Beruf: Zentrale kommunale Hebel sind neben der Flexibilisierung von Arbeits-, Bildungs- und Betreuungszeiten auch Maßnahmen rund um die (digitale) Erreichbarkeit und Service(zeiten) der kommunalen Daseinsvorsorge. Auch eine intelligente Mobilitäts-, Quartiers- und Kitaplanung kann Vereinbarkeit erleichtern.⁸⁰ „Flux“ ist ein hannoversches Beispiel für eine Notfallbetreuung für Kinder und unterstützungsbedürftige Angehörige, die es potentiell rund 86.500 Beschäftigten aus 49 Betrieben (Stand 02/2024) ermöglicht, Beruf und Care-Arbeit zu vereinbaren.⁸¹

Weniger Langzeitarbeitslosigkeit: „BIWAQ“ steht beispielhaft für ein Instrument zur nachhaltigen Integration Langzeitarbeitsloser. Die Abkürzung **BIWAQ** steht für Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier und ist ein durch Bundes- und ESF-Mittel gefördertes Programm, das die Landeshauptstadt Hannover gemeinsam mit weiteren Trägern seit 2015 in einigen Stadtteilen mit Quartieren

kommunale Handlungsspielräume beim Arbeitsmarkt sind begrenzt aber vorhanden

viele Rahmenbedingungen beim Thema Arbeitsmarkt & Teilhabe werden auf Bundesebene entschieden

kommunale Handlungsspielräume:

Bildungszugänge

Berufsorientierung junger Menschen

Vereinbarkeit von Care-Arbeit & Beruf

Maßnahme(n) gegen Langzeitarbeitslosigkeit (BIWAQ)

⁷⁸ Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2019): Von individuellen und institutionellen Hürden. Der lange Weg zur Arbeitsmarktintegration Geflüchteter. [Link](#) // Stand: 30.1.2024

⁷⁹ Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2019): Von individuellen und institutionellen Hürden. Der lange Weg zur Arbeitsmarktintegration Geflüchteter. [Link](#) // Stand: 30.1.2024

⁸⁰ Landeshauptstadt Hannover (2020): Bericht und Handlungsempfehlungen Allein- und Getrennterziehende. [SIM-DS 0058-2020](#) // Stand: 27.2.2024

⁸¹ Landeshauptstadt Hannover (2018): Notfallbetreuung Flux. [SIM-DS 2966-2018](#) // Stand: 27.2.2024

mit besonderem sozialen Entwicklungsbedarf einsetzt. Die positiven Erfahrungen aus den bisherigen BIWAQ-Projekten haben unter anderem dazu geführt, dass die Jobcenter auch dezentral Sprechzeiten in Stadtteilen anbieten, da sie ihre Zielgruppe im direkten Lebensumfeld besser erreichen.⁸²

Mehr Inklusion auf dem Arbeitsmarkt: Die jährliche Verleihung des Inklusionspreises der Wirtschaft zur Unterstützung von Initiativen hannoverscher Betriebe zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung ist ein beispielhafter Ansatz, der mehr Inklusion auf dem Arbeitsmarkt befördert. Jede Maßnahme, die es Menschen mit Behinderung ermöglicht, barrierefrei den*die Arbeitgeber*in und dort den eigenen Arbeitsplatz zu erreichen, ist ein Beitrag auf dem Weg zur „inkluisiven Stadt“.⁸³

Verbesserung der Willkommenskultur: Hannovers Arbeitsmarkt konkurriert nicht nur regional, sondern auch bundesweit und international im Wettbewerb um Fachkräfte. Beispielhafte Maßnahmen sind der „Wir 2.0-Prozess“ oder die Ansätze der Wirtschaftsförderung zur (internationalen) Fachkräftegewinnung.⁸⁴

Weiterentwicklung Hannovers als internationaler Wissenschaftsstandort: Die Landeshauptstadt Hannover kooperiert mit der **Agentur für Arbeit**, zum Beispiel in Form von Informationstagen, um internationale Studierende für den beruflichen Start in Hannover zu gewinnen.⁸⁵ Auch die „Initiative Wissenschaft Hannover“ engagiert sich in Zusammenarbeit mit Hochschulen, Wissenschaft, Studierendenwerk und Stadtverwaltung für einen internationalen Wissenschaftsstandort Hannover.⁸⁶ Ein Beispiel sind englischsprachige Videoformate, in denen Tipps zur Finanzierung des Studiums und Jobmöglichkeiten während des Studiums in Deutschland erklärt werden.⁸⁷

mehr Inklusion auf dem Arbeitsmarkt

Verbesserung der
Willkommenskultur

Weiterentwicklung Hannover als internationaler Wissenschaftsstandort



⁸² Landeshauptstadt Hannover (2022): Sachstandsbericht und Perspektive zum ESF-Bundesprogramm Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ. [SIM-DS 1217/2022](#) // Stand: 27.2.2024

⁸³ Landeshauptstadt Hannover (2023): "Auf dem Weg zur inklusiven Stadt" - Bericht der Verwaltung zum inklusiven Prozess in Hannover. [SIM-DS 1862/2023](#) // Stand: 27.2.2024

⁸⁴ Nähere Informationen hier: [Link](#) // Stand: 27.2.2024

⁸⁵ Nähere Informationen hier: [Link](#) // Stand: 22.2.2024

⁸⁶ Nähere Informationen hier: [Link](#) // Stand: 26.2.2024

⁸⁷ Nähere Informationen hier: [Link](#) // Stand: 28.2.2024

5. Armut & Teilhabe

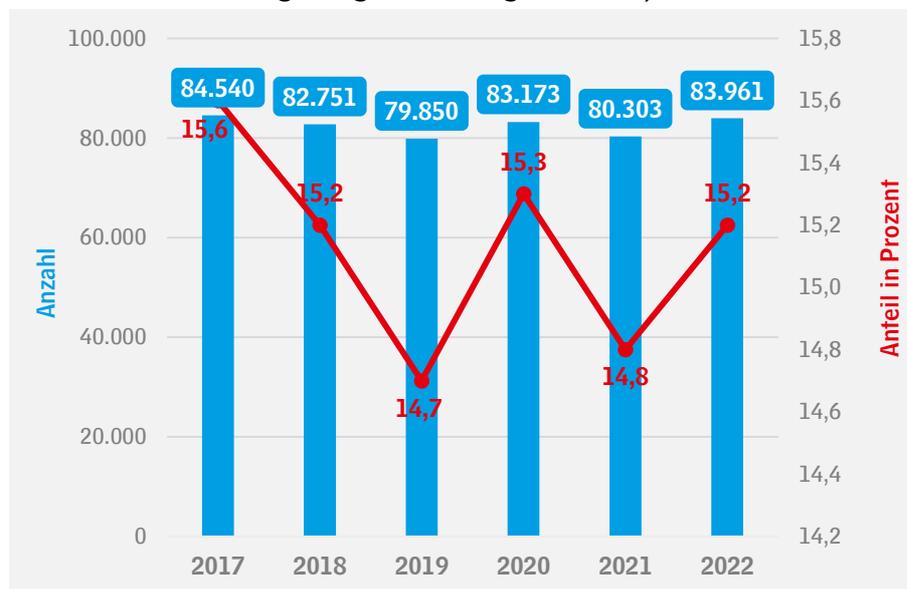
5.1 Eckdaten hannoverscher Armutsstruktur und Entwicklung

Die Landeshauptstadt Hannover veröffentlicht seit zwei Jahrzehnten mit dem Sozialbericht Armutsquoten und seit 2020 einmal **jährlich das hannoversche Armutsmonitoring**, zuletzt Ende 2023.⁸⁸ Die dort gemessene Armutsquote basiert auf der Transferleistungsquote. An dieser Stelle werden die wichtigsten Eckdaten zur Situation und Entwicklung für die Stadt Hannover insgesamt und für die Stadtteile skizziert. Für weitergehende Informationen zu Definitionen, Methodik und der Armutssituation von Kindern, Jugendlichen, Familien, darunter Allein- und Getrennterziehenden oder Senior*innen, wird auf das Armutsmonitoring verwiesen.

Die wichtigsten Kernaussagen mit Stichtag Ende 2022: Etwa jede*r siebte Einwohner*in Hannovers bezieht Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (15,2 Prozent), etwa jede*r Fünfte ist armutsgefährdet (21,0 Prozent).

Die stark vom Zuzug Kriegsgeflüchteter aus der Ukraine beeinflusste Entwicklung führte zu einem deutlichen Anstieg der Transferleistungsbeziehenden von 2021 auf 2022. Dieser umfasst ein Plus von 3.658 Personen oder 0,4 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr. Ähnlich stark war der pandemisch bedingte Anstieg zwei Jahre zuvor, von 2019 auf 2020. Verglichen mit Ende 2017 ist die Transferleistungsquote um 0,4 Prozentpunkte (- 579 absolut) gesunken (Abb. 5-1).

Abb. 5-1: Transferleistungsbezug* Entwicklung 2017-2022, Hannover



* Leistungsbeziehende nach dem SGB II, SGB XII und AsylbLG

Quellen: Statistiken der Agentur für Arbeit und Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

Überdurchschnittlich hoch ist die Armutsquote unter **Kindern und Jugendlichen** (26,6 Prozent), **Allein- und Getrennterziehenden** (45,2 Prozent) sowie unter **Familien** im Allgemeinen (23,5 Prozent), insbesondere kinderreichen Familien mit drei Kindern (36 Prozent) oder vier und mehr Kindern (54 Prozent).

jährliches Armutsmonitoring der Landeshauptstadt Hannover

jede*r Siebte bezieht Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts

Pandemie und kriegsbedingte Flucht aus der Ukraine beeinflussen Armutsquoten

überdurchschnittlich häufig armutsbetroffen: Kinder ...

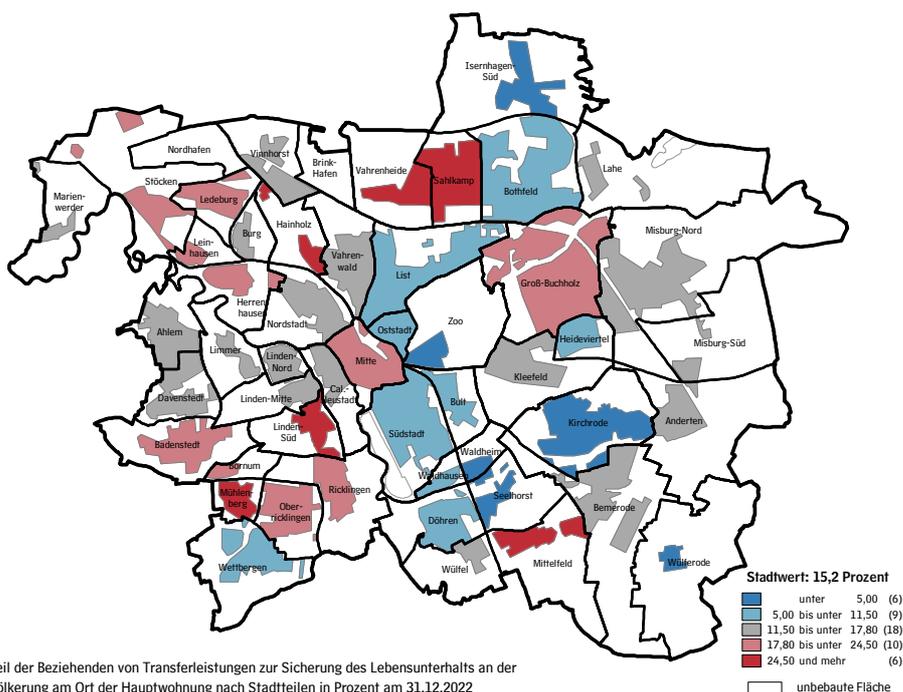
⁸⁸ Landeshauptstadt Hannover (2023): Armutsmonitoring der Landeshauptstadt Hannover 2023, [SIM-DS 2303/2023](#) // Stand: 8.12.2023

Die Karte „Transferleistungsquoten“ veranschaulicht die Streuung der Armutsquoten auf Stadtteilenebene, bezogen auf die hannoversche Bevölkerung insgesamt. Dunkelblau gefärbte Stadtteile wie Kirchrode, Zoo oder Waldheim haben die niedrigsten Armutsquoten von unter 5 Prozent. Dunkelrot gefärbte Stadtteile wie Mittelfeld, Linden-Süd, Mühlberg oder Sahlkamp weisen die höchsten Armutsquoten (24,5 Prozent und mehr) auf. Die Streuung der Armutsquoten - und damit das Kartenbild - bleibt über die Jahre sehr ähnlich. Soziale Strukturen in Stadtteilen verändern sich nur langsam und sind beeinflusst von Miet- und Eigentümer*innenstrukturen, Ein- und Mehrfamilienhausverteilung, stadtteilspezifischen Angebotsmieten sowie Standorten zur Unterbringung Geflüchteter, siehe Karte „Transferleistungsquoten“.

... und Allein- und Getrennterziehende, kinderreiche Familien



Karte: Transferleistungsquoten



große Armutsungleichheit in Hannovers Stadtteilen

Anteil der Beziehenden von Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung nach Stadtteilen in Prozent am 31.12.2022
Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik, Statistiken der Bundesagentur für Arbeit

5.2 Ausgewählte Armutsrisiken

Im Folgenden werden ausgewählte Armutsrisiken beleuchtet. Neben Kinder- und Familienarmut (siehe Kapitel 5.2.1.) sowie Altersarmut (siehe Kapitel 5.2.2.) sind dies Risiken, die nicht im Fokus des jährlichen Armutsmonitorings stehen, wie zum Beispiel: „Eine (Schwer-)Behinderung haben“, „pflegebedürftig werden“ oder „Nahestehende pflegen“ (siehe Kapitel 5.2.3. bis 5.2.5). Diese Lebenslagen sind in ihrer Einstufung als Armutsrisiko unbestritten, auch wenn hierzu nicht immer exakte Quotenaussagen getroffen oder Stadtteilunterschiede dargestellt werden können.

ab Kapitel 5.2.3: Armutsrisiken, die nicht im Fokus des jährlichen Armutsmonitorings sind

5.2.1 Alleinerziehend sein, Kind sein, heranwachsend sein, viele Geschwister haben

Armutsrisiko „Kind sein“: In Hannover leben 23.118 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in einer Familie, die von Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts lebt. Das ist mehr als jedes vierte Kind (27 Prozent). Kinder sind arm, weil elterliche (Erwerbs-)Einkommen nicht auskömmlich sind (siehe Kapitel 5.2.2). Armut betrifft fast jede vierte Familie in Hannover, insgesamt 11.983 Familien. In der Folge sind unter 18-Jährige die Altersgruppe, die am häufigsten von Armut betroffen ist. Armut hat nicht nur Auswirkungen auf Kindheit und Jugend, sondern auch auf das

27% der unter 18-Jährigen in Familien mit Transferleistungsbezug

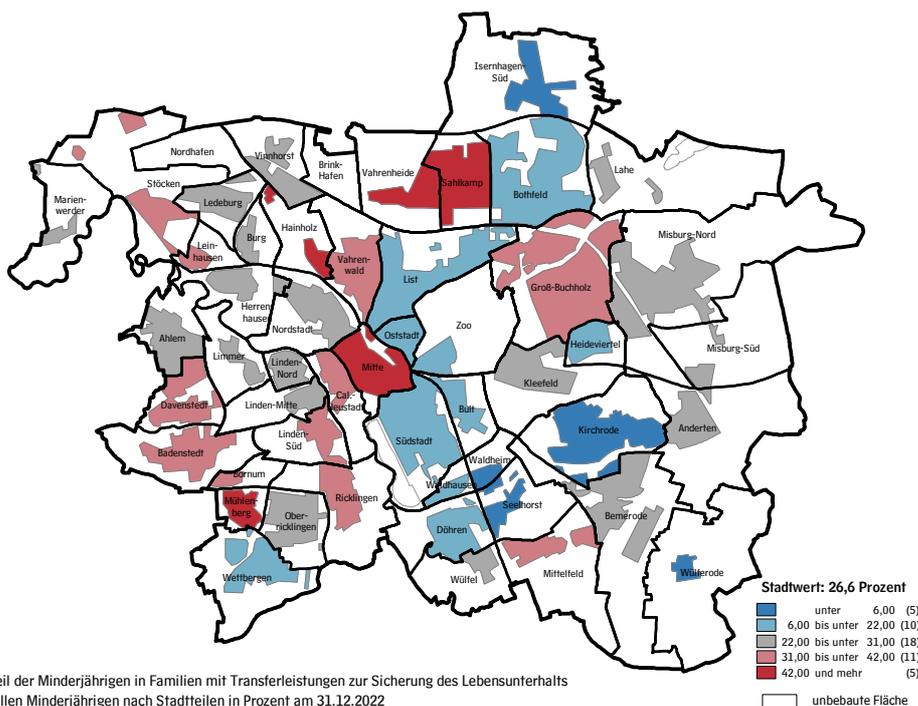
24% aller Familien in Hannover sind armutsbetroffen

spätere Leben als Erwachsene. Finanzielle Engpässe, Mangel und Verzicht bestimmen Handlungsspielräume sehr deutlich und wirken lange nach.

Die Spanne armutsbetroffener Kinder und Jugendlicher in den Stadtteilen ist erheblich. Während in Mühlenterrassen rund 62 Prozent und damit die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen in einer einkommensarmen Familie lebt, ist es in Waldheim mit rund 2 Prozent eine Minderheit (Karte „Kinderarmut“).



Karte: Kinderarmut



Spanne der Kinderarmut in Hannovers Stadtteilen:
von unter 6 % bis 42 % und höher

Anteil der Minderjährigen in Familien mit Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts an allen Minderjährigen nach Stadtteilen in Prozent am 31.12.2022
Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik, Statistiken der Bundesagentur für Arbeit

Armutsrisiko „viele Geschwister haben“: Während Familien mit einem Kind (18 Prozent) oder zwei Kindern (21 Prozent) deutlich seltener SGB-II-Leistungen beziehen als im Durchschnitt (rund 24 Prozent), steigt das Risiko ab dem dritten Kind erheblich (36 Prozent) und betrifft ab dem vierten Kind mehr als die Hälfte aller Familien (54 Prozent).

36 % der Familien mit drei Kindern sind armutsbetroffen

Armutsrisiko „allein- und getrennterziehend“ sein: Besonders oft armutsbetroffen sind Eineltern-Familien sowie Kinder und Jugendliche, die in Eineltern-Familien aufwachsen. Für die finanzielle Situation der Eineltern-Familien ist es dabei meist irrelevant, ob diese allein- oder getrennterziehend sind. Während die Armutsquote bei Paarfamilien Ende 2022 bei 14 Prozent liegt, liegt sie bei Allein- und Getrennterziehenden nahezu dreimal so hoch bei 45 Prozent.

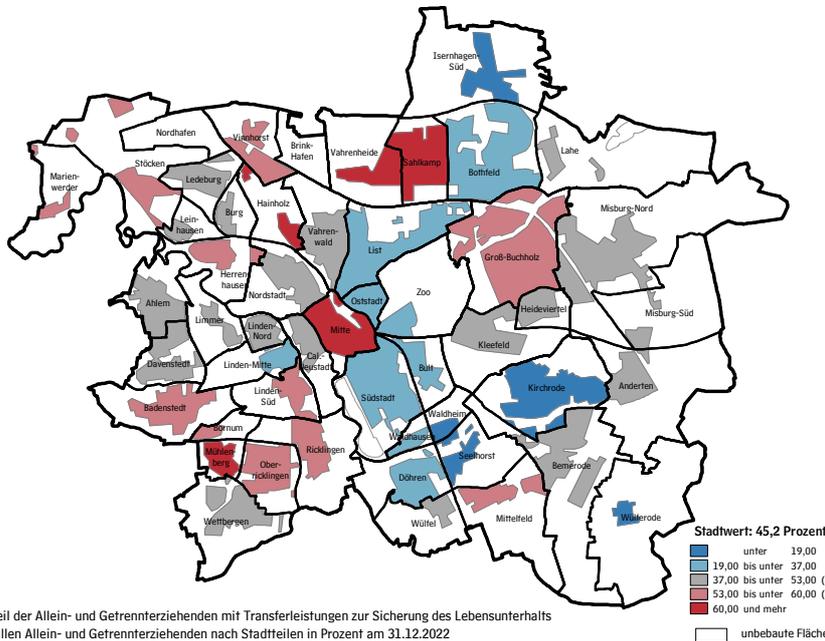
45 % aller Allein- und Getrennterziehenden beziehen Transferleistungen

Alleinerziehende sind meist Frauen: In rund 90 Prozent aller hannoverschen Eineltern-Familien leben die Kinder bei der Mutter (Hauptwohnsitz). Mit einer Armutsquote von unter 19 Prozent sind **Allein- und Getrennterziehende** in den Stadtteilen Isernhagen-Süd, Kirchrode, Wülferode, Seelhorst und Waldheim deutlich seltener von Armut betroffen, als im gesamtstädtischen Durchschnitt (45,2 Prozent). In sechzehn Stadtteilen liegt die Armutsquote bei 53 Prozent und höher, darunter

90 % der Alleinerziehenden sind Frauen

in fünf Stadtteilen über 60 Prozent (Sahlkamp, Mühlenberg, Vahrenheide, Hainholz und erstmals auch im Stadtteil Mitte) (Karte "Allein- und Getrennterziehende in Armut").

Karte: Allein- und Getrennterziehende in Armut



Anteil der Allein- und Getrennterziehenden mit Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts an allen Allein- und Getrennterziehenden nach Stadtteilen in Prozent am 31.12.2022
 Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik, Statistiken der Bundesagentur für Arbeit



Spanne der Armutsbetroffenheit bei Allein- und Getrennterziehenden: von unter 19 % bis 60 % und höher

Armutsrisiko junger Erwachsener: 12 Prozent aller 18- bis 26-Jährigen in Hannover, rund 8.300 junge Erwachsene insgesamt, beziehen Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Das ist geringer, als es die hohe Kinderarmutsquote von rund 27 Prozent vermuten lässt. Als Ausbildungs-, Hochschul- und Wissenschaftsstandort ist die Altersgruppe der 18- bis 26-Jährigen mit über 68.000 Menschen stark besetzt. Das mag zur Verwässerung der Armutsquote beitragen, auch weil Auszubildende und Studierende bis auf wenige Ausnahmen keinen Anspruch auf Bürgergeld haben. Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) oder Wohngeld fließen nicht in die Transferleistungsquote ein.

12% der 18- bis 26-Jährigen beziehen Transferleistungen

Strukturelle⁸⁹ Armut unter Familien: Alleinerziehend zu sein, Kind zu sein oder viele Geschwister zu haben zählt seit Jahrzehnten zu den bedeutendsten Armutsrisiken in Deutschland. Auch seit dem Beginn der Beobachtung der hannoverschen Armutsentwicklung (2005)⁹⁰, sind Allein- und Getrennterziehende der mit Abstand am stärksten betroffene Haushaltstyp und Kinder und Jugendliche die am häufigsten armutsbetroffene Altersgruppe. Diese Strukturunterschiede sind in ganz Deutschland ähnlich, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau und bestehen seit Jahrzehnten. Sie verdeutlichen deren strukturelle Dimension.

Armut: kein lokales, sondern strukturelles Problem

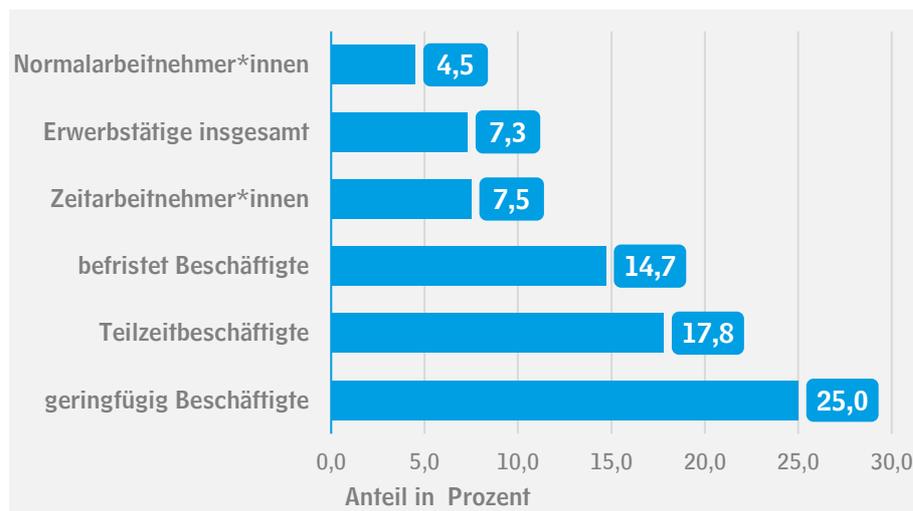
⁸⁹ Bertelsmann Stiftung (2023): Kinder- und Jugendarmut in Deutschland. [Link](#) // Stand 11.10.2023
⁹⁰ Landeshauptstadt Hannover (2008): Sozialbericht 2008. [SIM DS 15-1593/2008](#) //Stand: 28.2.2024

5.2.2 Atypisch beschäftigt sein, arbeitslos werden, Rente beziehen

Armutsrisiko atypisch beschäftigt sein: Im Unterschied zum unbefristeten Vollzeit-Normalarbeitsverhältnis gelten Teilzeittätigkeit, geringfügige Beschäftigung, befristete Arbeitsverhältnisse und Zeitarbeit als „atypische Beschäftigung“. Die handlungsorientierte Sozialberichterstattung des Landes Niedersachsen weist folgende Armutsgefährdungsquoten atypisch Beschäftigter aus – hier im Vergleich mit Erwerbstätigen insgesamt (Land Niedersachsen insgesamt) (Abb. 5-2).

atypisch Beschäftigte haben ein höheres Armutsrisiko, vor allem geringfügig Beschäftigte

Abb. 5-2: Armutsgefährdung atypisch Beschäftigter 2022, Land Niedersachsen



Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen, Mikrozensus. [Link](#) // Stand: 22.2.2024

Armutsrisiko:
(dauerhafte) Teilzeittätigkeit

Das Armutsrisiko von Familien ist auch deshalb höher, weil ein Leben mit Kind(ern), insbesondere für Mütter, häufiger mit einer Teilzeiterwerbstätig oder geringfügigen Beschäftigung einhergeht. Zugleich fallen deutlich höhere Ausgaben als bei kinderlosen Erwachsene an. Elterliche Erwerbseinkommen sind demnach potentiell seltener auskömmlich (siehe Kapitel 4).

Armutsrisiko Arbeitslosigkeit: Wer arbeitslos wird, kann zunächst Arbeitslosengeld I beziehen. Das Arbeitslosengeld kann je nach vorherigem Einkommen so gering ausfallen, dass ergänzend Bürgergeldbezug notwendig wird. Spätestens wenn die Phase des Arbeitslosengelds ausläuft, sind die Jobcenter zuständig. Etwas mehr als 20.000 der über 26.000 Arbeitslosen in Hannover, rund 80 Prozent (Stand 31.12.2022), fallen in die Zuständigkeit der Jobcenter, darunter sind Männer mit einem Anteil von 55 Prozent gegenüber Frauen leicht in der Überzahl. Insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit ist eine der Hauptursachen dafür, weshalb Menschen im erwerbsfähigen Alter auf Bürgergeld angewiesen sind. Näheres zur Arbeitslosigkeit siehe Kapitel 4.

Langzeitarbeitslosigkeit:
Hauptursache für Armut bei Erwerbsfähigen

Armutsrisiko Rentenbezug: Mit dem Eintritt in die Altersrente beginnt für zunehmend mehr Menschen der Eintritt in die Altersarmut. Ende 2022 bezogen 9.410 Hannoveraner*innen im Alter von 65 Jahren und älter Grundsicherungsleistungen im Alter und bei Erwerbsminderung. Fünf Jahre zuvor waren es rund 1.600 Personen weniger (7.816 im Jahr 2017). 2022 waren 56 Prozent weiblichen Geschlechts. Hinzu kommen 4.062 unter 65-Jährige, die Grundsicherungsleistungen bei Erwerbsminderung beziehen. In dieser Altersgruppe sind die Männer mit einem Anteil von 55 Prozent leicht in der Überzahl.

Armutsrisiko: dauerhafte Erwerbsminderung und Eintritt in die Altersrente

Betrachtet man zusätzlich die Beziehenden von Leistungen nach dem SGB II, SGB XII (HLU) und AsylbLG in der zusammenfassenden Transferleistungsquote, ergibt sich für Ende 2022 eine Altersarmutsquote von 11,0 Prozent, hier: bezogen auf 60-Jährige und Ältere. Betroffen sind rund 15.200 Senior*innen, Tendenz steigend. Zum Vergleich: Ende 2017 lag die Altersarmut bei 9,8 Prozent, betroffen waren rund 2.350 Personen weniger. Wesentlicher Treiber für steigende Altersarmut ist der Anstieg bei der Grundsicherung im Alter. Von einer erheblichen **Dunkelziffer** muss ausgegangen werden.⁹¹

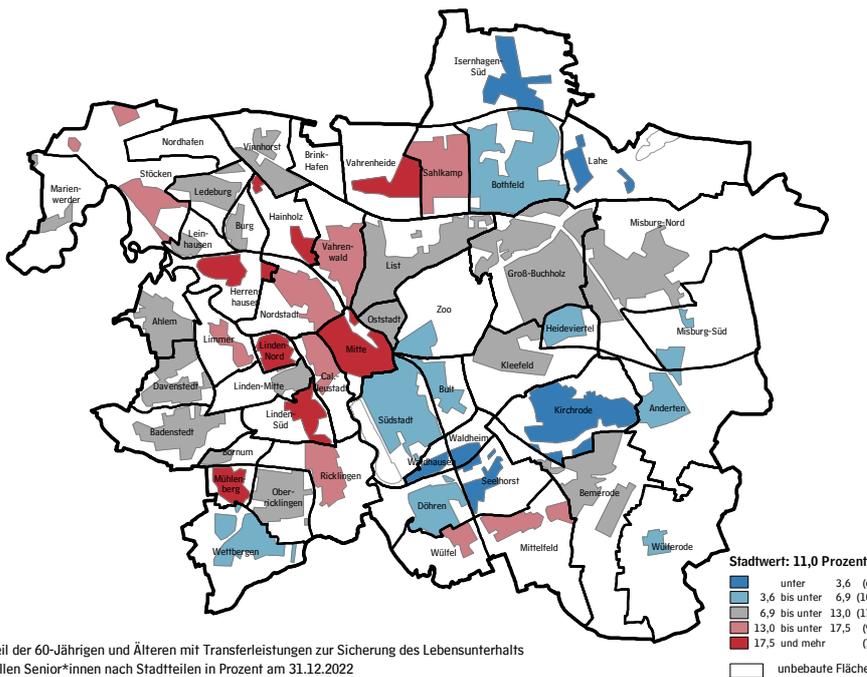
Altersarmut betrifft 11 % der 60-Jährigen und Älteren

Achtung: Dunkelziffer bei Altersarmut

Altersarmut ist in den Stadtteilen ähnlich ungleich verteilt wie bei Kinder- oder Familienarmut, wenngleich die Altersarmutsquote deutlich geringer ist als bei Kindern und Jugendlichen (26,6 Prozent). Im Jahr 2022 liegen die Stadtteile Kirchrode, Seelhorst, Isernhagen-Süd, Lahe, Waldhausen und Waldheim unter 3,6 Prozent und damit deutlich unter dem Stadtwert (11,0 Prozent). Über dem gesamtstädtischen Wert liegen insgesamt 22 Stadtteile, darunter sieben mit über 17,5 Prozent und zwar: Vahrenheide (29,4 Prozent), Hainholz (26,0 Prozent), Linden-Süd (23,8 Prozent), Mühlenberg (23,0 Prozent), Mitte (20,3 Prozent), Herrenhausen (19,9 Prozent) und Linden-Nord (19,1 Prozent) (Karte „Altersarmut“).



Karte: Altersarmut



Anteil der 60-Jährigen und Älteren mit Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts an allen Senior*innen nach Stadtteilen in Prozent am 31.12.2022
Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik, Statistiken der Bundesagentur für Arbeit

Spanne der Transferleistungsquote 60+ in Hannovers Stadtteilen: von unter 3,6 % bis 17,5 % und mehr

Die **Altersarmut steigt seit Jahren** sukzessive an. Sie liegt Ende 2022 bei 11,0 Prozent und stieg zuletzt um 0,6 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr. Die Anzahl der von Altersarmut Betroffenen wird absehbar weiter steigen. Dies ist nicht allein, aber auch eine Folge demografischer Alterung (siehe Kapitel 2)

Altersarmut steigt jedes Jahr

⁹¹ Siehe hierzu jährliches Armutsmonitoring der Landeshauptstadt Hannover. Zuletzt: Landeshauptstadt Hannover (2023): Armutsmonitoring der Landeshauptstadt Hannover 2023, S. 22 ff. [SIM-DS 2303/2023](#) // Stand: 8.12.2023

5.2.3 Eine (Schwer-)Behinderung haben

In der Landeshauptstadt Hannover leben rund 46.000 Menschen mit einer Schwerbehinderung (GdB von 50 und mehr) (siehe Kapitel 2). Von diesen sind rund 19.600 (43,0 Prozent) im erwerbsfähigen Alter. Eine Auswertung des Mikrozensus⁹² zeigt, dass es für behinderte Menschen in Niedersachsen in vielen unterschiedlichen Lebenslagendimensionen keine Chancengleichheit gibt:

46.000 Menschen mit Schwerbehinderung in Hannover

Menschen mit Behinderung (hier: inklusive solche mit einem GdB von unter 50) haben seltener (rund 15 Prozent) die (Fach-)Hochschulreife als Menschen ohne Behinderung (ca. 26 Prozent) und häufiger keinen Schulabschluss (etwa 6 Prozent gegenüber 3 Prozent)

Auch die berufliche Ausbildung von Menschen mit Behinderung ist niedriger als von Menschen ohne Behinderung, durchgängig in allen Altersgruppen. Je höher der Grad der Behinderung, desto höher ist der Anteil mit „niedrigeren“ Abschlüssen.

Ungleichheit in allen Lebenslagen

Diese Ungleichheit setzt sich im Erwerbsalter fort: Menschen mit Behinderung in Niedersachsen sind seltener erwerbstätig (rund 54 Prozent) als Gleichaltrige ohne Behinderung (rund 78 Prozent).

Daraus resultiert: Menschen mit Behinderung (25 bis 65 Jahre) bestreiten deutlich seltener den überwiegenden Lebensunterhalt durch die eigene Erwerbstätigkeit (rund 44 Prozent), als Gleichaltrige ohne Behinderung (rund 77 Prozent). Dafür deutlich häufiger durch Renten oder Pensionen (rund 34 Prozent) oder Arbeitslosengeld I, II oder Sozialhilfe (rund 12 Prozent).

Fazit: Auch eineinhalb Jahrzehnte, nachdem Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention (2009) unterzeichnete, ist Chancengleichheit nicht erreicht. Rechtliche, sprachlich-administrative und sozioökonomische Barrieren können nach wie vor Zugänge erschweren oder verhindern. Nicht zuletzt sind es auch die **Barrieren baulicher Art, die Zugänge verhindern**, auch Zugänge zum Arbeitsmarkt. Beispielsweise sprechen sich Expert*innen dafür aus, dass bei Neubauten unter anderem von öffentlich zugänglichen Gebäuden oder Sonderbauten mehr Nachweise und Kontrollen zur Barrierefreiheit erbracht werden sollen.⁹³

Chancengleichheit nicht erreicht: rechtliche, sprachlich-administrative und sozioökonomische Barrieren

Die Landeshauptstadt Hannover hat sich auf den Weg gemacht und mit den Inklusionsberichten - zuletzt 2023 - den kontinuierlichen Prozess auf dem Weg zur inklusiven Stadt für alle beschrieben. Alle dort aufgeführten Maßnahmen streben die gelingende Teilhabe aller an und zielen auf **diversitätsbewusste Zugänge**. Die Handlungsfelder gehen weit über Bildung, Arbeit und Qualifizierung hinaus und umfassen zum Beispiel auch Verkehr und Wohnen.⁹⁴



⁹² Lehmann, Arne (2020): Lebenslagen von Menschen mit Behinderung in Niedersachsen. In: Statistisches Monatsheft, 10/2020, S. 512 ff. Landesamt für Statistik Niedersachsen, Statistisches Monatsheft // Stand: 11.10.2023

⁹³ bfb barrierefrei bauen (2023): Barrierefrei-Nachweis im Bauantrag? Deutliches Votum für mehr Kontrolle. [Link](#) // Stand: 15.11.2023

⁹⁴ Landeshauptstadt Hannover (2023): "Auf dem Weg zur inklusiven Stadt" - Bericht der Verwaltung zum inklusiven Prozess in Hannover. [SIM – DS 1862/2023](#) // Stand: 11.10.2023

5.2.4 Pflegebedürftig werden

Die Pflegeversicherung, konzipiert als **Teilkaskoversicherung**, deckt nur einen Teil der Pflegekosten ab. Das gilt insbesondere für die stationäre Pflege, die in Hannover von rund 20 Prozent⁹⁵ der stadtwweit rund 30.000 Pflegebedürftigen in Anspruch genommen wird. Zum Vergleich: 2007 war die Anzahl der Pflegebedürftigen im Stadtgebiet⁹⁶ rund halb so hoch und der „Heimanteil“ war mit rund 38 Prozent fast doppelt so hoch. Folgende Faktoren verstärken den Trend zu mehr häuslicher Pflege:

- immense Kosten bei Heimunterbringung,
- Berichte über Pflegenotstände in Pflegeheimen,
- seit 2020: Sorge vor Ansteckung infolge der Corona-Pandemie,
- neuerdings auch Sorge vor möglichen Heim-Insolvenzen,
- die meisten Menschen möchten ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden, solange wie möglich.

Daher fällt die Entscheidung für ein Pflegeheim oft spät und erst dann, wenn das formale ambulante Pflegenetz nicht ausreichend, das informelle Pflegenetz nicht (mehr) verfügbar oder der Wohnraum nicht barrierefrei (umgestaltbar) ist oder die Wohnung in höheren Etagen gar nicht mehr zugänglich ist (siehe Kapitel 6). Spätestens dann beginnt für mehr und mehr Menschen die Sorge, dass wegen Umzug in ein Pflegeheim der hohe Eigenanteil nicht leistbar ist. Für die Kosten der Unterkunft, Verpflegung und Investitionskosten im Heim müssen die Bewohner*innen selbst aufkommen. Die Pflege- und Betreuungskosten variieren je nach Bundesland und Aufenthaltsdauer. Der durchschnittlich aufzubringende Eigenanteil in Niedersachsen lag im ersten Jahr des Aufenthalts am 1.1.2024 bei 2.273 Euro im Monat.⁹⁷ Dieser Eigenanteil übersteigt rechnerisch die gesetzliche Durchschnittsrente niedersächsischer Rentner um 550 Euro und die niedersächsischer Rentnerinnen um 1.006 Euro.⁹⁸ Spätestens, wenn die eigenen Reserven – so vorhanden – verbraucht sind, springt das Sozialamt ein, beziehungsweise in der Landeshauptstadt Hannover der Fachbereich Senioren, denn: Hilfe zur Pflege ist ein Rechtsanspruch.

Abb. 5-3 zeigt die Anzahl der Personen, die zum jeweiligen Stichtag in einer Pflegeeinrichtung leben und zuvor in einer Häuslichkeit im Stadtgebiet Hannover lebten. Im Zuständigkeitsbereich der Stadt Hannover sind **rund 2.740 Menschen auf Hilfe zur Pflege** in Einrichtungen angewiesen (Stand September 2023), Tendenz und Antragszahlen⁹⁹ steigend (Abb. 5-3).

steigende Pflegequote, sinkende Heimquote

Trend: So lange wie möglich in häuslicher Umgebung

Leben im Pflegeheim: Ø Eigenanteil am 1.1.2024 rund 2.300 Euro

Hilfe zur Pflege: Ein Rechtsanspruch

⁹⁵ Landesamt für Statistik Niedersachsen: Pflegestatistik 2021

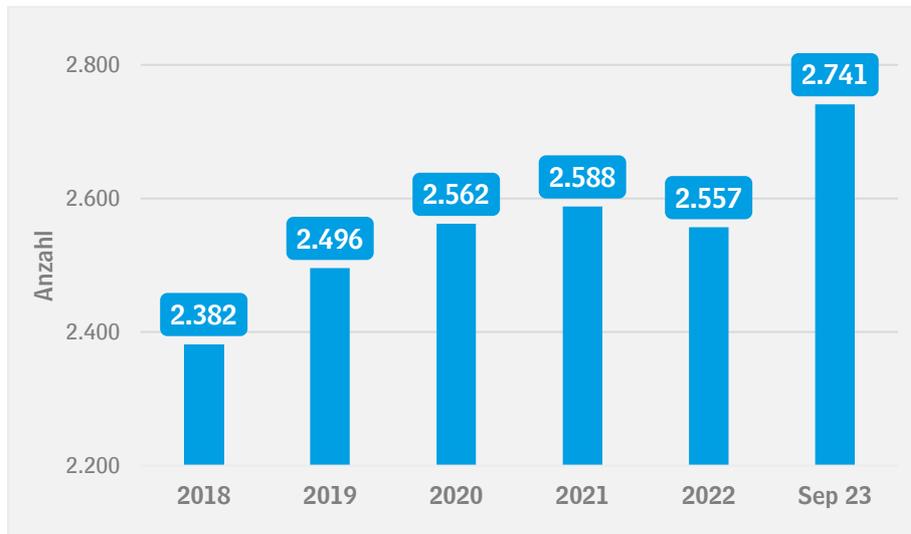
⁹⁶ 2007 gab es stadtwweit rund 14.300 Pflegebedürftige, basierend auf einem damals noch anderen Pflegebedürftigkeitsbegriff. Von diesen lebten rund 5.500 in stationären Einrichtungen, das sind 600 weniger als Ende 2021 (Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen: Pflegestatistik).

⁹⁷ NDR (2024): Kosten für Platz in Pflegeheim in Niedersachsen steigen, Beitrag vom 11.01.2024. [Link](#) // Stand: 12.1.2024

⁹⁸ Deutsche Rentenversicherung (2023): Rentenatlas 2023. [Link](#) // Stand: 11.10.2023

⁹⁹ Landeshauptstadt Hannover (2023): Erhebliche Steigerung der Antragszahlen in der Hilfe zur Pflege und anderen wirtschaftlichen Hilfen in Einrichtungen. [SIM DS 1542/2023](#) // Stand: 11.10.2023

Abb. 5-3: Hilfe zur Pflege (i. E.)* ohne Kurzzeit- und teilstationärer Pflege 2018-2023, Hannover



* jeweils im Dezember, außer 2023.

Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Fachbereich Soziales

Der Anstieg fällt augenscheinlich geringer aus, als es die mediale Berichterstattung über Pflegearmut vermuten lässt. Hintergrund ist, dass die Anzahl von Pflegeheimbewohner*innen seit 2018 insgesamt stagnierend bis abnehmend ist, trotz stark steigender Anzahl Pflegebedürftiger (siehe Kapitel 2). Ferner erfolgt der Umzug in ein Pflegeheim in zunehmend höherem Alter. Die Verweildauer wird kürzer und endet oft, bevor die höheren Zuschüsse für langjährige Bewohner*innen greifen. Diese kürzere Verweildauer lässt jedoch die Anzahl der Personen, die im Laufe eines Jahres Hilfe zur Pflege beantragen, erheblich ansteigen. Der aus der Abbildung 5-3 für Hannover ablesbare Fallzahlenrückgang im Jahr 2022 geht im Wesentlichen auf den in dem Jahr neu eingeführten Zuschlag (§ 43 c SGB XI) zurück, ein Effekt, der 2023 bereits wieder verpuffte.

Die Ermittlung einer hannoverschen „Pflegearmutsquote“ ist aus verschiedenen Gründen schwierig. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass niedersachsenweit rund ein Drittel aller Pflegeheimbewohner*innen (ohne Kurzzeitpflege und Teilstationäre) früher oder später auf finanzielle Unterstützung angewiesen ist, Tendenz steigend.¹⁰⁰

Wohngeld: Dass Pflegebedürftige in Pflegeheimen auch Wohngeld beantragen können, ist vielen unbekannt. Die Anspruchshöhe orientiert sich dabei an dem Mietniveau in der Region, in dem sich das Heim befindet. Ende November 2023 bezogen 1.136 Pflegeheimbewohner*innen in Hannover Wohngeldleistungen.¹⁰¹

Ausblick: Künftig werden deutlich mehr Menschen Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen beziehen müssen: Für 2044 wird in Hannover ein Plus von 5.300 Pflegebedürftigen im Alter von 60 Jahren und älter gegenüber Ende 2021 vorausgeschätzt (siehe Kapitel 2). Für eine Abschätzung, wie sich die Anzahl bei der Hilfe zur Pflege entwickeln könnte, müssten zu viele meist unwägbar Annahmen getroffen werden. Aber auch wenn hier nicht datenbasiert vorausgeschätzt wird: Es ist sicher anzunehmen, dass die Anzahl um einige Hundert steigen wird.

Hilfe zur Pflege: Anstieg augenscheinlich geringer, als mediale Berichterstattung vermuten lässt

2022: eingeführter Zuschlag – ein Effekt, der 2023 wieder verpuffte

Achtung: Mehr Fluktuation durch kürzere Verweildauer in Pflegeheimen

niedersachsenweit: rund ein Drittel der Pflegeheimbewohner*innen auf Hilfe zur Pflege angewiesen

Wohngeld auch im Pflegeheim
Möglich

Ausblick:
mehr Pflegebedürftige, mehr Pflegearmut

¹⁰⁰ NDR (2023): Armutsfälle Pflegeheim, Beitrag vom 25.02.2023, [Link](#) // Stand: 11.10.2023

¹⁰¹ Landeshauptstadt Hannover, Fachbereich Soziales

5.2.5 Nahestehende pflegen

Pflegende Angehörige sind **die** tragende Säule der Versorgung pflegebedürftiger Menschen. Ohne sie würde sich der Fachkräftemangel in der Pflege schon heute gravierender auswirken. In Hannover werden fast 15.400 Pflegebedürftige, das sind 51 Prozent aller Pflegebedürftigen, zu Hause allein durch Angehörige / Nahestehende unterstützt. Weitere 8.900 Pflegebedürftige (29 Prozent) erhalten Hilfe durch ambulante Pflegedienste, die die informell Pflegenden gut ergänzen, aber nicht ersetzen können. Das tatsächliche Wirkungsfeld Angehöriger reicht oft bis in die stationäre Lebenswelt Pflegebedürftiger hinein.¹⁰²

Unterstellt man, dass sich jeweils ausschließlich **eine** Hauptpflegeperson um **eine** zu Hause lebende pflegebedürftige Person in Hannover kümmert, wären das über 24.200 informell Pflegenden. Das stellt viele vor große Herausforderungen, vor allem Berufstätige und Menschen in der sogenannten „Sandwich-Position“, die Pflegearbeit **und** Familientätigkeit rund um eigene Kinder vereinbaren müssen. Auch wenn flexible Arbeitszeitmodelle und Homeoffice die Vereinbarkeit erleichtern können: Ein Gutachten des Sozialverbands Deutschlands zeigt, dass sich der Umfang der häuslichen Pflege auf durchschnittlich 21 Stunden pro Woche beläuft und häufig in Kombination mit einer Erwerbstätigkeit (65 Prozent) realisiert wird. Etwa jede*r zweite erwerbstätige Angehörige ist in Teilzeit tätig. Generell gilt: Je höher der Pflegeaufwand, desto geringer ist die Erwerbsbeteiligung der pflegenden Angehörigen. Die Dauer der Pflegebedürftigkeit summiert sich im Mittel auf vier Jahre. Das hat weitreichende Konsequenzen für die pflegenden Angehörigen: Sowohl für das aktuelle Erwerbseinkommen als auch für die künftige Rentenhöhe. Pflegenden Angehörige sind durchschnittlich 55 bis 64 Jahre alt und mit knapp 70 Prozent mehrheitlich weiblich.¹⁰³ All das macht Frauen überproportional „anfällig“ für Altersarmut. Im ungünstigsten Fall führt informelle Pflege nicht nur zu Altersarmut, sondern – im Falle eigener späterer Pflegebedürftigkeit – auch zu Pflegearmut (siehe Kapitel 5.2.4).

Armut im Alter wird durch viele unterschiedliche Faktoren beeinflusst. Einzelne Einflüsse wie unbezahlte Sorgearbeit können kaum isoliert in ihrem exakten Beitrag zum allgemeinen Armutsausmaß errechnet und beziffert werden. Unstrittig und klar bezifferbar ist die deutlich höhere Altersarmut unter Frauen: Die niedersächsische Armutsgefährdungsquote liegt Ende 2022 für Frauen im Rentenalter bei 20,0 Prozent, für Männer bei 15,5 Prozent.¹⁰⁴

5.3 Soziale Segregation und Entwicklung in Hannover

Die Ungleichverteilung Armutsbetroffener im Stadtgebiet wird anhand der Stadtteilkarten (Kapitel 5.1. und 5.2.) deutlich. In der Stadtsoziologie wird von Segregation¹⁰⁵ gesprochen, wenn sich verschiedene Bevölkerungsgruppen ungleich über das Stadtgebiet verteilen. Segregation ist zunächst der faktische Normalzustand und ein universelles Phänomen, das alle Städte und nahezu alle Bevölkerungsmerkmale betrifft¹⁰⁶, also zum Beispiel auch Einfamilienhausbewohner*innen, Hoch-

pflegende Angehörige, die „tragende Säule“

Schätzung: über 24.000 pflegende Angehörige in Hannover



pflegende Angehörige:
mehrheitlich weiblich,
55-64 Jahre alt,
Teilzeit erwerbstätig

unbezahlte Sorgearbeit & weibliche Altersarmut

Segregation meint Ungleichverteilung über die Stadt

¹⁰² Zentrum für Qualität in der Pflege (2023): Pflegenden Angehörige in Deutschland. [Link](#) // Stand: 11.10.2023

¹⁰³ Sozialverband Deutschland e.V. (2019): Altersarmut von Frauen durch häusliche Pflege, S. 40 ff. [Link](#) // Stand: 11.10.2023

¹⁰⁴ Landesamt für Statistik Niedersachsen (2024): Armutsgefährdung in Niedersachsen im Jahr 2022 – Teil 1: Einkommensarmut. [Link](#) // Stand: 30.1.2024

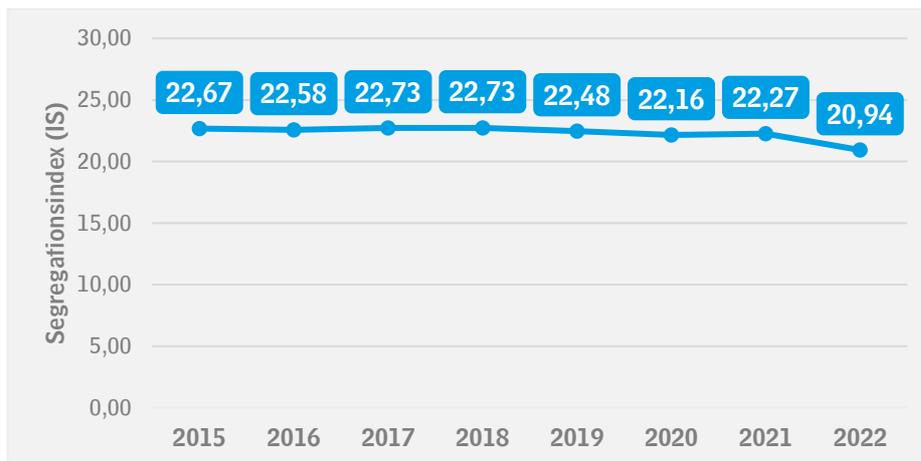
¹⁰⁵ Segregation kommt von „segregare“ (lat.) und bedeutet ‚absondern‘ oder ‚trennen‘

¹⁰⁶ Deutsches Institut für Urbanistik (2009): Was ist eigentlich Segregation? [Link](#) // Stand: 22.02.24

altrige, Akademiker*innen oder Arbeitslose. Problematisch wird Segregation erst dann, wenn damit einhergehend Teilhabechancen ungleich verteilt sind, oder wenn unerwünschte Segregationsprozesse stark zunehmen und sich zum Beispiel Armut immer stärker segregiert.

Abbildung 5-4 zeigt die **soziale Segregationsentwicklung** am Beispiel Transferleistungsbeziehender im Stadtgebiet Hannover im Zeitraum 2015 bis 2022. Der Segregationsindex nimmt einen Wert zwischen 0 und 100 an: **0 steht für eine vollständige Gleichverteilung** der Transferleistungsbeziehenden in Hannover über alle Stadtteile. **100 steht für eine vollständige Segregation**. Letzteres wäre dann der Fall, wenn alle Transferleistungsbeziehenden in einem Stadtteil lebten.

Abb. 5-4: Segregationsentwicklung im Zeitraum 2015-2022*, Hannover



Achtung 2021: Für Bothfeld und Sahlkamp lagen in diesem Jahr keine Daten vor, als Stadtteilwert wurde der Wert von 2020 genommen.
Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik, Statistiken der Agentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Der Segregationsindex (IS) bewegt sich in den Jahren **2015 bis 2021** stets auf ähnlich niedrigem Niveau zwischen 22,16 (IS) und 22,73 (IS). Eine eindeutige Segregationsentwicklung nach oben oder unten ist nicht erkennbar. Das bedeutet, dass ein stets ähnlich großer Anteil der Transferleistungsbeziehenden umziehen müsste, im Mittel etwa 22,5 Prozent, damit eine räumliche Gleichverteilung erzielt würde.

Im Jahr 2022 sinkt der Segregationsindex deutlich und weicht um 1,6 Punkte vom Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2021 ab. Die wahrscheinlichste Erklärung dafür ist der Zuzug von Geflüchteten aus der Ukraine. Diese beziehen zwar häufig Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, leben aber seltener in Gemeinschaftsunterbringungen (siehe Kapitel 3.3) oder in Stadtteilen mit hohen Armutsanteilen. Dies trägt zu einer größeren Gleichverteilung Transferleistungsbeziehender bei und damit zu sinkender Segregation.

5.4 Ermöglichen Transferleistungen soziokulturelle Teilhabe?

Ende 2022 beziehen fast 84.000 Menschen, das sind 15,2 Prozent der Bevölkerung Hannovers Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, davon rund:

- 78 Prozent: Bürgergeld nach dem SGB II (bis Ende 2022 Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld)
- 18 Prozent: Grundsicherung im Alter, bei Erwerbsminderung und Sozialhilfe nach dem SGB XII sowie
- 4 Prozent: Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG).

Segregation ist ein universelles Phänomen

2015-2021: Segregation stagniert auf ähnlich hohem Niveau

2022: 21 % der Transferleistungsbeziehenden müssten theoretisch umziehen, damit Armut gleichverteilt wäre

Zuzug Geflüchteter aus der Ukraine trug zu sinkender Segregation bei

Die **Sicherung des Lebensunterhalts ist verfassungsrechtlich garantiert**: Die Artikel 1 und 20 des Grundgesetzes besagen, dass der Staat das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum gewährleisten muss. Sozialleistungen sollen neben der physischen Existenz auch ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben sichern. Für oben genannte Sozialleistungen gelten allerdings unterschiedliche Existenzminima, je nach Herkunft und Aufenthaltsstatus. Anspruchsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten deutlich geringere Leistungen.¹⁰⁷ Sie sind von Sozialleistungen wie dem Bürgergeld oder der Grundsicherung im Alter ausgeschlossen. Auch der Zugang zu Gesundheitsangeboten ist deutlich reduziert und umfasst nur die Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände (siehe Kapitel 7). Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbände und Anwalt*innenverbände kritisieren das und fordern gleiche Existenzminima für alle.

verfassungsrechtlich garantiert:
Sicherung des Lebensunterhalts

unterschiedliche Existenzminima,
je nach Aufenthaltsstatus & Herkunft

Auch die Frage, ob die vom Gesetzgeber festgelegten Regelsätze beim Bürgergeld **Teilhabe am gesellschaftlichen Leben** ermöglichen, ist umstritten:

Aus Sicht der Bundesregierung ermöglicht das Bürgergeld Sicherheit, Respekt und Freiheit für ein selbstbestimmtes Leben.¹⁰⁸ Auch die handlungsorientierte Sozialberichterstattung des Landes Niedersachsen bezeichnet Mindestsicherungsleistungen als ein Instrument zur „Bekämpfung“ von Armut, wodurch „eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden soll“.¹⁰⁹

„bekämpfte“ Armut

Aus Sicht von Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden bietet das Bürgergeld keinen ausreichenden Schutz vor existenzieller Armut¹¹⁰ und – erst recht nicht – vor soziokulturellem Ausschluss. Das Risiko, soziokulturell abgehängt zu werden, ist für Bürgergeldbeziehende ungleich höher: Frühere Studien zeigen, dass Regelsätze üblicherweise „keine gesundheitsfördernde Ernährung“ ermöglichen.¹¹¹ Dies gilt erst recht für kulturelle und digitale Teilhabe: Digitale Teilhabe ist inzwischen eine wesentliche Voraussetzung für umfassende soziale, kulturelle und politische Teilhabe. Jede*r fünfte Armutsbetroffene in Deutschland hat keinen eigenen Internetanschluss.¹¹²

soziokultureller Ausschluss

Transferleistungsquote unterschätzt Armut(gefährdungs-)ausmaß

Fakt ist, dass die hannoversche Armutsgefährdungsquote systematisch die hannoversche Transferleistungsquote übersteigt. Ende 2022 liegt die Gefährdungsquote bei 21 Prozent, betroffen sind über 116.000 Hannoveraner*innen. Die mit 15,2 Prozent deutlich darunterliegende Transferleistungsquote unterschätzt demnach das Armut(gefährdungs-)ausmaß (Abb. 5-5).

¹⁰⁷ Informationsverbund Asyl und Migration (2023): Asylbewerberleistungsgesetz. [Link](#) // Stand: 7.12.2023

¹⁰⁸ Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2023): Das Bürgergeld im Faktencheck. [Link](#) // Stand: 7.12.2023

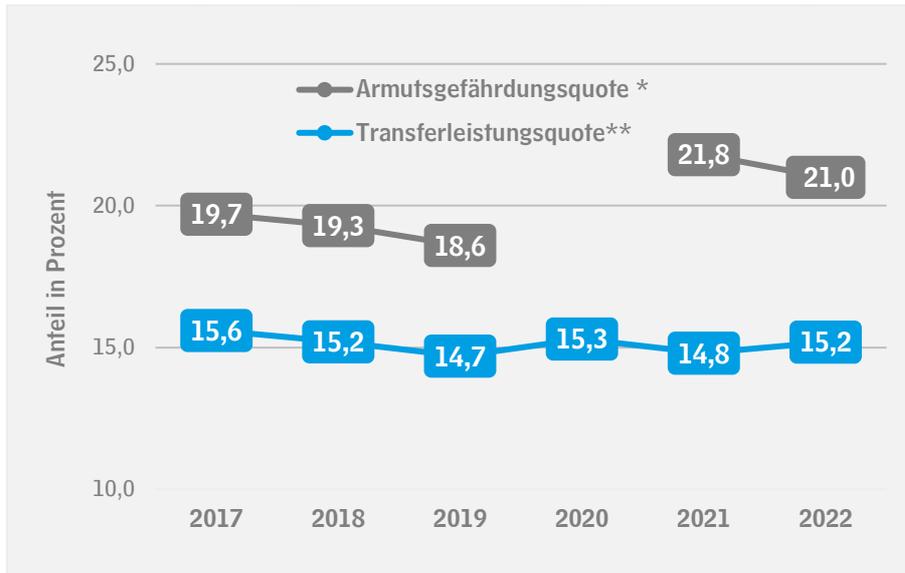
¹⁰⁹ Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (o.D.): HSBN 2021, [Link](#) // Stand: 7.12.2023

¹¹⁰ Sozialverband VdK (2024): Aktuelles zu Armut und Umverteilung. [Link](#) // Stand: 7.12.2023

¹¹¹ Deutscher Bundestag (2022): Kosten einer Ernährung nach den Empfehlungen der DGE (WD 5 - 3000 - 143/22). [Link](#) // Stand: 7.12.2023

¹¹² Der Paritätische (2023). Neue Studie: Armut führt zu digitaler Ausgrenzung. [Link](#) // Stand: 7.12.2023

Abb. 5-5: Armutsgefährdungs*- und Transferleistungsquote** 2017-2022, Hannover



* Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von < 60 % des Medianeinkommens der hannoverschen Bevölkerung in Privathaushalten (Hauptwohnsitz, Regionalkonzept). Für 2020 wurden unterhalb der Ebene Bundesland keine Ergebnisse veröffentlicht.

** Leistungen nach dem SGB II, SGB XII + AsylbLG, Anteil an Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung insgesamt

Quellen: Landesamt für Statistik Niedersachsen, Statistiken der Agentur für Arbeit und Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

Armutsgefährdungsquote übersteigt
Transferleistungsquote

Gründe für das Auseinanderklaffen der Armutsgefährdungs- und Transferleistungsquote: Transferleistungs- und Armutsgefährdungsquote messen ganz Unterschiedliches: Die Transferleistungsquote basiert auf einer Vollerhebung aller Leistungsbeziehenden in Hannover, die Armutsgefährdungsquote auf einer Mikrozensus-Stichprobenziehung. Sie misst Armutsgefährdung, nicht Armut.

Armutsgefährdungsquote misst
Gefährdung, nicht Armut

In der Transferleistungsquote bleiben unberücksichtigt:

- **Sozialleistungen, die nicht als Mindestsicherung gelten:** hierzu zählen zum Beispiel der Kinderzuschlag, die Bundesausbildungsförderung oder das Wohngeld.
- **Nicht-Anspruchsberechtigte:** Hierzu zählen neben hier lebenden Ausländer*innen, die nur unter bestimmten Voraussetzungen einen Zugang zu Sozialleistungen haben¹¹³ und alle Menschen mit Niedriglöhnen, deren Einkommen kurz oberhalb einer Anspruchsgrenze liegt. Letztere können sich mindestens gleichermaßen als arm empfinden, weil sie von weiteren Leistungen, wie dem Bildungs- und Teilhabepaket oder dem Hannover-Aktiv-Pass ausgeschlossen sind.
- **Anspruchsberechtigte, die keine Leistungen beziehen:** Wenn Menschen ihr verfassungsrechtlich garantiertes Existenzminimum nicht abrufen, sei es aus Scham, Unkenntnis, Fehlinformiertheit oder Überforderung, werden sie nicht mitgezählt. Die Dunkelziffer wird insbesondere bei Senior*innen als hoch eingeschätzt.

nicht in der Transferleistungsquote
enthalten

¹¹³ Bundesagentur für Arbeit (2024): Finanzielle Unterstützung in Deutschland. [Link](#) // Stand: 22.2.2024

5.5 „Sozialleistungsdschungel“ im Überblick

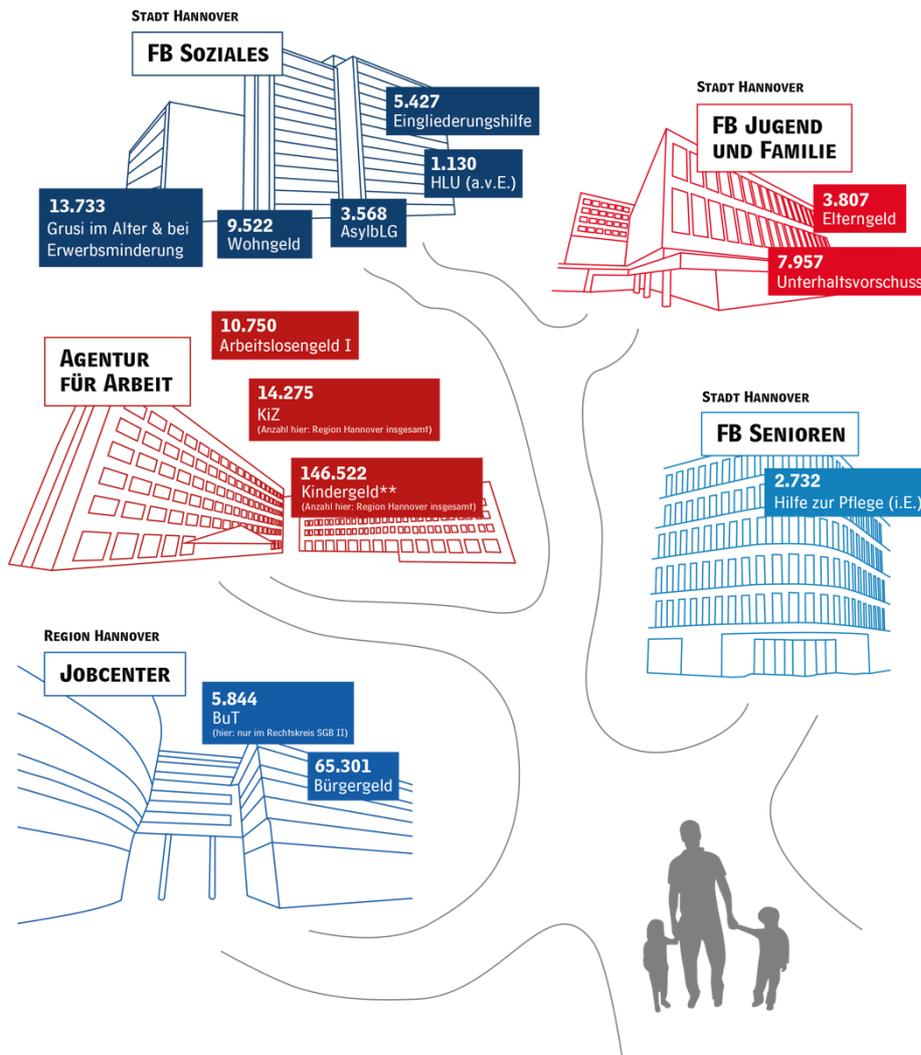
Arbeitslosengeld I, Bürgergeld, Wohngeld, Kindergeld, Kinderzuschlag (KiZ), Elterngeld, Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) und vieles mehr sind Beispiele für staatliche Unterstützungsleistungen. Selbst Profis fällt es schwer, den Überblick über diese Leistungsarten zu behalten. Die Zugangsart für all diese Leistungen ist überwiegend als „Komm-Struktur“ geregelt. Das bedeutet, dass das jeweilige Hilfesystem nicht nur bekannt sein muss, sondern der jeweilige „Leistungserbringer“ (Familienkasse, Sozialamt, Jugendamt oder Jobcenter) eigenständig aufgesucht und im ungünstigsten Fall in unterschiedlichen Formaten (elektronisch, Papier, persönlich, telefonisch) kontaktiert werden muss. Potentiell Betroffene müssen sich in der Regel selbst aktiv kümmern und via Antrag herausfinden, ob sie einen Rechtsanspruch haben.

Sozialleistungen in „Komm-Struktur“

viele Anlaufstellen & Formulare

Abbildung 5-6 zeigt ausgewählte Sozialleistungsarten mit ihren jeweiligen Zuständigkeiten sowie die jeweilige Anzahl Leistungsbeziehender in Hannover Ende Juni 2023.

Abb. 5-6: Ausgewählte Sozialleistungen – Anzahl Leistungsbeziehende und Zugänge, Stichtag 30.6.2023*, Hannover



„Sozialleistungsdschungel“:
Anzahl Leistungsbeziehender und Zuständigkeiten in Hannover

* Ausnahme: Elterngeld und Unterhaltsvorschuss mit Stichtag 31.12.2022
 ** Mitarbeitende im öffentlichen Dienst beantragen Kindergeld unter Umständen bei ihrem jeweiligen Arbeitgeber
 Quellen: Landeshauptstadt Hannover: FB Soziales, FB Jugend und Familie, FB Senioren; Statistiken der Agentur für Arbeit; Region Hannover: FB Soziales

Die jeweils passende(n) Leistung(en) zu erhalten, ist selbst für muttersprachlich deutsche, juristisch affine, verwaltungserfahrene und ausdauernde Menschen kraft- und zeitraubend. Dies gilt erst recht für zeitlich stark belastete Gruppen wie Alleinerziehende oder für Menschen, die auf barrierefreie Zugänge angewiesen sind sowie für alle, die keine oder geringe Deutschkenntnisse haben. Hinzu kommt, dass einige Leistungsarten ineinandergreifen, sich wechselseitig ausschließen oder verstärken können und Folgeansprüche auslösen oder verhindern können.

sehr komplex: Ineinandergreifen und wechselseitiger Ausschluss von Sozialleistungen

Sozialleistungsdschungel, ein Beispiel: Am 1.1.2023 traten das Bürgergeldgesetz und das Wohngeld-Plus-Gesetz in Kraft. Beide Leistungen richten sich an Menschen mit geringem Einkommen. Wer Wohngeld bezieht, kann dies mit Kindergeld, Kinderzuschlag, dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) und dem HannoverAktivPass kombinieren. Wer Bürgergeld bezieht, kann dies nicht mit dem Kinderzuschlag kombinieren und das Kindergeld wird angerechnet. Teilhabepaket und HannoverAktivPass hingegen sind damit kombinierbar. Kinder in Wohngeldhaushalten sind „BuT-berechtigt“. Um die richtige Leistung für sich herauszufinden, muss eine Vergleichsrechnung vorgenommen werden, autark via Wohngeldrechner oder mithilfe von Beratung durch Jobcenter und/oder Wohngeldstelle. Wenn das Einkommen durch Wohngeldbezug höher ist, entfällt der Anspruch auf Bürgergeld.

„Sozialleistungsdschungel“: Ein Beispiel

Nachfolgendes Kapitel 5.6 skizziert, worin beim Thema „Sozialleistungsdschungel“ kommunale Handlungsspielräume liegen und worin nicht.

5.6 Kommunale Handlungsspielräume

Alle Ebenen müssen an einem Strang ziehen: Jegliche Bemühungen, Armut allein auf lokaler Ebene „bekämpfen“ zu wollen, sind angesichts der strukturellen Dimension von Armut wenig Erfolg versprechend. Um Armutsquoten in Hannover nachhaltig zu reduzieren oder gar zu „bekämpfen“, müssten sämtliche Ebenen (Kommunen, Land, Bund, Zivilgesellschaft) an einem Strang ziehen. Hierzu zählen neben Instrumenten der Sozialgesetzgebung auch die Arbeitsmarkt-, Migrations-, Familien-, Gleichstellungs- und auch Rentenpolitik. Einzubeziehen wären unter anderem Maßnahmenpakete rund um Mindestlöhne, Regelsätze, chancengerechte (frühkindliche) Bildungs- und Arbeitsmarktzugänge.

kommunale Handlungsspielräume

Armut: auf lokaler Ebene allein nicht „bekämpfbar“

Lokale Handlungsspielräume konzentrieren sich vernünftigerweise auf das Ziel, Hannoveraner*innen weitestgehend Teilhabe und Zugänge zu ermöglichen, unabhängig von Geldbeutel, Familiensituation, Bildungshintergrund, Wohnstandort oder Herkunft. Die Landeshauptstadt Hannover verfügt hierbei über eine breite Palette **lokaler Handlungsansätze**. Diese sind unter anderem skizziert im „Hannoverschen Weg für Perspektiven von Kindern in Armut“¹¹⁴, im „Wir 2.0-Strategiepapier“¹¹⁵ oder im „Senior*innenplan“¹¹⁶. Solange Teilhabe und Zugänge für Hannoveraner*innen erschwert sind oder gar verhindert werden, müssen lokale Handlungsansätze stetig angepasst, verbessert, weiterentwickelt werden.

Teilhabe ermöglichen & Zugänge verbessern

¹¹⁴ Landeshauptstadt Hannover (2020): Kinderarmut in Zahlen – Update 2020. Handlungsansätze für Teilhabe trotz Armut. [SIM_DS_0348/2020](#) // Stand: 22.2.2024

¹¹⁵ Landeshauptstadt Hannover (2021): „Wir sind Hannover – Zusammenleben in der Stadt. Strategien für Migration und Teilhabe“. [SIM_DS_0108/2021](#) // Stand: 22.2.2024

¹¹⁶ Landeshauptstadt Hannover (2022): Senior*innenplan 2021: „Vom Hier ins Morgen – gut vernetzt für ein selbstbestimmtes Leben“. [SIM_DS_0695/2022](#) // Stand: 29.2.2024

Lotsenfunktionen in der Kommune: Die gesetzgeberischen Grundlagen für Sozialleistungen wie Anspruchsberechtigung, Regelbedarfe und Zuständigkeiten werden auf Bundesebene entschieden. Kommunalverwaltungen oder Jobcenter sind als umsetzende Ebene zunächst diejenigen, die die Einwohner*innen durch den oben skizzierten „Sozialleistungsdschungel“ navigieren. Diese Navigations- und Beratungsleistung gilt ganz unabhängig davon, wie sinnvoll, existenzsichernd oder bürokratisch die jeweils zuständige Ebene die zugrundeliegende Sozialgesetzgebung bewertet. Die jeweils zuständigen Umsetzungsebenen werden flankierend unterstützt durch viele weitere lokale Akteur*innen wie zum Beispiel Vereine, Verbände, Ehrenamtliche, damit Einwohner*innen sich in diesem „Sozialleistungs- und vor allem Zuständigkeitsdschungel“ zurechtfinden können.

Die Leistungserbringung ist an geltendes Recht gebunden und bietet kaum Spielräume. Gestaltungsspielräume bestehen auf lokaler Ebene dennoch, um Teilhabechancen der Einwohner*innen zu erhöhen und Zugänge zu verbessern, vor allem durch folgende Ansätze:

Zielgruppengerechte Information und Kommunikation auf unterschiedlichen Kanälen:

- leicht- und mehrsprachige Information, Kommunikation und Transparenz über Rechtsansprüche,
- Beratung zu Leistungsansprüchen und Unterstützung bei der Antragsstellung,
- Abbau sprachlicher Barrieren durch zum Beispiel Einsatz von Dolmetscher*innen / Gebärdensprache,
- Abbau baulicher Barrieren,
- Schaffung digitaler Zugänge, Unterstützung zur Erlangung digitaler Kompetenzen und
- wohnortnahe Beratung und Anlaufstellen im Quartier.

Lotsenfunktion der Kommune:
durch den „Sozialleistungsdschungel“
navigieren

Information & Kommunikation:
transparent, quartiersnah, leicht- und
mehrsprachig

6. Wohnen & Teilhabe

Wohnen ist ein Grundbedürfnis, ein Menschenrecht und der Baustein für eine chancengerechte Teilhabe. Keine Wohnung zu haben, bedeutet absolute Armut und ein Leben am Rand der Gesellschaft. Die Wohnung ist die Keimzelle für Nachbarschaft, Quartiersentwicklung und soziales Miteinander. Es ist somit erforderlich, dass ausreichend Wohnungen verfügbar, geeignet und bezahlbar sind. Dies ist gegenwärtig nicht gewährleistet, was auch die Ergebnisse der Repräsentativerhebung 2022, eine regelmäßige Befragung der hannoverschen Bevölkerung, zeigen. Demnach waren 47 Prozent der Befragten mit dem Wohnungsangebot in Hannover unzufrieden oder sehr unzufrieden. Gleichzeitig wurde die Situation des Wohnungsmarktes als die mit Abstand größte Herausforderung Hannovers benannt.¹¹⁷ Fakt ist, dass nicht alle Menschen die Möglichkeit haben, angemessen zu wohnen. Einige haben gar keine Wohnung. Was sind die Gründe dafür? Welche Herausforderungen stellen sich?

nicht alle Menschen können
angemessen wohnen



6.1 Aktuelle und zukünftige Herausforderungen

6.1.1 Hoher und steigender Bedarf an Wohnungen

Die Zunahme der Bevölkerung stellt Hannover – so wie auch andere Großstädte – vor wohnungspolitische Herausforderungen. Allein in den Jahren 2017 bis 2022 stieg die Zahl der Bewohner*innen um knapp 11.000 Personen an. Wohnraum ist zunehmend zur Mangelware geworden. Viele Jahre blieb die Schaffung neuer Wohnungen hinter dem Anstieg der Bevölkerung in Hannover zurück. Nicht zuletzt, weil Bevölkerungsprognosen lange von einer schrumpfenden Bevölkerung ausgingen. Im letzten Jahrzehnt konnte der Wohnungsbau aufholen. Von 2013 bis 2022 wurden jährlich durchschnittlich 1.200 Wohnungen im Neubau fertiggestellt, insgesamt ein Plus von 9.562 Wohnungen. Damit liegt die Entwicklung des Wohnungsbestandes jedoch weiterhin unter der absoluten Nachfrage und damit dem Bedarf.

Wohnungen: mehr Nachfrage als
Angebote

Wenn man grundsätzlich davon ausgeht, dass jeder Haushalt eine Wohnung benötigt und bei allen statistischen Unschärfen, kann für Hannover festgestellt werden, dass Ende 2022 den insgesamt 306.140 Haushalten gerade mal 303.573 Wohnungen gegenüberstanden. Im Jahr 2022 erfolgte ein Methodenwechsel bei der Schätzung von Haushalten und in Folge ein Anstieg der Haushaltszahlen (siehe Kapitel 2.3 und 2.4). Durch diesen Methodenwechsel ergibt sich ein realistischeres Bild über den Bedarf an Wohnungen, vor allem weil hierdurch nun auch der Wohnungsbedarf Untergebrachter abgebildet wird. Sie leben zum Teil bereits seit Jahren in Unterkünften, da Wohnungen nicht verfügbar sind.

306.000 Haushalten stehen 303.000
Wohnungen gegenüber

Die aktuelle Haushaltprognose geht von einem weiteren Anstieg der Zahl der Haushalte um 6.400 zwischen 2022 und 2035 aus. Dies entspricht im Schnitt einem Plus von 490 Haushalten pro Jahr.¹¹⁸

Prognose bis 2035: + 6.400 Haus-
halte

¹¹⁷ Landeshauptstadt Hannover, Bereich Stadtentwicklung (2023): Repräsentativerhebung 2022. [SIM-DS 2551/2023](#) // Stand: 29.1.2024

¹¹⁸ Landeshauptstadt Hannover, Bereich Stadtentwicklung (2023): Fortschreibung des Wohnkonzeptes für die Landeshauptstadt Hannover bis 2025. [SIM-DS 1733/2023](#) // Stand: 29.1.2024

6.1.2 Bevölkerungsstrukturen verändern Wohnraumstrukturen und umgekehrt

Hannover erlebt einen Wandel der Bevölkerungs-, Haushalts- und Wohnstrukturen. Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklungen lösen veränderte Wohnbedarfe aus, aber gleichzeitig bedingt der zur Verfügung stehende Wohnraum die Möglichkeit, für die unterschiedlichen Gruppen der Wohnungssuchenden in Hannover wohnen zu können.

Zu beobachten ist aktuell der verstärkte Bau von Wohnungen für Einpersonenhaushalte. Dies entspricht zwar dem großen Bedarf in diesem Marktsegment, aber auch Familien und Paare ohne Kinder finden aktuell nur schwer eine Wohnung in Hannover. Bedient man diesen Bedarf nicht, werden sich soziodemografische Strukturen und auch Quartiersstrukturen langfristig verändern und damit auch die Formen des Zusammenlebens in der Stadt.

Wohnungsmarkt und Wohnbedarf beeinflussende Entwicklungen in Hannover sind an folgenden Fakten ablesbar:

- **Formen des Zusammenlebens:** die Anzahl der Einpersonenhaushalte stieg von 2017 bis 2021¹¹⁹ um 1.346 (+ 0,8 Prozent), während gleichzeitig die Zahl der Familienhaushalte um 605 (- 1,2 Prozent) abnahm. Dahinter lässt sich vermuten, dass für das Familienwohnen in der Stadt zunehmend ein adäquates und bezahlbares Angebot fehlt. Darüber hinwegtäuschen darf nicht der Anstieg an Familienhaushalten im Jahr 2022 (+1.388 Familien). Dieser Zuwachs ist mit dem Zuzug geflüchteter Familien aus der Ukraine zu erklären.
- **Die Entwicklung hin zu kleinen Haushalten setzt sich fort:** Laut Prognose wird bis zum Jahr 2035 die Zahl der Einpersonenhaushalte um 5.000 und Zweipersonenhaushalte um 1.700 ansteigen. Die Zahl der Haushalte mit drei und mehr Personen geht dagegen zurück.¹²⁰
- **Veränderung im Wohnungsmix:** Die Wohnungswirtschaft reagiert auf die steigende Zahl kleiner Wohnungen mit dem Neubau vieler kleiner Wohnungen und auch die Wohnraumförderung setzt zur Absicherung bezahlbaren Wohnraums einen ihrer Schwerpunkte auf die Förderung kleiner Wohnungen. Dringend benötigt werden aber auch größere Wohnungen für Familien ab fünf Personen.
- **Kleinwohnungen:** Von 2017 bis 2021 stieg der Anteil an Kleinwohnungen am Wohnungsbestand in Hannover von 14,8 Prozent (43.568 Kleinwohnungen) auf 15,6 Prozent (47.464 Kleinwohnungen). Dies entspricht einem Zuwachs von 3.896 Kleinwohnungen (plus 8,9 Prozent).¹²¹
- **Großwohnungen:** Gleichzeitig sind **1.211 neue Großwohnungen** (5 und mehr Zimmer), also potentielle Familienwohnungen entstanden. Deren Anteil am Gesamtwohnungsbestand beträgt 24,2 Prozent, ist seit 2017 (24,5 Prozent) jedoch abnehmend.¹²²

Wohnungsangebot bestimmt soziodemografische Strukturen und prägt das Quartier

2017-2021:
+ 1.346 Einpersonenhaushalte,
- 605 Familien

Prognose bis 2035: mehr kleine Haushalte

2017-2021: + 3.896 Kleinwohnungen

¹¹⁹ Aufgrund eines statistischen Methodenwechsels wird der Datenstand 2022 nicht in die Entwicklung einbezogen.

¹²⁰ Landeshauptstadt Hannover, Bereich Stadtentwicklung (2023): Fortschreibung des Wohnkonzeptes für die Landeshauptstadt Hannover bis 2025. [SIM-DS 1733/2023](#) //Stand: 29.1.2024

¹²¹ Landesamt für Statistik Niedersachsen, Gebäude- und Wohnungsfortschreibung

¹²² Landesamt für Statistik Niedersachsen, Gebäude- und Wohnungsfortschreibung

6.1.3 Rahmenbedingungen für das Wohnen einer älter werdenden Bevölkerung

Die Zahl der Senior*innen in Hannover steigt weiter an (siehe Kapitel 2). Die meisten Senior*innen wollen in ihrem Wohnumfeld bleiben, auch wenn die Rahmenbedingungen für das Wohnen einer alternden Bevölkerung nicht gegeben sind.

Um Senior*innen ein selbstbestimmtes Wohnen in eigener Häuslichkeit zu ermöglichen, braucht es:

- Barrierefreiheit in Wohnungen, Gebäuden und Wohnumfeld, vor allem im Bestand und dort wo Senior*innen bereits wohnen,
- Neubau senior*innengerechter Wohnungen, auch in bestehenden Quartieren, so dass ein wohnungsnaher Umzug möglich wäre, wenn die bisherige Wohnung nicht mehr geeignet ist,
- kleinere Wohnungen nach der Familienphase, die auch in höherem Alter selbständig bewirtschaftet werden können. Das kann auch durch einen Wohnungstausch: „Tausche Großwohnung oder Haus gegen kleinere, bezahlbare Wohnung in Nachbarschaft“ verwirklicht werden,
- preiswerte Wohnungen, weil Renten oft nicht auskömmlich sind,
- Nachbarschaft, Unterstützungsnetzwerke, Assistenz für alltägliche Alltagshilfe und
- kurze Wege im Quartier zur täglichen Versorgung mit Infrastruktur.

In der Stadt Hannover wird das Wohnen von Senior*innen flankiert durch das Programm „alter(n)sgerechte Quartiersentwicklung“. Es beinhaltet generationsübergreifende Projekte und Teilhabemöglichkeiten sowie den Fokus auf gute Infrastruktur im Bereich Nahversorgung und Wohnen. Ein weiterer Ansatz ist das Projekt „Quartierszentrenbildung“. Hier geht es darum, Austausch, Begegnung, Wohnen, Leben und Pflege zu unterstützen. Dies mit Blick auf Teilhabe, Vielfalt, Prävention und sozialer Stadtentwicklung.¹²³

6.1.4 Hoher und steigender Bedarf an preiswerten Wohnungen

Im Großstädtevergleich ist in Hannover der Kauf einer Wohnimmobilie noch erschwinglich und auch der Mietspiegelindexwert der FUB IGES 2021 weist für Hannover im Großstädtevergleich mit 7,43 EUR/m² einen vergleichsweise unterdurchschnittlichen Wert aus. Allerdings sind die ortsüblichen Vergleichsmieten in Hannover zum Vorjahr um 8,9 Prozent gestiegen. Einem Anstieg, der über dem Bundeswert (+ 6,5 Prozent) liegt.¹²⁴

Die Abbildung 6-1 zeigt den Verlust preisgünstigen Wohnraums und gleichzeitig den Anstieg hochpreisiger Angebotsmieten im letzten Jahrzehnt.

- 2013/2014: 73 Prozent der Wohnungen wurden für unter 8 Euro inseriert; hochpreisig mit 11 Euro und mehr pro Quadratmeter waren nur rund 4 Prozent der Angebote.
- 2021/2022: Nur noch 17 Prozent der inserierten Wohnungen sind günstiger als 8 Euro. Wohnungen unter 6 Euro sind faktisch vom Markt verschwunden. Dahingegen kosten 30 Prozent der Wohnungen 11 Euro und mehr pro Quadratmeter.

selbstbestimmtes Wohnen braucht
Rahmenbedingungen &
Unterstützung



Ziel: Quartiere alter(n)sgerecht
weiterentwickeln

im Großstädtevergleich: Wohnen in
Hannover noch erschwinglich, aber
zunehmend teurer.

Wohnungen für unter 8 Euro/m²
kaum noch inseriert

¹²³ Landeshauptstadt Hannover (2022): Senior*innenplan 2021. „Vom Hier ins Morgen – gut vernetzt für ein selbstbestimmtes Leben“. [SIM-DS 0695/2022](#) // Stand: 29.1.2024

¹²⁴ FUB IGES Wohnen + Immobilien + Umwelt GmbH (o.D.): Mietspiegelindex der FUB IGES. [Link](#) // Stand: 29.1.2024

Abb. 6-1: Preisklassen inserierter Angebotsmieten 2013/2014 und 2021/2022, Anteil in Prozent, Hannover



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Bereich Stadtentwicklung, Daten: empirica-Preisdatenbank

seit 2013: Anteil preiswerter Wohnungen massiv gesunken

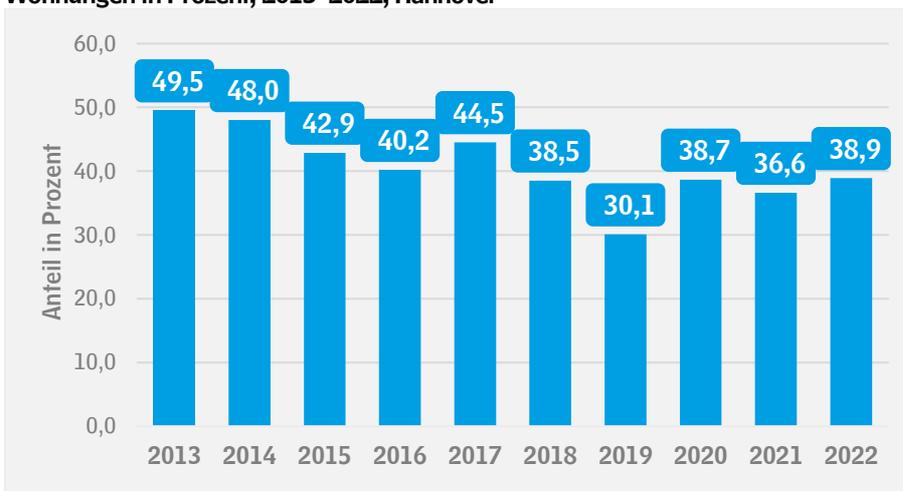
Wohnangebot, wenn Kosten der Unterkunft (KdU) übernommen werden

Steigende Mietpreise bewirken, dass ein abnehmender Anteil an Wohnungen den Angemessenheitskriterien (nach Größe, Zimmerzahl und Preis) entsprechen, die es braucht, damit sie von Transferleistungsempfänger*innen bezogen werden können. Für alle SGB II- und SGB XII-Transferleistungsempfänger*innen besteht Anspruch auf die Gewährung von angemessenen Unterkunftskosten (KdU).

Die Abbildung 6-2 zeigt die Verfügbarkeit von entsprechendem Wohnraum im letzten Jahrzehnt. Im Jahr 2013 fiel knapp jede zweite inserierte Wohnung unter die Angemessenheitskriterien. Im Jahr 2019 sank deren Anteil auf unter ein Drittel und verharrt in den letzten drei Betrachtungsjahren auf einem Niveau von unter 40 Prozent.

2013-2022: weniger Wohnungen für Transferleistungsempfangende

Abb. 6-2: Angebotene Wohnungen, die KdU-Kriterien erfüllen, an allen inserierten Wohnungen in Prozent, 2013-2022, Hannover



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Bereich Stadtentwicklung, Daten: empirica-Preisdatenbank

seit 2013: weniger Wohnungen, die KdU-Kriterien erfüllen

Wohnraumförderung von Stadt, Land und Region dämpfen die Preise

Die Entwicklung hin zu immer teurer werdenden Mietwohnungen wurde abgebremst, unter anderem durch den seit 2016 verstärkten Mietwohnungsneubau und die in Hannover eingeführte „Sozialquote“ im Wohnungsneubau von 25 Prozent (seit 2016) und von 30 Prozent ab 2022. Das bedeutet, dass für diesen Anteil der Mietneubauwohnungen Fördermittel aus dem Wohnraumförderprogramm der Landeshauptstadt Hannover zu beantragen waren (gegebenenfalls auch aus Landes- und/oder Regionsmitteln). Aufgrund dieser Förderungen kann der Mietpreis mit Eingangsmieten von zurzeit 6,10 bis 7,50 Euro – je nach Personenkreis – wesentlich geringer als die Marktmiete gehalten werden. Dabei bekommt die Stadt Hannover an mindestens 30 Prozent dieser geförderten Wohnungen ein Belegrecht. Das heißt, sie kann die Nachfragenden benennen, an die die Wohnungen vermietet werden sollen.

Da inzwischen nicht nur Wohnungssuchende mit geringem Einkommen Probleme haben, angemessenen Wohnraum in Hannover zu finden – das gilt insbesondere für Familien – wurden die Fördermöglichkeiten im Mai 2022 erweitert. Neben den bisherigen Fördermöglichkeiten für diesen Personenkreis (Überschreitung der Grenzen eines Wohnberechtigungsscheines bis 60 Prozent und Eingangsmiete 7,50 Euro) wurde eine weitere Förderung mit einer Eingangsmiete (nettokalt) von 8 Euro vom Rat der Stadt Hannover beschlossen.¹²⁵

Die Preis- und Belegungsbindung aus der Wohnraumförderung sind in der Regel zeitlich begrenzt – zurzeit meist zwischen 15 und 35 Jahren, je nach Förderart. Fallen die Wohnungen aus der Bindung, können sie auf dem freien Markt entsprechend der Marktmieten angeboten werden. Angebote an die Vermietenden, durch eine Nachfinanzierung die Bindung zu verlängern, werden oft nicht angenommen. Längere oder dauerhafte Bindungen wären wünschenswert, würden aber einen wesentlich höheren finanziellen Einsatz der öffentlichen Hand erfordern. Eine über 25 Jahre hinausgehende Bindung wurde von den meisten Investor*innen in der Vergangenheit – insbesondere in Zeiten niedriger Zinsen – abgelehnt.

Wohnungssuchende, die mit geringem Einkommen und Wohnberechtigungsschein eine geförderte Wohnung beziehen, bleiben erfahrungsgemäß oft lange Zeit finanziell in den Grenzen für einen Wohnberechtigungsschein. Einzelne Personengruppen, die mit Wohnberechtigungsschein in eine Wohnung eingezogen sind, könnten allerdings zwischenzeitlich nicht länger auf preiswerten Wohnraum angewiesen sein. Nach derzeitigem Mietrecht müssen sie in diesem Fall nicht umziehen, können dies aufgrund des Wohnungsmangels häufig auch gar nicht. Erfahrungsgemäß stärken sie allerdings die soziale Quartiersstruktur, so dass diese „Fehlbelegung“ in Kauf genommen werden kann.

Mehr und mehr Menschen brauchen preiswerten Wohnraum

Die Gruppe der Nachfragenden preiswerten Wohnraums ist groß und heterogen. Unterschiedliche Lebenslagen sind hierfür verantwortlich. In der Repräsentativerhebung 2022 gaben 13 Prozent der Befragten an, dass sie – wenn auch selten – Schwierigkeiten haben, ihre laufenden Wohnkosten zu zahlen, bei sechs Prozent kam dies regelmäßig vor.¹²⁶

im Neubau: 30 % geförderte
Wohnungen

seit 2022: Wohnungen für mittlere
Einkommen gefördert

Preis- und Belegungsbindungen nicht
von Dauer



¹²⁵ Landeshauptstadt Hannover (2022): Fortschreibung des Kommunalen Wohnraumförderprogrammes der Landeshauptstadt Hannover. [SIM-DS 1049/2022](#) // Stand 29.2.2024

¹²⁶ Landeshauptstadt Hannover, Bereich Stadtentwicklung (2023): Repräsentativerhebung 2022. [SIM-DS 2551/2023](#) // Stand: 29.1.2024

Mehr Menschen werden zukünftig auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sein und stehen auf dem Wohnungsmarkt in Konkurrenz zueinander. Laut Prognosen ist mit einer zunehmenden Anzahl von Transferleistungsbeziehenden zu rechnen, insbesondere durch ein Plus an Altersarmut. Auch die Strategie zur Abschaffung von Wohnungslosigkeit bis 2030 erfordert eine Kraftanstrengung zur Schaffung zusätzlichen preiswerten Wohnraums (siehe Kapitel 6.2)

Abb. 6-3: Bedarfsgruppen preiswertes Wohnen, Jahr 2022, Hannover



* Statistisches Bundesamt (Destatis)¹²⁷

Quelle: Landeshauptstadt Hannover Fachbereich Soziales, Statistiken der Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, unterschiedliche Datenstände

6.1.5 Bedarf an barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnungen ist hoch und steigend

Barrierefreier Wohnraum und/oder rollstuhlgerechte Bedingungen in Wohnungen, Gebäuden und Wohnumfeld sind für ein selbstbestimmtes Wohnen erforderlich, wenn Menschen aufgrund einer Behinderung, Erkrankung oder ihres Alters mobilitätseingeschränkt sind. Aber auch wenn Familienmitgliedern oder Freund*innen mit Mobilitätseinschränkung ein Besuch möglich sein soll.

Die Frage, wie viele Menschen auf barrierefreien Wohnraum angewiesen sind, lässt sich anhand vorhandener Daten nicht beantworten, genauso wenig die Frage, in welchem Umfang barrierefreier Wohnraum zur Verfügung steht. Unterschiedliche Quellen geben einen groben Überblick,

Bedarfsgruppen preiswertes Wohnens werden größer und konkurrieren untereinander

Bedarfsgruppen:

... nicht alle lassen sich zählen

... und sie überschneiden sich

nicht zählbar:

Angebot und Bedarf von Wohnungen für Mobilitätseingeschränkte

¹²⁷ Statistisches Bundesamt (Destatis) (2022): Pressemitteilung Nr. N066. [Link](#) // Stand: 29.2.2024

allen voran die Ergebnisse des Mikrozensus. Die Befragten sollten 2018 erstmalig **selbst einschätzen**, ob die eigene Wohnung Barrieren aufweist (Merkmale: Schwellenlosigkeit, Tür- und Flurbreiten, Situation in Küche und Bad und anderes).

Fakten aus dem Mikrozensus 2018:¹²⁸

- Deutschlandweit sind 2,4 Prozent und in Niedersachsen 3,6 Prozent der Wohnungen laut Selbstausskunft bezüglich der abgefragten Merkmale barriere reduziert¹²⁹.
- Je älter die Gebäude sind, desto seltener sind sie ohne Barrieren: Im Baualter 2011 und jünger trifft dies bundesweit auf 18,1 Prozent der Gebäude zu, in Niedersachsen auf 23,5 Prozent.
- Mit dem Einkommen steigt die barriere reduzierte Ausstattung der Wohnung. Bei einem Einkommen von unter 900 Euro traf dies deutschlandweit auf 8 Prozent der Befragten zu, bei einem Einkommen von 6.000 Euro und mehr auf 27 Prozent.¹³⁰

Wohnungen seltener barriere reduziert, wenn Bewohner*innen geringe Einkommen

Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) hat auf Basis des Mikrozensus 2022 ausgerechnet, dass deutschlandweit in mehr als drei Millionen Haushalten mobilitätseingeschränkte Menschen wohnen (7,4 Prozent aller Haushalte) und diese Gruppe bis zum Jahr 2035 nach IW-Schätzungen auf 3,7 Millionen Haushalte steigen wird. Im Jahr 2022 gab es demnach etwa 1,2 Millionen barriere reduzierte oder barrierefreie Wohnungen.¹³¹

Wohnen ohne Barrieren in Hannover

Wendet man die unterschiedlichen Quellen an, denen Mikrozensusdaten von 2018 oder 2022 zugrunde liegen, und überträgt die bundesweiten Eckdaten und Quoten auf die Stadt Hannover, kann man **sehr grob** folgendes Bild zeichnen:

Schätzung 1: In Hannover sind 23.000 Menschen mobilitätseingeschränkt

- Anteil der Haushalte mit mobilitätseingeschränkten Mitgliedern an allen Haushalten in Deutschland: 7,4 Prozent. Angewendet für Hannover liegt die Anzahl der mobilitätseingeschränkten Personen bei rund 23.000.
- Auf 100 mobilitätseingeschränkte Haushalte entfallen deutschlandweit gut 33 barriere reduzierte Wohnungen, für die Stadt Hannover sind dies rechnerisch rund 7.600 Wohnungen.
- Auf Basis der Schwerbehindertenstatistik berechnet „Null-Barriere.de“¹³² einen Anteil von 1,68 Prozent Rollstuhlfahrenden an der Gesamtbevölkerung. Überträgt man diesen Anteil auf Hannover, dürfte die Zahl der Rollstuhlfahrenden bei gut 9.000 liegen. Nicht alle hiervon benötigen Wohnraum, zum Beispiel, weil sie in Einrichtungen leben.

geschätzt: 7.600 barriere reduzierte Wohnungen

geschätzt: 9.000 Rollstuhlfahrende

Darüber hinaus kann als Quelle auf die Repräsentativerhebung 2022 zurückgegriffen werden:¹³³

- 10 Prozent der befragten Hannoveraner*innen stufen sich als mobilitätseingeschränkt ein. Unter Anwendung dieses Wertes lässt sich eine Zahl von rund 55.000 Mobilitätseingeschränkten errechnen.

Schätzung 2: In Hannover sind 55.000 Menschen mobilitätseingeschränkt

¹²⁸ Statistisches Bundesamt (Destatis) (2024), Barrierereduktion in der Wohnung. [Link](#) // Stand: 29.1.2024

¹²⁹ Hier wird vom Statistischen Bundesamt nicht von barrierefrei oder rollstuhlgerecht gesprochen, da es sich um eine Selbstausskunft der Befragten handelt und keiner Norm entspricht.

¹³⁰ BfB barrierefrei bauen (2019): Trendstudie 2019, Ergänzung Mikrozensus. [Link](#) // Stand: 1.3.2024

¹³¹ Institut der deutschen Wirtschaft (IW) (2023): Altersgerecht wohnen: Mindestens zwei Millionen Wohnungen fehlen. [Link](#) // Stand: 29.1.2024

¹³² nullbarriere.de (o.D.): Bedarf an barrierefreien Wohnungen in Deutschland. [Link](#) // Stand: 29.1.2024

¹³³ Landeshauptstadt Hannover, Bereich Stadtentwicklung (2023): Repräsentativerhebung 2022. [SIM-DS 2551/2023](#) // Stand: 29.1.2024

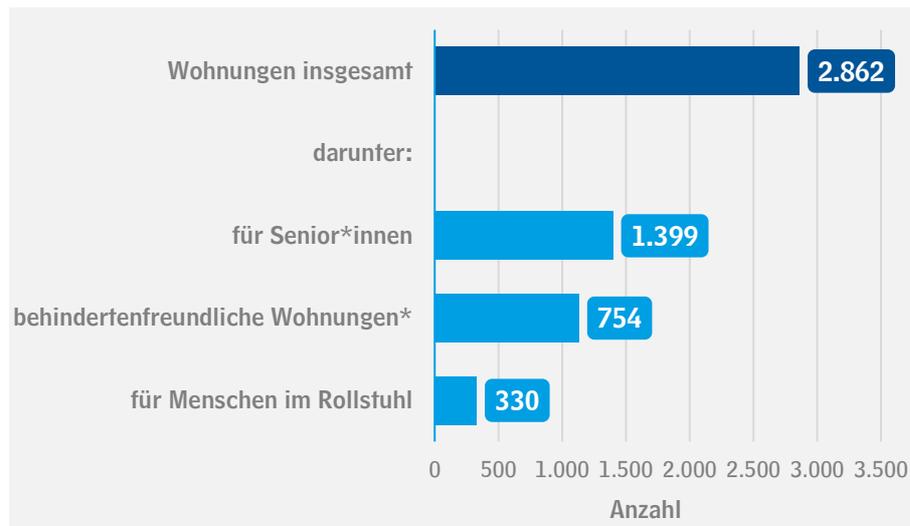
- Ein Drittel der Befragten bewertet die Barrierefreiheit der eigenen Wohnung als „gar nicht gut“. Erstaunlich ist dabei, dass nur 16 Prozent der Befragten im Alter von 75 Jahren und älter die Barrierefreiheit ihrer Wohnung als „nicht gut“ bewerten. Auch Befragte, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, beurteilen die Barrierefreiheit der eigenen Wohnung besser als nicht Eingeschränkte. Dies kann daran liegen, dass die Befragten tatsächlich eine barrierefreie Wohnung bewohnen. Es muss aber auch davon ausgegangen werden, dass sich Senior*innen mit ihrer Wohnsituation eher arrangieren und folglich positiver bewerten. Sie treibt auch die Sorge um, die Wohnung verlassen zu müssen, wenn sie eingestehen, dass die Rahmenbedingungen nicht länger geeignet sind (siehe Kapitel 5.2.4).

Senior*innen und Mobilitätseingeschränkte bewerten Barrierefreiheit positiver

Barrierefreie Wohnungen im Angebot

Für Hannover allein zählbar sind die geförderten Wohnungen für Menschen mit Behinderung und Senior*innen zur Belegung durch die Stadt Hannover oder direkt durch die Eigentümer*innen. Im Jahr 2023 gab es in Summe 2.862 geförderte barrierefreie, rollstuhlgerechte, behindertenfreundliche, preiswerte Wohnungen und solche, die explizit dem Wohnen von Senior*innen gewidmet sind.

Abb. 6-4: Geförderte Wohnungen für Menschen mit Behinderung und Senior*innen 2023, Hannover



2023: 2.862 geförderte Wohnungen für Menschen mit Behinderung & Senior*innen

Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Bereich Stadterneuerung und Wohnen

* dies können auch weitere rollstuhlgerechte Wohnungen sein / neuere Wohnungen vollständig barrierefrei - ältere Wohnungen oft nur barrierefrei erreichbar

Wenn auch nicht zählbar: Unter den Bestandswohnungen ist das Angebot an barrierefreien Wohnungen gering, vor allem dort, wo alte Bausubstanz dominiert. Durch den Neubau sind in den letzten Jahren zunehmend barrierefreie und rollstuhlgerechte Wohnungen entstanden, weil laut Niedersächsischer Bauordnung alle Neubauvorhaben mit mehr als vier Wohnungen barrierefrei errichtet werden müssen. Jede achte Wohnung muss für Rollstuhlfahrende geeignet sein. Allein in Kronsberg-Süd entstehen im Neubau zurzeit rund 4.000 barrierefreie Wohnungen, darunter rund 500 rollstuhlgerecht. Zu beobachten wird sein, ob die stadtweit entstehenden barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnungen bezüglich ihrer Größe für die vielfältigen Wohn- und Lebensformen von Menschen mit Behinderung und Senior*innen tatsächlich geeignet und bezahlbar sind.

Um den (steigenden) Bedarfen begegnen zu können (siehe Kap. 2.2.7), braucht es bereitwillige Wohnungseigentümer*innen oder Investor*innen zur Erstellung weiterer barrierefreier, rollstuhlgerechter Wohnungen im Neubau und zum Umbau im Bestand.

Zielgruppe sind ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung. Dabei geht es auch um die Schaffung von Wohnraum für Wohngruppen behinderter Menschen. In Hannover gibt es Initiativen und Arbeitskreise, die sich darum bemühen, mehr inklusive Wohnformen für ihre Familienangehörigen mit Behinderung zu realisieren, um so ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Menschen mit Behinderung – unabhängig von der Art der Behinderung – brauchen mehr Freiheiten bei der Wahl ihres Wohnraums. Fördermittel des Landes oder auch durch das städtische Wohnraumförderprogramm unterstützen diese Entwicklung und können in Anspruch genommen werden.¹³⁴

6.1.6 Wohnen sichern – Hilfe bei Wohnungsversorgung und Wohnungserhalt

Eine Vielzahl an Haushalten benötigt Unterstützung bei der Suche nach einer Wohnung, vor allem Suchende, die auf dem freien Wohnungsmarkt chancenlos sind. Hierzu zählen unter anderem Familien und Alleinerziehende mit mehreren Kindern, Haushalte mit Migrationshintergrund oder ohne gesichertes Erwerbseinkommen, Menschen mit Behinderung und Personen, deren Biographie problembelastet ist oder die in wirtschaftlich unsicheren Verhältnissen leben. Auch Senior*innen mit geringer Rente zählen dazu. Gleichzeitig droht einer Vielzahl an Mieter*innen der Verlust ihrer Wohnung in der Regel deshalb, weil die Mietkosten nicht gezahlt werden können. Bei Problemen der Wohnungsversorgung und des Wohnungserhalts stehen Hilfen und Unterstützungen zur Verfügung.

Belegrechtswohnungen

Die Stadt Hannover unterstützt die Versorgung mit angemessenem Wohnraum. Dabei werden sogenannte Belegrechtswohnungen genutzt, bei denen die Stadt Hannover den Wohnungseigentümer*innen beim Freiwerden einer Wohnung eine wohnungssuchende Person vorschlagen kann.

Belegrechtswohnungen sind von immer größerer Bedeutung vor dem Hintergrund steigender Mieten. Die Anzahl der ausgeübten Belegrechte konnte im letzten Jahrzehnt auf einem Niveau von um die 19.000 Wohnungen erhalten werden. Dies gelang, obwohl Bindungsfristen ausliefen, Vermieter*innen mangelnde Bereitschaft zeigten, neue Bindungen einzugehen sowie den bis zum Jahr 2015 kaum vorhandenen Neubaumaßnahmen. Der Wegfall von alten Belegrechten konnte bisher weitgehend ausgeglichen werden: durch vermehrten Wohnungsneubau, einem eigenen städtischen Wohnraumförderprogramm und der Vorgabe, geförderte Wohnungen zu errichten sowie durch Nachförderungen im Bestand. Zuletzt erfolgten im Jahr 2023 und Anfang 2024 politische Beschlüsse für die Verlängerung von mehr als 700 Belegrechtswohnungen.¹³⁵

Neubau: verpflichtend barrierefreie und rollstuhlgerechte Wohnungen



Haushalte brauchen Hilfe bei der Wohnungsversorgung oder beim Wohnungserhalt

rund 19.000 Wohnungen mit Belegrecht in Hannover

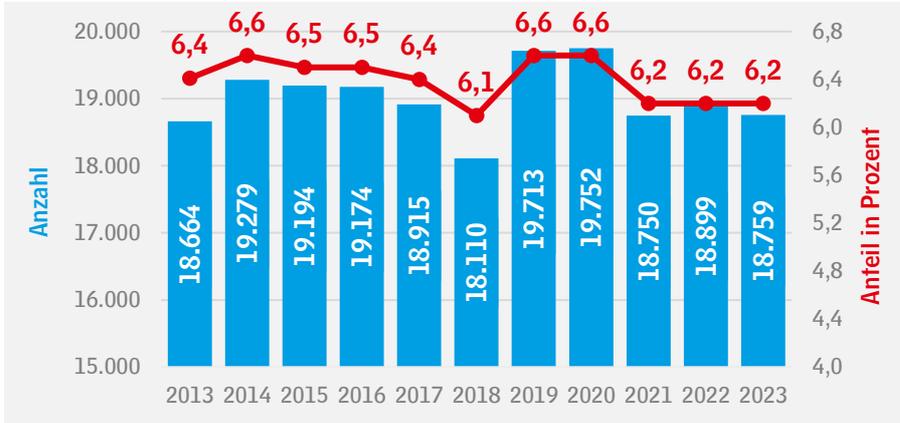
¹³⁴ Landeshauptstadt Hannover (2023): „Auf dem Weg zur inklusiven Stadt“ – Bericht der Verwaltung zum inklusiven Prozess in Hannover. [SIM-DS 1862/2023](#) // Stand: 24.1.2024

¹³⁵ Landeshauptstadt Hannover (2023): Aufwendungszuschüsse für Belegrechtswohnungen Verlängerung der im Jahr 2023 auslaufenden Bewilligungszeiträume. [SIM-DS 0288/2023](#) // Stand: 29.1.2024 ; Landeshauptstadt Hannover (2023): Aufwendungszuschüsse für Belegrechtswohnungen Verlängerung der im Jahr 2024 auslaufenden Bewilligungszeiträume. [SIM-DS 2546/2023](#) // Stand: 29.2.2024

Dem steigenden Bedarf an Wohnraum für Haushalte, die nur schwer Zugang zum freien Wohnungsmarkt finden, kann kaum eine entsprechende Anzahl von Belegrechtswohnungen entgegen gestellt werden. Und das trotz hohem finanziellen Einsatz der öffentlichen Hand. Ziel ist es, zumindest die derzeitigen Belegrechte zu halten.

steigender Bedarf, aber keine zunehmenden Belegrechte

Abb. 6-5: Ausgeübte Belegrechte am Gesamtwohnungsbestand, absolut und in Prozent, 2013–2023 Hannover

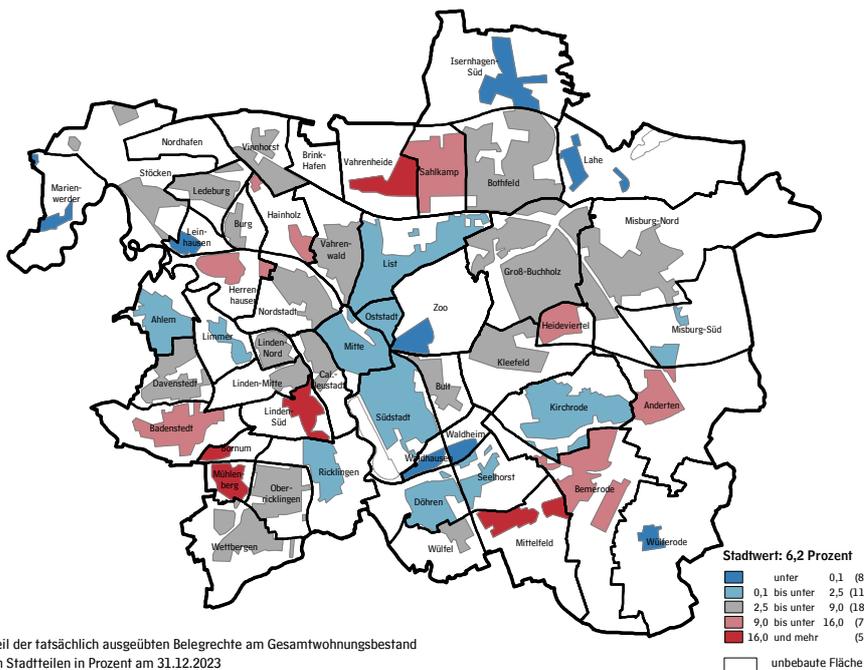


Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Bereich Stadterneuerung und Wohnen und Sachgebiet Wahlen und Statistik

im Bestand stabil, beim Anteil gesunken

Im Stadtdurchschnitt beträgt der Anteil der tatsächlich ausgeübten Belegrechte im Dezember 2023 am Gesamtwohnungsbestand 6,2 Prozent. Die ausgeübten Belegrechte sind über fast alle Stadtteile Hannovers und auf unterschiedliche Eigentümer*innen verteilt. Die höchsten Anteile an tatsächlich ausgeübten Belegrechten am Gesamtwohnungsbestand sind in den Stadtteilen Mittelfeld, Mühlberg, Vahrenheide, Bornum und Linden-Süd zu finden (siehe Karte „Belegrechtswohnungen 2023“).

Belegrechtswohnungen 2023



Anteil der tatsächlich ausgeübten Belegrechte am Gesamtwohnungsbestand nach Stadtteilen in Prozent am 31.12.2023

Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Bereich Stadterneuerung und Wohnen und Sachgebiet Wahlen und Statistik

18.759 Belegrechte ungleich über die Stadt verteilt.

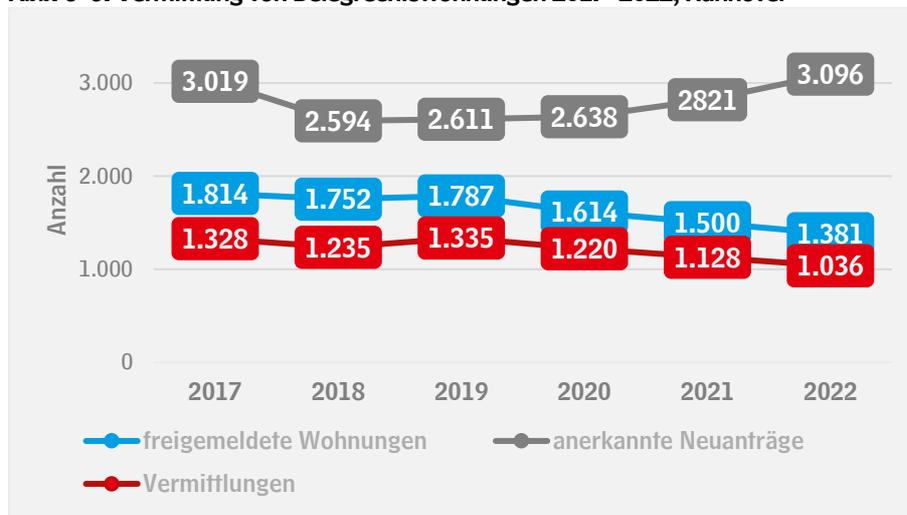
die höchsten Anteile in Mittelfeld, Mühlberg, Vahrenheide, Bornum, Linden-Süd

Belegrechte und Vermittlungschancen

Die Anzahl der Personen, die sich nicht selbst mit angemessenem Wohnraum versorgen können, liegt auf hohem Niveau. Abbildung 6-6 zeigt, dass im Jahr 2022 3.096 Anträge auf Vermittlung einer Belegrechtswohnung anerkannt wurden. Dies entspricht annähernd dem Niveau von 2017, nach einem deutlichen Rückgang im Jahr 2018. Das Verhältnis zwischen den Anträgen auf Wohnungsvermittlung und tatsächlicher Vermittlung verschlechtert sich zunehmend, weil immer weniger Wohnungen zur Vermittlung zur Verfügung stehen. Waren es 2017 noch 1.814 freigelegte Wohnungen und 1.328 Vermittlungen, wurden im Jahr 2022 nur noch 1.381 Wohnungen frei und 1.036 konnten vermittelt werden. Die Schere zwischen freigelegten Wohnungen, anerkanntem Bedarf und Vermittlung geht immer weiter auseinander (Abb. 6-6).

Schere zwischen freigelegten Wohnungen, Bedarf und Vermittlung geht auseinander

Abb. 6-6: Vermittlung von Belegrechtswohnungen 2017-2022, Hannover



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Bereich Stadterneuerung und Wohnen

2017-2022:
Anzahl der Neuanträge steigt
Anzahl freier Wohnungen und Vermittlungen geht zurück

Wohnungserhaltende Hilfen

Drohender Wohnungsverlust ist für Betroffene eine soziale, wirtschaftliche und emotionale Ausnahmesituation. Die Ursachen für den drohenden Wohnungsverlust sind vielfältig. Allein im Jahr 2022 wurden der Stadt Hannover 683 Räumungsklagen gemeldet und 264 Räumungen wurden durchgeführt.

2022: 683 Räumungsklagen & 264 Räumungen

Wohnungsverlust zu vermeiden ist Ziel der Stadt Hannover. Hier setzen die „wohnungserhaltenden Hilfen“ an. Im Jahr 2022 konnten 486 Fälle abgeschlossen werden. In gut einem Viertel der Fälle konnte Wohnraum erhalten werden (26,4 Prozent), in einem Fünftel der Fälle erfolgte ein Umzug in eine andere Wohnung (20,8 Prozent). Für die größte Gruppe (48,1 Prozent) liegen keine Informationen über den Verbleib vor. Wenige Betroffene mussten durch die Stadt Hannover untergebracht oder vermittelt werden. Die Regulierung von Mietschulden bietet die Chance, einen dauerhaften Wohnungserhalt zu erreichen. In vielen Fällen schaffen die betroffenen Haushalte diesen Ausgleich nicht alleine oder es sind weitere Hilfen und Unterstützung für eine dauerhafte Sicherung der Wohnung erforderlich. Wenn Beratungskapazitäten und Unterstützung bereits zu einem frühen Zeitpunkt angeboten werden können, im besten Fall vor Erhebung einer Räumungsklage, bieten sich Chancen für eine gute Einigung zwischen Vermietenden und Mieter*innen.¹³⁶

Ziel: Wohnungsverlust vermeiden

¹³⁶ Landeshauptstadt Hannover (2022): Einrichtung einer Fachstelle zur Vermeidung von Wohnungsverlust. [SIM-DS 1587/2022](#) // Stand: 29.1.2024

Durch den Aufbau einer kommunalen Fachstelle im Jahr 2023 soll die individuelle Unterstützung durch Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen verbessert werden. Sie hat zur Aufgabe, die bestehenden Unterstützungsleistungen zu bündeln, zu koordinieren und zusätzliche Kapazitäten für Beratungs- und Unterstützungsangebote aufzubauen.

Fachstelle: individuelle Unterstützung für von Wohnungslosigkeit Bedrohte

Übergang von der Unterkunft in eine Wohnung

Ein großer Teil von Bewohner*innen in Unterkünften leben dort seit langer Zeit, manche seit vielen Jahren. Um Übergänge in eine eigene Wohnung zu unterstützen, startet der Fachbereich Gesellschaftliche Teilhabe mit einem neuen Unterstützungs- und Beratungsangebot für Bewohner*innen einer Unterkunft. Dessen Arbeit wird jedoch durch die geringe Anzahl der zur Verfügung stehenden Wohnungen limitiert.

6.1.7 Wohnungen und Wohnumfeld im sozialen und inklusiven Quartier

Eine Wohnung ist eingebettet in ihr Wohnumfeld, ihr Quartier, den Stadtteil, in dem sie sich befindet. Sie ist die Grundlage für Nachbarschaft, Quartiersentwicklung und soziales Miteinander.

das Quartier ist Grundlage des sozialen Miteinanders

Auch wenn es in einer Großstadt wie Hannover eine erhebliche Fluktuation gibt – in einigen Stadtteilen ganz besonders – wohnen viele Bewohner*innen seit Jahren an einem Ort und bewegen sich im Falle eines Umzugs in die nähere Umgebung. Die Wanderungsbefragung 2021¹³⁷ kommt zum Ergebnis, dass im Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019 jede*r vierte Hannoveraner*in, der*die innerhalb der Stadt Hannover umzog, dies innerhalb des eigenen Stadtteils tat. Ein weiteres knappes Viertel der Umzüge erfolgte in einen räumlich direkt angrenzenden Stadtteil.

Was schätzen die Bewohner*innen an ihrem Stadtteil / ihrem Quartier? Es ist die emotionale Verbundenheit, gepaart mit langjährigen Nachbarschaften. Es sind auch persönliche und formelle Netzwerke, informelle Hilfen und Angebote, die auf die dortige Bewohnerschaft abzielen, insbesondere in Quartieren mit sozialem Handlungsbedarf.

Quartier: informelle und formelle Netzwerke

Diese Verbundenheit ist von besonderer und zunehmender Bedeutung im Zusammenhang mit zunehmender Individualisierung, dem demografischen Wandel und dem Wunsch von Senior*innen, in ihren Wohnungen bleiben zu können. Quartiere sozial und inklusiv (weiter) zu entwickeln ist von zunehmender Relevanz. Die Rahmenbedingungen für Hannover definiert hierzu das Basis-konzept für eine „soziale und inklusive Quartiersentwicklung“.¹³⁸ Es bildet die Grundlage für Teilhabeförderung im Quartierskontext.

Leitlinie der Stadt(teil)entwicklung: soziale und inklusive Quartiersentwicklung

In diesem Sinne wirken in der Stadt Hannover in **Bestandsquartieren** unter anderem das Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“ mit aktuell sechs Fördergebieten, das Programm „alter(n)sgerechte Quartiersentwicklung“ und das Projekt „Quartierszentrenbildung“.¹³⁹ Auch in den größeren **Neubauvorhaben**, wie zum Beispiel der Entwicklung Kronsberg-Süd mit rund 4.000 Wohnungen, geht es darum, nicht allein



¹³⁷ Landeshauptstadt Hannover (2021): Wanderungen der Landeshauptstadt Hannover zwischen Wiedervereinigung und Corona-Pandemie. [SIM-DS 2297/2021](#) // Stand: 29.1.2024

¹³⁸ Landeshauptstadt Hannover (2022): Schlüsselfaktoren für eine nachhaltige Quartiersentwicklung. [SIM-DS 2759/2022](#) // Stand: 29.1.2024

¹³⁹ Landeshauptstadt Hannover (2022): Senior*innenplan 2021: „Vom Hier ins Morgen – gut vernetzt für ein selbstbestimmtes Leben“. [SIM-DS 0695/2022](#) // Stand: 29.1.2024

auf Wohnungsbau zu fokussieren, sondern die Rahmenbedingungen für eine „soziale und inklusive Quartiersentwicklung“ zu schaffen.

6.2 Wohnungsnotfälle

Ohne Wohnung zu sein, ist eine der sozial prekärsten Lagen überhaupt. Wohnungsverlust steht oft am Ende einer Kette vorangegangener ganz unterschiedlicher Problemlagen wie Scheidung oder Trennung, Überschuldung, soziale Konflikte oder gesundheitliche Probleme. Wohnungslosigkeit betrifft in vielen Fällen auch Menschen, die aus dem europäischen Ausland eingewandert sind, um in Deutschland zu arbeiten, aber keinen Zugang zum Arbeitsmarkt fanden. Ohne Wohnung zu sein, ist Auslöser für mangelnde gesellschaftliche Teilhabe, führt häufig zu Krankheit und Isolation.

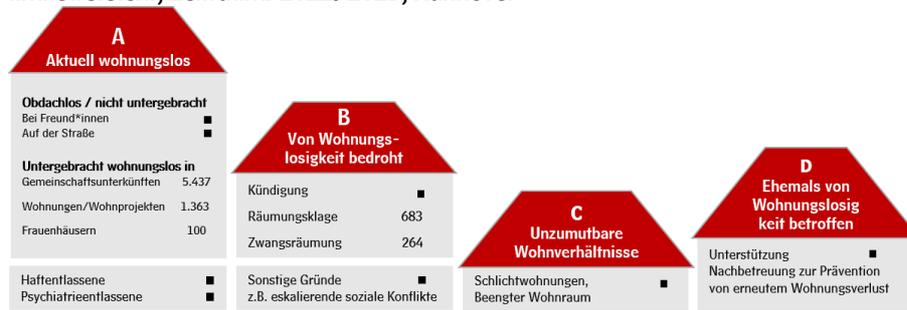
ohne Wohnung zu sein, ist eine der sozial prekärsten Lagen überhaupt

6.2.1 Nicht zählbares sichtbar machen

Wie viele Personen in Hannover als Wohnungsnotfall gelten, kann nicht gezählt werden. Der folgende Abschnitt versucht den Blick auf Lebenslagen und Bedarfsgruppen zu lenken, die prekärer kaum sein können (siehe Abb. 6-7). Ziel ist es, einen systematischen Überblick zu schaffen und gleichzeitig die Wahrnehmung zu weiten: denn Wohnungslosigkeit bedeutet mehr als auf der Straße zu leben. (Zählbare) Bedarfe können und sollen aus dieser Übersicht nicht abgeleitet werden.

Wohnungslosigkeit: mehr als Straßenobdachlosigkeit

Abb. 6-7: Wohnungsnotfälle nach Definition der BAG Wohnungslosenhilfe – Eckdaten und Übersicht, Zeitraum: 2022/2023, Hannover



Wohnungsnotfälle im Überblick A-D

■ Informationen, Daten liegen nicht vor

Quelle: nach Definition der BAG Wohnungslosenhilfe, eigene Darstellung, Daten Landeshauptstadt Hannover, Fachbereich Gesellschaftliche Teilhabe

A. Aktuell wohnungslos

Laut Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslose e.V. wird die Gesamtzahl der Wohnungslosen in Deutschland im **Gesamtjahr 2022** auf 607.000 geschätzt. Im Vergleich zum Vorjahr (383.000 Wohnungslose) ein Anstieg um 58 Prozent. Der massive Zuwachs betrifft vor allem Ausländer*innen (+ 118 Prozent) und ergibt sich durch den Zuzug und die Unterbringung Geflüchteter aus der Ukraine.¹⁴⁰

Das Statistische Bundesamt erhebt die Anzahl der untergebrachten Personen. Anfang 2022 waren deutschlandweit 372.000 Personen ohne Wohnung und untergebracht (+ 41 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). In dieser Zählung **nicht enthalten** sind Personen, die auf der Straße leben oder bei

2022: 2.060 untergebrachte Wohnungslose in Hannover

¹⁴⁰ Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (2023): Pressemitteilung. Mindestens 607.000 Menschen in Deutschland wohnungslos. [Link](#) // Stand: 29.1.2024

Freund*innen, Bekannten, Verwandten Unterschlupf gefunden haben. Für die Stadt Hannover wurde vom Landesamt für Statistik Niedersachsen eine Sonderauswertung durchgeführt. Am 31.01.2022 gab es in Hannover 2.060 untergebrachte wohnungslose Personen. Darunter waren 61 Prozent männlich, 70 Prozent hatten eine ausländische Staatsangehörigkeit, 25 Prozent die Nationalität eines Mitgliedstaates der EU. 29 Prozent der Wohnungslosen waren Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

Obdachlose - nicht untergebracht: Wer ohne mietrechtlich abgesicherte Wohnung ist und **nicht institutionell untergebracht**, gilt als obdachlos. Diese Personen haben keine Unterkunft. Sie leben in Behelfsunterkünften, kommen bei Freund*innen, Bekannten und Verwandten unter, übernachten im Hotel oder auf der Straße. Es gibt keine Information über die Anzahl der im Freien übernachtenden Obdachlosen in Hannover. Übernachtungsmöglichkeiten in Gemeinschaftsunterkünften werden von diesen Personen aus Angst vor Gewalt und Repressalien oft nicht in Anspruch genommen. Die Straßenobdachlosigkeit ist stark durch die EU-Binnenzuwanderung geprägt.

verdeckte Wohnungslosigkeit: nicht zählbar

Wie viele Personen privat unterkommen und somit verdeckt wohnungslos sind, ist nicht bekannt. Insbesondere Frauen wählen eher eine Übernachtung bei Freund*innen oder Bekannten, nicht selten unter prekären Bedingungen.

Wohnungslose - institutionell Untergebrachte: Wohnungslos ist, wer ohne mietrechtlich abgesicherte Wohnung ist und institutionell untergebracht wurde. Dies erfolgt durch Unterbringung in Notunterkünften, zum Teil als ordnungsrechtlich angeordnete Maßnahme einer Behörde.

- In Trägerschaft der Stadt Hannover und in freier Trägerschaft gibt es **Unterbringungskapazitäten für rund 1.100 Obdachlose** (Stand 12/2023). Diese werden in angemieteten Wohnungen (36 Wohnungen), Wohnprojekten (158 Wohnungen mit 222 Plätzen), Gemeinschaftsunterkünften für Familien (420 Plätze), Gemeinschaftsunterkünften für Männer (295 Plätze) und Frauenunterkünften (100 Plätze) angeboten. Darüber hinaus wurden Notschlafstellen am Stichtag 31.12.2023 von 174 Personen aufgesucht.
- Im Bereich der **Flüchtlingsunterbringung** verfügte die Stadt Hannover im Januar 2024 über gut 6.800 Unterbringungsplätze, davon 3.000 in Wohnheimen, 860 Plätze in Wohnprojekten und 320 Plätze in Wohnungen / Schlichtwohnungen. Darüber hinaus gibt es 1.340 Plätze in Notunterkünften und weitere 1.300 Plätze in Notunterkünften für Geflüchtete aus der Ukraine.

2023: 1.100 Plätze für Obdachlose in Unterkünften

2024: 6.800 Plätze in Unterkünften für Geflüchtete

Frauenhäuser nehmen Frauen auf, die Opfer häuslicher Gewalt geworden sind. In der Stadt Hannover gibt es rund 100 Plätze in fünf Einrichtungen. Ziel ist es, dass betroffenen Frauen und - wenn vorhanden – deren Kinder möglichst schnell eine für sie sichere eigene Wohnung finden. Dies ist aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes derzeit schwer zu realisieren, so dass Frauen länger als geplant in den Frauenhäusern bleiben müssen und Plätze für weitere in Not geratene Frauen nicht frei werden.

zu wenig Wohnungen: hohe Verweildauer in Frauenhäusern

Haft- und Psychatrieentlassene: Wohnungslos sind auch Personen, deren Entlassung aus einer sozialen oder therapeutischen Einrichtung kurz bevorsteht, beziehungsweise deren Entlassung sich verzögert, weil keine Wohnung verfügbar ist. Auch für Personen, die aus einer Haftanstalt entlassen werden, ist oft keine Wohnung vorhanden.

B. Von Wohnungslosigkeit bedroht

Von Wohnungslosigkeit bedroht sind Personen, deren Verlust der Wohnung unmittelbar bevorsteht. Dies droht wegen Kündigung durch Vermietende, einer Räumungsklage oder einer Zwangsäumung. Auch eskalierende soziale Konflikte oder von Gewalt geprägte Lebensumstände können hierfür verantwortlich sein. In Hannover meldete das Amtsgericht der Stadt Hannover im Jahr 2022 683 Räumungsklagen wegen Mietschulden und 329 konkrete Räumungstermine.

von Wohnungslosigkeit bedroht: Verlust der Wohnung steht unmittelbar bevor

C. Unzumutbare Wohnverhältnisse

Unzumutbar wird Wohnen, wenn viele Personen in einer dafür zu kleinen Wohnung leben und / oder die Wohnung eine völlig unzureichende Ausstattung (zum Beispiel ohne Bad, Dusche, WC) aufweist. Wohnungen können auch baulich unzumutbar, beziehungsweise gesundheitsgefährdend sein. Eine Wohnung ist nicht mehr zumutbar, wenn sie für eine Person aufgrund von gesundheitlichen und sozialen Notlagen nicht mehr geeignet ist. Dies gilt auch, wenn konfliktbeladene und von Gewalt geprägte Lebensumstände vorliegen.

unzumutbar Wohnen: zu klein, schlechte Ausstattung

D. Ehemals von Wohnungslosigkeit Betroffene

Ehemals von Wohnungslosigkeit Betroffene, die mit Wohnraum versorgt wurden, sind in der Regel auf Unterstützung angewiesen, damit nicht erneut Wohnungsverlust droht. Dies kann institutionell und zeitlich begrenzt erfolgen (zum Beispiel betreutes Wohnen) oder dauerhaft im Rahmen einer wohnergänzenden Unterstützung.

Unterstützung, damit nicht erneut Wohnungsverlust droht

Abschaffung der Obdachlosigkeit bis 2030¹⁴¹

Die Europäische Union, die Bundesregierung und auch die Landeshauptstadt Hannover verfolgen das Ziel, Obdach- und Wohnungslosigkeit in Deutschland bis 2030 zu überwinden. Das Ziel wird konkret formuliert als: „Kein Mensch muss 2030 mehr auf der Straße leben, weil jeder Mensch Zugang zu einem gesicherten Wohnraum hat – 24 Stunden, 7 Tage die Woche. Sofern notwendig, unterstützt die Stadt Hannover, um Wohnraum zu erhalten. Wohnungslose Menschen werden darin bestärkt, eine Perspektive aus ihrer Notlage zu entwickeln.“¹⁴² Die Stadt Hannover startet unter Federführung des Fachbereichs Gesellschaftliche Teilhabe einen Prozess, mit dem ein entsprechendes kommunales Konzept unter Beteiligung interner und externer Akteur*innen, Interessenvertretungen, Zivilgesellschaft und betroffenen Menschen erarbeitet und umgesetzt wird. Dabei ist der Zugang zu Wohnraum eine wichtige Facette.

Ziel EU, Deutschland, Kommunen: Obdachlosigkeit überwinden



¹⁴¹ Landeshauptstadt Hannover (2024): Beschluss des Verfahrens zu einer Konzepterstellung zur Abschaffung der Obdachlosigkeit bis 2030. [SIM-DS 0325/2024](#) // Stand: 23.2.2024

¹⁴² Landeshauptstadt Hannover (2024): Beschluss des Verfahrens zu einer Konzepterstellung zur Abschaffung der Obdachlosigkeit bis 2030. [SIM-DS 0325/2024](#) // Stand: 23.2.2024

6.2.2 Wohnungslos in Hannover – Befragung Betroffener

Die Situation der Wohnungslosen wurde einmalig im Rahmen der Online-Befragung „Wohnungslosigkeit in Hannover“ im April 2021 erhoben.¹⁴³ An der Befragung nahmen 331 Personen ohne festen Wohnsitz teil: sie waren überwiegend männlich, im Alter von 25 bis 54 Jahren, zu dreiviertel alleinlebend. Die Hälfte der Teilnehmenden hatte einen Migrationshintergrund und fast ein Drittel der teilnehmenden Eingewanderten sprach wenig oder kein Deutsch. 73 Prozent der Teilnehmenden suchten eine Wohnung. Als größte Probleme bei der Wohnungssuche wurden die Folgenden benannt: „zu teuer“, „Schulden/Schufa“, „das schaffe ich nicht alleine“, „Vermieter wollen mich nicht“, „keine passende Wohnung“, „kein Anspruch in Hannover“ (Abb. 6-8).

Abb. 6-8: Probleme Wohnungsloser bei der Wohnungssuche – Befragung 2021 (N=331, Mehrfachnennungen waren möglich), Hannover



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Dezernat für Soziales und Integration

Die Mehrheit der Befragten wünschte sich Unterstützung bei der Wohnungssuche, und zwar:

- eine Person, die die Wohnungssuche übernimmt (63 Prozent) und/oder
- jemand, der*die bei der Wohnungssuche begleitet (60 Prozent) und/oder
- sprachliche Hilfe (23 Prozent).

Die teilnehmenden wohnungslosen Personen sind in der Mehrheit auf Wohnungssuche und geben an, Unterstützung zu benötigen.

Befragung 2021: 331 wohnungslose Personen nahmen teil

Befragung 2021: drei Viertel der Wohnungslosen suchen eine Wohnung

wohnungssuchende Wohnungslose benötigen Unterstützung



¹⁴³ Landeshauptstadt Hannover (2021): Wohnungslosigkeit in Hannover. [SIM-DS 2036/2021](#) // Stand: 29.1.2024

6.3 Kommunale Handlungsspielräume

Das Kapitel 6 „Wohnen und Teilhabe“ zeigt eine Vielzahl von kommunalen Handlungsoptionen im Themenfeld Wohnen auf. Weitere kommunale Handlungsspielräume sind im Wohnkonzept 2023 enthalten.¹⁴⁴

Zusammenfassend beziehen sich kommunale Handlungsspielräume auf die folgenden Aspekte:

- Schaffung von Wohnungen: im Bestand und im Neubau,
- ausgeglichenen Wohnungsmix beachten: für Erhalt und Entwicklung förderlicher soziodemografischer Strukturen und Quartiersstrukturen,
- preiswertes Wohnen sichern und ausbauen: für heterogene und zueinander in Konkurrenz stehende Zielgruppen,
- Wohnungen ohne Barrieren schaffen – auch preiswert,
- Zugänge für Personen ohne Chance auf dem Wohnungsmarkt schaffen,
- Quartiere als Orte begreifen, in denen nicht nur gewohnt wird, sondern sich das Gemeinwesen und somit soziales Miteinander entwickelt,
- Räumungsklagen verhindern – Wohnungslosigkeit verhindern,
- Strategie 2030 – Abschaffung der Wohnungslosigkeit.

viele lokale Anfassers für soziales Wohnen



¹⁴⁴ Landeshauptstadt Hannover, Bereich Stadtentwicklung (2023): Fortschreibung des Wohnkonzeptes für die Landeshauptstadt Hannover bis 2025. [SIM-DS 1733/2023](#) //Stand: 29.1.2024

7. Gesundheitliche Teilhabe

Grundsätzlich steht in Deutschland allen ein hochqualifiziertes und breitgefächertes Angebot an medizinischen Leistungen, Beratung, Förderung und Gesundheitsprävention zur Verfügung – gerade in Großstädten wie Hannover. Über Krankenversicherungen und andere Leistungsträger ist die Kostenübernahme vieler Angebote geregelt. Eine Vielzahl an sozialen und leistungsrechtlichen Angeboten hält auch das Öffentliche Gesundheitswesen vor, Gesundheit und Gesundheitsprävention sind Kernthemen in Kindertagesstätten, Schulen, in der Senior*innen- und in der Quartiersarbeit. Ob und von wem gesundheitliche und gesundheitsfördernde Angebote in Anspruch genommen werden, hängt vom Zugang jedes einzelnen zu gesundheitlichen Themen und Angeboten ab: Sind Angebote bekannt, erreichbar, ausreichend und angemessen zeitnah erhältlich, bezahlbar, inklusiv oder vermittelt jemand dorthin? Wer hat also daran teil und wer im Gegenschluss nicht?

nicht alle haben Zugang zu Angeboten des Gesundheitssystems

7.1 Zugangsbarrieren zum Gesundheitswesen

Tatsächlich ist es nicht allen in Deutschland Lebenden rechtlich möglich, das Gesundheitswesen umfänglich zu nutzen. Es gibt Zugangsbarrieren oder nur ein eingeschränktes medizinisches Leistungsangebot für alle, die ohne Krankenversicherung sind und für alle, deren Aufenthaltsstatus in Deutschland entsprechende Regelungen beinhaltet. Weiterhin gibt es eine Vielzahl von Menschen, die über einen bestehenden Versicherungsschutz verfügen, gleichzeitig aber reduzierten Zugang zu medizinischen Leistungen erfahren. Menschen, die sich in prekären Lebensumständen befinden, erleben häufig, dass das Gesundheitssystem – neben den leistungsrechtlichen – auch soziale Zugangsbarrieren bereithält.

leistungsrechtliche und soziale Zugangsbarrieren

Rechtliche Hürden

Trotz allgemeiner Krankenversicherungspflicht gab es laut Mikrozensus in Deutschland im Jahr 2019 rund 61.000 Personen, die nicht krankenversichert waren und damit keinen oder nur eingeschränkten Krankenversicherungsschutz hatten.¹⁴⁵ Schätzungen gehen davon aus, dass deutschlandweit eine halbe bis eine Million Menschen keine Krankenversicherung haben. Die Diskrepanz ergibt sich, weil im Mikrozensus nur diejenigen befragt werden, die in Deutschland gemeldet sind, einen Aufenthaltstitel haben und in Privathaushalten leben.¹⁴⁶ Laut Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) waren im Jahr 2020 unter akut wohnungslosen Menschen 15,9 Prozent nicht krankenversichert und bei Personen, die ganz ohne Unterkunft auf der Straße leben, betrug der Anteil 21,7 Prozent.¹⁴⁷

trotz Versicherungspflicht: Viele nicht krankenversichert

Einen vertieften Einblick liefert der Gesundheitsreport der „Ärzte der Welt“. Grundlage hierfür sind Erhebungen im Rahmen des Praxisbetriebs kostenloser medizinischer Dienste in Berlin, München, Hamburg und Stuttgart. Es liegen aus dem Jahr 2020 Befragungsergebnisse von fast 1.000 Patient*innen vor.¹⁴⁸ Gut zwei Drittel der Patient*innen hatten keinen Versicherungsschutz, ein Viertel nur Zugang zu eingeschränkten medizinischen Leistungen. Als Barrieren für den Zugang zum Gesundheitssystem nannten die Patient*innen vor allem „Angst vor hohen Kosten“ „Unkenntnis des Gesundheitssystems“ und „administrative Probleme“. Dies führte dazu, dass fast die Hälfte aller

Barrieren: Angst vor Kosten, Unkenntnis des Gesundheitssystems, administrative Probleme

¹⁴⁵ Statistisches Bundesamt (Destatis) (2020): Fachserie 13, Angaben zur Krankenversicherung. [Link](#) // Stand 22.2.2024

¹⁴⁶ Deutsches Ärzteblatt (2022): Menschen ohne Krankenversicherung: Ein oft übersehenes Problem. 119(41). [Link](#) // Stand 22.2.2024

¹⁴⁷ BAG Wohnungslosenhilfe e.V. (2020): Statistikbericht 2020. [Link](#) // Stand 22.2.2024

¹⁴⁸ Ärzte der Welt (o.D.): Gesundheitsreport (2023). [Link](#) // Stand 22.2.2024

Patient*innen, und unter den obdachlosen Patient*innen gut drei Viertel, trotz einer Erkrankung auf Gesundheitsversorgung verzichtete.

Wie viele Personen sind in Hannover betroffen und haben aus rechtlichen Gründen keinen oder einen reduzierten Zugang zu medizinischen Leistungen? Aus welchen Gründen? Selbst um diese Zahl zu schätzen, fehlen die Grundinformationen und die wenigen vorhandenen Statistiken sind nicht kompatibel. Dies ist Ausdruck der Vielschichtigkeit und Unübersichtlichkeit der Thematik.¹⁴⁹ Die Rahmenbedingungen für die Betroffenen legen übergeordnete Gesetzgebungen fest und diese sind kommunal nicht zu beeinflussen.

Es lässt sich grob zusammenfassen: Keinen oder einen eingeschränkten Leistungsanspruch hat

- wer trotz Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung ohne Krankenversicherung ist,
- wer Beitragsschulden bei seiner Krankenversicherung hat (zwei Monate und mehr),
- wer als EU-Bürger*in kein Freizügigkeitsrecht genießt (weil nicht erwerbstätig),
- wer sich vorübergehend in Deutschland aufhält und eine europäische Krankenversicherungskarte besitzt,
- Asylbewerber*innen in den ersten 18 Monaten ihres Aufenthalts im Bundesgebiet.

Für sie alle gilt: Sie erhalten eingeschränkte Leistungen, eine Notfallversorgung. Bei hilfebedürftigen EU-Ausländer*innen ohne Freizügigkeitsrecht erfolgt die Übermittlung des Behandlungsbedarfs von der Leistungsbehörde an die Ausländerbehörde – gegebenenfalls verbunden mit aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen. Für alle gilt die Situation, dass Ärzt*innen oft eine Behandlung verweigern, sofern kein Notfall vorliegt. Die Konsequenz ist häufig das Verschleppen von Krankheiten. Hilfe bieten kostenlose medizinische Dienste. Um dieses nutzen zu können, braucht es Orientierung und Wegweisung und einen Angebotsumfang, der dem Bedarf gerecht werden kann.

Soziale Hürden

Menschen, die sich in prekären Lebensumständen befinden, erleben häufig, dass das Gesundheitssystem trotz bestehendem Versicherungsschutzes soziale Zugangsbarrieren aufweist. Vorurteile gegenüber obdachlosen oder drogengebrauchenden Menschen, die einer medizinischen Behandlung bedürfen, werden von Betroffenen immer wieder als Grund genannt, warum der Weg in die Wartezimmer von Arztpraxen nicht möglich ist, beziehungsweise als nicht möglich wahrgenommen wird. Empfundene Scham, auch durch negative Erfahrungen im Rahmen medizinischer Versorgungsangebote, ist somit eine massive Zugangsbarriere ins Gesundheitssystem.

Für dringend notwendige Behandlungen von physischen Erkrankungen wenden sich betroffene Menschen in Hannover an Zusatzangebote, wie zum Beispiel die Caritas Straßenambulanz oder das Zahnmobil der Diakonie. Bei diesen Angeboten wird ein Umgang auf Augenhöhe erlebt. Allerdings findet auf diese Weise keine Versorgung im eigentlichen System statt. Besteht vor oder nach

drei Viertel der obdachlosen Menschen verzichten auf Gesundheitsversorgung

wer hat keinen oder einen eingeschränkten Leistungsanspruch?

besonders betroffen:

EU-Bürger*innen ohne Arbeit, Asylbewerber*innen

Diskriminierungserfahrungen und -erwartungen

¹⁴⁹ Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. und Gleichbehandlungsstelle EU-Arbeitnehmer bei der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2020): Personen ohne Versicherungsschutz. Gesundheitsversorgung für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger im Überblick. [Link](#) // Stand 22.2.2024

einer Behandlung Unklarheit über die Kostenübernahme, bietet die Clearingstelle, ein Kooperationsprojekt der Diakonie und Caritas, Unterstützung.

Behandlungskapazitäten sind insgesamt knapp, besonders im Bereich der psychiatrischen Versorgung. Hier ist eine weitere Zugangsbarriere im Kontext der vorhandenen Ressourcen zu sehen. Menschen mit bestehender Substanzabhängigkeit – was als psychische Erkrankung gilt – treffen bei der Suche nach Unterstützung im psychiatrischen Versorgungssystem häufig auf Ablehnung. Gleiches gilt für Personen, die sich in Wohnungsnotfallsituationen befinden.

Auch wenn ein Versicherungsschutz besteht, können Vorurteile und Ressourcenknappheit zu enormen Zugangsbarrieren werden – insbesondere für Menschen in prekären Lebenssituationen. Ihre gesundheitliche Situation wird, neben den bereits bestehenden Schwierigkeiten, zu einer zusätzlichen Belastung.

Behandlungskapazitäten, besonders im Bereich der psychiatrischen Versorgung sind knapp

7.2 Gesundheit & Klima- und Umwelteinflüsse

Zunehmend gibt es gesundheitliche Belastungen, die Klima- und Umwelteinflüssen zugeschrieben werden müssen. Lärm- und Luftbelastungen, Hitzeereignisse und anderes führen zu unterschiedlichen Krankheitsbildern. Und auch hier gilt, dass Klima- und Umweltfolgen Menschen in prekären Lagen häufig stärker trifft, als Menschen in privilegierten Lagen. Global wie lokal

gesundheitliche Belastungen durch Klima- und Umwelteinflüsse: Chance auf Gesundheit ist ungleich verteilt

7.2.1 Hitzeereignisse

Weltweit und auch in Hannover nehmen Hitzeereignisse zu. Der Sommer 2023 zeigte deutlich die Auswirkungen des Klimawandels: Die Sommermonate Juni bis August waren weltweit die heißesten seit Beginn der Aufzeichnungen.¹⁵⁰ Wochenlange Hitzephasen, brennende Wälder und in der Region Hannover erstmals Einschränkungen bei der Bewässerung von landwirtschaftlichen Nutzflächen und Gärten an heißen Tagen. Die Klimawirkungs- und Risikoanalyse 2021 des Umweltbundesamtes für Deutschland kommt in einem Szenario zum Ergebnis, dass zum Ende des Jahrhunderts über 40 heiße Tage (Lufttemperatur 30 Grad Celsius) pro Jahr zu erwarten sind. Das sind jährlich 28 heiße Tage mehr als im Zeitraum von 1971 bis 2000. Heiße Zeiten belasten die Gesundheit. Hitzebedingte Gesundheitsschäden reichen von Herz-Kreislauf-Erkrankungen über Nierenfunktionsstörungen bis hin zu psychischen Erkrankungen. Im Sommer 2022 wurden deutschlandweit laut Robert-Koch-Institut rund 4.500 hitzebedingte Todesfälle gezählt, im Jahr 2023 waren es mindestens 3.100 Hitzetote¹⁵¹ und das Gesundheitssystem wurde hitzebedingt verstärkt in Anspruch genommen.

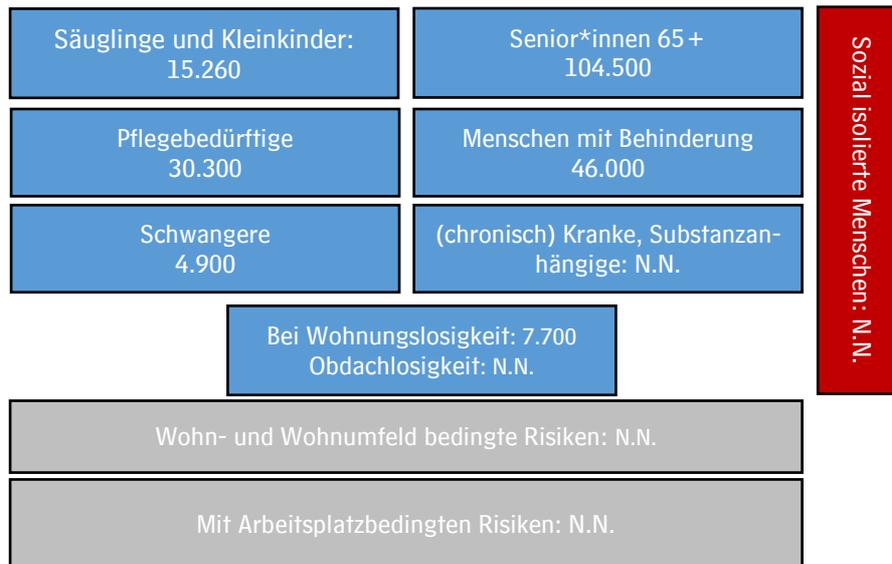
weltweit mehr Hitzeereignisse: heiße Zeiten belasten die Gesundheit

2023 deutschlandweit:
3.100 Hitzetote

¹⁵⁰ Tagesschau (2023): Ein neuer Hitzerekord – der nicht lange halten dürfte. [Link](#) // Stand: 22.2.2024

¹⁵¹ Forschung und Wissen, Nachrichten 30.9.2023, [Link](#) // Stand: 22.2.2024

Abb. 7-1: Wer und wie viele Personen sind bei Hitzeereignissen gesundheitlich besonders gefährdet? Eine Schätzung für Hannover



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik, Landesamt für Statistik Niedersachsen: Schwerbehindertenstatistik und Pflegestatistik – eigene Darstellung

Allein durch die demografische Alterung und der damit steigenden Zahl an Senior*innen (siehe Kapitel 2) wird die Gruppe der durch Hitze gesundheitlich gefährdeten Personen größer werden.

Allgemein gilt: Städte werden zum Zentrum hin immer heißer, die innenstadtnahen Wohnbereiche sind somit stärker betroffen. Die Bausubstanz (zum Beispiel Baualter, Dämmung, Sonnenschutz) und ebenso das Wohnumfeld (Grün, Kaltluftschneisen) sind wichtige Faktoren dafür, ob Hitze zur gesundheitlichen Belastung wird.

Fakt ist, dass Mieter*innen wenig Handlungsoptionen haben und auf Maßnahmen und Investitionen der Vermieter*innen hoffen müssen. Umso höher wird der Stellenwert hitzeresilienter Konzepte in der Stadtplanung und bei baulicher Entwicklung.

Hitzeaktionspläne, unter anderem auf kommunaler Ebene, und Maßnahmenpläne im Gesundheitswesen sind ein wichtiger Baustein zum Schutz der Bevölkerung, insbesondere oben genannter vulnerabler Gruppen, aber auch für alle anderen Menschen. Ihre Erstellung ist eine interdisziplinäre Aufgabe und berührt nahezu alle Fachplanungen: Stadtplanung, Stadtentwässerung, Umwelt und Stadtgrün, Gebäudemanagement, Schule, Kindertagesstätten, Pflegeheime, Bibliotheken und andere sowie Akteur*innen des Gesundheitswesens (Fachbereich Gesundheit der Region Hannover, Hausärzt*innen, Apotheken und andere).

Vorbereitend auf die Hitzesaison 2023 wurde vom Fachbereich Gesundheit der Region und vom Fachbereich Umwelt und Stadtgrün der Stadt Hannover ein Infoschreiben an vulnerable Gruppen verschickt mit Gesundheitstipps für heiße Tage und der Empfehlung, die Hitzewarnung des Deutschen Wetterdienstes zu abonnieren. Während der Hitzeperiode wurden wiederverwendbare Trinkwasserflaschen und Flyer mit „Tipps bei großer Hitze mit Karte der Trinkwasserbrunnen“ an Wohnungslose verteilt und Hitzeschutzmaßnahmen in Kindertagesstätten und Senioreneinrichtungen durchgeführt (Überprüfung der Flüssigkeitsversorgung, Eincremen mit Sonnenschutzmitteln).

bei Hitzeereignissen gesundheitlich besonders gefährdete Personen



demografische Alterung: die Gruppe der Gefährdeten wird größer

Hitzeaktionspläne zum Bevölkerungsschutz der Bevölkerung: eine interdisziplinäre Aufgabe

Informationen für vulnerable Gruppen

In Zukunft sind mit hoher Wahrscheinlichkeit weitere Akutmaßnahmen wie die Schaffung kühler Rückzugsorte erforderlich, zum Beispiel in Bibliotheken, Museen und Behörden. Langfristige Maßnahmen für eine klimawandelangepasste hitzevorsorgende Stadtplanung, wie zum Beispiel die Freihaltung von Frischluftschneisen, mehr Grün im Straßenraum und der Bau von Trinkwasserbrunnen, wurden schon in der 2012 vorgelegten Anpassungsstrategie an den Klimawandel der Landeshauptstadt Hannover beschrieben¹⁵² und sind inzwischen, wo immer es möglich ist, fester Bestandteil bei Neu- und Umgestaltungen im öffentlichen Raum.

kühle Rückzugsorte schaffen

Um auf die Folgen des Klimawandels vorbereitet zu sein, hat die Regionsverwaltung 2018 ein Klimaanpassungskonzept (KLAKE) erarbeitet.¹⁵³ Eine Schlüsselmaßnahme darin ist der „Leitfaden zur Erstellung von Hitzeaktionsplänen“ durch die Kommunen. Dieser Leitfaden wurde im Mai 2023 den Fachgremien der Region Hannover vorgestellt und gilt als Mustervorlage für alle 21 Kommunen der Region Hannover zur Erstellung von Hitzeaktionsplänen unter Berücksichtigung örtlicher Gegebenheiten. Der Fachbereich Umwelt und Stadtgrün, Bereich Umweltschutz, hat an der Erstellung dieses Leitfadens mitgearbeitet und mit der Aktualisierung der Stadtklimaanalyse 2022 die Planungsgrundlage geschaffen, auf der die Erstellung eines Hitzeaktionsplans für Hannover jetzt aufbauen kann.

Hitzeaktionsplan für Hannover entsteht

7.2.2 Lärmbelastungen

Dauerhafte Lärmbelastungen führen zu negativen Folgen für die Gesundheit: Bluthochdruck, Herzinfarkte, Stoffwechselstörungen und Stresssymptome durch schlechten Schlaf zählen dazu. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfiehlt, dass tagsüber ein Lärmpegel von 55 Dezibel nicht überschritten werden soll, nachts liegt der Schwellenwert bei 50 Dezibel.

Lärm macht krank

Lärmbelastung ist besonders belastend, wenn die eigene Wohnung von Lärmemissionen betroffen ist. Dies trifft gleichermaßen private Wohnstandorte, als auch Einrichtungen der Pflege und Unterbringung. Dauerhafter Lärm am Arbeitsplatz, in Kindertagesstätten und Schulen wirkt sich ebenfalls negativ auf Wohlbefinden und Gesundheit.

Belastung zuhause, in Einrichtungen, am Arbeitsplatz

Lärmquellen sind

- Straßenlärm: innerstädtische Autobahnen und Schnellstraßen,
- Straßenbahnen,
- Gewerbe, Industrieanlagen und Häfen,
- Eisenbahn,
- und darüber hinaus: Baustellen, Rettungsfahrten mit Signal, Veranstaltungen & Partymeilen, technische Anlagen und anderes.



Ergebnisse der Lärmbetroffenenanalyse 2022 der Landeshauptstadt Hannover¹⁵⁴: Das Straßennetz ist der Hauptverursacher von Lärm. Allein hierdurch sind über den ganzen Tag rund 114.000 Wohnungen, 121 Schulen und 36 Krankenhäuser lärmbelastet (ab 55 dB (A))¹⁵⁵. Daraus errechnen

das Straßennetz ist Hauptverursacher von Lärm

¹⁵² Landeshauptstadt Hannover (2017): Leben mit dem Klimawandel – Hannover passt sich an, [Link](#) // Stand: 22.2.2024

¹⁵³ Region Hannover (2023): Hitzeaktionsplan: was tun, wenn die Temperaturen steigen? [Link](#) // Stand: 22.2.2024

¹⁵⁴ Landeshauptstadt Hannover (o.D.): Lärmkartierung 2022. [Link](#) // Stand: 22.2.2024

¹⁵⁵ Scientific Committees (o.D.): Definition Dezibel (dB(A)). [Link](#) // Stand: 26.2.2024

sich 190.000 Belastete über den ganzen Tag. Zwischen 22 Uhr und 6 Uhr sind es gut 121.000 Personen, die mit Lärm (ab 50 dB (A)) konfrontiert sind.

Unter den Lärmbetroffenen sind laut Lärmbetroffenenanalyse in Hannover knapp 41.000 Personen – das sind rund 7 Prozent der Bevölkerung – einer **starken Belästigung** ausgesetzt und sie weist 11.000 Fälle **starker Schlafstörung** aus.

Der Lärmaktionsplan von 2018¹⁵⁶ setzt den Schutz der Nachtruhe an oberste Priorität, weil die Störung der Nachtruhe die größte negative Wirkung auf Menschen hat. Der Aktionsplan diskutiert die interdisziplinären Ansatzpunkte: Reduzierung, Verlagerung und Lenkung des Autoverkehrs, Geschwindigkeitsreduzierung, Straßenraumgestaltung, alternative Fahrbahnbelege, Stärkung des Fußgänger- und Radverkehr, die Förderung des ÖPNVs, Tempo-30-Zonen, Lärmschutzwände- und wälle sowie die Förderung von Schallschutzfenstern an besonders belasteten Straßen und anderes.

Unter der Überschrift „Gesundheit & Klima – und Umwelteinflüssen“ wurden exemplarisch zwei Aspekte ausgewählt, ergänzen könnte man an dieser Stelle weitere Faktoren. Viele der Aspekte bedingen sich gegenseitig, beziehungsweise ergriffene Maßnahmen, zum Beispiel Verkehrslenkung, -reduzierung, städtebauliche Ansätze dienen mehrfach dem Klima- und Gesundheitsschutz.

Wer ist besonders betroffen von Umwelteinflüssen in der Stadt? Von Hitze und Lärm und auch schlechter Luftqualität betroffen sind insbesondere Menschen in unsanierten, nicht gedämmten Wohnungen und Häusern. Häufig finden sich diese preisgünstigeren Wohnungen in einem wenig attraktiven Wohnumfeld, zum Beispiel an Lärmtrassen. Dies ist ein weiteres Beispiel unter dem Stichwort „Chancenungerechtigkeit“ wie Gesundheit, soziale Lage und Wohnumfeld prekäre Lagen verstärken.

7.3 Gesundheitliche Teilhabe von Kindern

Ob Kindern das Angebot an medizinischen Leistungen, Beratung, Förderung und Gesundheitsprävention zugänglich ist und wie die Chancen für eine gute, gesundheitliche Entwicklung von Kindern sind, hängt in Deutschland wesentlich vom sozioökonomischen Status der Familien ab, in denen Kinder aufwachsen. Besonders frühe Armutserfahrungen, schlechte Wohn- und Umweltbedingungen belasten die körperliche, psychische und soziale Entwicklung.

Hierüber Auskunft geben die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen (SEU) der Region Hannover, Team Sozialpädiatrie und Jugendmedizin.¹⁵⁷ Schuleingangsuntersuchungen liefern Gesundheitsdaten gepaart mit sozioökonomischen Grundinformationen zu jeweils einem vollständigen Altersjahrgang. Hierzu zählen Seh-, Hör- und Sprachvermögen, der motorisch und sozial-emotionaler Entwicklungsstand. Erhoben werden auch Merkmale, die auf eine Teilhabe und Nichtteilhabe von Kindern an gesundheitsfördernden Angeboten schließen lassen.

Hieraus ausgewählt wurden drei Teilhabeaspekte: (a) Gesundheitsvorsorge, (b) Schwimmfähigkeit und (c) Mitgliedschaft in einem Sportverein. Grundlage für die Analyseergebnisse sind die zusammengefassten Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen der Jahre 2019, 2021 und

Hannover: tagsüber 190.000 Menschen durch Verkehrslärm belastet

Lärmaktionsplan: Schutz der Nachtruhe hat oberste Priorität

Menschen in prekären sozialen Lagen leben häufiger unter ungesunden Bedingungen

Gesundheit von Kindern: abhängig vom sozioökonomischen Status



¹⁵⁶ Landeshauptstadt Hannover (2020), Lärmaktionsplan (LAP) 2018, [SIM-DS_0305/2020](#) // Stand: 29.2.2024

¹⁵⁷ Region Hannover (2022): Gesund aufwachsen in der Region Hannover – Kinder- und Jugendärztlicher Fachbericht 2022, [Link](#) // Stand: 22.2.2024

2022.¹⁵⁸ In diesen drei Jahren wurden in der Stadt Hannover insgesamt 15.201 Kinder untersucht. Zur Schwimmfähigkeit liegen Daten aus den Untersuchungen der Jahre 2021 und 2022 vor (N=10.334). Es folgen gesamtstädtische Ergebnisse zu den vier Teilhabeaspekten:

Gesundheitsvorsorge U-9 Untersuchung: Gesetzliche Krankenkassen und private Krankenversicherer bieten die Früherkennungsuntersuchungen U 1 bis U 9 in den ersten sechs Lebensjahren eines Kindes an. Die U 9 – Untersuchung ist die letzte Vorsorgeuntersuchung vor der Einschulung.

Der Anteil der Kinder in der Landeshauptstadt Hannover, die **nicht** zur U 9 vorgestellt wurden, betrug 15,1 Prozent. Mit 14,3 Prozent fast genauso groß war der Anteil derer, die bei der SEU **kein Vorsorgeheft** vorlegen, beziehungsweise **keine Angabe zur Teilnahme** an der U 9 machen konnten. Definitiv teilgenommen haben somit 70,6 Prozent aller Kinder, in einer Spanne der Stadtteile von rund 53 Prozent in Hainholz und etwa 83 Prozent in Waldheim.

Schwimmfähigkeit: Schwimmen können ist ein Sicherheitsaspekt. Schwimmen ist aber auch die Teilhabe an einer Sport- und Bewegungskultur und eine gesundheitsorientierte Aktivität. Ob Kinder Schwimmen lernen, hängt von verschiedenen Aspekten ab: Gehen Eltern oder andere Bezugspersonen mit den Kindern ins Schwimmbad oder melden sie sie zu einem Schwimmkurs an? Sind in den jeweiligen Kitas Schwimmbadbesuche üblich? In der Stadt Hannover konnte zum Untersuchungszeitpunkt rund die Hälfte aller untersuchten Kinder nicht schwimmen.

Mitgliedschaft in einem Sportverein: Sport leistet einen Beitrag zur persönlichen Gesundheit und fördert darüber hinaus gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe. Auch wenn es immer mehr Formen und Aktive des informellen Sports gibt, wird im Folgenden die Mitgliedschaft von Vorschulkindern in Sportvereinen in den Fokus genommen. Den Zugang zum Vereinssport finden oder wünschen nicht alle. Die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen zeigen, dass kurz vor der Einschulung mehr als die Hälfte der Kinder nicht in einem Sportverein waren.

Welchen Einfluss haben sozioökonomische Aspekte auf die Teilhabe und Nicht-Teilhabe von Vorschulkindern an gesundheitsfördernden Angeboten? Um diese Frage zu beleuchten, werden die Teilhabeaspekte differenziert dargestellt nach folgenden Merkmalen:

- Mit beidseitigem und ohne/einseitigen Migrationshintergrund¹⁵⁹,
- Bildungsgrad der Eltern,
- Familienform

Kinder mit beidseitigem Migrationshintergrund haben seltener an der Vorsorgeuntersuchung U 9 teilgenommen (- 19,7 Prozentpunkte), sind halb so häufig in einem Sportverein (- 26,8 Prozentpunkte) und können nur halb so oft schwimmen, beziehungsweise lernen dieses gerade (- 27,7 Prozentpunkte), als Kinder ohne/mit einseitigem Migrationshintergrund. Der Migrationshintergrund ist somit ein Differenzierungsmerkmal, das eine große Diskrepanz zwischen Teilhabe und Nicht-Teilhabe aufzeigt.

Teilnahme an Vorsorge U9:

70,6 % aller Kinder in Hannover,
50 % in Hainholz, 83 % in Waldheim

SEU: Die Hälfte aller Kinder konnte nicht schwimmen

SEU: Mehr als die Hälfte der Kinder ist nicht im Sportverein



seltener Teilhabe:

Kinder mit beidseitigem Migrationshintergrund

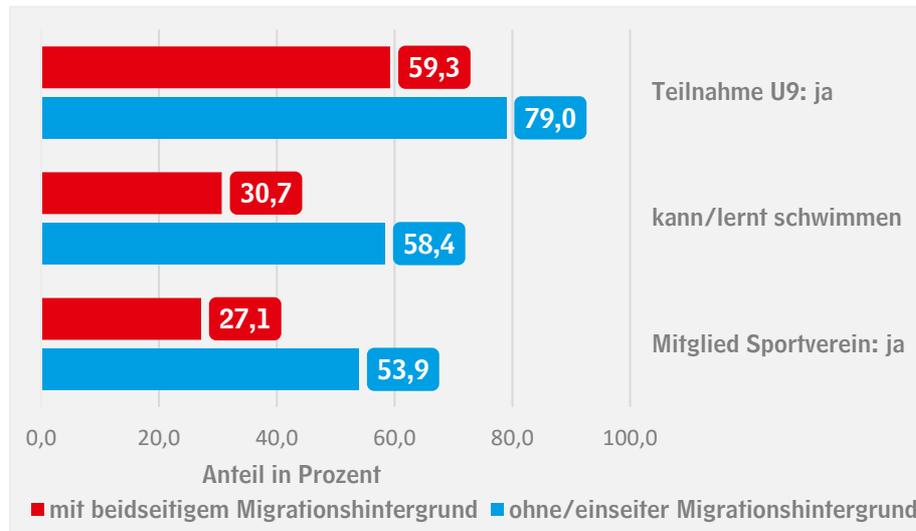


¹⁵⁸ Es wurden drei Jahre kumuliert. Auf diese Weise können Schwankungen und Ausreißerergebnisse einzelner Jahre abgemildert werden.

¹⁵⁹ Ein Kind hat einen beidseitigen Migrationshintergrund, wenn das Kind und ein Elternteil nicht in Deutschland geboren worden sind, oder wenn beide Eltern nicht in Deutschland geboren und/oder nicht deutscher Staatsangehörigkeit sind. Trifft dieses zu, wird in diesem Bericht von einem Migrationshintergrund des Kindes bzw. der Familie gesprochen.

Abb. 7-2: Gesundheitsfördernde Teilhabe nach Migrationshintergrund

Ergebnis der Schuleingangsuntersuchungen (2019, 2021, 2022 kumuliert) für die Stadt Hannover

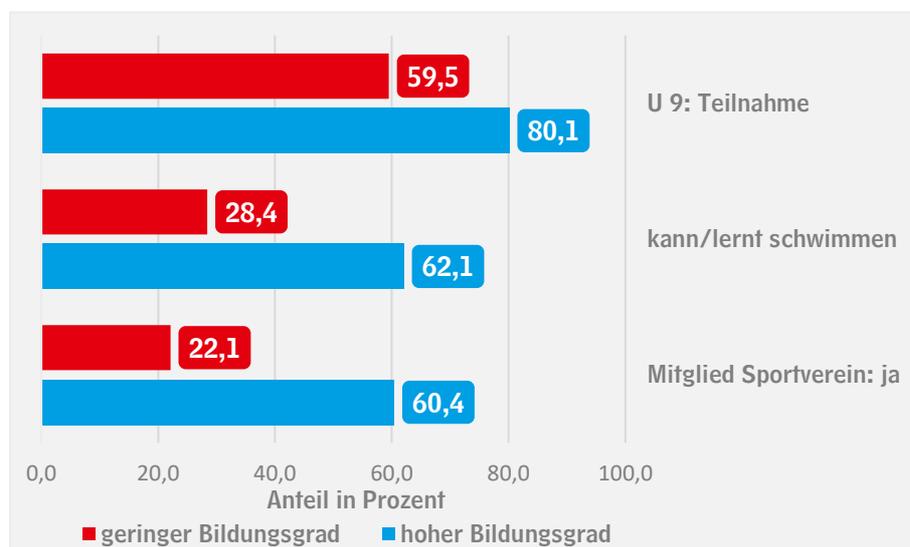


Quelle: Region Hannover, Team Sozialpädiatrie und Jugendmedizin

Abbildung 7-3 zeigt, dass die Teilhabechance an den drei untersuchten Aspekten zwischen Kindern, deren Eltern einen geringen und einen hohen Bildungsgrad haben, sehr groß ist. Die Differenz in der Teilnahme an der U9-Untersuchung beträgt 20,6 Prozentpunkte, knapp dreimal so viele Kinder mit Eltern mit „hohem Bildungsgrad“ sind Mitglied im Sportverein und gut doppelt so viele können schwimmen oder lernen dies.

Abb. 7-3: Gesundheitsfördernde Teilhabe nach Bildungsgrad der Eltern

Ergebnis der Schuleingangsuntersuchungen (2019, 2021, 2022 kumuliert) für die Stadt Hannover



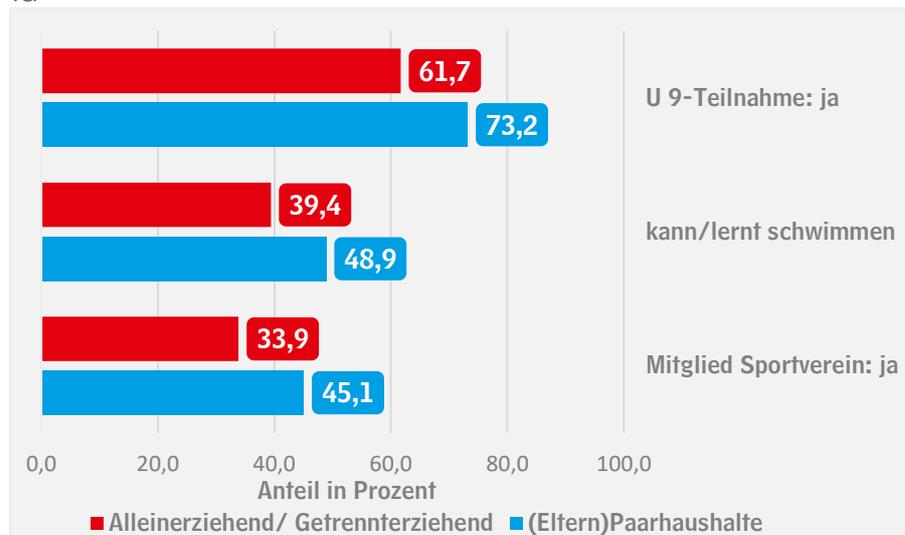
Quelle: Region Hannover, Team Sozialpädiatrie und Jugendmedizin

Der Vergleich zwischen Familienhaushalten, in denen Kinder mit einem allein- oder getrennterziehendem Elternteil oder mit Paareltern zusammenleben, zeigt, dass Kinder Alleinerziehender seltener an den betrachteten gesundheitsfördernden Angeboten teilhaben. Die Differenz zur Vergleichsgruppe ist jedoch gering im Vergleich zu den Merkmalen „Bildungsgrad“ und „Migrationshintergrund“.

seltener Teilhabe:
Kinder, deren Eltern einen geringen
Bildungsgrad haben

Abb. 7-4: Gesundheitsfördernde Teilhabe nach Familienform

Ergebnis der Schuleingangsuntersuchungen (2019, 2021, 2022 kumuliert) für die Stadt Hannover



Quelle: Region Hannover, Team Sozialpädiatrie und Jugendmedizin

Die Ergebnisse zeigen, dass bereits im Vorschulalter Teilhabechancen unterschiedlich und auch ungerecht verteilt sind. Die differenzierte Betrachtung der Ergebnisse der SEU zeigt Anfosser für Teilhabe - und hier Gesundheitsförderung. In den Fokus gehören insbesondere Vorschulkinder in Haushalten mit geringem Bildungsgrad und mit Migrationsgeschichte, abgeschwächt aber auch Kinder, die mit allein- und getrennterziehenden Eltern zusammenleben.

7.4 Kommunale Handlungsspielräume

Das Kapitel hat deutlich gemacht, dass globale und nationale Rahmenbedingungen vielfach verantwortlich sind für ungleiche und auch ungerechte Auswirkungen auf die Gesundheit und die Chancen, sich gesund zu erhalten. Diese Rahmenbedingungen – von Klimakrise bis Bundesgesetzgebung – lassen sich nicht auf lokaler Ebene beeinflussen.

Auf kommunaler Ebene gibt es jedoch umfassende Handlungsansätze, die dazu beitragen, Gesundheit zu fördern und bei Krankheit zu handeln. Dies beginnt in Kindertagesstätten und Schulen. Dort erreicht man fast alle Kinder und Jugendliche mit Gesundheits- und Ernährungsprojekten und häufig auch deren Eltern. Auch für Senior*innen gibt es umfangreiche Angebote, die Gesundheit zum Thema haben. Für wohnungslose Menschen gibt es jenseits des Gesundheitssystems eine Reihe von Gesundheitsangeboten.

Schwierig wird es immer, wenn man Menschen über diese Angebote nicht ansprechen kann, sie damit nicht erreicht. Gründe dafür können sein: zu weite Wege, das Angebot ist nicht bekannt oder das Angebot für die persönliche Lage scheinbar nicht passgenau. Vielleicht ist es auch nicht barrierefrei oder digital nicht zugänglich.

Die Richtigen zu erreichen, ist deshalb prioritäres Ziel. Hier müssen auf kommunaler Ebene ALLE Zugänge und Kommunikationskanäle genutzt oder erschlossen werden: Das können Orte in Quartieren sein, wo vorwiegend Menschen wohnen, deren Teilhabechancen eingeschränkt sind. Es sind Unterkünfte für Geflüchtete oder andere Wohnungslose, wo Menschen zu erreichen sind. Es können aber auch Spielplätze sein und andere Orte des Zusammentreffens.

seltener Teilhabe:
Kinder, deren Eltern allein- oder getrennterziehend sind

die Richtigen erreichen: Zugänge zu Gesundheitsangeboten schaffen

8. Bildungsteilhabe

Bildung ist für viele Aspekte des Lebens der Schlüssel für Teilhabe. Und (Aus-)Bildung ist die wesentliche Voraussetzung für den Zugang und den Erfolg auf dem Arbeitsmarkt und zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit oder Armut (siehe Kapitel 4 und 5). Bildung und Bildungserfolg sind allerdings häufig abhängig von der sozialen Lage. Zahlreiche Analysen belegen den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungsbeteiligung und Bildungserfolgen, siehe zum Beispiel Deutsches Jugendinstitut.¹⁶⁰

Bildung(erfolg) abhängig von sozialer Lage



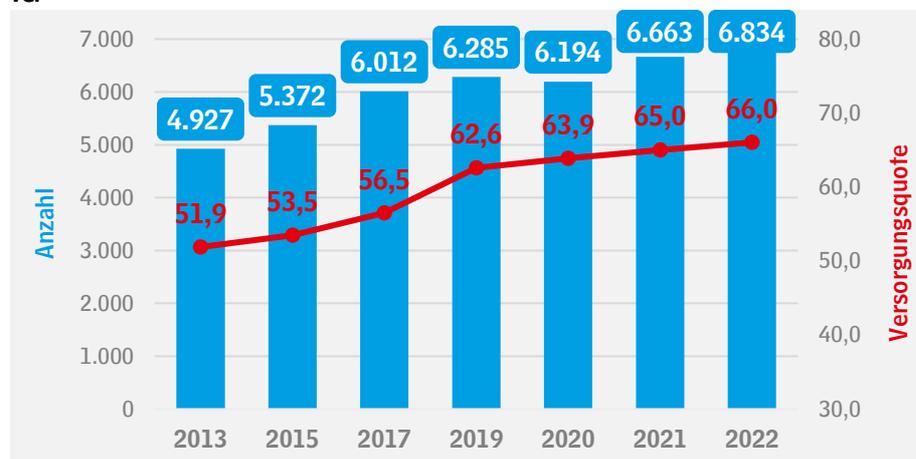
8.1 Bildung von Anfang an – Kindertagesstätten

Kindertagesstätten sind die erste Bildungsinstanz für Kinder. Sie fördern die individuelle Entwicklung und legen Grundlagen für den Schuleintritt und eine gelingende Bildungskarriere. Im Kindergarten werden nahezu alle 3- bis 5-Jährigen betreut. Dies wurde durch die Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz im Jahr 1996 für Kinder ab 3 Jahren ermöglicht.

Im Jahr 2013 wurde der Rechtsanspruch ausgeweitet. Seitdem gilt dieser für Kinder ab dem ersten Geburtstag. Zu diesem Zeitpunkt gab es in Hannover 4.925 Betreuungsplätze für unter 3-Jährige und eine Versorgungsquote von rund 52 Prozent, bezogen auf die rechtsanspruchsrelevante Altersgruppe der 1- und 2-Jährigen. Betreuungsplätze für unter 3-Jährige wurden seitdem kontinuierlich ausgebaut. Im Jahr 2022 waren es 6.834 Plätze und eine Versorgungsquote von 66 Prozent (Abb. 8-1).

Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder 1 Jahr und älter

Abb. 8-1: Betreuungsplätze in Krippen, AÜGs und in der Tagespflege sowie Versorgungsquoten (rechtsanspruchsrelevant für 1- und 2-Jährige) 2013 bis 2022, Hannover



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Bereich Kindertagesstätten

seit 2013: kontinuierlicher Ausbau der Betreuung für Kinder u3

2022: Versorgungsquote 1 und 2-Jährige 66 %

Vor 10 Jahren gab es deutlich mehr Vorbehalte unter Eltern, ihre Kleinkinder institutionell betreuen zu lassen. Die Akzeptanz und Inanspruchnahme ist im letzten Jahrzehnt stetig angestiegen. Dies nicht nur vor dem Hintergrund, Familie und Beruf zeitlich miteinander vereinbaren zu können,

Akzeptanz und Inanspruchnahme sind gestiegen

¹⁶⁰ Deutsches Jugendinstitut, Zusammenhänge zwischen prekären Lebenslagen und Bildungsverläufen, 2022, [Link](#) //Stand 14.2.2024

sondern zunehmend auch aus Gründen der familiären Armutsprävention. Aufgrund der weiter steigenden Nachfrage für unter 3-Jährige wurde 2021 das innerstädtische Versorgungsziel von 65 Prozent auf 70 Prozent angehoben.¹⁶¹

Mit dem Krippenausbau und dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag konnte und kann erreicht werden, dass mehr Kinder die Möglichkeit haben, länger an vorschulischer Bildung, Betreuung und Erziehung teilzuhaben. Damit haben Kinder bessere Chancen auf einen gelungenen Übergang in die Schule. Nicht alle Kinder haben hieran in gleichem Umfang teil.

mehr Krippenplätze - mehr Chancengerechtigkeit

8.1.1 Vorschulische Bildungsteilhabe nicht für alle Kinder

Mehr als 90 Prozent aller Kinder in Hannover haben bis zur Einschulung zwei Jahre und länger eine Kindertagesstätte besucht. 7,1 Prozent aller Kinder waren weniger als zwei Jahre in einer Kita.¹⁶² Dies ist ein Ergebnis aus der Schuleingangsuntersuchung (SEU), durchgeführt durch die Region Hannover.¹⁶³ Die SEU liefert Gesundheitsdaten gepaart mit sozioökonomischen Grundinformationen zu jeweils einem vollständigen Altersjahrgang (siehe auch Kapitel 7). Erhoben werden auch Merkmale zur Dauer des Besuchs einer Kindertagesstätte vor der Einschulung. Wer früher und länger eine Kindertagesstätte besucht, hat ein größeres Zeitfenster für die sozial-emotionale Entwicklung und für vorschulische Bildungsinhalte. So kann ein Start in die Schulzeit besser gelingen als dies Kindern möglich ist, die nur eine kurze Zeit eine Kindertagesstätte besucht haben.

SEU: 7,1 % der Kinder weniger als zwei Jahre in Kita



Die Abbildung 8-2 zeigt:

- Kinder mit beidseitigem Migrationshintergrund gehen seltener zwei Jahre und länger in eine Kindertagesstätte als Kinder ohne oder mit einseitigem Migrationshintergrund. 13,2 Prozent der Kinder mit beidseitigem Migrationshintergrund¹⁶⁴ gehen weniger als zwei Jahre in eine Kita.
- 13,1 Prozent der Kinder, deren Eltern einen niedrigen Bildungsgrad haben, besuchten Kindertagesstätten weniger als zwei Jahre. Je höher der Bildungsgrad, desto häufiger sind Kinder zwei Jahren und länger in der Kita.
- Ein kurzer Besuch einer Kindertagesstätte von unter zwei Jahren kommt etwas häufiger vor, wenn Kinder mit einem Elternteil alleine leben (8,1 Prozent) im Vergleich zu Kindern aus Paarhaushalten (6,7 Prozent)

Dauer des Kita-Besuchs abhängig von soziodemografischen Merkmalen

¹⁶¹ Landeshauptstadt Hannover, Kindertagesstättenbericht 2021, [Link](#) // Stand 29.1.2024

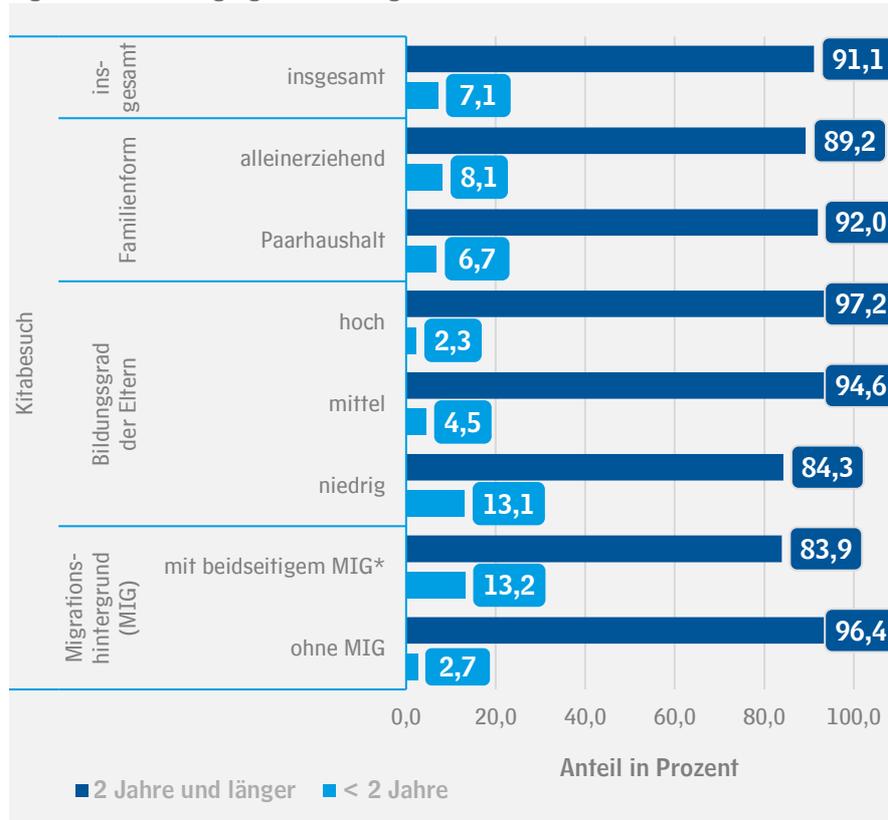
¹⁶² Region Hannover, Fachbereich Jugend, Team Sozialpädiatrie und Jugendmedizin, 2022, Gesund aufwachsen in der Region Hannover – Kinder- und Jugendärztlicher Fachbericht 2022 [Link](#) // Stand 29.1.2024

¹⁶³ Region Hannover, Fachbereich Jugend, Team Sozialpädiatrie und Jugendmedizin, 2022, Gesund aufwachsen in der Region Hannover – Kinder- und Jugendärztlicher Fachbericht 2022 [Link](#) // Stand 29.1.2024

¹⁶⁴ Definition siehe Abbildung 8-2.

Abb. 8-2: Besuch einer Kindertagesstätte weniger als zwei Jahren nach soziodemografischen Merkmalen, Hannover

Ergebnis der Schuleingangsuntersuchungen 2019/2021/2022 kumuliert

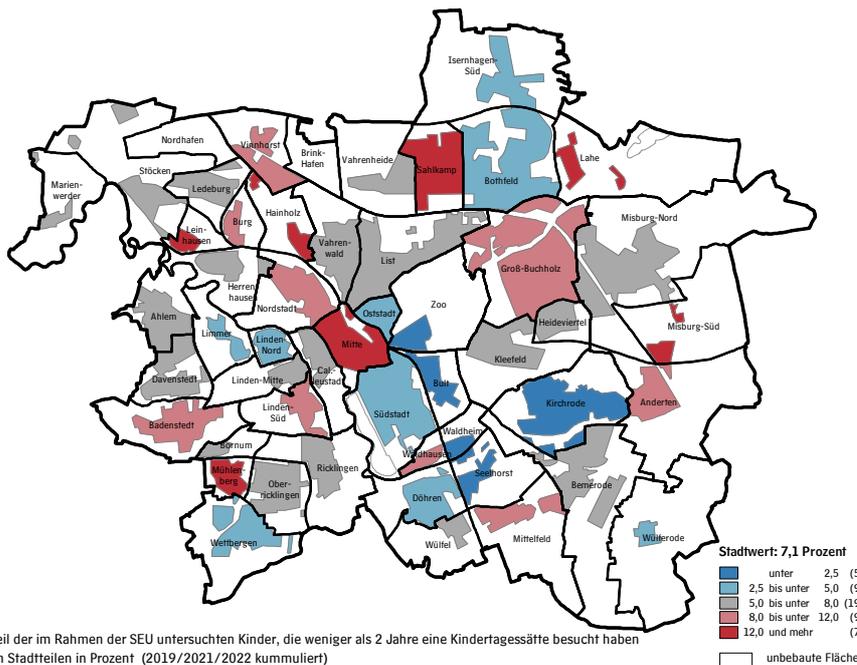


weniger als zwei 2 Jahre in Kita:
 + mit Migrationshintergrund
 + mit geringem Bildungsgrad der Eltern
 + bei Alleinerziehenden lebend

Quelle: Region Hannover, Team Sozialpädiatrie und Jugendmedizin

* Ein Kind hat einen beidseitigen Migrationshintergrund, wenn das Kind und ein Elternteil nicht in Deutschland geboren worden sind, oder wenn beide Eltern nicht in Deutschland geboren und/oder nicht deutscher Staatsangehörigkeit sind. Trifft dieses zu, wird in der SEU von einem Migrationshintergrund des Kindes bzw. der Familie gesprochen.

Karte: Kinder, die weniger als zwei Jahre eine Kindertagesstätte besucht haben



weniger als 2 Jahre in der Kita:
 am häufigsten in Mitte, Lahe, Mühlentberg, Hainholz, Leinhausen, Sahlkamp und Misburg-Süd

Anteil der im Rahmen der SEU untersuchten Kinder, die weniger als 2 Jahre eine Kindertagesstätte besucht haben nach Stadtteilen in Prozent (2019/2021/2022 kumuliert)

Quelle: Region Hannover, Team Sozialpädiatrie und Jugendmedizin

Betrachtet man die Ergebnisse auf Stadtteilebene, (Karte „Kinder, die weniger als 2 Jahre eine Kita besucht haben“) sind es die Stadtteile Mitte, Lahe, Mühlenberg, Hainholz, Leinhausen, Sahlkamp und Misburg-Süd, in denen Kinder weit überdurchschnittlich oft nur weniger als zwei Jahre in die Kindertagesstätte gehen. Dies sind Stadtteile, die unter anderem durch eine hohe Kinderarmut auffallen. Ein Kita-Besuch von weniger als zwei Jahren ist unterdurchschnittlich häufig bei Kindern in Waldheim, Zoo, Seelhorst, Kirchrode und Bult festzustellen - Stadtteile, in denen Kinderarmut gering ist.

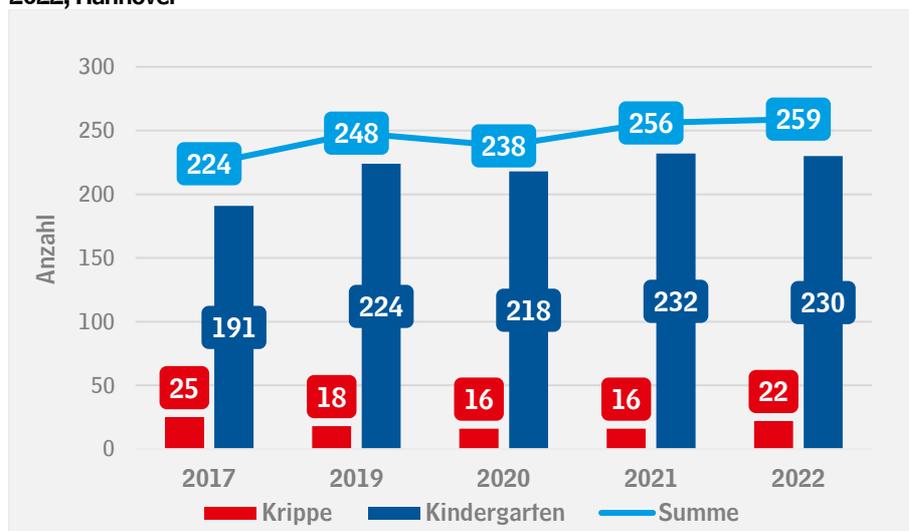
Die Ergebnisse zeigen, dass bereits im Vorschulalter die Bildungsherkunft Bildungsungleichheit verstärkt und die soziale Herkunft (sozial-)räumlich verstärkt wird. Die differenzierte Betrachtung der Ergebnisse der SEU zeigt umfassende Anknüpfungspunkte für Teilhabe – hier insbesondere die Bildungsförderung. In den Fokus gehören Vorschulkinder in Haushalten mit geringem Bildungsgrad und/oder aus Einwanderungsfamilien, aber auch Kinder, die mit allein- und getrennterziehenden Eltern zusammenleben.

8.1.2 Inklusion in Kindertagesstätten

Kindertagesstätten und Kindertagespflege erfüllen einen Bildungs- und Erziehungsauftrag. Dieser beinhaltet die gleichberechtigte, inklusive gesellschaftliche Teilhabe aller Kinder (§ 22 SGB VIII). Gleichzeitig fordert die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen Kommunen dazu auf, ein inklusives Bildungssystem zur gemeinsamen Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung zu entwickeln. In diesem Sinne ist auch das Bundesteilhabegesetz formuliert. Kindertagesstätten als erste Bildungseinrichtung sind auch der Ort, an denen Kinder ein erstes und grundlegendes Verständnis von Diversität entwickeln.

Die Abbildung 8-3 zeigt einen Anstieg der in Kindertagesstätten integrativ betreuten Kinder im Zeitraum 2017 bis 2022. Es fällt auf, dass der Zuwachs praktisch ausschließlich in Kindergärten (+ 15,6 Prozent), nicht aber in Krippen erfolgt ist.

Abb. 8-3: Entwicklung der integrativ betreuten Kinder nach Betreuungsform 2017-2022, Hannover



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Bereich Kindertagesstätten

weniger als 2 Jahre in der Kita:
häufiger da, wo Kinderarmut hoch

Bildungschancen: ungleich und ungleich verteilt

Kita: Entwicklung eines grundlegenden Verständnisses von Diversität.

Forderung: Teilhabe für alle Kinder

2017-2022: mehr integrativ betreute Kinder im Kindergarten

Gründe hierfür

- Die Diagnostik und Feststellung einer (drohenden) geistigen, körperlichen oder seelischen Behinderung ist vielfach zeitaufwändig und erfolgt daher häufig erst im Alter ab frühestens zwei Jahren.
- Eltern von Kindern im Krippenalter mit schwerwiegenden Beeinträchtigungen bevorzugen häufiger die Betreuung im häuslichen Umfeld. Dies aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen der Kinder und Sorge vor Infektionen.
- Kinder können in Einzelfällen nicht aufgenommen werden, weil Pflegedienste keine personellen Kapazitäten für die tägliche Begleitung der Kinder haben.

Im Jahr 2023 gab es mehr Nachfragen nach einem Integrationsplatz in Kindergärten als angeboten werden konnten. Grund für einen Anstieg der Nachfrage ist unter anderem ein nachgelagerter Corona Effekt: Kinder wurden zu Hause betreut und Behinderungen oft nicht erkannt. Hintergrund des unzureichenden Platzangebotes ist unter anderem der steigende Fachkräftemangel und die personelle Belastungssituation in den Einrichtungen, die zur Folge hat, dass die integrativen Platzkapazitäten nicht voll ausgeschöpft werden. Aber: Kinder mit einer Behinderung haben im Kindergartenalter einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer heilpädagogischen Kindertagesstätte (§ 20 Abs. 2 NKiTaG).

Die Landeshauptstadt Hannover arbeitet derzeit an der Fortschreibung des Regionalkonzepts „Gemeinsame Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung“. Inhalt ist unter anderem der weiterführende Ausbau von Platzkapazitäten in integrativen Gruppen, insbesondere für Kindergartenkinder.

2023: Nachfrage nach Integrationsplätzen übersteigt Angebot

8.2 Schule – Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit?

Auftrag von Schule ist es, vielfältige Kompetenzen zu vermitteln. Und darüber hinaus – so führt es der kommunale Schulentwicklungsplan 2023 (SEP) aus – hat Schule den Anspruch, Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit herzustellen. Ziel ist es, gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Und dies unter der besonderen Herausforderung der unterschiedlichen Startchancen von Kindern. Insbesondere die Vorbildung der Eltern und die sozioökonomischen Verhältnisse der Herkunftsfamilien gelten als prägend.¹⁶⁵

Je nach Schulform bilden sich sozioökonomische Lagen der Schüler*innen unterschiedlich ab. Vor allem mit Übergang von der Grundschule in eine weiterführende Schule wird dies (zählbar) deutlich. Warum zu diesem Zeitpunkt?

Grundschule: Das Stadtgebiet Hannover ist adressenscharf in Grundschulbezirke gegliedert. Die Meldeadresse des Kindes entscheidet in der Regel darüber, wo es eingeschult wird. In Grundschulen bestimmt der Schulbezirk mit seiner jeweiligen Sozialstruktur die Zusammensetzung der Schüler*innenschaft. Hier spiegeln sich soziale Lagen und die Vielfalt der Nationalitäten wider.

Weiterführende Schulen: Mit Übergang in Klasse 5 wechseln die Schüler*innen in das dreigliedrige Schulsystem, beziehungsweise an eine Integrierte Gesamtschule (IGS). Nicht der Wohnstandort,

Anspruch Schule: Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit herzustellen



Grundschulen: Spiegel sozialer Lagen im Einzugsgebiet

¹⁶⁵ Landeshauptstadt Hannover, Fachbereich Schule, Kommunalen Schulentwicklungsplan 2023, [Link](#) // Stand 2.2.2024

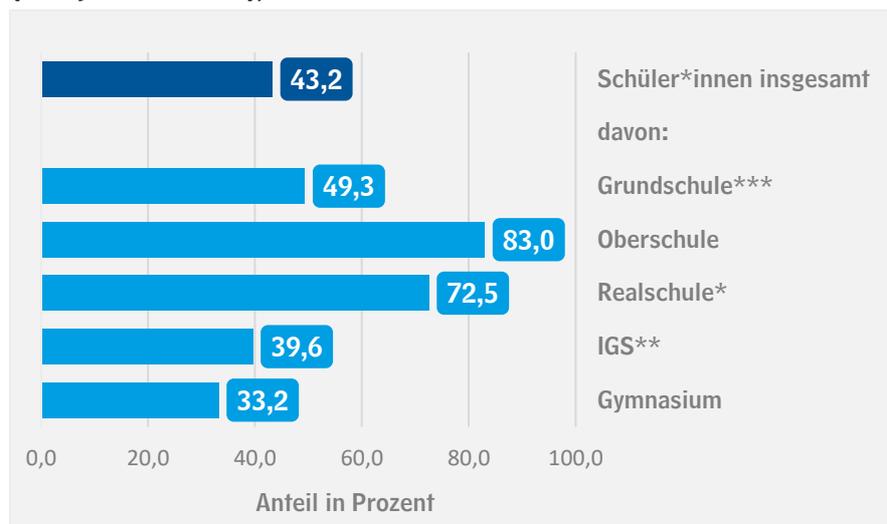
sondern (elterliche) Schulformpräferenzen entscheiden, ob eine Oberschule, Realschule, ein Gymnasium oder eine IGS angewählt wird.

Lässt sich eine Ausdifferenzierung der Schüler*innen nach sozioökonomischen Verhältnissen für Hannover abbilden? Hierzu kann aus der Schulstatistik auf zwei Erhebungsmerkmale zurückgegriffen werden:

- Das Erhebungsmerkmal „**Nichtdeutsche Herkunftssprache**“ bildet eine persönliche oder familiäre Einwanderungsgeschichte ab. Wie lange Kinder in Deutschland leben, ob sie hier geboren sind, lässt sich jedoch nicht ablesen. Auch nicht, auf welchem Niveau sie die deutsche Sprache sprechen.
- **BuT-Schüler*innen**“: Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepakt (BuT) können Schüler*innen, beziehungsweise ihre Familien erhalten, wenn sie Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (SBG II, SGB XII und AsylbLG), Wohngeld oder Kinderzuschlag beziehen. Die Leistungen für Bildung und Teilhabe unterstützen somit Kinder aus Familien mit geringem Einkommen. Sie sollen durch BuT-Leistungen gleichberechtigt Angebote in Schule nutzen können (Ausflüge, Mittagessen, Schulbedarf, Schülerbeförderung, Lernförderung und anderes).

Abbildung 8-4 zeigt, dass 43,2 Prozent aller Schüler*innen in Hannover eine nichtdeutsche Herkunftssprache haben. In Grundschulen liegt der Anteilswert mit 49,3 Prozent leicht darüber. Mit dem Wechsel an weiterführende Schulen differenziert sich der Anteil der Schüler*innen mit nichtdeutscher Herkunftssprache deutlich aus: In Gymnasien zählt nur ein Drittel der Schüler*innen zu dieser Gruppe, an Oberschulen mehr als acht von zehn Schüler*innen. In den IGSen liegt der Anteilswert unter, aber nahe dem Durchschnitt.

Abb. 8-4: Schüler*innen mit nichtdeutscher Herkunftssprache nach Schulform (Schuljahr 2023/2024), Hannover



* ohne Schulen mit besonderem pädagogischen Profil // ** inkl. Primarstufe der IGS Roderbruch

*** ohne Primarstufe der IGS Roderbruch

Quelle: Schulstatistik der Landeshauptstadt Hannover, Stichtag 31.8.2023

ab Klasse 5: Verteilung nach Schulformpräferenz



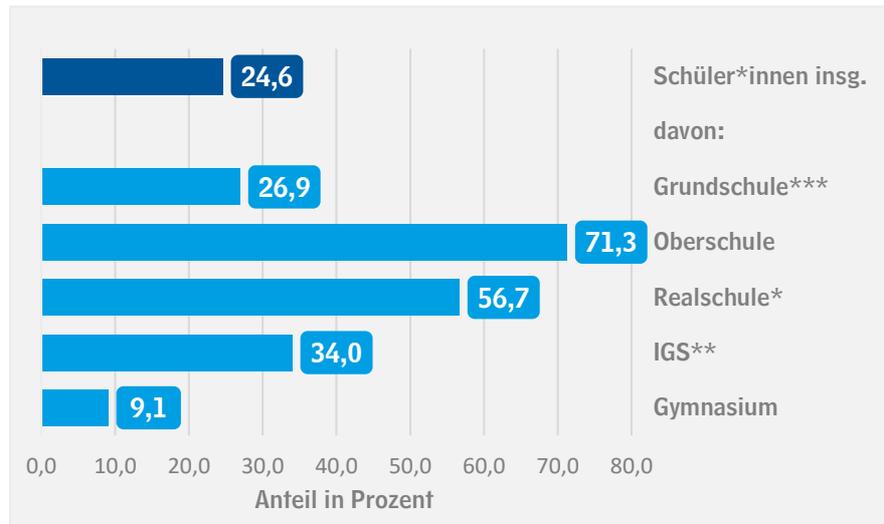
Anteil Schüler*innen mit nichtdeutscher Herkunftssprache:
Ausdifferenzierung mit Wechsel auf weiterführende Schule

Anteilsspanne Schüler*innen mit nichtdeutscher Herkunftssprache:
Oberschulen 83 %
Gymnasien 33 %

Abbildung 8-5 stellt den Anteil der Schüler*innen dar, die BuT-Leistungen erhalten. Es muss vorweggeschickt werden, dass nicht alle Kinder und Jugendliche, die einen Anspruch auf BuT-Leistungen haben, diesen auch realisieren. Gründe dafür sind, dass diese Leistung nicht bekannt ist oder den Eltern das Antragsverfahren zu komplex oder schambehaftet ist.

Rund ein Viertel aller Schüler*innen und der Grundschüler*innen erhalten BuT-Leistungen. In Gymnasien sind es weniger als 10 Prozent, an Oberschulen mehr als 70 Prozent. Bei diesem Indikator liegt der Anteil in IGSen über dem Durchschnitt, in Grundschulen nah am Durchschnitt.

Abb. 8-5: BuT-Schüler*innen nach Schulform (Schuljahr 2023/2024), Hannover



* ohne Schulen mit besonderem pädagogischen Profil // ** inkl. Primarstufe der IGS Roderbruch

*** ohne Primarstufe der IGS Roderbruch

Quelle: Schulstatistik der Landeshauptstadt Hannover, Stichtag 31.08.2023

Die beiden Abbildungen 8-4 und 8-5 zeigen, dass an Oberschulen am häufigsten Schüler*innen aus einer Einwanderungsfamilie und/oder in Armutslagen (oder knapp darüber) beschult werden. Für Oberschulen in Hannover weist das Landesamt für Statistik Niedersachsen mit 28 Prozent den höchsten Anteil an Schüler*innen aus, die ohne Hauptschulabschluss das allgemeinbildende Schulsystem verlassen (Schuljahr 2021/2022)¹⁶⁶ (siehe auch Kapitel 8.3). Hier zeigt sich ein Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungszugang.

Inklusive Beschulung

Mit dem Schuljahr 2013/2014 wurde die inklusive Beschulung schrittweise eingeführt. Seitdem hat sich die Zahl der Schüler*innen mit anerkanntem Unterstützungsbedarf an den allgemeinbildenden Schulen in Hannover stark erhöht. Im Schuljahr 2023/2024 waren es 2.550 Schüler*innen.

Abbildung 8-6 zeigt, dass die größte Gruppe der Schüler*innen mit anerkanntem Unterstützungsbedarf eine Integrierter Gesamtschule besucht (1.144 Schüler*innen), gefolgt von den Grundschulen (745 Schüler*innen). Am seltensten geht diese Gruppe auf ein Gymnasium (191 Schüler*innen).

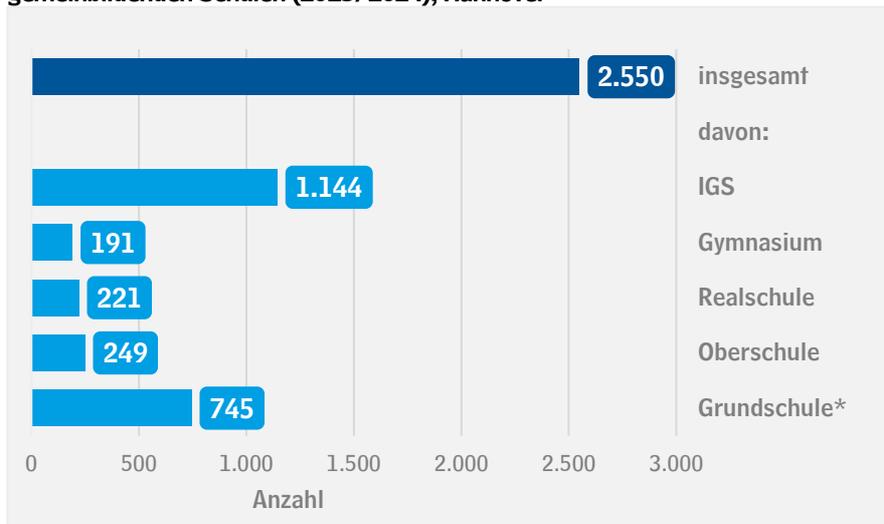
Anteil BuT-Schüler*innen:
Spanne von 9 % - 71 % je nach Schulform

Bildungsbenachteiligung für Kinder aus Einwanderungsfamilien und in Armut

2023/2024: 2.550 Schüler*innen mit anerkanntem Unterstützungsbedarf

¹⁶⁶ Landesamt für Statistik Niedersachsen, LSN online: Tabelle M300513

Abb. 8-6: Schüler*innen mit sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf an allgemeinbildenden Schulen (2023/2024), Hannover

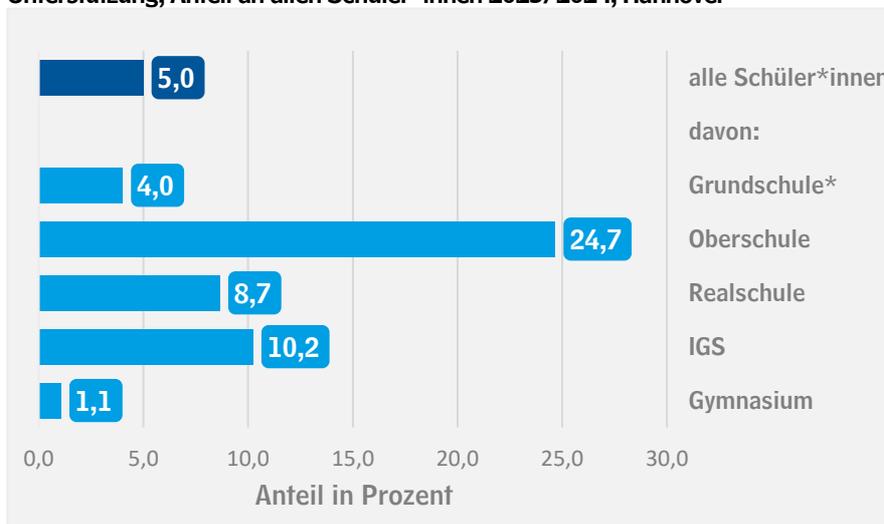


*inkl. Schulkindergärten und Primarstufe der IGS Roderbruch; ohne Primarstufe der Schulen mit besonderem pädagogischem Profil
Quelle: Schulstatistik der Landeshauptstadt Hannover zum jeweiligen Stichtag

die meistens Schüler*innen mit anerkanntem Unterstützungsbedarf an IGSen

Schaut man auf den Anteil der Schüler*innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf an den allgemeinbildenden Schulen, ergibt sich über alle Schulformen ein Anteil von 5 Prozent. Die Abbildung 8-7 zeigt eine große Spanne mit einem Anteil von 1,1 Prozent in Gymnasien und 24,7 Prozent an den Oberschulen.

Abb. 8-7: inklusive Beschulung: Schüler*innen mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung, Anteil an allen Schüler*innen 2023/2024, Hannover



*inkl. Schulkindergärten und Primarstufe der IGS Roderbruch
Quelle: Schulstatistik der Landeshauptstadt Hannover zum jeweiligen Stichtag

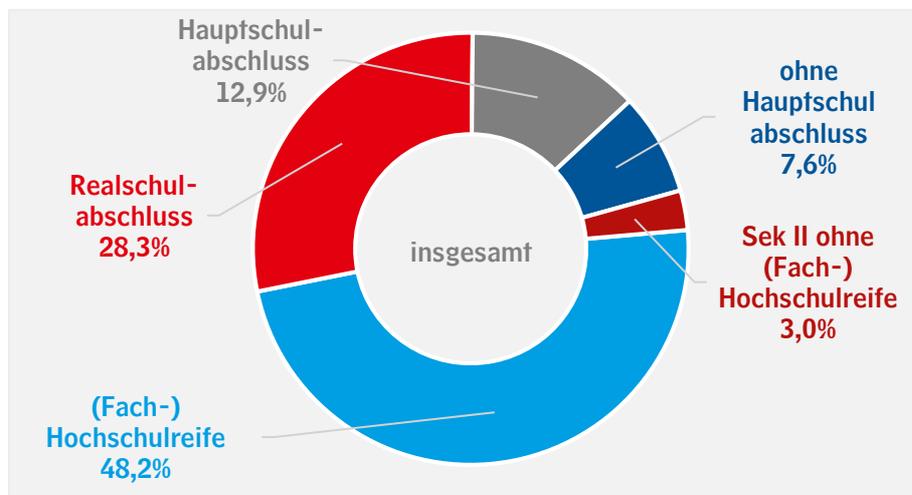
der höchste Anteil an Schüler*innen mit anerkanntem Unterstützungsbedarf an Oberschulen

Somit konzentrieren sich an Oberschulen Schüler*innen aus Einwanderungsfamilien, Kinder und Jugendliche in Armutslagen und mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf.

8.3 Bildungserfolge - Schulabschlüsse

Die Statistik der Abgänger*innen von allgemeinbildenden Schulen gibt einen Überblick über den formalen Bildungsabschluss, den Schüler*innen erreichen. Die Abbildung 8-8 zeigt, dass in der Stadt Hannover knapp die Hälfte aller Schulabgänger*innen die allgemeinbildenden Schulen mit dem Abitur oder der Fachhochschulreife verlassen. Ein gutes Viertel erreicht einen Realschulabschluss. Kleiner fällt die Gruppe der Schulabgänger*innen mit Hauptschulabschluss aus (13 Prozent). Ihnen folgen als kleinste Gruppe die Schulabgänger*innen ohne Hauptschulabschluss (7,6 Prozent).

Abb. 8-8: Schulabschlüsse der Schulabgänger*innen an allgemeinbildenden Schulen 2021/2022, Hannover



Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen, LSN-online Tabelle M3002513, 2022 // Stand 18.1.2024)

die Hälfte der Schulabgänger*innen mit (Fach-)Hochschulreife

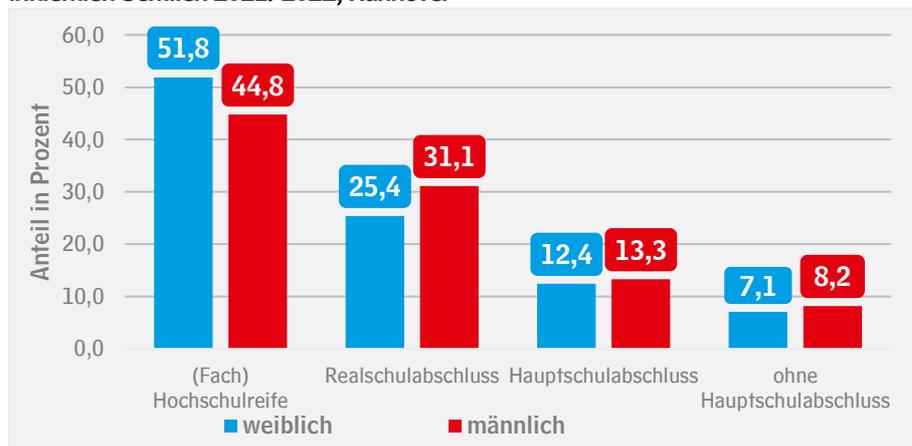
7,6 % verlassen die Schule ohne Hauptschulabschluss

Schulabschlüsse nach Geschlecht

Mehr als die Hälfte aller Schulabgängerinnen (51,8 Prozent) erreichte im Schuljahr 2021/2022 die (Fach-)Hochschulreife, unter den Schulabgängern gelang dies 44,8 Prozent (siehe Abb. 8-9). Beim Erreichen des Realschulabschlusses liegen die beiden Geschlechter ähnlich weit auseinander – hier liegt der Anteil der männlichen Absolventen aber über dem der weiblichen. Einen Hauptschulabschluss und keinen Hauptschulabschluss erreichten Schülerinnen und Schüler vergleichbar häufig. Auf den Punkt: Mehr Mädchen als Jungen erreichen das Abitur.

Mädchen erreichen häufiger die (Fach-)Hochschulreife

Abb. 8-9: Schulabschlüsse der Schulabgänger*innen nach Geschlecht an allgemeinbildenden Schulen 2021/2022, Hannover



Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen, LSN-online Tabelle M3002513, 2022 // Stand 18.1.2024)

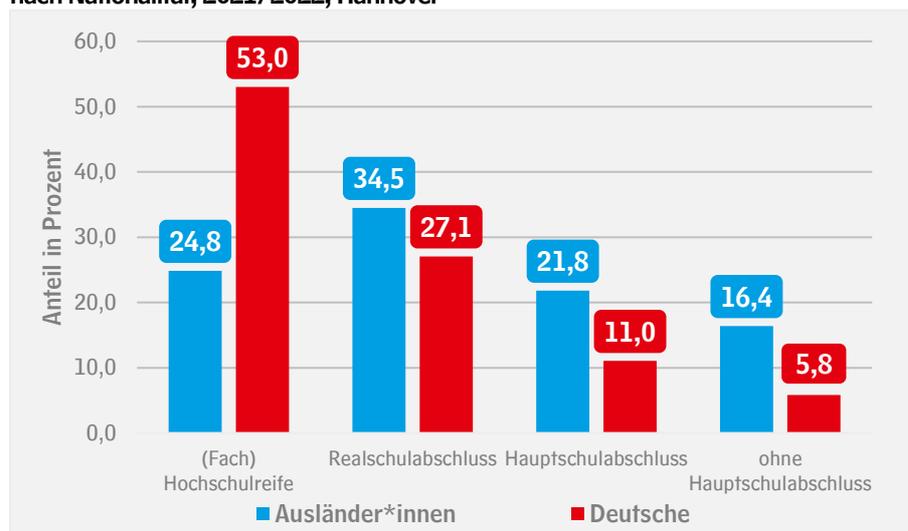
Jungen verlassen die Schule häufiger mit Hauptschul- und Realschulabschluss oder ohne Abschluss

Schulabschlüsse nach Nationalität

Schüler*innen mit deutscher Staatsangehörigkeit verlassen die Schule überwiegend mit der (Fach-)Hochschulreife (53 Prozent), unter den ausländischen Schüler*innen nur jede*r Vierte. Gleichzeitig ist der Anteil der ausländischen Schüler*innen mit Hauptschulabschluss und ohne Hauptschulabschluss um ein Vielfaches höher (siehe Abb. 8-10).

Zur Einordnung: Die Statistik weist nicht aus, wie viele Schüler*innen neben einer deutschen Staatsangehörigkeit noch eine weitere Nationalität haben. Damit bleibt bei allen Schulabschlüssen im Dunkeln, wie viele Schüler*innen aus Einwanderungsfamilien (siehe Kapitel 1.2) darunter sind. Schüler*innen mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit sind mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht in Deutschland geboren, sind vielfach selbst zugewandert, zum Teil vor nicht allzu langer Zeit. Die Gründe für eine Einwanderung sind vielseitig und nicht selten durch Fluchterfahrungen geprägt, die mitunter traumatische Erlebnisse für die Kinder und Jugendlichen nach sich ziehen. Neben Sprachbarrieren behindern Unterbrechungen in der Bildungsbiografie den Bildungserfolg. Für viele ist der Einstieg in ein neues, unbekanntes Schulsystem schwer.

Abb. 8-10: Schulabschlüsse der Schulabgänger*innen an allgemeinbildenden Schulen nach Nationalität, 2021/2022, Hannover



Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen, LSN-online Tabelle M3002513, 2022 // Stand: 18.1.2024

Schulabgänger*innen ohne Hauptschulabschluss

Der Hauptschulabschluss ist der erste allgemeinbildende Schulabschluss, der im deutschen Bildungssystem erreicht werden kann. Wenn die allgemeinbildende Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen wird, bedeutet dies für viele einen schwierigen Start in die berufliche Bildung und langfristig eine schlechte Aussicht auf eine sichere und gut bezahlte Arbeit. Damit einher geht eine hohe Armutsgefährdung (siehe Kapitel 4 und 5).

Laut Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN) liegt das Armutsrisiko von Menschen ohne allgemeinbildenden Schulabschluss dreimal so hoch wie im Durchschnitt. In Niedersachsen waren im Jahr 2022 insgesamt 46,7 Prozent der 25-Jährigen und Älteren ohne Schulabschluss armutsgefährdet, unter Personen mit Hauptschulabschluss war „nur“ jede fünfte Person (20,3 Prozent) betroffen.¹⁶⁷

mehr Schüler*innen mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit mit Hauptschulabschluss und ohne Abschluss

ein Viertel der Schülerinnen mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit mit (Fach-)Hochschulreife

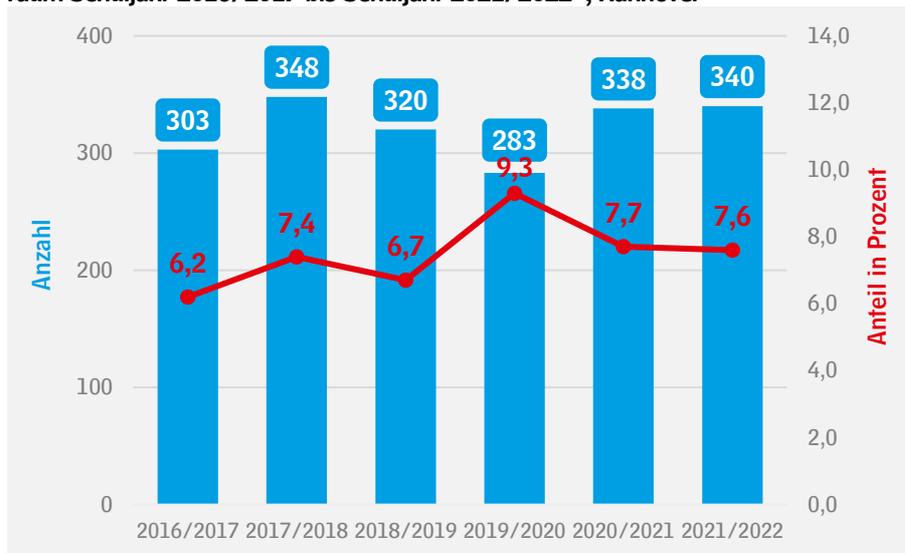
ABER im Dunkeln bleibt: Anzahl der Schüler*innen mit deutscher Staatsangehörigkeit aus Einwanderungsfamilien

ohne Hauptschulabschluss: schwerer Start in berufliche Bildung

ohne Hauptschulabschluss – hohe Armutsgefährdung

¹⁶⁷ LSN Statistisch gesehen, Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss in Niedersachsen 2002 bis 2022 – Zur Struktur, Entwicklung und Armutsgefährdung, [Link](#) // Stand: 29.1.2024

Abb. 8-11: Schulabgänger*innen ohne Hauptschulabschluss: Entwicklung im Zeitraum Schuljahr 2016/2017 bis Schuljahr 2021/2022*, Hannover



Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen, LSN-online Tabelle M3002513, 2017-2022 // Stand 18.1.2024)
2019/2020 kein vollständiger Abiturjahrgang, weil Rückkehr zum 9-Jährigen Bildungsgang an Gymnasien

2021/2022: 340 Schüler*innen ohne Hauptschulabschluss

ohne Hauptschulabschluss:
über Jahre konstant

Im Schuljahr 2021/2022 betrug die Anzahl der Schulabgänger*innen ohne Hauptschulabschluss in Hannover 340 Schüler*innen. Das entspricht einem Anteil an allen Schulabgänger*innen von 7,6 Prozent. Blickt man zurück auf das Schuljahr 2016/2017 ist zu sehen, dass Anzahl und Anteil mit Schwankungen auf ähnlichem Niveau bleiben (siehe Abb. 8-11).

Die 340 Abgänger*innen ohne Hauptschulabschluss beinhalten 112 Schüler*innen, die mit einem Förderschulabschluss „Geistige Entwicklung“ oder „Lernen“ die Schule verlassen haben. Für diese Absolvent*innen ergeben sich ebenfalls Erschwernisse in der beruflichen Bildung und auf dem Arbeitsmarkt.

Abgänger*innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit sind deutlich häufiger (16,4 Prozent) ohne Hauptschulabschluss als deutsche Staatsangehörige (5,8 Prozent) (siehe Abb. 8-4). Differenziert nach Geschlecht ist der Unterschied weniger ausgeprägt (männlich: 8,1 Prozent; weiblich: 7,1 Prozent) (siehe Abb. 8-5).

Die gute Nachricht: Das Landesamt für Statistik Niedersachsen kommt für Niedersachsen zum Ergebnis, dass viele Absolvent*innen, die das allgemeinbildende Schulsystem ohne Hauptschulabschluss verlassen, nicht ohne Abschluss bleiben. Ein großer Teil erlangt den Hauptschulabschluss und auch höhere Abschlüsse an einer berufsbildenden Schule. Wie viele dies faktisch sind, kann aus methodischen Gründen nicht ausgewiesen werden.

Fazit: Das Kapitel macht deutlich: Bildung und Bildungserfolg wird durch sozioökonomische Rahmenbedingungen beeinflusst und der Schulerfolg von Kindern ist maßgeblich durch den elterlichen Bildungsgrad bestimmt. Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit herzustellen und damit auch gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, ist Ziel und Aufgabe von Kindertagesstätten und Schulen.



die gute Nachricht:
Hauptschulabschluss wird an berufsbildenden Schulen nachgeholt

8.4 Kommunale Handlungsspielräume

Wenn man den Fokus auf vorschulische und formale Bildung legt - weil messbar, dann sind die Chancen auf Bildungszugänge und Bildungserfolge, insbesondere für Heranwachsende, ungleich und auch ungerecht. Das ist kein Phänomen allein in der Stadt Hannover, sondern zeigt sich überall in Deutschland und darüber hinaus.¹⁶⁸ Die Rahmenbedingungen die hierfür verantwortlich sind – von der sozialen Lage der Einzelnen bis hin zum Bildungssystem – lassen sich auf kommunaler Ebene selten oder gar nicht beeinflussen.

In der Stadt Hannover gibt es seit vielen Jahren ein breites Spektrum an Einrichtungen, Diensten, Orten, die Bildung fördern, Schüler*innen beim Erreichen ihrer Ziele unterstützen und damit dem Ziel der Teilhabeförderung folgen. Die Stadt Hannover sowie Verbände, Vereine haben hierfür Verantwortung übernommen. Es bleibt aber trotzdem dabei, dass nicht alle in gleicher Weise teilhaben können.

Der Rechtsanspruch auf Betreuung in Kindertagesstätten und damit verbunden die Schaffung vieler Betreuungsplätze war in den vergangenen Jahren einer der Schwerpunkte im Sinne der Bildungsförderung. Es folgte der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen. Dieses Kapitel macht deutlich, dass Bildungs- und Betreuungsansprüche nicht automatisch zu mehr Bildungsgerechtigkeit geführt hat. Der Fokus kommunaler Handlungsmöglichkeiten muss daher weiterhin und verstärkt auf den Themen Teilhabe, Zugänge und Chancengerechtigkeit liegen.

Kein Kind zurücklassen! Deshalb...

- **Je früher, desto besser - Angebote weiter ausbauen:** Grundvoraussetzung für die Teilhabe an Bildung ist, dass ausreichend Angebote für alle vorhanden sind. In diesem Zusammenhang wurde zum Beispiel die Zielzahl der Kindertagesstättenversorgung für Kinder unter 3 Jahren auf 70 Prozent erhöht.
- **Zugänge weiter verbessern:** Nicht alle finden den Zugang zu Bildungsangeboten und –einrichtungen. Gründe dafür: Angebote sind nicht bekannt, zu weit weg, nicht mehrsprachig oder funktionieren nur über Netzwerke. Eltern fühlen sich oft nicht angesprochen, werden nicht angesprochen oder schaffen es nicht, ein Angebot aktiv nachzufragen. Wenn nicht ausreichend Plätze vorhanden sind, konkurrieren Familien untereinander mit der Bewerbung um ein Angebot oder einen Betreuungsplatz. Die Auswahlkriterien, zum Beispiel in Kindertagesstätten, priorisieren nicht immer nach Entwicklungsbedarfen des Kindes.
- **Besonders in den Blick nehmen:** Kinder aus Einwanderungsfamilien, insbesondere Geflüchtete oder aus anderen Gründen kürzlich Eingewanderte, haben geringere Bildungschancen, wie gezeigt werden konnte. Es ist erforderlich, Zugänge strukturell weiter zu verbessern und zu erleichtern. Diese Aufgabe richtet sich an Organisationen und Institutionen, die Bildung verantworten.
- **Eltern stärken - den Kreislauf durchbrechen:** Kinder von Eltern mit geringem Bildungsgrad haben schlechtere Chancen auf höhere Bildungsabschlüsse und einen sicheren und existenzsichernden Arbeitsplatz. Damit werden sie potentiell auch häufiger zu Eltern, mit ebenfalls vergleichsweise geringem Bildungsgrad. Diesen Kreislauf gilt es zu durchbrechen. Hierzu

formale Bildungschancen: Auf kommunaler Ebene kaum zu beeinflussen

Fokus kommunaler Handlungsmöglichkeiten: Teilhabe, Zugänge und Chancengerechtigkeit

je früher, desto besser

Zugänge verbessern

im Blick: Kinder aus Einwanderungsfamilien

den Kreislauf durchbrechen - Eltern stärken

¹⁶⁸ Otto, Petra / zdfheute.de (2023): Studie zu Betreuungsangeboten. So ungleich ist der Zugang zu Kita-Plätzen. [Link](#) // Stand: 11.3.2024

müssen Eltern in der Lage sein, ihre Kinder aktiv und kompetent im Schulalltag zu begleiten. Diese Elternkompetenz gilt es noch mehr zu fördern, wie zum Beispiel bereits in Familienzentren, Gemeinsam-Wachsen-Gruppen umgesetzt oder durch Programme wie „Rucksack“ in Kitas und Schulen oder die Ausbildung von Elternbegleiter*innen.

- **Fachkräftemangel:** Der Zusammenhang des Themas Bildung mit dem Thema Fachkräftemangel, und zwar heute und morgen (siehe Kapitel 4) ist gravierend. Egal, ob in Kindertagesstätten, Schulen oder anderen Bildungseinrichtungen: Bildung kann nur gelingen, wenn ausreichend Fachkräfte vorhanden sind und Einrichtungen, Gruppen, Klassen nicht zeitweise geschlossen werden müssen – wie bundesweit aktuell der Fall. Bildung und Bildungserfolge sind dadurch massiv gefährdet. Und es gilt zu bedenken: Die Kinder von heute sind die Fachkräfte von morgen.

Bildung kann nur gelingen, wenn
Fachkräfte vorhanden sind

Bildung für die Fachkräfte von morgen

9. Demokratische Teilhabe

Politische Partizipation ist eine wesentliche Form gelebter Demokratie. Ob und in welchem Umfang Menschen daran mitwirken, hängt von vielen Einflussfaktoren ab: So wirken sich Alter, Geschlecht, Bildungsniveau, Einkommenssituation und sozialer Status auf die politische Partizipation aus. Das Ausmaß, in dem Menschen an der Gestaltung von Politik und Gesellschaft teilhaben, kann Ausdruck der gesellschaftlichen Teilhabe, beziehungsweise Ausgrenzung sein.

politische Teilhabe ist gesellschaftliche Teilhabe

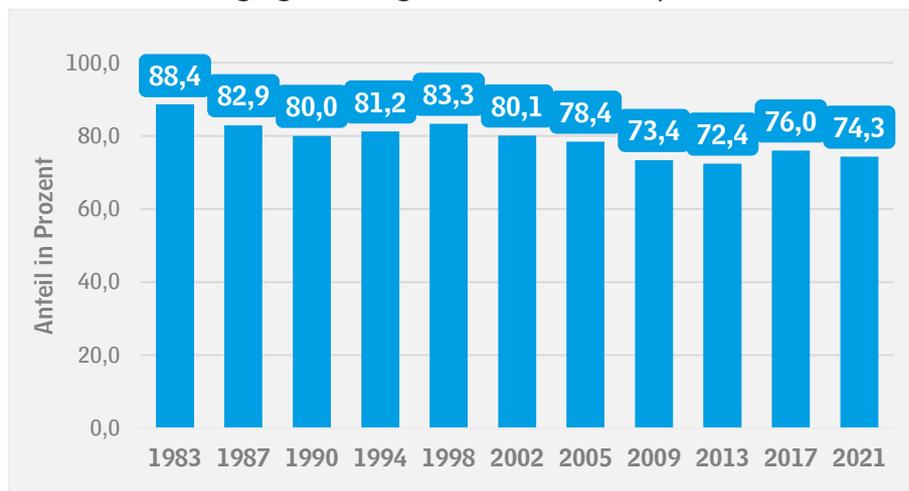
9.1 Wahlbeteiligung

Das Ausüben des Wahlrechts wird Bürger*innen in der Verfassung garantiert. In der Bundesrepublik Deutschland besteht keine Wahlpflicht, sodass die Wahlbeteiligung als Indikator für politische Partizipation herangezogen werden kann.

wählen ist politische Partizipation

Die Wahlbeteiligung auf EU-, Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene sinkt seit Jahrzehnten (siehe Abb. 9-1 und Abb. 9-2).

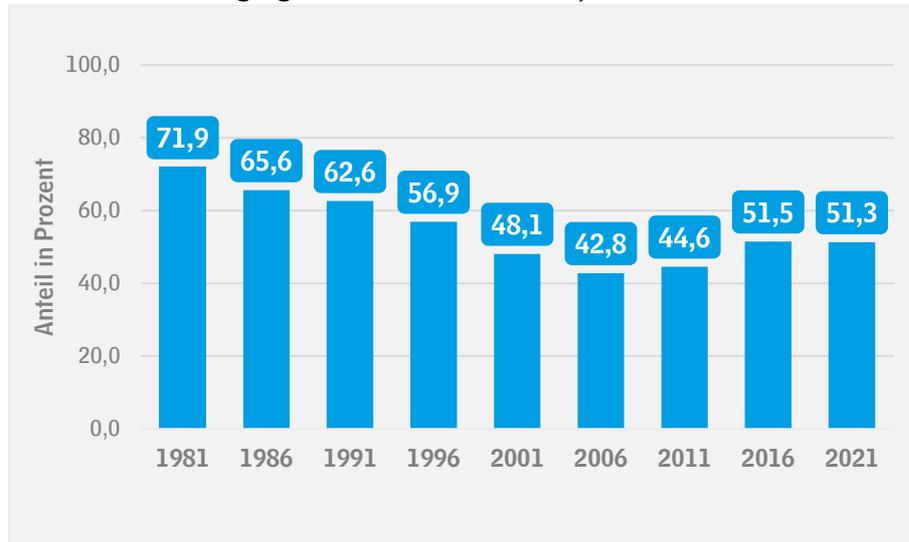
Abb. 9-1: Wahlbeteiligung Bundestagswahlen 1983 bis 2021, Hannover



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

Bundestagswahl 2021: drei Viertel aller Wahlberechtigten nahm teil

Abb. 9-2: Wahlbeteiligung Ratswahlen 1981 bis 2021, Hannover



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

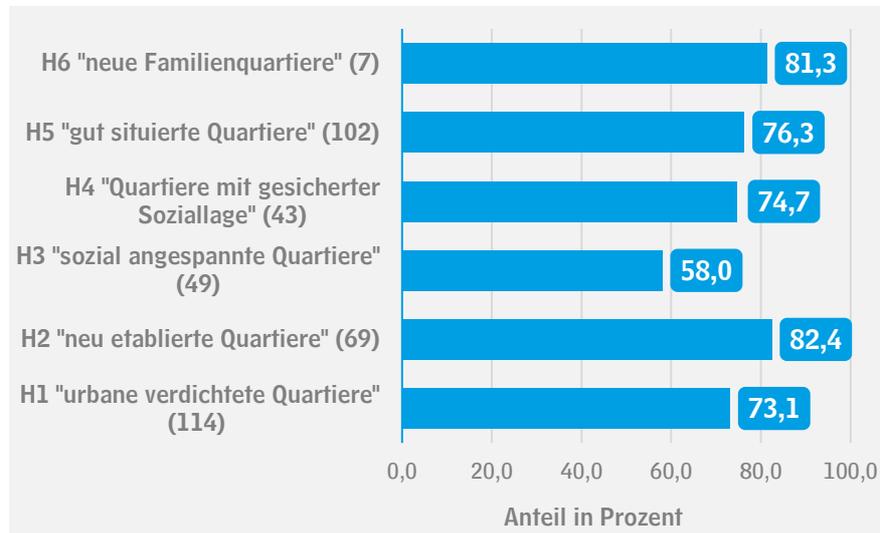
Ratswahl 2021: die Hälfte der Wahlberechtigten nahm teil

An den Bundestagswahlen nahmen 1983 noch 88,4 Prozent der Wahlberechtigten teil, an der Ratswahl 1981 71,9 Prozent. Die Wahlbeteiligung zur Bundestagswahl erreichte 2013 ihren bisherigen Tiefpunkt (72,4 Prozent, - 16 Prozentpunkte gegenüber 1983), bei der Ratswahl war 2006 die bisher niedrigste Wahlbeteiligung erreicht (42,8 Prozent, - 29,1 Prozentpunkte gegenüber 1981). Seitdem gab es wieder einen leichten Anstieg, 2021 jedoch auch wieder ein leichtes Absinken.

Die soziale Lage entscheidet maßgeblich darüber, ob das Wahlrecht ausgeübt wird. Hinter sinkender Wahlbeteiligung verbirgt sich auch eine soziale Ungleichheit. Der Kurzbericht zur Bundestagswahl stellt die Wahlergebnisse in den sozialstrukturellen Schwerpunktgebieten der Landeshauptstadt Hannover dar.¹⁶⁹ Diese Betrachtung basiert auf den Ergebnissen einer Clusteranalyse. Unterschieden wird in sechs Sozialraumtypen.

Abb. 9-3: Wahlbeteiligung zur Bundestagswahl 2021 nach Sozialraumtypen (H1 bis H6), Hannover

in Klammern Anzahl der Wahlbezirke, die zum Sozialraumtyp gehören



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

Die Stadtteile mit geringer Wahlbeteiligung befinden sich überwiegend im Westen der Landeshauptstadt Hannover und in eher peripheren Lagen. Vor allem in den Quartieren mit besonderem sozialen Handlungsbedarf innerhalb der Stadtteile Hainholz, Stöcken, Mühlberg und Vahrenheide ist die Wahlbeteiligung mit unter 61,8 Prozent sehr gering (siehe Karte „Bundestagswahl 2021“).

immer weniger Wahlberechtigte nutzen ihr Wahlrecht

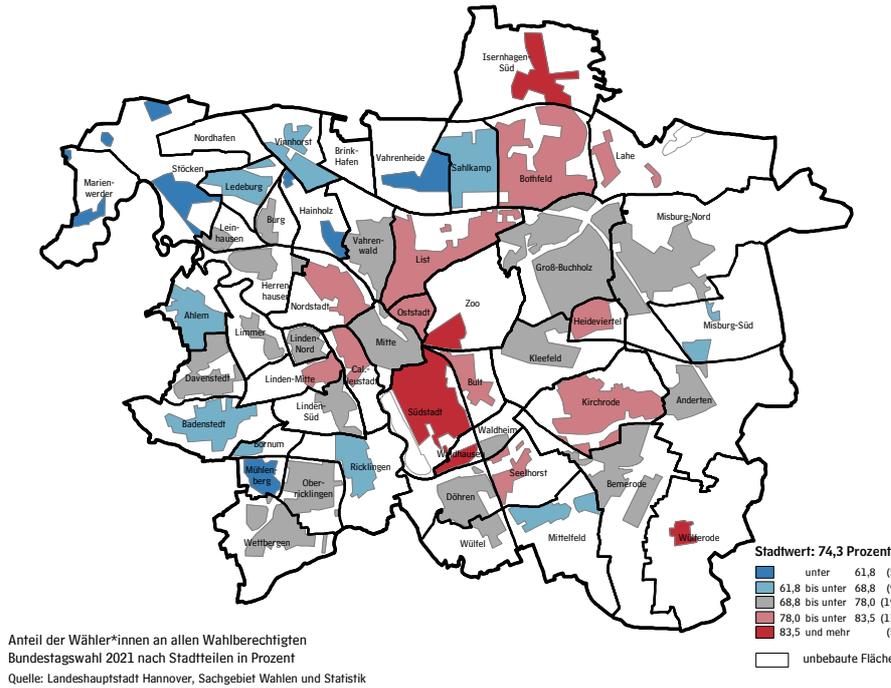
die soziale Lage entscheidet maßgeblich über die Ausübung des Wahlrechts

geringste Teilnahme an der Wahl in „sozial angespannten“ Quartieren



¹⁶⁹ Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik (2021): Bundestagswahl 2021 in der Landeshauptstadt Hannover. [Link](#) // Stand: 1.2.2024

Karte: Bundestagswahl 2021



Spanne zwischen den Stadtteilen bei der Wahlbeteiligung:
51 % (Vahrenheide) und 86 % (Zoo)

9.2 Wählende, Nichtwählende, Nichtwahlberechtigte – ein Perspektivwechsel

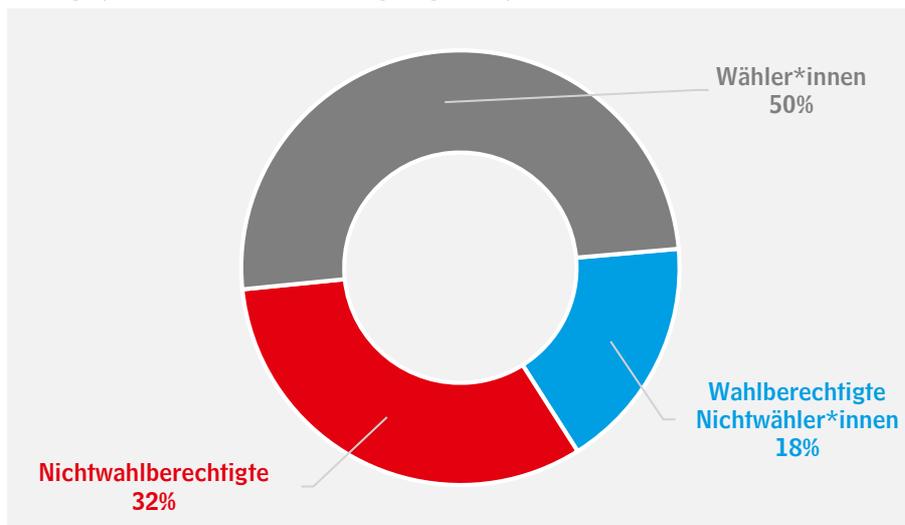
Die Wahlbeteiligung in Prozent – wie im vorherigen Abschnitt dargestellt – drückt aus, wie viele der **Wahlberechtigten** ihr Wahlrecht ausüben. Nun erfolgt ein Perspektivwechsel: Wie hoch ist der Anteil an der **Bevölkerung**, der wählt oder nicht wählt. Das bedeutet, dass auch Personen, die in Hannover leben und kein Wahlrecht haben, in den Fokus genommen werden.

Knapp ein Drittel der hannoverschen Bevölkerung war zur Bundestagswahl 2021 nicht wahlberechtigt, und zwar aufgrund ihres Alters (unter 18 Jahre) und/oder ihrer ausländischen Nationalität. Zusammen mit den wahlberechtigten Personen, die das Wahlrecht nicht ausübten, ergibt sich, dass die Hälfte aller Bewohner*innen nicht an der Bundestagswahl teilhatte. Die demokratische Meinungsbildung und das Ergebnis dieser Wahl repräsentiert somit lediglich die parteipolitische Haltung von 50 Prozent der Bevölkerung (Abb. 9-4).

Anteil der Bevölkerung, der wählt oder nicht wählt



Abb. 9-4: Bundestagswahl 2021 – Wähler*innen, Nichtwähler*innen, Nichtwahlberechtigte, Anteil an der Bevölkerung insgesamt, Hannover



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

Bundestagswahl 2021: Die Hälfte der Bevölkerung hat gewählt

Dieses Ergebnis zur Bundestagswahl 2021 betrachtet nach Stadtteilen (Abb. 9-5) lässt erkennen:

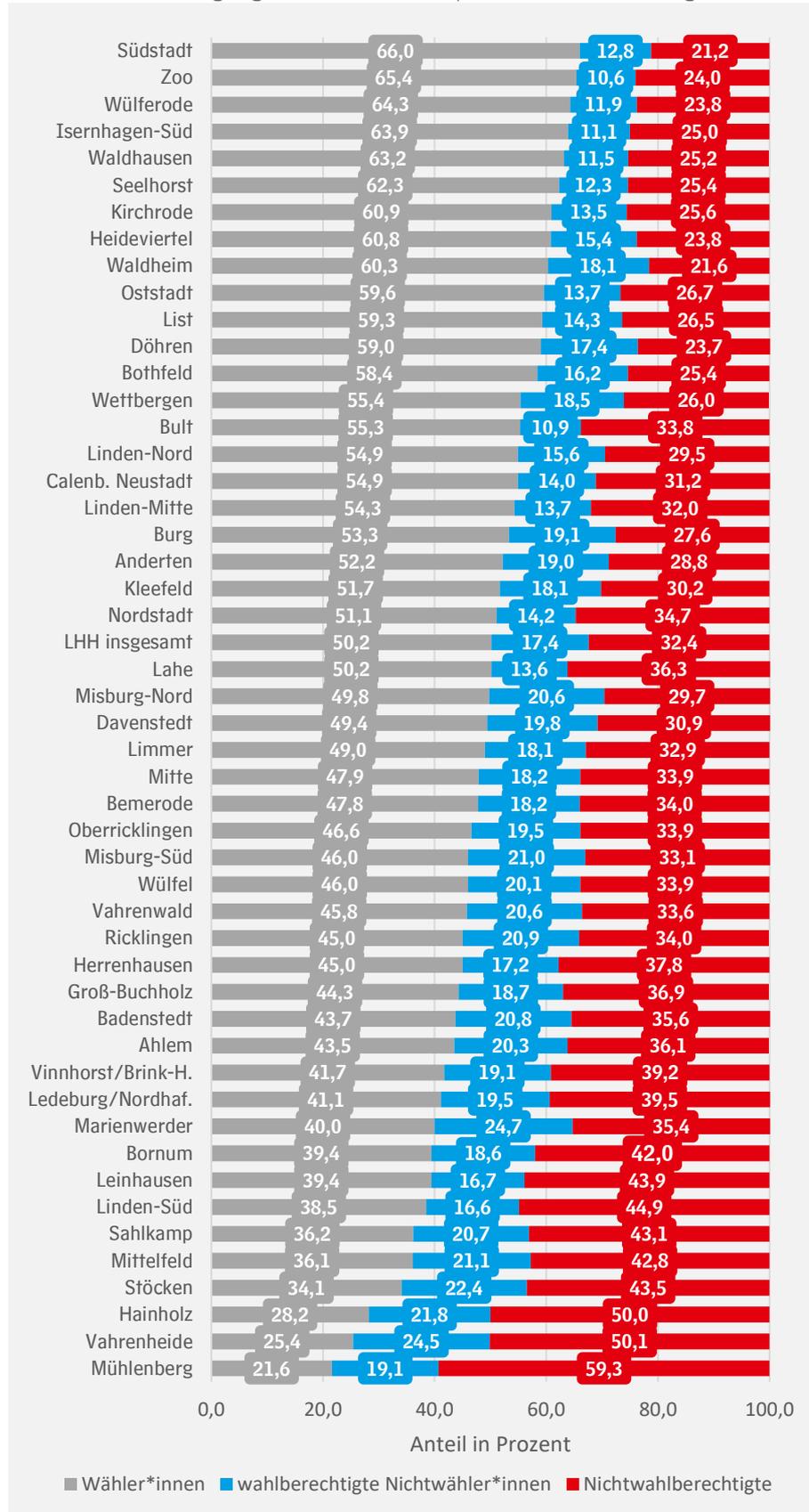
- Der Anteil der **Wählenden** (an der Bevölkerung) variiert sehr stark, je nach Stadtteil: 66 Prozent in der Südstadt und 21,6 Prozent in Mühlenberg.
- Der Anteil an wahlberechtigten Nichtwähler*innen an der Bevölkerung liegt quer über alle Stadtteile in einem engen Korridor: In zwei Dritteln aller Stadtteile liegt der Anteil nah am städtischen Mittel (17,4 Prozent, +/- 3,5 Prozentpunkte) mit Spitzen in Marienwerder (+ 7,3 Prozentpunkte zum Mittel) und im Stadtteil Zoo (- 6,8 Prozentpunkte zum Mittel).
- Eine sehr große Differenz zwischen den Stadtteilen ergibt sich bei den **Nichtwahlberechtigten an der Bevölkerung**: Hierzu zählen 59,3 Prozent im Stadtteil Mühlenberg und 21,2 Prozent in der Südstadt.

Das bedeutet, dass in Mühlenberg faktisch nur ein Fünftel der Bevölkerung bei der letzten Wahl des Bundestags mitentschieden hat, während es in Wülferode zwei Drittel waren.

Wählende, wahlberechtigte Nichtwähler*innen, Nichtwahlberechtigte: die Spanne zwischen den Stadtteilen ist groß

Abb. 9-5: Bundestagswahl 2021 – Wähler*innen, wahlberechtigte Nichtwähler*innen, Nichtwahlberechtigte, Hannover

Anteil an der Bevölkerung insgesamt nach Stadtteilen, nach Wähler*innen absteigend



Spanne des Anteils der Wähler*innen an der Bevölkerung: Südstadt 66 %, Mühlenberg 21,6 %



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

9.3 Wie könnte sich der Anteil an Wählenden und damit die demokratische Teilhabe erhöhen?

Die Wahlergebnisse zur Bundestagswahl 2021 repräsentieren die parteipolitische Haltung von rund der Hälfte der Bevölkerung. Die andere Hälfte hat Gründe, nicht zur Wahl zu gehen. Zum Beispiel kein Wahlrecht, kein Interesse oder persönliche Probleme, die daran hindern das Wahlrecht zu realisieren. Ziel muss es sein, demokratische Teilhabe zu stärken. Welche Möglichkeiten gibt es diesbezüglich, beziehungsweise, welche werden diskutiert?

9.3.1 Spielräume der Wahlgesetzgebung

Wer an Wahlen teilnehmen darf, bestimmen Wahlgesetze auf EU-, Bundes- und Länderebene. Alter und Staatsangehörigkeit sind die entscheidenden Kriterien, die das persönliche Wahlrecht definieren. Dies sind auch die möglichen Stellschrauben, wenn es darum geht, mehr Menschen Wahlbeteiligung zu ermöglichen.

Gesetzgebung: Stellschrauben für mehr Wahlberechtigte

Einbürgern

Mit der Einbürgerung von Bewohner*innen, die bislang keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, gelingt es, diese nicht länger von der politischen Teilhabe auszuschließen.

Schon länger befinden sich Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft in einem Diskurs zur Erleichterung von Einbürgerung. Mit der deutschen Staatsangehörigkeit ist Inklusion auch im Bereich der demokratischen Teilhabe möglich, denn eine Demokratie lebt davon, dass Menschen mitbestimmen können. Wer hier lebt und arbeitet soll auch wählen und gewählt werden können. Dieses auch mit dem Ziel, dass die Zahl der Einwohner*innen und der Wahlberechtigten nicht zu stark auseinanderfallen. Der Deutsche Bundestag hat im Januar 2024 der Reform des Staatsbürgerrechts zugestimmt. Kernpunkte sind, dass **Mehrstaatigkeit**¹⁷⁰ möglich und eine **Einbürgerung**¹⁷¹ in der Regel nach fünf statt wie bisher nach acht Jahren möglich sein soll (siehe Kapitel 3.2).

wer hier lebt und arbeitet, soll wählen und gewählt werden können

Altersgrenze absenken

Der Gesetzgeber hat mit § 6 des Europawahlgesetzes das Mindestwahlalter für das aktive Wahlrecht für die Wahlen zum Europäischen Parlament ab 2024 von derzeit 18 auf 16 Jahre abgesenkt. Dieses Wahlalter gilt bereits bei Kommunal- und Landtagswahlen in einigen Bundesländern, so auch in Niedersachsen seit der Kommunalwahl 1996. Hintergrund ist unter anderem, dass sich die Altersverteilung der Wahlberechtigten in den vergangenen 50 Jahren zu Lasten der Jüngeren verschoben hat. Mit Blick auf die demografische Alterung ein Prozess, der sich fortsetzen wird. Zur Bundestagswahl 2021 waren rund 40,0 Prozent der Wahlberechtigten über 60 Jahre alt und nur knapp 15,0 Prozent unter 30 Jahre.¹⁷²

demografischer Wandel: die Wahlberechtigten werden immer älter

Für die Stadt Hannover würde ein Absenken des Wahlalters zur Bundestags- oder Landtagswahl (nur deutsche Wahlberechtigte) bei einem willkürlich gewählten Stichtag (31.12.2022) einen Anstieg der Wahlberechtigten von 7.350 Personen (+ 2 Prozent) bedeuten.

Wahlalter auf 16 Jahre senken:
+ 7.350 Wahlberechtigte in Hannover

¹⁷⁰ Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (o.D.): Lexikon. Mehrstaatigkeit. [Link](#) // Stand: 11.3.2024

¹⁷¹ Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (o.D.): Lexikon. Einbürgerung. [Link](#) // Stand: 11.3.2024

¹⁷² RedaktionsNetzwerk Deutschland (2022): Wahlalter absenken: Das hat nicht nur Vorteile für die Demokratie. [Link](#) // Stand: 1.2.2024

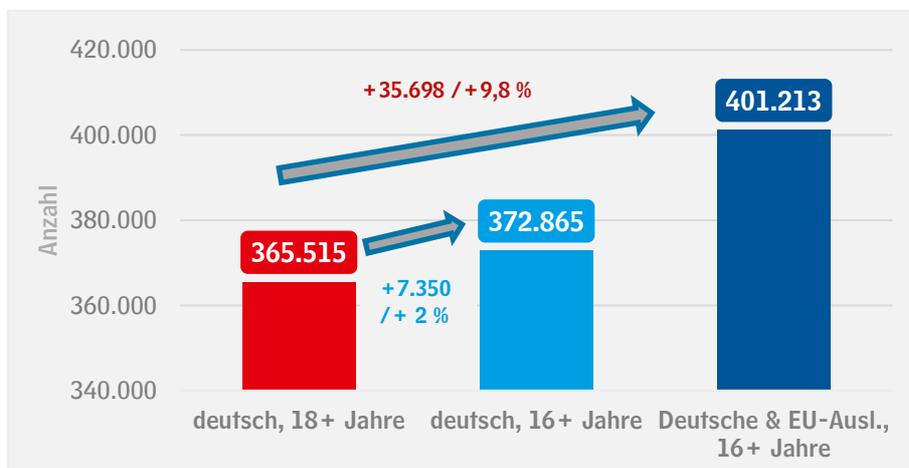
Wahlrecht für Ausländer*innen

Im Zusammenhang mit dem Thema „Einbürgerung“ wurde die Bedeutung des Wahlrechtes für Personen, die in Deutschland leben und arbeiten, herausgestellt. Das Grundgesetz ermöglicht seit 1992 das Recht zur Teilnahme an Wahlen auf kommunaler Ebene für Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der EU haben. Seit 1996 sind EU-Ausländer*innen in Niedersachsen ab 16 Jahren zur Kommunalwahl wahlberechtigt.

Schaut man erneut auf den Stichtag 31.12.2022 und stellt den tatsächlich Wahlberechtigten (deutsch und mindestens 18 Jahre alt) die Wahlberechtigten zur Kommunalwahl (Deutsche und EU-Ausländer*innen ab 16 Jahren) gegenüber zeigt sich, dass zusätzlich 35.698 Bewohner*innen Hannovers zur Wahl gehen können. Dies entspricht einem Plus von 9,8 Prozent, die somit nicht länger von der politischen Teilhabe ausgeschlossen wären (Abb. 9-6).

Abb. 9-6: Tatsächlich Wahlberechtigte (Deutsche Staatsangehörige 18 Jahre und älter) und potentiell Wahlberechtigte, 31.12.2022, Hannover

Vergleich: bei Absenken des Wahlalters auf 16 Jahre und Erweiterung um EU-Ausländer*innen



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Wahlen und Statistik

durch Wahlrecht für EU-Ausländer*innen und 16+ Jahre: + 35.698 Wahlberechtigte

9.3.2 Kommunale Handlungsspielräume

Viele Menschen haben ein Wahlrecht, üben dieses aber nicht aus. Dies hat, wie bereits dargestellt verschiedene Gründe. Diese Gruppe gilt es zu informieren, zu motivieren und Zugänge zu erleichtern.

Wahlen vereinfachen

Was und wer steht zur Wahl? Wo ist mein Wahllokal und kann ich dieses erreichen? Was tun, wenn ich am Wahltag nicht in Hannover bin? Wie beantrage ich Briefwahlunterlagen? Dies sind ausgewählte reale Hürden, die Wahlberechtigte davon abhalten, ihre Stimme abzugeben oder dazu führen, dass sie am Wahlvorgang scheitern.

Mit Blick auf die Bundestagswahlen: Von 1983 bis 2021 ist die Zahl der Wahlberechtigten um 4,0 Prozent gesunken. In viel größerem Umfang sank die Anzahl der tatsächlich Wählenden (- 18,0 Prozent) und nochmal stärker abgenommen hat die Zahl der gültigen Stimmen (- 20,0 Prozent). Wie viele der Nichtwählenden einer Wahl fern blieben, weil das Prozedere sie überfordert, ist unbekannt. Um möglichst viele Barrieren auszuräumen, werden die Abläufe und Rahmenbedingungen ständig überprüft.



durch Bildung: Demokratie muss gelernt sein

Wahlen vereinfachen: immer mehr

Interessieren und informieren

An dieser Stelle setzt auch demokratische Bildung an. Diese wird bereits in einem breitgefächerten Angebot durchgeführt und weiterentwickelt, denn Demokratie muss gelernt sein. Bildung muss dazu beitragen, dass Menschen demokratische Kompetenzen erwerben – beginnend mit Partizipation in Kindertagesstätten und der politischen Bildung in Schulen und fortlaufend in der Bildung für Erwachsene.

Dem Thema widmet sich in Hannover auch der „Wir 2.0 Prozess“. Die Informationsdrucksache 1941/2022¹⁷³ „Wir 2.0 Migration und Teilhabe. Strategien, Ziele, Maßnahmen“ beinhaltet das Handlungsfeld „Demokratie“. Dies mit den Zielen, Zugang zu Angeboten der politischen Bildung zu ermöglichen, Politische Partizipations- und Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Stadtgesellschaft weiter auszubauen und Menschen aus (post-)migrantischen Communities im Bereich der politischen Partizipation strukturell zu stärken. Hierzu sollen als Maßnahmen die flächendeckende politische Bildung an Schulen (S. 54) und aufsuchende politische Erwachsenenbildung (S. 56) umgesetzt werden.

Studierende mit einer Staatsangehörigkeit eines EU-Staates haben die Möglichkeit in Deutschland an den Europawahlen 2024 teilzunehmen. Davon müssen sie wissen, nur so kann die Wahlbeteiligung erhöht werden. Deshalb startet das Teams Wissenschaftsstadt der Landeshauptstadt Hannover gemeinsam mit dem European Student Network und dem Runden Tisch für internationale Studierende in Hannover eine Kampagne auf Social Media und lädt zu Veranstaltungen ein, um Studierende für eine Beteiligung an den Europawahlen zu mobilisieren.

Kampagne: Studierende für die Teilnahme an der Europawahl motivieren



9.4 Mehr politische Teilhabe durch die Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten?

Mit „Einbürgerungen“, durch das „Absenken des Wahlalters“ und der Möglichkeit von EU-Ausländer*innen sich an Kommunalwahlen und der Europawahl zu beteiligen, wurde der Kreis der Wahlberechtigten erheblich ausgeweitet. Wer aus dem Kreis der zusätzlich Wahlberechtigten tatsächlich zur Wahl geht, lässt sich mit vorliegenden Daten nicht darstellen. Versucht man ein mögliches Plus der Wahlbeteiligung im Vergleich mit der Bundestagswahl zu untersuchen, muss berücksichtigt werden, dass Ratswahlen und Bundestagswahlen für die Wahlberechtigten eine unterschiedliche Wertigkeit haben. Die Beteiligung an Kommunalwahlen ist immer geringer und damit ein (realer) Vergleich zwischen der Wahlbeteiligung an Rats- und Bundestagswahlen nicht möglich. Trotzdem lohnt sich der Blick auf die Beteiligung an der Ratswahl 2021, die nahezu zeitgleich zur Bundestagswahl 2021 stattfand.

Der erweiterte Kreis der Wahlberechtigten bei den Kommunalwahlen hat im Vergleich zu den fast zeitgleich stattfindenden Wahlen zum Bundestag und zur Ratsversammlung folgendes gezeigt:

- Mehr Personen haben das **Wahlrecht**, also mehr Personen die Möglichkeiten der politischen Teilhabe. Vor allem in Stadtteilen mit hohem Anteil an sozial prekären Lebenslagen gibt es höhere Zuwächse an Wahlberechtigten.

¹⁷³ Landeshauptstadt Hannover (2022): „Wir 2.0 Migration und Teilhabe. Strategien, Ziele und Maßnahmen. DS 1941/2022, Anlage 1, [Link](#) // Stand: 1.2.2024

- Eine positive Auswirkung auf die **Wahlbeteiligung** gibt es vor allem dort, wo die Wahlbeteiligung auch zur Bundestagswahl hoch war, erheblich seltener in Stadtteilen mit geringer Wahlbeteiligung.

Deutlich wird, dass es nicht ausreicht, alleine das Wahlrecht zu ermöglichen, um Teilhabe zu fördern. Vielmehr braucht es politische Bildung von Anfang an. Dabei muss die Bedeutung der politischen Mitbestimmung auf kommunaler Ebene herausgearbeitet werden. Und: Um mehr Wahlberechtigte der EU-Mitgliedstaaten zu erreichen, müssten diese optimalerweise häufiger in ihren EU-Sprachen angesprochen werden.

Mehr demokratische Teilhabe führt nicht automatisch zu mehr Demokratie. Und zwar dann nicht, wenn demokratisch gewählte Parteien demokratie- und verfassungsfeindlich sind. Deshalb braucht es auch hier so früh wie möglich: Demokratisches Lernen und Präventionsprogramme gegen Extremismus.

Wahlrecht ermöglichen reicht nicht:
Politische Bildung von Anfang an

Impressum

LANDESHAUPTSTADT HANNOVER

DER OBERBÜRGERMEISTER

Dezernat für Soziales und Integration

Koordinationsstelle Sozialplanung

Trammplatz 2

30159 Hannover

Telefon

0511 168-46459 / 46966 / 30799

E-Mail

D3_Sozialplanung@hannover-stadt.de

Text, Analyse, Redaktion und Abbildungen

Dr. Silke Mardorf, Elke Saueremann, Antonia Schepers

Unter Mitwirkung von

Landeshauptstadt Hannover: Fachbereich Personal und Organisation, Fachbereich Schule, Fachbereich Kultur, Fachbereich Soziales, Fachbereich Jugend und Familie, Fachbereich Gesellschaftliche Teilhabe, Fachbereich Senioren, Fachbereich Planen und Stadtentwicklung, Fachbereich Umwelt und Stadtgrün, Nachhaltigkeitsbüro, Beauftragter für Menschen mit Behinderung, Koordinationsstelle Inklusion

Illustration und Vorlagengestaltung

Sarah Kölbl, www.sarahkoelbel.de

Stand

April 2024

Zitationshinweis

Landeshauptstadt Hannover, Dezernat für Soziales und Integration (2024): Sozialbericht 2023. Soziale Entwicklungen in der Einwanderungsstadt Hannover. Teilhabe, Zugangschancen & kommunale Handlungsspielräume. Hannover

Verantwortlich

Landeshauptstadt Hannover, Dezernat für Soziales und Integration